3364
HAROLD B. LEE LIBRARY
BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
PROVO, UTAH
78500

3714/a

Vereinnahmt unter lfd. Nr. 1922
des Bücherverzeichnisses
Wien, den 11. Sep 1941

DVPG

9988

Die Krisis

Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch

Von

B. W. VON BÜLOW

Kriegswissenschaftliche Abteilung d. Luftwaffe
Bücherei
Zweigstelle Wien

Dritte, ergänzte und erweiterte Auflage

9988

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3. Auflage
15. bis 40. Tausend

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1922 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Charlottenburg / Druck: Deutscher Industrie-Verlag, G. m. b. H., Graphische Kunstanstalten, Berlin S 59, Urbanstraße 71

HAROLD B. LEE LIBRARY
BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
PROVO, UTAH

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkung zur ersten Auflage 7
Vorbemerkung zur zweiten Auflage 11
I. Die Weltlage 1914 25
II. Der österreichisch-serbische Konflikt 31
1. Zur Vorgeschichte der österreichisch-serbischen Krise 31
2. Die Folgen der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers 35
3. Deutschlands Stellungnahme 43
4. Die Haltung der Dreiverbandsmächte 69
5. Serbiens Antwortnote 73
III. Das Verhalten der Mächte 79
1. Der deutsche Lokalisierungsvorschlag 79
A. Die deutsche Auffassung 79
B. Die Aufnahme in Frankreich 80
C. Die Aufnahme in England 81
D. Die Aufnahme in Rußland 82
2. Rußlands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt 83
A. Aufnahme der österreichisch-ungarischen Note in Petersburg 83
B. Der russische Europäisierungsvorschlag 85
C. Die Gefahren der russischen Haltung 87
3. Englands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt 88
4. Frankreichs Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt 96
IV. Der österreichisch-russische Konflikt 100
1. Direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg 100
2. Vermittlungsvorschläge 103
3. Rußlands Unnachgiebigkeit 117

Seite

V. Die deutsch-russische Krise 121
1. Die Gefahren militärischer Maßnahmen 121
2. Die russische Teilmobilmachung 123
3. Die russische Gesamtmobilmachung 128
VI. Die deutsch-französische Krise 144
1. Frankreichs Haltung in der deutsch-russischen Krise 144
2. Französische Kriegsvorbereitungen 145
3. Die Kriegserklärung an Frankreich 148
VII. Die Haltung Englands 152
1. Deutsch-englische Vermittlungstätigkeit 152
2. England und Rußland 156
3. England und Frankreich 160
4. Englands Kriegserklärung an Deutschland 164
VIII. Die Frage der Verantwortlichkeit 169
1. Der Standpunkt der deutschen Regierung von 1914 169
2. Der Dreiverband 170
3. Schlußbetrachtung 171
Nachwort 179
Anhang 185
I. Verzeichnis der handelnden Personen 185
II. Zeittafel 189
III. Heeresziffern und Mobilmachungszeiten 228
IV. Literaturverzeichnis 232

Vorbemerkung zur 1. Auflage

Die Erörterung der Schuld am Ausbruch des Krieges ist durch die Veröffentlichung des deutschen und österreichisch-ungarischen Aktenmaterials in ein neues Stadium getreten. Urkunden allein vermögen zwar kein vollständiges Bild der Geschehnisse zu geben und die treibenden Kräfte und Motive der Staatsmänner nur zum Teil zu enthüllen. Immerhin kann man aber auf Grund einer vollständigen Aktenkenntnis der Wahrheit ein gutes Stück näherkommen.

Andererseits wirkt die Fülle des Materials verwirrend. Heute liegen der Öffentlichkeit über 900 deutsche Urkunden aus der Zeit der Krisis von 1914 vor; ferner 350 österreichisch-ungarische. Diesen stehen 400 Dokumente der Ententemächte gegenüber. Von vielen der letzteren ist bekannt, daß sie verfälscht sind. Keins der früheren Farbbücher gab ein wahrheitsgetreues Bild der Begebenheiten des Juli 1914. Sie sind alle mit einer bestimmten und mehr oder weniger offenbaren Tendenz zusammengestellt, um die Haltung der eigenen Regierung zu rechtfertigen und den Gegner zu belasten. Gegenüber den Schönfärbereien der Buntbücher müssen natürlich die vollständigen Berliner und Wiener Aktensammlungen sehr ungünstig wirken, da sie einen unverhüllten Einblick in die Werkstätten der „Staatskunst" gewähren, in denen wir reichlich viel Schmutz und Unrat erblicken. Die Leser der deutschen Aktenveröffentlichungen können sich aber überzeugen, daß es in Paris, Petersburg und London nicht reinlicher zugegangen ist als in Berlin, und daß vielleicht die dort geübten Methoden die der deutschen Staatsmänner an Fragwürdigkeit um vieles übertrafen. Das, was wir gesehen haben, als Pokrowski*) ein wenig den Vorhang lüftete, berechtigt zu diesem Schluß.

Die Veröffentlichung des deutschen Aktenmaterials wird keineswegs den Streit der Meinungen über die Schuldfrage zum Schweigen bringen. Aus 900 Dokumenten kann jedermann leicht eine Zusammenstellung der Urkunden machen, die seine vorge-

*) Veröffentlichungen in der Prawda vom 23. 2., 6. u. 9. 3. 1919. Siehe das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege, Denkschrift vom 27. Mai 1919, Anlage XI.

faßte Meinung zu rechtfertigen scheinen. Für einen Kenner des gesamten Materials wäre es eine Kleinigkeit, fünf oder mehr verschiedene Darstellungen der diplomatischen Hergänge des Juli 1914 zu schreiben und sie „überzeugend" mit Material zu belegen. Eine dieser Versionen hat in weitherziger Auslegung der mit Ablegung des Beamteneides von ihm übernommenen Verpflichtungen Karl Kautsky zugleich mit der deutschen Aktensammlung erscheinen lassen. Der Geschäftssinn von Journalisten und Verlegern sorgte dafür, daß die ewig sensationslüsterne Mitwelt, die stets bereit ist, dem für Deutschland Ungünstigen ihr Ohr zu leihen, die Auffassung Kautskys vernahm, ehe sie Gelegenheit hatte, sich selbst ein Urteil zu bilden.

Der Streit der Meinungen über die Entstehung des Weltkrieges wird zu unseren Lebzeiten nie zur Ruhe kommen, und wir Deutschen können und dürfen die Erörterung dieser Frage nicht einschlafen lassen, da der Friedensvertrag von Versailles, der unsere Zukunft bestimmt, auf dem erzwungenen Geständnis von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege aufgebaut ist. Jede Aussicht auf Revision des Vertrages ist bedingt von der Möglichkeit, diesen Grundpfeiler des „Straffriedens" zu erschüttern.

Die Aufgabe der folgenden Schrift ist nicht, eine Lesart des deutschen Aktenmaterials zu geben; sie soll vielmehr dem Versuch dienen, die Prüfung des Materials vom Buchstaben loszulösen, die diplomatisch wichtigsten Vorgänge herauszugreifen und den Rahmen der Erörterung so weit zu stecken, daß eine objektive Beurteilung der Vorgänge bei Kriegsausbruch möglich wird. Von dem Nachwort abgesehen, sind Schlußfolgerungen vermieden worden, wo sie entbehrt werden konnten. Absichtlich ist stets nur vorausgustischen Anschauungen Rechnung getragen worden, denn dies ist für eine gerechte Würdigung der Geschehnisse erforderlich. Daß die deutsche Regierung 1914 nicht aus Pazifisten zusammengesetzt war, ist bekannt. Ihr dies nachträglich zum Vorwurf zu machen, wäre ungerecht. Die Regierungen unserer Gegner waren ebensowenig, und noch viel weniger, pazifistisch. Jede Schuldfrage ist relativ, nicht absolut. Für die Beurteilung politischer Handlungen gibt es kein Strafgesetzbuch. Pazifisten, die der Wechsel der Zeiten zum Richter der früher Regierenden erhoben hat, können auch beim besten Willen nur ungerecht urteilen*). Schuld und Unschuld lassen sich niemals von einer Welt- und

*) Gegen diese Auffassung ist — nach Erscheinen der ersten Auflage — von seiten eines bekannten, vom Verfasser hochgeschätzten Pazifisten Einspruch erhoben worden: Der organisatorische Pazifismus müsse soviel Objektivität für die bisherigen Regierungsmethoden in Anspruch nehmen, daß er das Handeln der damaligen Staatsmänner beurteilen könne. Zur Begründung wurde angeführt: „Ein sozialistischer Richter könnte sehr wohl beurteilen, ob in unserem

Lebensauffassung ableiten, sondern nur mit Handlungen und Unterlassungen begründen.

Dem Zwecke der Klärung der Frage der Verantwortlichkeit soll diese Schrift nur in letzter Linie dienen. Ihr Ziel ist, die Erkenntnis der Zusammenhänge zu fördern. Lehren für die Zukunft aus den heißen Julitagen 1914 zu ziehen, ist der Sinn und Endzweck jeder geschichtlichen und politischen Untersuchung der Vorgänge bei Kriegsausbruch. Je eher diese begonnen wird, desto besser. Grundlage der Erkenntnis ist aber das Streben nach W a h r h e i t.

---

kapitalistischen Zeitalter eine kapitalistische Gründung der Moral des Kapitalismus entspräche oder in Widerspruch mit ihr stehe, und ob sie überlegt und besonnen oder mit Leichtfertigkeit und Kurzsichtigkeit ins Werk gesetzt sei." Der Verfasser verbleibt jedoch bei seiner Ansicht (die nicht etwa auf gewissen parteipolitischen Auswüchsen des Verfahrens vor dem Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung beruhte). Ein sozialistischer Richter ist in der Lage zu beurteilen, ob eine kapitalistische Gründung der Moral des Kapitalismus entspricht, weil hier die Moral teils als Gesetz kodifiziert ist, teils als Gewohnheitsrecht und Usance zur Gesetzesnorm wurde. Wo dies nicht der Fall ist, wäre weder ein sozialistischer noch überhaupt ein Richter in der Lage, objektiv zu urteilen. Gerade wie der Richter, kann der Pazifist sehr wohl die politischen Geschehnisse auf Grund des geltenden Völkerrechtes oder der herrschenden Gebräuche im zwischenstaatlichen Verkehr objektiv gerecht beurteilen. Das vorzügliche Werk von Walter Schücking, „Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges" gibt hierfür ein Beispiel. Die völkerrechtlichen Normen decken aber nur den kleinsten Teil der Fragen, die hier zur Erörterung stehen. Denn für fast alle Punkte, bei der die Untersuchung der Vorgänge bei Kriegsausbruch von Bedeutung sind, gelten weder völkerrechtliche Vorschriften, noch haben sich gewohnheitsrechtliche Normen gebildet, die man als Maßstab für die Verantwortlichkeit anlegen könnte. Die Begriffe „erlaubt" und „unzulässig" wechseln von einem Menschenalter zum anderen, und gerade dagegen wird vom Verfasser Verwahrung eingelegt, daß die Handlung von gestern mit dem Maßstab von heute und morgen bei einer Untersuchung gemessen werde, die — wenigstens heute noch — einen strafrechtlichen Charakter trägt.

Vorbemerkung zur 2. Auflage

Deutschlands alleinige Schuld am Weltkriege ist die Grundlage des Versailler Vertrages. Diese Frage ist für unsere Gegner eine cause jugée, wie Lloyd George am 7. März 1921 auf der Konferenz in London erklärte. Wer hat dieses Schuldurteil gefällt? Die deutsche Regierung schlug bereits am 28. November 1918 dem Feindbund die Einsetzung einer neutralen Kommission „zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege" vor:

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Auf diese Note des Staatssekretärs Solf hat die englische Regierung der schweizerischen, die mit der Übermittelung betraut worden war, am 7. März 1919 erwidert, eine Antwort auf den deutschen Vorschlag erübrige sich: Nach Ansicht der Alliierten Regierungen sei die Verantwortung Deutschlands für den Krieg schon seit langem unwiderleglich festgestellt. Trotzdem hat die Pariser Friedenskonferenz am 25. Januar 1919 „für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne" eine besondere Kommission eingesetzt. Der Bericht, den diese am 29. März 1919 vorlegte, beginnt mit den Worten:

Nachdem die Kommission die zahlreichen amtlichen Urkunden, die sich sowohl auf den Ursprung des Weltkrieges als auch auf die Neutralitäts- und Grenzverletzungen, Begleiterscheinungen des Kriegsbeginns, beziehen, geprüft hat, hat sie in der Frage der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges festgestellt, daß die Verantwortung in vollem Umfange den Mächten zukommt, die ihn erklärt haben, um einer Angriffspolitik zu dienen, deren Verheimlichung dem Ursprunge dieses Krieges den Charakter einer geheimen Verschwörung gegen den europäischen Frieden verleiht.

Die Begründung dieses Urteils, das ja einer vorgefaßten Meinung entsprach und vom Kläger, wenn nicht vom Mitschuldigen gefällt war, ist bekanntlich so mangelhaft ausgefallen, daß der Oberste Rat der Konferenz es ablehnte, diesen Bericht gutzuheißen, und sich auch weigerte, ihn der deutschen Friedensdelegation mitzuteilen (Note vom 20. Mai 1919). Worauf beruht dann aber, formell und materiell, das Schuldurteil des Versailler Vertrages? Offenbar lediglich auf der Ansicht der „Großen Vier", die alle Entscheidungen dieser Konferenz gefällt haben. Ihre Meinung wird aber letzten Endes auf die Kriegspropaganda zurückzuführen sein. Das Versailler Diktat hat also die Thesen der Northcliffe und Genossen zum Gesetz erhoben. Niemals hat eine ernsthafte, geschweige denn unparteiische Untersuchung der Frage der Verantwortlichkeit stattgefunden. Im Interesse des Friedens der Welt und somit der ganzen Menschheit ist zu wünschen, daß dies Versäumnis wieder gut gemacht wird.

Die Pariser Kommission wendet sich an die Instinkte und die geringe Logik der Masse, wenn sie die Verantwortlichkeit für die Entstehung des Krieges in einen Zusammenhang mit der Tatsache der Kriegserklärung bringt. Es bedarf keiner Ausführung, daß der, der den Krieg erklärt, nicht notwendigerweise der Angreifer ist. Der Feindbund wird sich gewiß nicht auf diesen Standpunkt stellen, da die meisten der alliierten und assoziierten Regierungen uns ja den Krieg erklärt haben. Vor allem werden es England, Italien, Rumänien und die Vereinigten Staaten ablehnen, aus diesem Grunde als Angreifer zu gelten. Was für die späteren Kriegserklärungen angenommen wird, hat auch für die erste zu gelten. Nicht diese hat den Weltbrand verursacht und das jeu d'alliance in Gang gebracht, sondern die Ereignisse, die ihr vorangingen. Noch niemals ist in der Geschichte von der Tatsache der Kriegserklärung die Verantwortung für die Entstehung des Krieges abgeleitet worden. Erst der Feindbund hat dies als neue Lehre verkündet, mit ausschließlicher Anwendung auf Deutschland. Die damit erzielte propagandistische Wirkung war glänzend, dank der Gedankenlosigkeit der Menge. Eine weitere Wirkung dürfte sein, daß mit Rücksicht auf die möglichen Folgen kein Staat jemals wieder vor Eröffnung der Feindseligkeiten den Krieg erklären wird, wie dies das Haager Abkommen vorschreibt.

Mit dem Hinweis auf eine „geheime Verschwörung", auf die der Ursprung des Krieges zurückzuführen sei, appellierte die Pariser Kommission wiederum an die Instinkte der Massen. Es soll hierauf in diesem Zusammenhange nicht näher eingegangen werden. Dagegen wäre noch ein grundsätzliches Wort über die „Angriffspolitik" vorauszuschicken, die Deutschland und seinen Verbündeten zur Last gelegt wird. Von seiten des Feindbundes ist während

des ganzen Krieges und bis auf den heutigen Tag behauptet worden, Deutschland habe den Weltkrieg durch seinen Ausdehnungsdrang, seine Machtträume, seine Raubgier und seinen Willen zur Herrschaft verursacht. Dem steht aber entgegen, daß der deutsche Volkscharakter, wie jeder Kenner des Landes bezeugen wird, stets ein friedlicher gewesen ist. Diese allgemeine Friedensliebe Deutschlands spiegelte sich in der Haltung seiner Regierung wieder. Deutschland ist die einzige Großmacht, welche während des 19. Jahrhunderts keinen nennenswerten Machtzuwachs durch Krieg oder Eroberung erfahren hat. England hat während dieser Zeit sein Kolonialreich nahezu verdoppelt, Rußland hat seine europäischen und asiatischen Besitzungen sehr erheblich ausgedehnt. Frankreich hat weite Gebiete Nordafrikas, Indochina und andere Kolonien erworben. Italien eroberte Tripolis, die Vereinigten Staaten entrissen Cuba und die Philippinen den Spaniern. Deutschlands Machtzuwachs bestand lediglich in der Vereinigung seiner Stämme, der Schaffung einer strategischen Grenze gegen den unruhigen französischen Nachbar durch Einverleibung des überwiegend deutsch bevölkerten Elsaß und Lothringens, sowie in dem ausschließlich friedlichen Erwerb einiger kleinen Kolonien. Trotz zahlreicher günstiger Gelegenheiten zum Kriege hat Deutschland vierzig Jahre lang den Frieden bewahrt. Während dieser Zeit haben England, Rußland, Japan, die Vereinigten Staaten, die Balkanländer und auf kolonialem Gebiete auch Frankreich und Italien Kriege geführt, die wohl ausnahmslos auf Ausdehnungsdrang, Machtträume, Raubgier und Willen zur Herrschaft zurückzuführen waren.

Die Friedensliebe des deutschen Volkes und seiner Regierung wird am deutlichsten durch die Tatsache beleuchtet, daß es vor dem Kriege keinerlei nationale Ziele gab, die deutscherseits anders als auf friedlichem Wege angestrebt wurden. Die Machtträume einzelner Publizisten haben in Deutschland weder in weiteren Kreisen der Bevölkerung ein Echo gefunden, noch auf die Regierung den geringsten Einfluß ausgeübt. Das Fehlen deutscher Kriegsziele offenbarte sich sogleich nach Kriegsausbruch. Erst nach Monaten ließen die großen Erfolge der deutschen Waffen im Volke den Wunsch erwachen, Teile der eroberten Gebiete zu behalten. So entstand zunächst eine Strömung, welche den Erwerb des eroberten Belgiens befürwortete. Als dann Polen von den Russen befreit worden war, sind Wünsche nach der Angliederung dieses Gebietes laut geworden. Schließlich entstanden Bestrebungen, die baltischen Provinzen mit Deutschland zu verbinden, nachdem diese erobert worden waren. In keinem Falle handelte es sich um Ziele, die bereits vor dem Kriege bestanden. Was hätte auch Deutschlands Begehrlichkeit reizen, seine Kriegslust anstacheln sollen? Selbst ein so wenig wohlwollender Beobachter, wie der letzte bel-

gische Gesandte in Berlin, hat dies noch im Jahre der Katastrophe festgestellt. Beyens berichtete am 12. Juni 1914:

Deutschland braucht diesen (drohenden) Krieg nicht. In wenigen Jahren wird ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihm und seinem Nachbar (Frankreich) nicht mehr möglich sein. Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur im Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkung seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Zentral-Europa zu herrschen.

Die gleiche, naturgemäße Friedensliebe war jedoch nicht allen Ländern gegeben. Es fehlte keineswegs an kriegstreibenden Kräften. Der Ausbruch des Weltkrieges kann daher nicht als unbegreifliche Überraschung angesehen werden. Er drohte seit längerer Zeit, da die Politik aller Länder den Krieg als letztes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele in Rechnung stellte und die Gegensätze zwischen den Mächten von Jahr zu Jahr schärfer hervortraten. Alle Welt wußte freilich, daß ein europäischer Krieg unermeßliches Elend über die Menschheit bringen werde. Deshalb hat es nicht an Versuchen gefehlt, das Unheil zu verhüten und die einzelnen möglichen Kriegsursachen auszuschalten. Die Opferfreudigkeit der Völker und ihrer Regierungen war aber nicht groß genug, um die Gefahren abzuwenden. Allgemein wurde das ungewisse Risiko der Kriegsgefahr lieber in Kauf genommen, als die Verzichte, die für eine dauernde Beilegung der Gegensätze erforderlich waren.

Bereits lange Jahre vor seinem Ausbruch ist der Weltkrieg in allen Ländern angekündigt, erörtert und sogar beschrieben worden. Die Zahl der Propheten des nahen, aber oft vertagten Unheils ist sehr groß gewesen. Für den Krieg sprach unter anderem die Wahrscheinlichkeit, da die Geschichte lehrt, daß große Kriege periodisch wie Naturereignisse über die Menschheit hereingebrochen sind. Der Fortschritt der Kultur hat die Möglichkeit eines Krieges keineswegs vermindert. In gewissem Sinne hat er seine Wahrscheinlichkeit sogar vergrößert, da er eine gewaltige Zunahme der Bevölkerung aller Länder mit sich brachte. Im 19. Jahrhundert hat sich die Einwohnerzahl Europas verdoppelt. Von 1890 bis 1914 stieg sie von etwa 330 Millionen auf rund 460 Millionen. In Deutschland allein wuchs sie in hundert Jahren von 25 Millionen auf fast 68 Millionen. Die Beschaffung von Nahrung und sonstigen Bedürfnissen hielt zwar mit dieser Zunahme durchaus Schritt. Das bedeutete im allgemeinen aber nur, daß der Kampf um Existenzmöglichkeiten und Erwerbsquellen unter dem Einfluß des hochentwickelten Verkehrs in ferne und unerschlossene Gebiete verlegt wurde, statt wie im Mittelalter an den Landesgrenzen ausgefochten zu werden. Das steigende Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Bodenreichtum wurde trotzdem in dem Haushalt fast eines jeden Volkes gespürt. „Vielleicht ist dieser (Welt-)Krieg ein erstes furchtbares Anzeichen

dafür, daß die Erde anfängt für das Menschengeschlecht als zu klein empfunden zu werden"*). Noch kann zwar von einer Übervölkerung der Erde keine Rede sein. Eine gewisse Unruhe setzte aber zweifellos ein, sobald alles Neuland politisch aufgeteilt und die gesamte Welt wirtschaftlich umfaßt war. Von diesem Zeitpunkt an bedeutete der Gewinn des einen in größerem oder geringerem Maße für den anderen einen Verlust.

Es erscheint begreiflich, daß, unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, Deutschlands Wachstum und sein naturnotwendiges Ausdehnungsbestreben unter seinen Nachbarn und Mitbewerbern Beunruhigung hervorrief, die bei der Bevölkerung mancher Länder sich bis zum Hasse steigerte, namentlich dort, wo man die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge verkannte und manchesterlichen Grundsätzen huldigte. Selbst ein so hervorragender Wirtschaftspolitiker wie der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, erklärte in einer Rede, die er am 16. Juni 1920 in der Universität Princeton hielt, es falle nicht schwer zu beweisen, daß die Vermehrung der Bevölkerung eine der Hauptursachen gewesen sei, die den europäischen Krieg unvermeidlich gemacht hätten. Deutschland sei durch die erhöhten Lebensmittelpreise in eine bedrängte Lage gekommen. Es sei fast gezwungen gewesen, sich zu schlagen. Diese Lehre ist durchaus falsch. Nicht wirtschaftliche Gründe, sondern politische Machtfragen haben den Weltkrieg veranlaßt. Die Geschichte wird als großes Verdienst des deutschen Volkes anerkennen müssen, daß dieses Mittel und Wege der friedlichen Ausdehnung gefunden hat, die vollauf ausreichten, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, während andere Länder aus den gleichen Gründen und auch aus reinem Machthunger auf kriegerische Eroberungen ausgezogen sind. Deutscher Fleiß und deutscher Handel haben das Schwert ersetzt. In dieser Hinsicht war das Deutsche Reich das fortgeschrittenste Land der Erde, der Verkünder einer neuen Lehre.

Der Weltkrieg ist, wie bereits gesagt, auf machtpolitische Gegensätze zurückzuführen, die zwischen den einzelnen Großmächten bestanden. Diese Feindschaften sind zum Teil altüberliefert, zum Teil auch jüngsten Datums. Die älteste der politischen Spannungen, die den Frieden Europas bedrohten, ist die deutsch-französische „Erbfeindschaft". Sie reicht bis in das Mittelalter zurück. Die Geschichte lehrt, daß Frankreich regelmäßig der angreifende Teil war. Seit dem 16. Jahrhundert hat es nicht weniger als achtundzwanzig Angriffskriege gegen Deutschland geführt. Nicht Deutschland war es, sondern Frankreich, das seine Grenzen immer weiter

*) Georg Wegener, Die geographischen Ursachen des Weltkrieges. Ein Beitrag zur Schuldfrage. Berlin 1920.

vorgeschoben hat. In dem weiten Gebiet zwischen Belfort und der Nordsee gibt es keine natürlichen Grenzen. Hier hat sich der französische Ausdehnungsdrang ausgetobt. Ein Landstrich nach dem anderen wurde dem alten Deutschen Reich entrissen: Die Bistümer Metz, Toul und Verdun, das Artois, der Rest von Lothringen, der Sundgau, Straßburg und das übrige Elsaß, Cambrai und St. Omer, Valenciennes und Lille, für kurze Zeit auch das Saargebiet, wenn auch nicht in seiner heutigen Ausdehnung. In all den Jahrhunderten hatte Frankreich nur einen Rückschlag zu erleiden. 1871 wurde ihm Elsaß-Lothringen wieder abgenommen.

Diesen Verlust, vor allem aber die Niederlage und die Verringerung seiner Machtstellung hat Frankreich nicht verwunden. Der Gedanke an „Revanche" ist niemals ganz ausgestorben. Der deutsch-französische Gegensatz wurde als ein Kampf der germanischen und romanischen Rasse um die Vormachtstellung in Europa angesehen. Als der Waffenstillstand vom 11. November 1918 unterzeichnet war, rief der greise Clemenceau, der schon 1870 französischer Deputierter war, dem französischen Senat unter endlosem Jubel zu: Hiernach haben wir seit vierzig Jahren gestrebt! Freilich hat der Revanchegedanke an Kraft verloren, je mehr die Männer von 1870 ausstarben und Frankreich sich überseeischen Unternehmungen zuwandte. Er lebte aber zu Anfang dieses Jahrhunderts mit dem ersten deutsch-französischen Zusammenstoß auf kolonialem Gebiet wieder auf. Anläßlich der Marokkokrisen von 1905 und 1911 war der Krieg in greifbare Nähe gerückt. Das Abkommen des letzteren Jahres vermochte nur eine geringe Entspannung herbeizuführen. Bereits 1913 steigerte Frankreich durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit seine Kriegsbereitschaft bis zum äußersten.

Im Hinblick auf seine Tiefe ist der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland an zweiter Stelle zu nennen. Er beruhte auf dem jahrhundertelangen Wettkampf beider Länder um die Beerbung des türkischen Reiches auf der Balkanhalbinsel und bestand in besonderer Schärfe seit dem Berliner Kongreß von 1878. Im engsten Zusammenhang hiermit steht das Streben Rußlands nach Freiheit der Meerengen, einer berechtigten wirtschaftspolitischen Forderung, deren Erfüllung die Westmächte 1856 verhindert hatten. Träger der Spannung war jedoch der Gegensatz zwischen der germanischen und der slawischen Rasse, den Rußland, die „slawische Mutter", gerade gegen die halbslawische Donaumonarchie auszuspielen liebte. Unter diesen Gesichtspunkten war der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, der 1908/9 und 1912/13 fast zum Kriege geführt hat, nur ein Gliedstück des austro-russischen Streites.

Deutschland hat lange Zeit ganz außerhalb dieses Streites gestanden. Preußens polnische Provinzen stellten keine slawische

Irredenta, sondern viel eher ein Bindeglied zu Rußland dar. Es bestanden keine Reibungsflächen. Die ostpreußische Grenze ist seit dem Jahre 1422 unverändert geblieben. Selbst der Berliner Kongreß führte nicht zu einer Trübung der überlieferten guten Beziehungen, obwohl er mit einer diplomatischen Niederlage Rußlands endete, wofür die Schuld zu Unrecht Deutschland zugemessen wurde. Erst das russisch-französische Bündnis hatte eine gewisse Entfremdung zur Folge, die sich allmählich zu einer wirklichen Spannung auswuchs. Grund hierfür waren die Eifersucht auf den aufblühenden Nachbarstaat, der noch hundert Jahre zuvor fast wie ein Vasall erschienen war, die wirtschaftspolitischen Gegensätze, die aus dem Deutschland günstigen Handelsvertrag von 1904 erwuchsen, vor allem aber die immer enger werdende Verbindung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, sowie die deutschen wirtschaftlichen Unternehmen in der Türkei. 1909 trat Deutschland für seinen Verbündeten gegen Rußland ein. 1913 verhinderte es dessen Vorgehen in Armenien. In Petersburg mußte man erkennen, daß Deutschland einem russischen Angriff auf Österreich-Ungarn nicht untätig zusehen werde. Gemeinsam traten die Zweibundsmächte für die Erhaltung der Türkei ein, als deren rechtmäßiger Erbe sich Rußland betrachtete. Das Schlagwort „Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin" wurde schließlich zum Ausdruck des russischen Volkshasses gegen den germanischen Nachbar. Es wurde zu einem politischen Programm.

Ebenfalls jüngeren Datums ist der deutsch-englische Gegensatz. Er ging aus dem englischen Handelsneid hervor und aus deutscher Erbitterung über die Schwierigkeiten, die England den bescheidenen kolonialen Bestrebungen Deutschlands bereitete. Englands Beunruhigung ist sehr wohl verständlich. Der deutsche Wettbewerb richtete sich gerade gegen seine Hauptindustriezweige. Seine Vorherrschaft auf dem Weltmarkt wurde ernstlich in Frage gestellt. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, dann hätte aller Voraussicht nach im Jahre 1914 der deutsche Außenhandel zum ersten Male den englischen übertroffen. Nicht nur mit seinen kolonialen Bestrebungen, sondern auch mit seinen sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen im Ausland stieß Deutschland überall auf englischen Widerstand und beeinträchtigte englische Interessen. Beide Regierungen waren aber unmittelbar vor dem Kriege, in richtiger Erkenntnis der wirklichen Interessen ihrer Länder, auf dem besten Wege zu einem brauchbaren Ausgleich. Zu dieser Einsicht war man aber erst nach ernsten Reibereien gelangt, nach politischen Machtproben, für die letzten Endes das fein ausgebaute Bündnissystem des Dreiverbandes errichtet worden war, und auf Grund eines Wettkampfes im Flottenbau, den England trotz seiner unbedingten Überlegenheit zur See als Herausforderung und sogar als

Bedrohung empfand. Denn nicht nur alle noch zu vergebenden Landgebiete der ganzen Welt betrachtete es als sein natürliches Erbteil, sondern vor allem auch die Herrschaft der Meere. Mit bewunderungswürdiger Folgerichtigkeit hat es seit Jahrhunderten gegen jedes Land Krieg geführt, das diese Alleinherrschaft zu bedrohen schien. Letzteres lag freilich weder in Deutschlands Absicht, noch im Bereich seiner Möglichkeiten.

Nach drei Seiten war Deutschland durch ständige Konfliktsmöglichkeiten bedroht. Keine dieser großen politischen Spannungen hat jedoch für sich allein den Weltkrieg ausgelöst, sondern nur das System der Bündnisse und Bündnisverpflichtungen, das auf ihnen aufgebaut war. Mittel der Politik war und ist ja nicht nur das, was die Völker verbindet, sondern auch das, was sie trennt. Auf Grund gemeinsamer Gegensätze bildeten sich Gruppen, die ihre Interessen soweit als möglich unter einander ausglichen und dann nach außen hin gemeinsam vertraten. Die Bündnispolitik, das System, die Macht des Schwertes gemeinsam in die Wagschale der politischen Entscheidung zu legen, hatte vor dem Kriege einen Höhepunkt erreicht.

Zur Jahrhundertwende gab es zwei feste Bündnisgruppen: den Dreibund Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, dessen Ziel damals allein die Erhaltung des Bestehenden war, und den Zweibund Frankreich—Rußland, der Frankreich vor dem politischen Druck des mächtigeren Deutschen Reiches schützen sollte, und der nach seinem Inhalt ein Kriegsbündnis war, aufgebaut auf dem Revanchestreben unseres westlichen Nachbarn. England befand sich damals in einem Gegensatz zu den übrigen europäischen Mächten, der sich während des Burenkrieges deutlich offenbarte. Binnen weniger Jahre hat es sich aus seiner damaligen gefährdeten Lage befreit. Es war ihm dies um so leichter möglich, als es die Verständigung mit einzelnen seiner Gegner, die regelmäßig mit Opfern verbunden ist, im wesentlichen auf Kosten dritter verwirklichen konnte. Die Entente mit Frankreich, die die neue weltpolitische Ära einleitete, war zunächst nichts anderes als eine politische Geschäftsgemeinschaft. Ihre ersten Ergebnisse waren das Marokkoabkommen vom 8. April 1904, das auf Kosten der Teilnehmer am Marokkovertrage vom 3. Juli 1880 ging, und die militärpolitischen Vereinbarungen anläßlich der Marokkokrise von 1905, die der Erhaltung der erzielten Ergebnisse dienen sollten.

Zur Fortsetzung dieser Politik der Erzwingung politischer Vorteile wurde die Wehrhaftmachung der Entente dann weiter betrieben. Zu den ersten Abreden zwischen den englischen und französischen Generalstäben und Admiralstäben kam eine Verständigung mit Italien und Belgien hinzu. Durch die Heranziehung Rußlands und die Erweiterung der Entente zum Dreiverbande erhielt die den

Mittelmächten feindliche Gruppe einen sehr erheblichen Machtzuwachs. Dieser war aber nicht der ursprüngliche Zweck der englisch-russischen Vereinbarungen vom 31. August 1907, die auf Kosten von Persien, Afghanistan und Tibet geschlossen wurden. Das Hauptziel war vielmehr die Beilegung der russisch-englischen Gegensätze. Eine weitergehende Verständigung erfolgte aber bereits 1908 in Reval. Hierdurch wurde Rußland, das durch den Krieg mit Japan geschwächt war, die Rückkehr zur europäischen Politik erleichtert. Durch englische und französische Vermittelung kamen eine Reihe von russisch-japanischen Verträgen in den Jahren 1907, 1910 und 1912 zustande, die Rußland den Rücken im Osten freimachten. Mit diesen Ergebnissen hatten die Mächte des Dreiverbandes die größtmögliche politische Aktionsfreiheit in Europa erreicht.

Diese Freiheit des Handelns und Möglichkeit der Erzwingung politischer Vorteile war bedingt durch die Einigkeit gegenüber der Machtgruppe des Dreibundes, deren Stütze zwar das lebenskräftige Deutsche Reich war, der aber infolge der Schwäche Österreich-Ungarns und der Unverläßlichkeit Italiens geringere Macht besaß als der an sich loser gefügte Dreiverband. Dieser Erfolg einer geschickten Politik ließ sich erhöhen durch die Isolierung Deutschlands, die sogenannte Einkreisung, die seit Beginn der Ententepolitik folgerichtig angestrebt worden ist. Sie wurde erreicht durch den Zusammenschluß von Frankreich, Rußland und England, und durch Versuche, die anderen Dreibundsmitglieder von Deutschland abzutrennen. Von Paris wurden Fäden nach Rom gesponnen, und von London nach Wien. Als unzuverlässiger Bundesgenosse hat sich aber nur Italien erwiesen.

In beiden Bündnisgruppen haben einzelne Mitglieder die Macht ihrer Gruppe zu politischen Vorteilen auszumünzen versucht. Es ist aber für die innere Struktur des Dreibundes bezeichnend, daß Deutschland keinerlei territorialen Gewinn erzielt oder angestrebt hat, während Österreich-Ungarn Bosnien, Italien Tripolis dank der Anlehnung an Deutschland erwerben konnten, und beide zusammen, auf unsere Macht gestützt, die Schaffung Albaniens gegen den Willen des Dreiverbandes durchsetzten. England, die führende Macht der gegnerischen Gruppe, war nicht in demselben Maße uneigennützig. Es hat sich z. B. durch das Abkommen von 1904 den Besitz Ägyptens gesichert. Aber auch hier waren es in erster Linie Frankreich und Rußland, die die Vorteile einheimsten. Frankreich erwarb Marokko nach langjährigen Konflikten mit Deutschland, dank englischer Hilfe. Rußland leitete, auf die Macht des Dreiverbandes gestützt, den ersten Balkankrieg ein, der den ersten Schritt zur Auflösung der Türkei und zur Eroberung Konstantinopels darstellen sollte. Die von Jahr zu Jahr weiter gesteckten

Ziele dieser Gruppe gefährdeten in wachsendem Maße den europäischen Frieden. Es hat 1912 und 1913 nur wenig gefehlt, daß aus dem Balkankriege ein europäischer Brand entfacht wurde.

Die treibenden und angreifenden Kräfte waren Rußland, Frankreich und England. Dementsprechend schritt mit dem inneren Ausbau des Dreiverbandes seine Wehrhaftmachung ständig fort. Die von Rußland herbeigeführte Krisis von 1912 fand die drei zur Entente verbundenen Länder völlig kriegsbereit vor. Die Krisis wurde 1913 überwunden. Aus nicht näher bekannten, wenn auch leicht ersichtlichen Gründen setzte der Dreiverband seine politischen und militärischen Rüstungen fort. Das Jahr 1914 brachte eine Reihe von Vorbereitungen auf einen n a h e n Krieg sowie den Plan einer Verstärkung der militärpolitischen Struktur der Entente durch eine russisch-englische Marinekonvention, die, wie alle anderen Abmachungen des Dreiverbandes, gegen Deutschland gerichtet war. Die Mittelmächte, die ja auch völlig in der Defensive standen, haben dagegen keinerlei Vorbereitungen dieser Art getroffen.

Aus diesem Boden ist der Weltkrieg erwachsen. Es ist aber bezeichnend und für die Feststellung der Verantwortlichkeit von großer Bedeutung, daß sein eigentlicher Anlaß nicht in einem unmittelbaren Gegensatz der Hauptmächte zu suchen ist, und auch nicht in einer Frage, die Deutschland betraf, so sehr auch die Politik des Dreiverbandes gegen Deutschland selbst gerichtet war. Der deutsch-englische Gegensatz hatte nach einem Einigungsversuch von 1912 (Besuch Haldanes), der an der beiderseits mangelnden Opferwilligkeit scheiterte, gerade im Jahre 1914 durch Abmachungen über die Interessensphären im nahen Osten und in Afrika eine Entspannung erfahren. Die französische Revanchepolitik hatte zwar unter Poincaré einen Höhepunkt der ideellen und militärischen Bereitschaft erreicht, es lag aber kein neuer Zwist zwischen beiden Ländern vor. Der Gegensatz Rußlands zu Deutschland war nur indirekter Natur. Einen unmittelbaren Streitpunkt gab es nicht, seitdem der Fall Liman-Sanders, der in seiner Bedeutung sehr überschätzt worden ist, friedlich und freundschaftlich beigelegt worden war.

Die Krisis des Jahres 1914 entsprang der oben angedeuteten Aushöhlungspolitik des Dreiverbandes gegenüber Österreich-Ungarn. Es war natürlich nicht verborgen geblieben, daß Rußland und Frankreich sich Serbiens zum Sturmbock auf dem Balkan bedienten. Die Donaumonarchie sah sich ernstlich bedroht und wollte den Mord von Sarajevo als Anlaß benutzen, um den serbischen Treibereien ein Ende zu bereiten. Das Vorgehen der Wiener Regierung führte sofort zu einem österreichisch-russischen Konflikt: Rußland konnte die Regierung in Belgrad, die sie zu einer österreichfeindlichen Politik angetrieben hatte, in diesem kritischen Augenblicke nicht

im Stiche lassen, ohne an Ansehen und Zukunftsaussichten Einbuße zu erleiden. Es läßt sich nun genau verfolgen, wie die übrigen europäischen Spannungen sich im Verlauf der Krise auslösten. Der deutsch-französische Gegensatz, der seit 1912 durch Poincaré ungeheuer verschärft worden war, machte sich sogleich geltend, obwohl Deutschland an dem eigentlichen Konflikt nur mittelbar beteiligt war. Vom ersten Tage an waren die französischen Staatsmänner und Diplomaten bestrebt, Deutschland in den Konflikt hineinzuziehen. Frankreich hat früher gerüstet und früher mobilisiert, als Deutschland dies unter russischer Drohung tat. Dank der französischen Bemühungen entstand auch sehr schnell ein deutsch-russischer Konflikt, der sehr wohl zu vermeiden gewesen wäre. Er wurde von den Kriegstreibern an der Newa wie an der Seine mit ungeheurer Schnelligkeit auf die Spitze getrieben. Die Ereignisse überstürzten sich so sehr, daß die russische Mobilmachung gegen Deutschland schon begann, ehe der deutsch-russische Konflikt als solcher richtig erkannt worden war. Als letzter offenbarte sich der deutsch-englische Gegensatz, den auszunutzen die russischen und französischen Vertreter vom ersten Tage der Krisis sich eifrigst bemüht hatten, der aber nicht genügend groß war, um zu einem Waffengange zu führen, so daß die englische Kriegspartei Mühe hatte, den Eintritt ihres Landes in den Krieg zu rechtfertigen. Das Bündnissystem des Dreiverbandes war jedoch stärker als der Friedenswille eines großen Volkes.

Für die Lage Europas bei Kriegsausbruch und für den Krieg selbst ist bezeichnend, daß weder der deutsch-englische noch der deutsch-französische noch der deutsch-russische Gegensatz zur Katastrophe geführt haben. Der Weltkrieg ging vielmehr aus einem Zusammenstoß auf einem Nebenkriegsschauplatz der großen Politik hervor, und nur das bestehende Netz von Bündnisverpflichtungen hat jene Hauptgegensätze ausgelöst, wobei allerdings die politischen und militärischen Rüstungen in sehr hohem Maße der Erhaltung des Friedens abträglich waren. Sie reizten ungeheuer zur Herbeiführung der kriegerischen Entscheidung und gaben den Kriegstreibern aller Länder verhängnisvolle Möglichkeiten. Dies wird durch nichts besser veranschaulicht als durch die Tatsache, daß die russische Gesamtmobilmachung den Krieg unvermeidlich machte, und daß es wegen der bestehenden Bündnisverpflichtungen England unmöglich schien, diese Mobilmachung zu verhindern, während die französischen Ziele der Regierung in Paris den Krieg als erwünschte Lösung aller schwebenden Fragen erscheinen ließ. Die Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges tragen also in erster Linie alle die, welche nicht bereit waren, zur Beseitigung der bestehenden Gegensätze Opfer zu bringen, und die Ententever-

pflichtungen geschaffen haben, die allesamt den Krieg als Mittel zu ihren Zielen vorsahen.

Eine Untersuchung der politischen Ziele der beiden Bündnisgruppen und ihrer einzelnen Mitglieder zeigt, daß der Dreiverband territorialen und anderen Gewinn anstrebte, während die Mittelmächte das Bestehende zu erhalten bemüht waren. Deutschland kannte keine politischen oder nationalen Forderungen, die durch den Krieg verwirklicht werden mußten. Der Frieden diente seiner Entwicklung besser als der aller anderen Länder. Zu Rußlands Zielen gehörte dagegen die Eroberung Konstantinopels, zu denen Frankreichs die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens. Die Erreichung dieser Ziele setzte einen europäischen Krieg voraus. Aber auch bei zahlreichen anderen Bestrebungen war die Entscheidung der Waffen als letztes Mittel in die Rechnung des Dreiverbandes eingestellt. Die Enthüllungen aus den Archiven des Feindbundes haben dies zur Genüge erwiesen. Dementsprechend war der Dreiverband zu einem wahren Kriegsbündnis geworden. Die Entente beruhte ja auch in erster Linie auf einem Netz von Militär- und Marinekonventionen, und nicht, wie der Dreibund, auf einem politischen Schutzbündnis. Der Ring, der um die Mittelmächte gezogen war, ist mit den Jahren so eng geworden, daß bereits der geringe Anstoß eines österreichisch-ungarischen Balkankonfliktes genügte, um die ganze Kriegsmaschine in Gang zu setzen und Rußland, Frankreich und England in einen Krieg gegen Deutschland zu stürzen. Für Deutschland bestand 1914 auch gar keine Möglichkeit mehr, diesem Konflikte zu entgehen. Selbst die Preisgabe des österreichisch-ungarischen Bundesgenossen hätte nur zur Auflösung des Dreibundes geführt und wäre das Vorspiel zu seiner Niederwerfung gewesen. Das Ententesystem war wie ein Selbstschuß eingestellt, der sich löste, sowie das Interessengebiet einer der Verbandsmächte im geringsten berührt wurde. Die Schüsse in Sarajevo erweckten ein millionenfaches Echo. Für die Folgen, die der österreichisch-serbische Konflikt gehabt hat, sind die verantwortlich, die die serbischen Treibereien ermutigten, ebenso wie jene, die das gefährliche Kriegsbündnis des Dreiverbandes schufen.

* * *

Das letzte Wort über die Vorgeschichte des Krieges und die diplomatischen Verhandlungen, die seinem Ausbruch vorangingen, wird erst in vielen Jahren zu sagen sein. Die Verhandlungen selbst sind aber in ihren Grundlinien bereits längst bekannt. Die noch fehlenden Aufschlüsse vermögen das Bild nur zu vervollständigen und nicht, es wesentlich umzugestalten. Dem, der das verworrene Netz der diplomatischen Fäden aufzurollen sucht, werden freilich fast täglich neue Anhaltspunkte geboten. Der deutsche parlamentarische Untersuchungsausschuß hat zahlreiche Zeugen zur Äußerung aufgefordert und auch neues Urkundenmaterial veröffentlicht. In den Ländern des Feindbundes bildet eine umfangreiche Memoirenliteratur eine unerschöpfliche Fundgrube für den Forscher. Kaum einer der letztgenannten Zeugen könnte als Freund der Gerechtigkeit und Wahrheit bezeichnet werden. Immerhin geben sie viele wertvolle Aufschlüsse. Denn ihr Bestreben nach Rechtfertigung ihrer eigenen Handlungen und der ihres Landes wird in der Regel überboten von der Sucht zu zeigen, daß sie den Krieg kommen sahen oder auch wollten, und daß sie ihn geschickt einzuleiten und vorzubereiten verstanden. Die Eitelkeit hat manche Zunge gelöst, die besser klug geschwiegen hätte. Manchen Zeugen hat daher eine besorgte Regierung genötigt, seine Feder früher fortzulegen, als er selbst es beabsichtigte. Nach irgend einem noch unerforschten Naturgesetz bricht sich jedoch die Wahrheit mit der Zeit selbst Bahn. Unsere Kenntnisse von Einzelheiten erweitern sich daher fortwährend. Was im Laufe der beiden letzten Jahre über die politischen Vorgänge bei Kriegsausbruch bekannt geworden ist, wurde im Nachstehenden berücksichtigt. Die erste Auflage dieser Schrift ist aber lediglich ergänzt und erweitert worden. Ihre Grundgedanken und Schlußfolgerungen sind unverändert geblieben. Die neuen Enthüllungen haben nur Bestätigungen gebracht und keinerlei Revision erfordert. Die früheren Ausführungen konnten daher in ihrem vollen Wortlaut übernommen werden.

I. Die Weltlage 1914

Das Vorgehen von Deutschlands Gegnern, als sie fünf Jahre lang die These verfochten, der Weltkrieg habe Europa im tiefsten Frieden überrascht, zeugt von einem weitgehenden Verständnis für propagandistische Grundregeln und beweist den Erfolg von Kontrastwirkungen bei geschickter Darstellung. Es zeugt auch von der Gedankenlosigkeit der Menschen; denn die Behauptung, das Jahr 1914 habe eine friedlich-stille Welt vorgefunden, ist ganz falsch, wie jedermann auf Grund seiner eigenen Erinnerungen selbst feststellen kann. Die Balkankriege, die fast zu einer europäischen Konflagration geführt hatten, waren eben erst vorüber. Ihr äußerer Abschluß, der Bukarester Frieden, datiert vom 10. August 1913. Im Verlauf der durch die Balkankriege hervorgerufenen Krisis hat, wie wir heute aus den serbischen Archiven*) wissen, „eine kompetente Persönlichkeit" dem serbischen Gesandten in Paris gesagt, der europäische Krieg sei „mit gewissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden". Hierfür sei unter anderem der Wunsch maßgebend gewesen, „den Balkanverbündeten Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, zu gewähren". (Bericht des serbischen Gesandten in Paris, Nr. 177, vom 9. April 1913.) Welcher Art waren diese Eventualitäten? Der russische Minister des Äußeren erklärte dem serbischen Gesandten, wie dieser am 27. März 1913 berichtet hat, „er glaube, daß wir (Serbien) Österreich-Ungarn erschüttern werden. Demgemäß sollten wir uns mit dem begnügen, was wir bekommen werden, und dies als eine Etappe betrachten; denn die Zukunft sei unser". Über diese Zukunft sagte schon der Artikel 5 der geheimen russisch-bulgarischen Militärkonvention vom Dezember 1909, „daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkaninsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist". Unablässig wurde gerade Serbien auf den bevorstehenden Entscheidungskampf hingewiesen. Der russische und der französische Gesandte in Bukarest rieten Serbien, seine Kräfte zu sammeln,

*) Anlage VI der vorbenannten Denkschrift vom 27. Mai 1919.

„um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse zu erwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen". (Telegramm des serbischen Gesandten in Bukarest vom 26. November 1912.) Dem russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig, schrieb Sasonow am 6. Mai 1913: „Serbien hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen. Zur Erreichung seines... Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt ist. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiet des heutigen Österreich-Ungarn." Es möge sich „in zäher und geduldiger Arbeit mit dem erforderlichen Grad der Bereitschaft für den in Zukunft unausweichlichen Kampf versetzen". Eine Woche darauf äußerte er sich im gleichen Sinne zum serbischen Gesandten in Petersburg (dessen Telegramm vom 12. Mai 1913): „Wiederum sagte Sasonow, daß wir (Serben) für die zukünftige Zeit arbeiten müssen, wenn wir viel Land von Österreich-Ungarn bekommen werden."

Bereits im Jahre 1911 hat der französische Botschafter in London, Paul Cambon, dem damaligen serbischen Geschäftsträger erklärt, der europäische Krieg sei nur um drei bis vier Jahre aufgeschoben worden, denn Frankreich und seine Verbündeten seien der Ansicht, daß der Krieg, selbst um den Preis größerer Opfer, auf einen entfernteren Zeitraum, „d. h. auf 1914 bis 1915", verschoben werden müsse (Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London, Nr. 144, vom 21. September 1911). Lord Fisher, der Schöpfer der englischen Kriegsflotte, der den Krieg mit Deutschland von jeher anstrebte, 1907 und 1908 sogar darauf drängte, die deutsche Flotte nach dem Muster der dänischen (Kopenhagen 1807) zu überfallen, hat nach seinen eigenen Angaben (Memories, S. 64) bereits 1905 in einer Denkschrift den Krieg gegen Deutschland für August 1914 vorausgesagt. Mit Voraussagen aus Feindbundsländern über einen nahen Krieg und seinen Ausbruch im Jahre 1914 ließe sich ein stattlicher Band füllen.

So sah der Frieden Europas aus. Entsprechend hat das Unheilsjahr begonnen. Am 7. Januar 1914 unterbreitete Sasonow dem Zaren ein Memorandum, in dem er vorschlug, die Türkei gewaltsam, nämlich durch eine „ernste militärische Aktion und die Besetzung türkischer Häfen", an der Reorganisation ihrer Armee mit Hilfe der deutschen Militärmission zu hindern. Dabei rechnete er darauf, daß Deutschland der Türkei aktiv beistehen werde. Er wollte einen Ministerrat einberufen, „der darüber zu beraten haben würde, ob Rußland für die Eventualität militärischer Aktionen bereit sei, unter der Voraussetzung, daß es von Frankreich mit allen Kräften unterstützt werde, und auch England ihm tatkräftig beistehe". (Denkschrift vom 27. Mai 1919, Anlage IX.) Die Regierung in Paris hatte ihre Unterstützung bereits zugesagt. Poincaré gab dem

russischen Botschafter zu verstehen, Frankreich sei entschlossen, „sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit Rußland auferlege". (Telegramm Iswolskis vom 5. Januar 1914, Nr. 617.)*) Delcassé versicherte im Auftrage seiner Regierung dem russischen Minister des Äußeren, Frankreich werde so weit gehen, wie Rußland es wünsche. Sasonow teilte dementsprechend auf dem Ministerrate vom 13. Januar 1914 mit, die russische Regierung könne „auf eine tatkräftige Unterstützung Frankreichs bis aufs Äußerste rechnen". Bei der gleichen Gelegenheit erklärten der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes „kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland, von einem Zweikampf mit Österreich schon gar nicht zu reden". Der Ministerpräsident und der Minister des Äußeren waren jedoch der Ansicht, daß der Krieg mit Deutschland „im Prinzip unerwünscht" und für Rußland gefährlich sei. Dementsprechend wurde beschlossen, eine friedliche Lösung zu suchen. (Pokrowski, Drei Konferenzen, S. 32 ff.) Aber selbst der Zar, dessen Friedensliebe nicht bestritten wird, erklärte am 29. Januar dem französischen Botschafter Delcassé, wie dieser berichtet: „Die Anstrengungen Deutschlands, sich in der Türkei auszubreiten und festzusetzen, werden vielleicht zu einem unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen den deutschen Bestrebungen und den russischen Interessen führen". (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 69.)**)

Wie wenig die friedliche deutsche Wirtschaftspolitik im Orient in einem Atem mit dem russischen Imperialismus und seinem überliefertenExpansionsdrang genannt zu werden verdient, hat Helfferich, einer der besten Kenner der deutschen Bestrebungen, auseinandergesetzt in „Die Deutsche Türkenpolitik" (Berlin 1921).

Am 12. Januar wurde Paléologue zum französischen Botschafter in Petersburg ernannt. Ehe er seinen Posten antrat, setzte er dem Minister des Äußeren, Doumergue, und dem Präsidenten der Republik, Poincaré, eindringlich auseinander, daß der Weltkrieg nahe bevorstehe***). Er war bislang Direktor der politischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren. Seine Meinung trug demnach Gewicht. In ihrer Sitzung vom 14. Januar 1914 beschloß die Stadtverwaltung von Paris, mit Hilfe namhafter Aufwendungen, in die sie sich mit den Militärbehörden geteilt hat, die Mehlvorräte von Paris so weit zu erhöhen, daß die Stadt während der Verkehrssperre einer

*) v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre (Berlin 1921), S. 668.

**) Rapport de la commission d'enquête sur les faits de la guerre. Premier volume. No. 704. Senat. Année 1919. Mémoires de M. M. Emile Bourgeois et Georges Pagès sur les faits diplomatiques qui ont précédé la guerre.

***) Maurice Paléologue, La Russie des Tsars pendant la grande guerre. Revue des deux mondes, Tome 61, No. 2, 15. Januar 1921, S. 227.

Mobilmachung keinen Mangel zu leiden brauche. Der Militärgouverneur von Paris, General Michel, erklärte anläßlich dieser Beratung: „Die Zeit drängt. Dieses Jahr ist ein ganz besonderes Jahr. Wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob wir nicht die Mobilmachung im März oder April haben werden."*)

Rußland bewilligte 1914, ebenfalls im Januar, 15 Millionen Rubel für die Ausrüstung der montenegrinischen Truppen mit Artillerie und Kriegsmaterial, weitere 4 Millionen für die Versorgung des montenegrinischen Heeres und eine halbe Million für russische Instrukteure (Bericht des russischen Geschäftsträgers in Cetinje vom 23. Februar 1914, Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 122). Am 21. Februar fand in Petersburg ein erweiterter Ministerrat statt, in dem die Vorbereitungen einer Aktion zur Eroberung der Dardanellen beraten wurden. Es sind damals militärische Maßnahmen für diesen Zweck beschlossen worden, obwohl die Teilnehmer an jener geheimen Sitzung sich darüber klar waren, daß eine Aktion wie die geplante nur im Rahmen eines europäischen Krieges unternommen werden könne. Dem russischen Ministerium des Äußeren wurde die Aufgabe gestellt, in zielbewußter Arbeit einen günstigen politischen Boden für den geplanten Angriff vorzubereiten**). „In das Frühjahr 1914 fiel dann die Votierung großer Heeresvorlagen und schließlich die der gewaltigsten Heeresvermehrung, die jemals ein Staat vorgenommen hat, in der Duma. Auf Grund in geheimen Kommissionsberatungen gegebener Erläuterungen seitens der Ministerien des Äußeren und des Krieges bezeigte hierbei die Mehrheit der Volksvertretung eine nie dagewesene Opferwilligkeit. Welcher Art mögen also diese geheimen Mitteilungen gewesen sein!"***) Die damals genehmigte Vermehrung des russischen Friedensetats kam etwa der Gesamtstärke der österreichisch-ungarischen Friedensarmee gleich. Daß die militärischen Rüstungen gut vorschritten, wurde auch der nicht eingeweihten Öffentlichkeit in den Auslassungen des Kriegsministers Suchomlinow in der Birschewija Wjedomosti vom 12. März und vom 13. Juni mitgeteilt.

Welche Ziele der Armee vorschwebten, ist nicht verborgen geblieben. „Die japanische Militärmission, die, nachdem sie einige Zeit in Rußland gewesen war, jetzt nach Deutschland gekommen

---

*) Siehe „Die Deutsche Nation", III, S. 359 (Mai 1921).

**) Frankreich und England hatten von diesen Plänen anscheinend Kenntnis. Paléologue erzählt an der Hand seines Tagebuches unter dem 14. August 1914 von Besorgnissen in Paris und London, daß Rußland einen Teil seiner Truppen zum Angriff auf die Türkei zurückhalte, statt sie an seiner Westfront einzusetzen. Offenbar sind deswegen sogar Vorstellungen erhoben worden. (A. a. O., S. 537.)

***) v. Eggeling, Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch (Oldenburg 1919), S. 18.

ist, ist betroffen von den deutschfeindlichen Gefühlen, von denen heute die russischen Offiziere beseelt sind". So berichtete der belgische Gesandte in Berlin am 4. April 1914: „In den Offizierkasinos haben die Japaner offen von einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland sprechen hören. Man sagte dort, die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen."*)

Anfang Mai eröffnete die französische Regierung ganz unvermittelt in Bern Verhandlungen über die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln im Falle eines europäischen Krieges**). Ihre Unterhändler wußten bereits anzukünden, daß gegen Deutschland die Hungerblockade verhängt werden würde. Paléologue, der zur Vorbereitung der Petersburger Reise Poincarés nach Paris zurückgekehrt war, setzte am 5. Juni Briand auseinander, der Weltkrieg stehe nahe bevor. Er werde von seinem Posten zurücktreten, wenn das neue Kabinett Viviani nicht das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit unverändert einbringe. (Paléologue, a. a. O., S. 229.) Über die dreijährige Dienstzeit hat der belgische Gesandte in Paris, Guillaume, am 8. Mai 1914 berichtet: „Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen". (Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 115.) Am 18. Juni erklärte Paléologue dem neuen Ministerpräsidenten Viviani: „Ich glaube, daß der Krieg uns nahe bevorsteht, und daß wir uns auf ihn vorzubereiten haben". — „Wir müssen unser Bündnissystem so viel als möglich ausbauen". (Paléologue, a. a. O., S. 230.) Dies scheint die Auffassung der leitenden Staatsmänner des Dreiverbandes gewesen zu sein. Denn im Mai und Juni wurden in London Verhandlungen zwischen England und Rußland über den Abschluß einer Marine-Konvention geführt, die sich gegen Deutschland richtete***). Dies Abkommen sollte den Schlußstein der militärischen Entente bilden. Am 25. Juni schrieb der russische Außenminister an den Botschafter in London: Im jetzigen Zeitpunkte erscheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben . . .

*) Bernhard Schwertfeger, Zur Europäischen Politik, Band 4 (Alfred Doren: 1912—1914, Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen), S. 188.

**) W. Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 173. Derselbe, Berliner Lokalanzeiger vom 21. 12. 1918, Nr. 646.

***) Siehe „Diplomatische Kriegsrüstungen", Dokumente zu den englisch-russischen Verhandlungen über ein Marineabkommen aus dem Jahre 1914 (Berlin 1919) und v. Siebert, a. a. O., S. 806 ff.

Daß die Julikrisis 1914 aus diesem Boden erwachsen ist, zeigen auch die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch". Obwohl sie die weitere Vorgeschichte des Krieges nicht behandeln, da diese einer späteren Veröffentlichung*) vorbehalten blieb, so beginnen sie doch mit dem zweiten der berüchtigten Zeitungsartikel Suchomlinows (Nr. 1, 2 und 3) und zeigen auch deutlich die Beunruhigung der deutschen Regierung über die englisch-russischen Verhandlungen (Nr. 3, 5, 6, 56).

Die vorstehende Skizze kann natürlich das Bild der damaligen Weltlage keineswegs erschöpfen. Die diesbezüglichen deutschen Akten liegen noch nicht vor, die Archive des Feindbundes werden wohl niemals geöffnet werden. Diese wenigen Beispiele genügen aber, um zu zeigen, daß Europa durchaus nicht das Bild eines friedlichen Idylls darstellte, ein Idyll, das erst durch einen plötzlichen Überfall Deutschlands auf die europäische Kulturwelt zerstört wurde.

Es kann uns nicht obliegen, die Erklärung für die mannigfachen militärischen Maßnahmen der Entente im Jahre 1914 zu geben und ihre Vorbereitungen auf einen n a h e n Krieg zu begründen. Dies bleibt Aufgabe unserer Gegner. Aber heute bereits kann man sagen, daß die Entente nicht in der Lage sein wird, ihre Haltung mit der Angst vor aggressiven Absichten Deutschlands zu begründen, denn Deutschland hat keine analogen Maßnahmen getroffen. Die Schuldkommission der Pariser Friedenskonferenz hat in dieser Hinsicht keine andere Anschuldigung aufbringen können, als die, daß der deutsche Kaiser „schon viele Monate vor der im Juli 1914 zum Ausbruch gekommenen Krisis" aufgehört habe, „als Schutzherr des Friedens aufzutreten". Einen bemerkenswerten Gegensatz zu den Maßnahmen des Dreiverbandes bildet das Verhalten derjenigen Stellen, die für den militärischen Schutz Deutschlands verantwortlich waren. Deutscherseits haben keinerlei besondere Kriegsvorbereitungen stattgefunden. Obwohl es sehr schwer ist, den Beweis für ein Nichtvorhandensein anzutreten, ist es dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gelungen, an vier Beispielen einwandfrei zu zeigen, daß noch im Juli 1914, ja selbst bis in die Tage der letzten Krise hinein unmittelbare Kriegsvorbereitungen nicht getroffen und sogar solche Maßnahmen unterlassen wurden, die bei der Annahme einer Gefährdung — also bei Kenntnis der oben angeführten Vorkehrungen des Gegners — unbedingt getroffen werden mußten. In dem Heft 2 der Beilagen zu den Verhandlungen des 1. Untersuchungsausschusses heißt es auf S. 8:

An der am 4. Juli vorgelegten Forderung des Referenten für Munitionswesen wurden durch Entscheid der Etatsabteilung mit Vortragsentscheid vom 27. Juli 3½ Millionen Mark abgesetzt.

---

*) Die große Politik der europäischen Kabinette. 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts. Herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme (Berlin 1922).

Am 9. Juli wurde der Antrag der Intendantur des XV. Armeekorps (Straßburg) genehmigt, daß der Verproviantierungstermin für die Festung Straßburg vom 12. auf den 20., für die Festung Neubreisach vom 8. auf den 15. Mobilmachungstag hinausgeschoben werde, und erneuter Bericht über diese Frage zum 1. April 1915 befohlen.

Es wurde davon abgesehen, die in der Zeit vom 10. bis 27. Juli eingehenden alljährlichen Standesnachweise der im Mobilmachungsfalle verfügbaren Mannschaften beschleunigt einzufordern, zusammenzustellen und zu bearbeiten.

Anläßlich eines Schriftwechsels mit dem XXI. Armeekorps (Saarbrücken) über alljährliche Mobilmachungsvorarbeiten wurde am 21. Juli eine erneute Besprechung der Referenten des Kriegsministeriums für Ende August in Aussicht genommen.

Diese Tatsachen beweisen ein weitgehendes Vertrauen zu der Friedfertigkeit der Welt. Die angeführten Daten fallen bereits in die Zeit der Spannung, die der Mord von Sarajevo hervorrief. Der Dreiverband hat dagegen schon vor diesem Termine auffallende Kriegsvorbereitungen getroffen.

II. Der österreichisch-serbische Konflikt

1. Zur Vorgeschichte der österreichisch-serbischen Krise

Die Krisis, die zum Weltkriege geführt hat, ist aus dem österreichisch-serbischen Konflikte hervorgegangen, der, seit langem latent, infolge der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zum Ausbruch kam und zur Überreichung der Note vom 23. Juli 1914 führte. Die Vorgeschichte dieser Note beginnt nicht mit dem Attentate von Sarajevo, auch nicht mit der bosnischen Annexionskrise von 1908/09, wie es von seiten des Feindbundes meist dargestellt wird, sondern reicht weiter zurück. Man muß auf die Spannung in den austro-serbischen Beziehungen zurückgehen, die 1903 bei der Thronbesteigung König Peters einsetzte, nachdem schon unter dessen Vorgänger Alexander nach dem Rücktritt König Milans im Jahre 1889 die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien die frühere Herzlichkeit eingebüßt hatten.

Bethmann Hollweg schildert in seiner dem Untersuchungsausschuß vorgelegten Denkschrift über die Entstehung der Julikrisis 1914 die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Serbien folgendermaßen:*)

*) Beilage 1 zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses (1. Unterausschuß). Berlin, 1920, S. 14 ff.

Das Jahr 1903, die Beseitigung der Obrenowitsch und die Erhöhung der Karageorgewitsch auf den serbischen Thron, bildet in dieser Entwicklung einen radikalen Einschnitt. Schon auf dem Wege nach Belgrad wird König Peter auf österreichischem Boden mit dem demonstrativen Ruf begrüßt: „Heil dem König von Kroatien!" Die fortschreitende Radikalisierung der südslawischen Bewegung wird an zahllosen Zeichen gemessen. Darüber besteht eine reichhaltige Literatur, die dartut, wie weit die Gefahr schon in der Zeit der Annexionskrise 1909 fortgeschritten ist. Die serbische Regierung bekannte sich zu einem Programm, dessen Durchführung die Zertrümmerung Österreichs bedeutete. In einer auf Veranlassung von Paschitsch verfaßten Denkschrift war schon 1904 als wesentlichster Programmpunkt der Propaganda formuliert: „Agitation in Bosnien behufs Anschlusses an Serbien. Diskreditierung der dortigen österreichisch-ungarischen Administration durch systematische publizistische Propaganda und Nährung der Unzufriedenheit der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina". (Zitiert nach Mandl: Österreich-Ungarn und Serbien, Seite 15 ff.). Zu Neujahr 1909 verstieg sich der damalige serbische Minister des Auswärtigen, Milowanowitsch, in der Skupschtina zu der Äußerung: „Österreich muß aufhören, ein Balkanstaat zu sein." Der Führer der Altradikalen Proitsch ging noch weiter: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein." (Zitiert nach Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, Bd. II, S. 204 ff.) Die nationalen Aspirationen der Serben beschränkten sich nicht auf Bosnien, sie griffen auch auf Kroatien und Dalmatien, selbst auf Krain über. Das Treiben der Serben wurde so wild, daß selbst der Pariser „Temps" von „unerträglichen" Provokationen sprach. Nur widerwillig fügte sich Serbien den Mächten, die damals zu den letzten Konsequenzen nicht entschlossen waren, indem es sich Österreich-Ungarn gegenüber verpflichtete (31. März 1909), „die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegen Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben". In der tatsächlichen Haltung Serbiens aber änderte diese Erklärung nicht das mindeste, vielmehr gingen die Wühlereien in den slawischen Gebieten Österreich-Ungarns unvermindert fort.

Die Organe der großserbischen Propaganda sind, wie bekannt, vornehmlich in der Narodna Odbrana vereinigt gewesen, die im engsten Einvernehmen mit der serbischen Regierung und in Verbindung mit einem ganzen Netz von Vereinen und Vertrauten die Revolutionierung der österreichischen Südslawen mit allen Mitteln geheimer Organisation betrieb. Man arbeitete besonders in der Studentenschaft und an den Mittelschulen. Der Jugendbund der Omladina war schon älteren Ursprunges. Die Zentrale aller dieser Bestrebungen lag in Belgrad. Die serbische Regierung hat selbst zugegeben, daß sie seit 1903 alle Fäden der unitarischen Bewegung in Österreich-Ungarn in Händen hielt. (Mandl, Die Habsburger und die serbische Frage, S. 97, bringt die Belege.) Der politische Mord wurde innerhalb dieser Organisationen als erlaubtes Mittel im Kampfe um die serbische Einheit propagiert. Von 1910 ab folgten sich die Anfälle auf prominente und besonders verhaßte Persönlichkeiten mit kurzen Unterbrechungen. (Eine Liste der Attentate auf die „Satrapen der Habsburger Herren" gibt u. a. Kositsch, Die Südslawenfrage, S. 40 ff.) Die Angreifer waren junge Fanatiker, die in unzweifelhafter Verbindung mit der Belgrader Zentrale standen. Es waren dieselben Kreise, aus denen die jungen Leute stammten, die 1914 mit serbischen Bomben*) die Mordtat an dem Erzherzog Franz Ferdinand verübt haben. Bemerkenswert ist, daß ein französischer

*) Der Mord wurde mit einem von den Brownings verübt, die der serbische Major Tankositsch den Verschwörern besorgte. Das vorausgegangene Bombenattentat mißlang. (Verfasser.)

Schriftsteller während des Krieges in einem Buche über Serbien folgendes mitteilt: „Herr Paschitsch versuchte heimlich den Ballplatz zu verständigen, daß sich der Erzherzog durch seine Reise nach Bosnien Gefahren aussetze. Am 21. Juni teilte der serbische Gesandte in Wien dem Ministerium in Wien mit, daß die serbische Regierung Grund zu glauben habe, daß sich ein Konflikt in Bosnien organisiert hätte. Der Kanzler legte auf diesen Wink keinen Wert". Vom Grafen Berchtold ist später festgestellt worden, daß der serbische Gesandte in Wien diese Demarche niemals ausgeführt hat, wobei natürlich offen bleibt, ob er einen Auftrag von Paschitsch erhalten und ignoriert hat. (Näheres berichtet hierüber Mandl: Die Habsburger und die serbische Frage, S. 150 ff.) Ob nun Paschitsch vorher von dem Sarajevoer Attentat unterrichtet war oder nicht: jedenfalls hat er nach dem Morde bis zur Überreichung der österreichischen Note nichts getan, um Österreich eine Sühne zu bieten. Die serbische Presse erging sich in schlecht verhehltem Jubel über den Tod des österreichischen Thronfolgers.

Diese Darstellung läßt unberücksichtigt, daß am 1. März 1906 ein Zollkrieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ausbrach, der sich nach kurzer Unterbrechung durch ein Handelsprovisorium bis zum 1. September 1908 fortsetzte und sich für die Zeit vom 1. April 1909 bis zum 24. Januar 1911 in verschärfter Form wiederholte. Diese handelspolitischen Konflikte gaben den Serben nicht nur zur wirtschaftlichen Emanzipation von Österreich-Ungarn Anlaß, sondern auch zur handels- und verkehrspolitischen Annäherung an den werdenden Vierverband.

Die Loyalitätserklärung Serbiens vom 31. März 1909 blieb auf dem Papier. Zwar haben der Friedjung-Prozeß und der Agramer Hochverrats-Prozeß von 1909 nicht zur Überführung Schuldiger und zur Entlarvung der Urheber der großserbischen, gegen den Bestand der Donau-Monarchie gerichteten Bewegung geführt. Ursprung und Ziel dieser Bestrebungen lassen sich aber deutlich aus dem seither veröffentlichten serbischen und russischen Urkundenmaterial erkennen.

Obwohl Österreich-Ungarn durch die Räumung und Nichtwiederbesetzung des Sandschaks auch Serbien gegenüber Entgegenkommen bewies und die durch den Bukarester Frieden vom 10. August 1913 erfolgte erhebliche Machtsteigerung Serbiens schließlich ruhig hinnahm, trieb letzteres seine dem ausdrücklichen Willen der Großmächte widersprechenden albanischen Aspirationen schon im Herbst 1913 wieder so weit, daß ein auf acht Tage befristetes Ultimatum erforderlich wurde. Weitere feindliche Handlungen lassen sich für die erste Hälfte des Jahres 1914 ermitteln*).

Die ganze Außenpolitik Serbiens basierte, wie sich heute nachweisen läßt, damals aber schon offenbar geworden war, auf der Hoffnung, bei einer künftigen Aufteilung Österreich-Ungarns große Gebietsstücke des Nachbarstaates zu erwerben. In diesen Hoff-

*) Siehe J. Hashagen, Umrisse der Weltpolitik (Leipzig 1918), Bd. II, S. 125 ff.

nungen wurde Serbien von Rußland bestärkt, und zwar nicht allein von panslavistischen Kreisen, sondern auch von den verantwortlichen Leitern der russischen Politik. Hierfür liegen zahlreiche Urkunden zum Beweis vor. Die jüngste ist der Bericht des serbischen Ministerpräsidenten aus Petersburg vom 2. Februar 1914 über seine Audienz beim Zaren. Er erklärte diesem, wie er schreibt:

„Wenn es uns beschieden ist, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathien des ganzen serbischen Volkes genießen und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen serbisch-kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen." — Der Zar hörte meine Worte mit sichtlicher Freude an.*)

Zum Schluß der Unterredung habe der Zar ihm erklärt:

„Für Serbien werden wir alles tun, grüßen Sie den König und sagen Sie ihm: Für Serbien werden wir alles tun."

Auf Grund dieses großserbischen Programms wurde von Belgrad aus in Österreich und Ungarn eine intensive Propaganda betrieben, welche die Losreißung der Serbien von Rußland in Aussicht gestellten Gebietsteile anläßlich des mit Sicherheit erwarteten kriegerischen Konfliktes vorbereiten sollte.

In seiner dem Untersuchungsausschuß vorgelegten Denkschrift hat Bethmann Hollweg die Lage wie folgt geschildert:

Die Geschichte des Balkanbundes läßt die wachsende Bedrohung Österreichs deutlich erkennen. Die russische Diplomatie hatte den Balkanbund ursprünglich als eine Vereinigung aller Balkanmächte mit Einschluß der Türkei in Front gegen Österreich gedacht. Die Entwicklung ging dann einen anderen Gang, und das erste Glied im Bunde, der serbisch-bulgarische Vertrag, war auf Aneignung türkischen Gebiets gerichtet. Er stellte aber auch die Verpflichtung Bulgariens fest, den Serben für den Fall eines österreichischen Angriffs oder eines Einmarsches in den Sandschak Novibazar mit 200 000 Mann zu Hilfe zu kommen. Die starke Defensivfront dieses Vertrages gegen Österreich sollte sich nach serbischer Ansicht in eine Offensivfront verwandeln; die Aufteilung der Türkei sollte nur die erste Etappe sein, der der Vormarsch gegen Österreich zu folgen hätte. Vor den Mittelmächten hat man dies Abkommen geheim zu halten versucht, und Herr Sasonow hat, als ihn der Staatssekretär von Kiderlen in Kenntnis der Vorgänge bei seinem damaligen Aufenthalt in Berlin auf den Vertrag ansprach, sein Herz nicht geöffnet. Der englische Gesandte in Sofia hatte von dem Abschluß sofort vertrauliche Mitteilung durch die Beteiligten erhalten. Und die französische Regierung ist von Anfang an in die Bündnisverhandlungen eingeweiht gewesen. (A. a. O., S. 16, 17.)

Wenige Seiten später heißt es dann:

Was nun aber die Bedrohung Österreichs ungemessen verschärfte, das war die alsbald sich mit Klarheit abzeichnende Tatsache, daß die Balkankriege die Gewichte innerhalb der slawischen Welt nicht nur jenseits der österreichischen Grenzen verschoben hatten. Durch seinen siegreichen Aufstieg und durch die so unverhüllte Gönnerschaft der Entente hatte Serbien auf die slawischen Völker der Monarchie einen Einfluß gewonnen, der das staatliche Gefüge ernstlich schädigen mußte. Die Idee des großserbischen Reiches wurde greifbar, das „Piemont" am Balkan eilte seiner „historischen Bestimmung" entgegen. Die

*) Denkschrift vom 27. Mai 1919, Anlage VI, 26.

verstärkte nationale Schwungkraft des Serbentums wandte sich nunmehr vollbewußt dem österreichisch-ungarischen Gebiete zu. „La première manche est gagnée", sagte Paschitsch nach der Unterzeichnung des Bukarester Friedens, „maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche" (Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 65). Gegenüber dem früheren serbischen Geschäftsträger in Berlin, Herrn Boghitschewitsch, hat sich Herr Paschitsch um dieselbe Zeit ausdrücklich dazu bekannt, daß er es schon im ersten Balkankriege hätte auf den europäischen Krieg ankommen lassen können, um Bosnien und die Herzegowina zu erwerben. Er habe aber zunächst den Besitz Mazedoniens für Serbien sichern wollen, „um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können" (Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 65). Bei diesen Plänen der führenden serbischen Köpfe mußte sehr schnell der Augenblick eintreten, wo Österreich zu kämpfen hatte, wollte es nicht vor dem serbischen Nachbar abdanken und die Auflösung als sein Schicksal hinnehmen. Trat Serbien vor der österreichischen Entschlossenheit den Rückzug an und konnte Österreich seine Position ohne Krieg wahren, um so besser. Einem Volke gegenüber, das den Appell an die Waffen als sein gutes Recht betrachtete und soeben zweimal ausgeführt hatte, durfte aber Österreich vor der Eventualität eines Krieges nicht zurückschrecken. ...

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers war der Explosionspunkt der großserbischen Propaganda. Kein Zweifel kann sein, daß die Urheber des Attentats, wohin auch immer die äußere und die intellektuelle Verantwortung reichen mag, als seine Folge die Aufrollung der südslawischen Frage ins Auge gefaßt und gewollt haben. Wie auch Österreich-Ungarn sich zu diesem Morde stellen wollte, das Serbentum rechnete auf einen Gewinn für seine Sache. Ließ Österreich-Ungarn diese politische Mordtat ungesühnt, so erhob das Slawentum in der Monarchie nur noch kühner das Haupt und setzte seine Konspirationen mit den Serben des Königreiches um so ungenierter fort. Setzte Österreich sich aber zur Wehr, so rechneten die Serben mit der Entzündung des europäischen Krieges, bei dem sie selbst viel aufs Spiel setzten, aber auch viel zu gewinnen hoffen durften.

Wie sehr sich die serbischen Staatsmänner als die wahren Angreifer gefühlt haben, ergibt noch nachträglich eine Erklärung, die Paschitsch am 12. August 1915 in der serbischen Skupschtina abgegeben hat. Er sagte: „Wir haben im günstigsten Moment losgeschlagen, der für die Verwirklichung unserer Ideale überhaupt denkbar war." Wer könnte glaubwürdiger als der serbische Ministerpräsident bekunden, wie sehr Österreich von dem aggressiven Serbentum bedroht war, wie ausschließlich es in der Abwehr und in der Verteidigung stand? (A. a. O., S. 18—20.)

2. Die Folgen der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers

Jagow hat dem Untersuchungsausschuß erklärt:

Die Bluttat von Sarajevo hatte eine Tragweite, die über die Durchschnittsbedeutung von Fürstenmorden hinausging. Das Band, das die national so verschiedenen Völker Österreich-Ungarns zusammenhielt, war die Dynastie. Schon der Sprachgebrauch der den unter dem habsburgischen Szepter vereinten Länderkomplex als „die Monarchie" bezeichnete, brachte dies zum Ausdruck. Das Attentat gegen den Erzherzog, auf dem die Zukunft ruhte, bedrohte den Fortbestand des Reiches selbst. Dem greisen Kaiser stand nach menschlichem Ermessen nur noch eine kurze Lebensfrist bevor; der nächste Agnat nach dem Thronfolger war ein in den Regierungsgeschäften noch wenig erfahrener, in der Öffentlichkeit noch kaum hervorgetretener Jüngling. Der ermordete Franz Ferdinand war als slawenfreundlich bekannt, von ihm erwartete man eine Lösung der inneren Probleme des habsburgischen Völkerstaates in föderativem

Sinne, mit seinem Tode sanken diese Aussichten zunächst dahin. (A. a. O., S. 24, 25.)

Der Mord von Sarajevo war eine unmittelbare Folge der serbischerseits seit Jahren offen betriebenen, von der serbischen Regierung unterstützten großserbischen Propaganda. Er wurde durch aktive serbische Beamte und Offiziere angestiftet, begünstigt und ermöglicht. Ein serbischer Major händigte den Attentätern Waffen (Bomben und Pistolen) aus serbischen Armeebeständen aus, übte sie in deren Gebrauch und versah sie mit Reisemitteln. Ein Beamter im serbischen Eisenbahnministerium bestimmte ihren Reiseweg nach Sarajevo. Serbische Grenzbeamte ermöglichten den heimlichen Übertritt der Attentäter auf österreichisch-ungarisches Gebiet und sorgten für das Herüberschmuggeln der Mordwaffen*). Gegenüber diesen Schuldbeweisen, deren Widerlegung niemals versucht worden ist, fällt die Frage der Mitwisserschaft der Belgrader Regierung kaum ins Gewicht. Dieser konnte damals keine unmittelbare Mitschuld nachgewiesen werden. Sie hat sie jedoch seither selbst auf sich genommen, indem sie 1919 durch eine offizielle kirchliche Feier die Mörder am Orte ihrer Tat zu Nationalhelden stempelte. Noch ein anderer Vorgang läßt weitgehende Schlüsse zu. Als die ersten Ententekommissionen nach dem Waffenstillstand in Wien einzogen, erschien auf den zuständigen Ministerien ein serbischer Offizier, der im Auftrage seiner Regierung die Herausgabe aller Akten forderte, die auf den Prozeß von Sarajevo und auf die großserbische Bewegung Bezug hatten. Willige Hände lieferten ihm das Verlangte aus. Er beschlagnahmte das umfangreiche Material und führte es fort. Der Regierung in Belgrad war es offenbar bekannt, daß noch sehr viel belastendes Material, besonders im ehemaligen k. u. k. Finanzministerium (dem die Verwaltung Bosniens unterstand), vorlag, das 1914 nicht zur Verwendung gelangte, weil die Beamten des Ministeriums des Äußeren, die mit den Nachforschungen betraut waren, sich in den fremden Akten nicht zurechtfanden und seitens des Finanzministeriums, das dem Polen Bilinski unterstand, nicht die zu erwartende Unterstützung fanden**).

Die österreichisch-ungarische Regierung hatte die serbischen Treibereien die längste Zeit gewähren lassen. Als aber die Gefahren und Schäden der großserbischen Propaganda durch den Mord von Sarajevo aller Welt offenbar geworden waren, entschloß sie sich zu einem Vorgehen in Belgrad. Niemand erwartete etwas anderes. Der belgische Gesandte in Berlin, ein gewiß unverdächtiger Zeuge, berichtete am 2. Juli 1914:

---

*) Pharos, Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajevo (Berlin 1918).

**) Karo (Die Verantwortung der Entente am Weltkriege, S. 57) sagt sehr treffend: Offenbar enthielten diese Akten kein die serbische Regierung entlastendes Material, sonst wäre dieses längst in alle Welt ausposaunt worden.

Das Kabinett Paschitsch, das die Augen schloß, um den Herd anarchistischer Propaganda in Belgrad nicht zu sehen, darf nicht überrascht sein, daß man von ihm verlangt, energisch gegen die Schuldigen vorzugehen, anstatt sie immer weiter mit blinder Duldung zu behandeln. (Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 119.)

Die österreichisch-ungarische Regierung zögerte ganz ungebührlich mit dem erwarteten Schritt und verlor dadurch viel von der moralischen Unterstützung, die ihr unter dem frischen Eindruck der allgemein verabscheuten Mordtat sicher gewesen wäre. Die öffentliche Meinung Europas, die eine aus dem ersten Impuls geborene Sühneaktion geduldet hätte, auch wenn hierbei sehr scharfe Bedingungen gestellt wurden, war weniger geneigt, sich mit einem Vorgehen abzufinden, welches offensichtlich kaltüberlegter politischer Berechnung entsprang. Daß man sich in Wien zu einem Vorgehen gegen Serbien entschlossen hatte, war freilich aller Welt aus den Reden Tiszas im Abgeordnetenhause vom 8. und vom 15. Juli 1914 bekannt. Am 15. Juli antwortete der ungarische Ministerpräsident auf eine Interpellation: Die Beziehungen zu Serbien müßten geklärt werden; er könne sich aber, da die Frage in der Schwebe sei, nicht darüber äußern, in welcher Weise, in welcher Richtung und mit welchem Inhalt Schritte unternommen werden würden*). Der serbischen Regierung war hierdurch bekannt gegeben, daß ihr Forderungen gestellt werden würden**). Deren Formulierung erfolgte aber erst am 19. Juli 1914. (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr 26.)

Das Wiener Kabinett hat der serbischen Regierung somit sehr ausreichende Zeit gelassen, ihrerseits etwaigen österreichisch-unga-

---

*) Der bayerische Legationsrat von Schoen hat am 18. Juli berichtet, man bedaure in Berlin, daß Graf Tisza „durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat" (Deutsche Dokumente, Anhang IV, Nr. 2). Dies Bedauern bezieht sich vermutlich auf die Äußerung zum Schluß der Erklärung Tiszas: Jede Nation muß imstande sein, Krieg zu führen, und muß den Krieg als ultima ratio wollen, wenn Staat und Nation weiterbestehen soll. Die Warnung an Serbien konnte aber in Berlin nicht gut „bedauert" werden, hat doch Jagow selbst am 14. Juli dem serbischen Geschäftsträger erklärt: Österreich-Ungarn könne sich die aufreizende Haltung und die Angriffe der serbischen Presse als Großmacht nicht gefallen lassen. (Serbisches Blaubuch Nr. 19.) Am 16. Juli riet er der serbischen Regierung, die großserbische Propaganda im Interesse ihrer guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn energisch niederzuschlagen (Serbisches Blaubuch Nr. 26). Am 20. Juli erklärte er schließlich dem serbischen Geschäftsträger, daß er es wohl begreifen könne, wenn angesichts der Haltung, die Serbien — trotz fortgesetzter deutscher Ratschläge — gegenüber der benachbarten Monarchie einnehme, „man jetzt dort energischere Seiten aufzöge". (Deutsche Dokumente Nr. 91.)

**) Daß die Rede Tiszas Beachtung fand, beweist Nr. 23 des serbischen Blaubuches. Der serbische Gesandte in Wien schließt einen Bericht vom 15. Juli mit den Worten: „Eines steht heute schon fest: Österreich-Ungarn wird diplomatische Schritte in Belgrad unternehmen, sobald die Untersuchung in Sarajevo abgeschlossen und der Fall dem Gericht vorgelegt sein wird.

rischen Schritten dadurch zuvorzukommen, daß sie aus eigenem Antriebe gegen die an dem Morde des Erzherzog-Thronfolgers Mitschuldigen vorging und Maßnahmen traf, die eine Gewähr für die Zukunft boten. Nichts dergleichen geschah*). Der Anstiftung des Mordes dringend Verdächtige konnten rechtzeitig aus Belgrad verschwinden, ohne daß die serbischen Behörden ihnen nachstellten. Serbischerseits ist der Einwand erhoben worden, die österreichisch-ungarische Regierung habe während dieser Zeit keinerlei Ersuchen an Serbien gerichtet, in Belgrad eine Untersuchung einzuleiten, auch seien ihr nicht die Ergebnisse der Vernehmung der Attentäter in Sarajevo amtlich mitgeteilt worden. Dem ist entgegenzuhalten, daß aus den Mitteilungen der Presse aller Welt bekannt war, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog-Thronfolger zum Opfer fiel, nach Belgrad führten**). Auch hat der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Belgrad bereits am 30. Juni auf dem Ministerium des Äußeren angefragt, welche Schritte seitens der serbischen Polizei ergriffen worden seien (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Nr. 2, Deutsche Dokumente Nr. 12).

Die serbische Regierung unternahm keinerlei derartige Schritte. Serbien bekundete auch nicht den Willen, dem Nachbarstaate so weit entgegenzukommen, wie dies der Anstand im internationalen Verkehr geboten hätte. Während der ersten drei Wochen des Juli 1914 hallten die serbischen Blätter von Schmähungen gegen Österreich-Ungarn wider, während kaum eine Stimme laut wurde, welche mehr als ein formelles Bedauern für die nationale Trauer der Donau-Monarchie aussprach***). Die serbische Regierung ihrerseits hat weder Rechtshilfe angeboten, noch irgend einen Versuch unternommen, den beleidigenden Hetzereien gegen den Nachbarstaat entgegenzutreten. Die Mitglieder der Regierung wetteiferten auf ihren

---

*) Die von seiten des Feindbundes oft hervorgehobene Erklärung des Gesandten Jovanowitsch an den Unterstaatssekretär Macchio vom 30. Juni (Serbisches Blaubuch Nr. 5) erfolgte nicht im Auftrag der serbischen Regierung und ist nur als Kondolenzbesuch zu bewerten.

**) Der serbische Gesandte in Wien hat am 6. Juli ausführlich hierüber berichtet, und namentlich auf die Anschuldigungen hingewiesen, die gegen Ciganowitsch und Pribitschewitsch erhoben wurden (Serbisches Blaubuch Nr. 16). Ciganowitsch verschwand drei Tage nach dem Attentat aus Belgrad, als sein Name in den Zeitungen genannt wurde (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 61), ohne daß die serbische Regierung ihm nachstellte (Serbisches Blaubuch Nr. 39). Erst auf die österreichisch-ungarische Note vom 23. Juli hin wurde ein Steckbrief gegen ihn erlassen und nunmehr auch der schwerbelastete Major Tankositsch verhaftet (Serbisches Blaubuch Nr. 39).

***) Dies hatten Serbiens Freunde anscheinend vorausgesehen. Viviani riet am 1. Juli, Sasonow am 4. Juli eindringlich zu Ruhe und Wohlverhalten (Serbisches Blaubuch Nr. 13 und 14). Auch der serbische Gesandte in Wien warnte am 6. Juli vor den Folgen der Haltung der serbischen Presse (Serbisches Blaubuch Nr. 15).

Wahlreisen mit den Abgeordneten aller Parteien in Kundgebungen der Feindschaft und Unnachgiebigkeit gegen Österreich-Ungarn. Es stand somit zu erwarten, daß die serbische Regierung selbst angesichts der verbrecherischen Folgen ihrer Österreich-Ungarn gegenüber geführten Politik nicht bereit und geneigt war, andere Bahnen einzuschlagen und das ihre beizutragen, um ihr Verhältnis zur Nachbarmonarchie in ein friedliches und erträgliches umzugestalten.

Österreich-Ungarn faßte daher von vornherein scharfe Mittel ins Auge. Allem Anschein nach hat die Haltung Serbiens während der ersten Juli-Wochen zu einem besonders energischen Vorgehen der Wiener Regierung beigetragen. Das österreichische Rotbuch von 1919 und die quellenkritische Studie von Gooss*) enthüllen interessante Einzelheiten über die Entstehung der österreichisch-ungarischen Note und die Verhandlungen zwischen Wien und Budapest. Diesen Interna ist nicht allzu große Bedeutung beizumessen. Ein schwankender Charakter mehr oder weniger, eine List oder eine Lüge zu viel haben auf das Vorgehen der Wiener Regierung sicherlich weniger Einfluß gehabt, als die allgemeine Stimmung in den Donauländern. Das Gesamtbild, das sich aus den österreichisch-ungarischen Akten ergibt, ist das folgende: Berchtold strebte eine kriegerische Lösung an. Weshalb er eine andere Lösung von vornherein ablehnte, ist nicht recht erkennbar. Tisza wollte anfangs eine Lösung, wie sie damals wohl jeder vernünftige Politiker — auch in Berlin — erwartet hatte, ein Verfahren, das möglicherweise den beabsichtigten Erfolg erzielt haben würde. Er empfahl „ein ernstes und energisches Vorgehen in Belgrad" in Gestalt einer „in gemessenem, aber nicht drohendem Tone gehaltenen Note", welche „konkrete Beschwerden" und „präzise Petita" enthielt, so daß Serbien die Möglichkeit bliebe, „den Krieg im Wege einer, allerdings schweren, diplomatischen Niederlage zu vermeiden". (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 12.) Weshalb sich der ungarische Ministerpräsident in der Ministerbesprechung vom 14. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 19) umstimmen ließ, ist nicht recht ersichtlich, doch scheint die Haltung der Belgrader Regierung das Wesentlichste hierzu beigetragen zu haben (Deutsche Dokumente Nr. 49). Berchtold hat sowohl Tisza wie den Kaiser Franz Joseph besonders dadurch im Sinne des von ihm angestrebten scharfen Vorgehens zu beeinflussen gesucht, daß er darauf hinwies, die deutsche Regierung erwarte ein energisches Einschreiten gegen Serbien. Es ist zweifellos richtig, daß in Berlin eine radikale Lösung erwartet und gewünscht wurde. Dafür, daß Wien deutscherseits zu einem schärferen Vorgehen gedrängt worden ist, als es selbst beabsichtigte, fehlt jeder

*) Roderich Gooss, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. (Wien, 1919.)

Anhalt in den Deutschen Dokumenten. Hingegen fällt die Unterlassung jeder Warnung auf, die man auf die zahlreichen Berichte der Wiener Botschaft hin, welche über Berchtolds Absicht einer kriegerischen Lösung des Konflikts Mitteilungen machten (Deutsche Dokumente Nr. 19, 29, 49, 65, 87), erwarten könnte. Berchtold hat aber die deutsche Regierung immer nur zu einem geringen Teil in seine Pläne eingeweiht. Er hat ihr keinen reinen Wein eingeschenkt. Über die im Wiener Ministerrat vom 19. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 26) vorgesehenen Annexionen oder „Grenzberichtigungen" ist offenbar nie ein Wort nach Berlin gelangt. Am 20. Juli versicherte vielmehr Berchtold dem deutschen Botschafter, es sei „beschlossen worden, von jeder dauernden Einverleibung fremden Gebietes abzusehen". (Deutsche Dokumente Nr. 94.) Auch sonst waren die Mitteilungen über das beabsichtigte österreichisch-ungarische Vorgehen im Ausdruck wenig bestimmt gehalten, so daß Jagow wiederholt fragen mußte, wohin eigentlich der Weg führen solle (Deutsche Dokumente Nr. 61, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 41).

Im übrigen muß bei der Beurteilung der Haltung der Wiener Regierung berücksichtigt werden, daß nach der damals herrschenden, anscheinend gerechtfertigten Auffassung durch eine Bestrafung der Mitschuldigen an dem Morde in Sarajevo eine dauernde Klärung der austro-serbischen Beziehungen nicht erreicht worden wäre, daß vielmehr die Lage es als unumgänglich erheischte, das Übel der großserbischen Agitation an der Wurzel zu packen, wenn es gelingen sollte, in diesem Wetterwinkel Europas Ruhe zu schaffen. Man darf annehmen, daß Bethmann Hollweg in seinen Ausführungen für den Untersuchungsausschuß die damalige Auffassung richtig wiedergibt. Er sagte:

> Die absolute Treulosigkeit der serbischen Politiker war in Wien bekannt. Mit milden Mitteln war nichts mehr zu erreichen. Versprechungen wären mit dem Willen gegeben worden, sie bei der ersten guten Gelegenheit zu brechen. Ließ sich Österreich auf diese oft geübte serbische Taktik ein, so war die moralische Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates vollzogen. Der letzte mögliche Augenblick war da, um die österreichische Autorität bei der südslawischen Welt wiederherzustellen. Sollte er nicht unwiederbringlich verloren gehen, so mußte fest und schnell zugegriffen werden. (A. a. O., S. 21.)

Österreich-Ungarn sah sich demgemäß veranlaßt, die Forderungen, die es zur Sühnung des Mordes von Sarajevo und zur Erreichung von Sicherungen für Serbiens künftiges Wohlverhalten stellte, in eine sehr scharfe Form zu kleiden, in Kenntnis der von Serbien beliebten Methoden, für ihre Annahme eine bestimmte Frist zu setzen und ihre in Belgrad überreichte Note zu veröffentlichen.

Die Bekanntgabe der an Serbien gerichteten Forderungen (die vielfach als eine unnötige Verschärfung des österreichisch-ungarischen Schrittes angesehen worden ist) erscheint selbstverständlich,

da Serbien durch sein Verhalten nicht nur die Pflichten eines friedlichen Nachbarn verletzt hatte, sondern auch die Zusicherungen, die es auf Drängen der Mächte in der am 31. März 1909 in Wien überreichten Note übernommen hatte. In dieser Note verpflichtete sich Serbien, „die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben". Die serbische Regierung tat jedoch so gut wie nichts, um ein friedliches Verhältnis zur Nachbarmonarchie herbeizuführen. Sie pflegte vielmehr den Geist des Hasses gegen Österreich-Ungarn und zettelte in den Grenzländern der Monarchie eine wohlorganisierte subversive Bewegung an. Gegen diese großserbische Propaganda richtete sich letzten Endes die österreichisch-ungarische Aktion von 1914. Insoweit die panserbische Agitation nicht als Ursache des Attentates von Sarajevo anzusehen ist, kann man sagen, daß die Ermordung des Erzherzogs zum „Vorwand" genommen wurde. Sofern dieser Zusammenhang aber bestand, und das ist damals in Berlin jedenfalls angenommen worden, war jener Mord ein berechtigter Anlaß zum Einschreiten und zur Behebung der Ursachen des Übels. Fragwürdig erscheint, auch vom damaligen Standpunkt aus, in erster Linie die Wahl der Mittel.

Bei der Bewertung der österreichisch-ungarischen Note wird vielfach vorausgesetzt und zu Unrecht geglaubt, daß sie Forderungen enthalten habe, die bis dahin unerhört waren. Die Annahme, daß sie ohne Gegenstück in der Geschichte sei, beruht jedoch auf Irrtum. Durch die Forderungen der Pariser Friedensverträge von 1919 und die Noten der Alliierten aus der Nachkriegszeit wird sie natürlich in jeder Hinsicht in den Schatten gestellt. Auch die Noten, die der Feindbund während des Krieges an neutrale Staaten, wie Griechenland, gerichtet hat, gehen über die österreichisch-ungarische vom 23. Juli 1914 hinaus. Weniger häufig erinnert man sich aber daran, daß z. B. England und Frankreich in ihrem Ultimatum vom 25. Mai 1882 von Ägypten die Verbannung des Kriegsministers und anderer Führer der nationalen Bewegung sowie den Rücktritt der gesamten Regierung verlangten. Es lag damals keine Provokation vor, wie die serbische gegenüber Österreich-Ungarn, um diese Forderungen zu rechtfertigen, die um ein Wesentliches die der Wiener Regierung übertrafen. Das englische Ultimatum an Portugal vom 5. Januar 1890 stellte eine Frist von weniger als drei Tagen, ebenso das der Vereinigten Staaten an Spanien vom 20. April 1898. Dieses letztere Ultimatum sollte freilich eingestandenermaßen den Krieg herbeiführen, wie auch das italienische Ultimatum an die Türkei vom 28. September 1911, das mit nur 24 Stunden befristet war. Es liegt auf der Hand, daß die österreichisch-ungarische Note an Serbien in Feindbundkreisen deshalb besonders abfällig beurteilt

worden ist, weil ihr die weitgehenden Zwecke unterstellt wurden, die man selbst bei ähnlichen Anlässen verfolgt hatte. Jeder gerechten Beurteilung müßte aber eine Würdigung des gegebenen Anlasses und die verfolgten Ziele vorhergehen.

Eine Kritik der Note selbst dürfte sich heute jedoch erübrigen, zumal die deutsche Regierung seinerzeit an der Abfassung selbst nicht beteiligt war. Nur zwei Fragen sind bezüglich des Ultimatums noch von Interesse: ob diese Note eine friedliche Lösung des Konfliktes überhaupt zuließ, und ob sie den damaligen politischen Gebräuchen entsprach. Die dritte Frage, ob Serbien, seinen eigenen Entschließungen folgend, eine andere Stellung zum österreichisch-ungarischen Ultimatum eingenommen hätte, als geschehen ist, kann heute noch nicht beantwortet werden.

Zur Frage, ob die Note eine friedliche Lösung zuließ, gehört die Vorfrage, ob ihre Annahme denkbar gewesen wäre. Es sei deshalb auf den Vorschlag der italienischen Regierung vom 27. Juli hingewiesen, daß die vier Mächte (Deutschland, Italien, England und Frankreich) Serbien den Rat erteilen sollten, die Note uneingeschränkt anzunehmen (Englisches Blaubuch Nr. 57); ferner auf die Mitteilung des serbischen Geschäftsträgers in Rom vom 28. Juli, wonach Serbien die österreichische Note nach Erläuterung der Punkte 5 und 6 nachträglich noch annehmen würde (Englisches Blaubuch Nr. 64; Deutsche Dokumente Nr. 357; vgl. auch Deutsche Dokumente Nr. 249). Anscheinend hat San Giuliano diese Erklärung nur nach London und Grey dieselbe nur nach Berlin weitergegeben. Bethmann Hollweg bezeichnete „ein derartiges Nachgeben Serbiens als geeignete Basis für Verhandlungen". (Deutsche Dokumente Nr. 384.) Warum Grey es unterließ, sich in ähnlichem Sinne in Petersburg und Belgrad zu äußern, ist nicht ersichtlich. Diese Grundlage einer Verständigung hätte alle Kriegsabsichten Berchtolds vereitelt. Sie würde eine sichere Verhandlungsbasis abgegeben haben.

Befristete Noten, die von Kriegsdrohungen begleitet waren, sind in der neueren Geschichte nicht selten gewesen. Es sei an die Noten Englands und Frankreichs an Ägypten 1882, Englands an Portugal 1890, der Vereinigten Staaten von Amerika an Spanien 1898, Englands an Frankreich 1898, Englands an die Türkei 1906, Italiens an die Türkei 1911 erinnert. Wie bereits oben erwähnt, hat Österreich-Ungarn am 18. Oktober 1913 ein Ultimatum an Serbien gerichtet mit der Forderung, binnen acht Tagen Albanien zu räumen. Einzelne der genannten Ultimaten haben zu Kriegen geführt, ohne aber, ebensowenig wie die Balkankriege, eine allgemeine Konflagration zu verursachen. Keine von ihnen war durch die Bedrohung vitaler Interessen des angreifenden Staates hervorgerufen, ein Moment, das bei der Beurteilung des öster-

reichisch-ungarischen Vorgehens 1914 immerhin sehr ins Gewicht fällt. So weitgehend auch die Wiener Forderungen an Serbien waren, so werden sie doch in allen Punkten von den Noten übertroffen, die England, Frankreich und Rußland zu wiederholten Malen 1916 und 1917 an das damals neutrale Griechenland gerichtet haben. Ob der österreichisch-serbische Krieg von irgendeinem Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheinen kann, mag dahingestellt bleiben. Der Krieg der Vereinigten Staaten mit Spanien, der Burenkrieg, der russisch-japanische Krieg, der italienisch-türkische Krieg und die Balkankriege sind jedenfalls aus geringeren Anlässen entstanden.

3. Deutschlands Stellungnahme

Nach der Bluttat von Sarajevo war auch in Deutschland jedermann bald überzeugt, daß Österreich-Ungarn Serbien zur Rechenschaft ziehen werde, denn niemand zweifelte daran, daß dies Verbrechen ein Ausfluß der großserbischen Propaganda sei. Dieser nunmehr ein Ende zu machen, erschien geboten. Mit seiner Randglosse vom 4. Juli „Jetzt oder nie" (Deutsche Dokumente Nr. 7) bewegte sich der Kaiser ganz auf dem Boden der öffentlichen Meinung Deutschlands.

In den ersten Tagen nach dem Attentat wurde allerdings in Berlin eine Mitschuld der serbischen Regierung anscheinend nicht angenommen. Wenigstens berichtete der englische Geschäftsträger am 30. Juni, daß ihm Zimmermann gesagt habe, „er hätte dem russischen Botschafter geraten, alle Anstrengungen zu machen, um die Belgrader Regierung zu bewegen, daß sie Österreich bei der Untersuchung des Mordes tatkräftigst unterstütze. Er sei sicher, daß Herrn Paschitsch keine Verantwortung treffe, und daß dieser Serbien leicht von jedem Verdacht der Mitschuld rein waschen könne, wenn er die Beweggründe, die zu dieser Schreckenstat geführt hätten, von sich wiese". (Oman, S. 15*).) Noch am 3. Juli gab Zimmermann dem französischen Geschäftsträger und am folgenden Tage dem russischen Botschafter eine ähnliche Erklärung ab. „Er hoffe, daß Serbien den Forderungen entsprechen werde, die Österreich zur Ermittlung der Mitschuldigen des Verbrechens von Sarajevo und zu ihrer Verfolgung stellen könnte. Er vertraue darauf, weil Serbien, wenn es anders handele, die Meinung

*) C. Oman, The Outbreak of the War of 1914—1918. (London 1919.) Eine offiziöse Darstellung auf Grund der Akten des englischen Ministeriums des Äußeren. Oman bemerkt hierzu, dies sei ein guter Rat gewesen, dementsprechend Serbien auch gehandelt habe. Er verweist aber als Beleg nur auf einen unbekannten Bericht des englischen Geschäftsträgers in Belgrad vom 17. Juli und auf das serbische Blaubuch Nr. 5, nämlich den Schritt des serbischen Gesandten in Wien, der bereits oben (S. 38 Anm.) charakterisiert wurde.

der ganzen zivilisierten Welt gegen sich hätte"*). (Französisches Gelbbuch Nr. 9.) Hier ist nicht mehr davon die Rede, daß die serbische Regierung keine Verantwortung treffe. Dies mag Zufall sein, ist aber vielleicht auf den Bericht Tschirschkys aus Wien (Deutsche Dokumente Nr. 7) zurückzuführen, der am 2. Juli einging, demzufolge Berchtold erklärt hatte, die Fäden der Verschwörung gegen den Erzherzog Franz Ferdinand liefen in Belgrad zusammen. Am gleichen Tage ging ein Telegramm aus Wien ein (Deutsche Dokumente Nr. 8), in dem von der Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad die Rede war. Auch mag der erste Bericht, den der Gesandte in Belgrad nach dem Attentat einreichte (Deutsche Dokumente Nr. 10), und der am 3. Juli einging, die ursprüngliche Auffassung des damaligen Leiters des Auswärtigen Amtes zu ungunsten Serbiens beeinflußt haben. Am 4. Juli berichtete Szögyeny, Zimmermann habe ihm versichert, „er fände ein energisches, entschiedenes Vorgehen der Monarchie, auf deren Seite heute die allgemeinen Sympathien der gesamten gesitteten Welt wären, gegen Serbien ganz begreiflich, doch würde er diesbezüglich große Vorsicht empfehlen und raten, an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen." (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 5.) Ob und wie weit die Berliner Auffassung in jenen ersten Tagen geschwankt hat, wird sich nachträglich kaum noch feststellen lassen. Diese Einzelheiten sind auch ziemlich belanglos. Jedenfalls ist am 5. Juli nicht mehr angezweifelt worden, daß das Attentat gegen den Erzherzog-Thronfolger auf großserbische Umtriebe zurückzuführen sei, und daß hinter diesen bewußt und verantwortlich die serbische Regierung stehe.

Bis dahin kann von irgendwelcher Serbenfeindlichkeit nicht die Rede sein. Der Umschwung in der Haltung der deutschen Regierung gegenüber Serbien und den österreichisch-ungarischen Balkanplänen dürfte jedenfalls in erster Linie auf die Empörung über den Mord von Sarajevo zurückzuführen sein. Jagow erklärte dem Untersuchungsausschuß:

> Wir hatten unserm Wiener Bundesgenossen stets den Rat gegeben, wieder ein freundschaftliches Verhältnis zu Serbien anzubahnen und einen Interessenausgleich anzustreben. Aber der Mord von Sarajevo, der — eine Frucht der großserbischen Propaganda — ein grelles Schlaglicht auf die Beziehungen der Nachbarstaaten warf, mußte auch uns überzeugen, daß dies unmöglich geworden war. (A. a. O., S. 24.)

Jene blutige Tat wurde damals in der ganzen zivilisierten Welt verabscheut. Das englische und französische Parlament haben unmittelbar darauf sie verurteilt. Auf den deutschen Kaiser, der erst vor kurzem — am 12. und 13. Juni — in Konopischt Gast des Er-

*) Vgl. die ganz ähnliche Erklärung Poincarés zu Szecsen am 4. Juli (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Nr. 4).

mordeten gewesen war, machte dies Verbrechen begreiflicherweise einen besonders tiefen Eindruck. Daß aber durch den Tod des Erzherzogs das ganze Gefüge des Dreibundes erschüttert worden sei, wie der englische Geschäftsträger am 3. Juli berichtete (Oman, S. 15), trifft sicherlich nicht zu. In Berlin werden, wie auch anderswo, die rein menschlichen Empfindungen die politischen Erwägungen zunächst in den Schatten gestellt haben. Man hat dann aber die allgemeine Verurteilung der Mordtat als Faktor in die politische Berechnung eingestellt: Sehr zu Unrecht, wie sich bald zeigte.

Was die Haltung der deutschen Regierung anlangt, so ist der Ausgangspunkt für die Betrachtung der damaligen Lage in dem österreichisch-ungarischen Memorandum zu suchen, das am 5. Juli in Berlin überreicht wurde (Deutsche Dokumente Nr. 14). Diese Denkschrift verdient deshalb sorgfältiges Studium, weil sie die Auffassung des Wiener und — soweit unwidersprochen — des Berliner Kabinetts über die politische Gesamtlage wiedergibt. Nur über einen Punkt erteilt sie keinen Aufschluß, und auch die bisher veröffentlichten Akten schweigen hierüber. Das ist die Frage, wie sich Deutschland zur früheren österreichisch-ungarischen Balkanpolitik, und insbesondere zu Serbien, gestellt hat. Wir wissen aber aus dem Österreichischen Rotbuch 1919 (I, Nr. 2), daß sich Tisza am 1. Juli über die „Eingenommenheit" des deutschen Kaisers für Serbien beklagt hat. Er bat, die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien zu benutzen, um seine Sympathie für Serbien „an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu bekämpfen". Der Kaiser kam nicht nach Wien. Die Weitergabe der Gerüchte von einem gegen ihn geplanten Attentat (Deutsche Dokumente Nr. 6a, 6b, 9; Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 3, „12 Mordbuben unterwegs") hat aber anscheinend dem Zwecke dienen sollen, ihn gegen Serbien einzunehmen.

Auch der englische Botschafter in Wien hat unter dem 5. Juli berichtet, daß der „deutsche Kaiser mit der Serbien feindlichen Politik Österreich-Ungarns nicht einverstanden gewesen sei"(Oman, S. 14; vgl. auch Deutsche Dokumente Nr. 16, 41). Bethmann Hollweg hatte, wie aus dem Österreichischen Rotbuch 1919 (I, Nr. 7) hervorgeht, Österreich-Ungarn „bisher stets den Rat erteilt, sich mit Serbien zu vertragen". Berlin scheint nach der Wiener Auffassung die Ausführung österreichisch-ungarischer Balkanpläne wiederholt beeinträchtigt zu haben. Nach dem Umschwung schrieb deshalb Tisza, am 8. Juli, von dem „langersehnten vollen Erfolg in Berlin" (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 12). Auch der bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Tucher, berichtete am 18. Juli nach München:

Große Genugtuung erweckt auf dem Ballplatz der Umschwung in bezug auf die Beurteilung Serbiens in Berlin, wo jetzt die Unmöglichkeit eines freund-

nachbarlichen Verhältnisses klar geworden ist (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 92).

Für Deutschland bestand kein Grund zu zweifeln, daß die Regierung in Belgrad für das Attentat gegen den Erzherzog-Thronfolger verantwortlich zu machen sei. Es schien eine ernsthafte Untersuchung in Sarajevo stattzufinden (Deutsche Dokumente Nr. 7, 8, 13). Von dem Bericht Wiesners über das zweifelhafte Ergebnis der Vernehmungen (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 17) hat Berlin keine Kenntnis erhalten. Die deutschen Berichte aus Belgrad (Deutsche Dokumente Nr. 10, 19a) schienen die Wiener Auffassung von der Schuld Serbiens zu bestätigen. Es ist auch nicht zu vergessen, daß die serbische Presse in jenen Tagen eine maßlose Hetze gegen Österreich-Ungarn betrieb, daß serbische Diplomaten sich zu ungehörigen Äußerungen hinreißen ließen, und daß nach glaubwürdigen Nachrichten damals in Belgrad wiederholt österreichfeindliche Demonstrationen stattgefunden haben. Alles dies war geeignet, Berlin von der Notwendigkeit eines Einschreitens gegen Serbien zu überzeugen.

Die deutsche Regierung wurde bereits am 5. Juli vor die Frage gestellt, wie sie sich zu einer österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien stellen werde. Die Denkschrift (Deutsche Dokumente Nr. 14), die ihr an diesem Tage überreicht wurde, und in der die meisten schwebenden Fragen der europäischen Politik berührt werden, hat selbstredend ihre Vorgeschichte. Sie ist nicht mit Rücksicht auf den Mord in Sarajevo abgefaßt worden, sondern stellte die Folgerungen zusammen, die die Wiener Regierung aus den Besprechungen gezogen hatte, die in der letzten Zeit mit Berlin gepflogen worden waren*). Drei Brennpunkte dieser Besprechungen bilden die Besuche Kaiser Wilhelms in Wien, Miramar und Konopischt. Wenn auch das österreichisch-ungarische Memorandum offenbar über den Rahmen der damaligen Erörterungen hinausgeht, so bildet es doch in gewissem Sinne nur ihre Fortsetzung. Es ist jedenfalls auf denselben Grundgedanken aufgebaut und behandelt in erster Linie die gleichen Fragen, die Kaiser Wilhelm mit dem Kaiser Franz Joseph und seinen Ministern, bzw. mit dem Erzherzog Franz Ferdinand besprochen hatte. Auf jene Unterredungen zurückzugreifen, erübrigt sich in diesem Zusammenhange. Es genügt festzustellen, daß die austro-serbischen Beziehungen damals kaum berührt worden sind, und daß keine Rede davon gewesen ist, sie durch Gewaltmaßnahmen zu regeln.

---

*) In sehr vielen Punkten fußt diese Denkschrift auf dem „Vortrag" des Grafen Tisza vom 15. März 1914, der ebenfalls eine Beurteilung der europäischen Lage insbesondere mit Bezug auf den Balkan enthält. Wiedergegeben bei Wilhelm Fraknói, Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges (Wien 1919).

Was nun den Inhalt des österreichisch-ungarischen Memorandums anlangt, so wird hinsichtlich der allgemeinen Lage in Europa darauf hingewiesen, daß die Mittelmächte eine konservative Politik betrieben, während der Zweibund Frankreich-Rußland einer offensiven Tendenz huldigte. Der europäische Friede sei bisher nur dank der militärischen Überlegenheit des durch Rumänien verstärkten Dreibundes erhalten worden. Die Wiener Regierung zog ferner eine Bilanz der Ergebnisse des Balkankrieges, in der die Passivposten die Aktiva überwogen. Zwar sei ein albanischer Staat gegründet worden, Griechenland nehme eine dem Dreibund freundliche Haltung ein und Bulgarien habe sich von dem russischen Einfluß befreit. Dagegen sei die Türkei sehr geschwächt und Serbien außerordentlich vergrößert worden. Die Union Serbiens mit Montenegro stehe bevor. Die bedenklichste Erscheinung sei aber die Entfremdung Rumäniens, seine Annäherung an Rußland und sein enges Einvernehmen mit Serbien. Das Bündnis der Mittelmächte mit Rumänien sei nahezu entwertet. Durch diese Verschiebung der Kräfte und des politischen Gesamtbildes sei die Hauptfriedensgarantie Europas, die militärische Überlegenheit der Mittelmächte, im Begriff zu verschwinden*).

Dazu komme, daß Rußland und Frankreich sich mit dem ihnen günstigen Ergebnisse der Balkankriege nicht zufrieden gäben. Ihre Politik gehe offenbar darauf aus, die gegenwärtig vorhandene Spaltung der Balkanvölker zu beheben und den neu zusammengeschlossenen Balkanbund als Waffe gegen Mitteleuropa zu gebrauchen, um die militärische Überlegenheit des Dreibundes zu beseitigen.

---

*) Tisza schrieb in seinem vorerwähnten Vortrage vom 15. März 1914: „Wir brauchen eine weit vorausblickende *Politique de longue main*, welche die Gegensätze (zwischen den Balkanstaaten) ebnet, die Hindernisse aus dem Wege schafft und eine uns genehme Gruppierung der Kräfte in Südosteuropa zuwege bringt.

„Zu diesem Zwecke müssen wir aber nicht nur mit unseren eigenen Absichten, sondern auch mit Deutschland ins reine kommen. Unsere Aufgabe ist an und für sich schwierig; von einem Erfolg kann keine Rede sein, wenn wir nicht die volle Gewähr haben, von Deutschland verstanden, gewürdigt und unterstützt zu werden. Deutschland muß einsehen, daß der Balkan nicht nur für uns, sondern auch für das Deutsche Reich von entscheidender Wichtigkeit ist. ....

„Deutschlands zwei Nachbarn werden die militärischen Vorbereitungen sorgfältig fortsetzen, den Krieg jedoch solange nicht anfangen, bis sie nicht eine gegen uns gerichtete Gruppierung der Balkanvölker erreicht haben, welche die Monarchie einem Angriff von drei Seiten aussetzt und den größten Teil unserer Streitkräfte an unserer Ost- und Südgrenze bindet. Der Schwerpunkt der europäischen Politik liegt also — auch vom deutschen Standpunkt — auf dem Balkan, und es ist gerade so gut ein deutsches wie ein österreichisch-ungarisches Lebensinteresse, der zielbewußten und auf Frankreich gestützten russischen Balkanpolitik eine ebenso zielbewußte, harmonische deutsch-österreichische Politik entgegenzustellen."

Als Mittel zu diesem Zwecke diene anscheinend (dies wurde übrigens inzwischen durch russische und serbische Dokumente bestätigt) das Versprechen einer Vergrößerung der Balkanstaaten auf Kosten Österreich-Ungarns im Wege einer allgemeinen Grenzverschiebung von Ost nach West. Eine solche Politik sei um so gefährlicher, als die Revanchepläne Frankreichs zur Genüge bekannt seien und Rußland außerordentliche Rüstungen betreibe, die sich offensichtlich gegen Deutschland richteten.

Um diese Gefahren zu beschwören, schlug die Wiener Regierung vor, Bulgarien an Stelle von Rumänien zum Balkanexponenten der Mittelmächte zu machen. Werde Bulgarien vor der von Rußland und Frankreich erstrebten Isolierung bewahrt, so könne es vom Anschluß an den neuen Balkanbund abgehalten werden. Hierzu sei ein Vertragsverhältnis mit Bulgarien erforderlich, das durch ein bulgarisch-türkisches Bündnis zu ergänzen sei. Auf diese Weise lasse sich die russisch-französische Balkanpolitik und ihre aggressiven Absichten vereiteln.

In militärischer Hinsicht wurde lediglich in Aussicht genommen, daß „die Monarchie für den Kriegsfall andere Dispositionen treffen und auch die Anlage von Befestigungen gegen Rumänien in Betracht ziehen" müsse. Beide Maßnahmen wurden mit der Unzuverlässigkeit der Bukarester Regierung begründet. Dies militärische Programm hätte sich ebensowenig wie das politische innerhalb von Wochen oder Monaten verwirklichen lassen. Es handelte sich demnach bei allen Vorschlägen um ein Programm auf lange Sicht.

Serbien wird in dieser Denkschrift nur ganz kurz erwähnt. Österreich-Ungarns Stellung zu diesem Nachbar wird dagegen in einem Schlußabsatz, der nach der Mordtat von Sarajevo geschrieben ist, dargelegt. Wie wir heute wissen, liegt das Bedenkliche in Österreich-Ungarns Stellungnahme zu Serbien weniger in dem, was in dieser Denkschrift gesagt worden ist, als in dem, was sie nicht enthält. Denn sowohl in dem ersten Entwurf des Memorandums (vom Mai), wie auch in seiner zweiten Fassung (vom Juni) ist die Möglichkeit einer Wiederannäherung Serbiens an Österreich-Ungarn durch rumänische Vermittlung noch vorgesehen. Durch die Streichung dieses Punktes, die natürlich in Berlin nicht bekannt war, gewinnen im Anhang zur Denkschrift die Worte „Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien" und „die Notwendigkeit, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen" eine Bedeutung, die ohne Kenntnis der Vorgeschichte des Memorandums nicht ersichtlich war. Bei der Zusammenkunft in Konopischt war bekanntlich von Serbien überhaupt nicht die Rede, diese Schwenkung der Wiener Politik ließ sich also gar nicht erkennen.

Das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph vom 2. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 13) faßt den Inhalt des Memorandums, der ein an sich einwandfreies politisches Programm darstellt, noch einmal zusammen und verschärft seine Grundgedanken, namentlich in der serbischen Frage. Es bleibt aber als Hauptinhalt das durchaus friedliche Ziel, einen neuen, den Mittelmächten freundlichen Balkanbund zu schaffen. Wenn das Wiener Kabinett, das hierin mit Petersburg und Paris übereinstimmte, die Besitzverhältnisse auf dem Balkan so kurz nach den Balkankriegen noch nicht als endgültig ansah, so ist dies nur natürlich. Bulgarien war im Frieden von Bukarest schweres Unrecht geschehen. Nichts ist begreiflicher, als daß man in Wien geneigt war, aus dieser Tatsache politischen Nutzen zu ziehen. Wenn es demnach in dem Schreiben des Kaisers Franz Joseph heißt, das Bestreben Österreich-Ungarns müsse „in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein", so ist dies ebenfalls nicht befremdlich. Zu Unrecht ist hieraus die erklärte Absicht eines österreichisch-ungarischen Eroberungskrieges gefolgert worden. Eine solche Absicht konnte dem Schreiben nicht entnommen werden, denn es heißt anschließend, „die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen". Dies bedeutete ein Programm, das sich erst in Jahr und Tag verwirklichen ließ. Hält man dieser Stelle die des Memorandums gegenüber, in der es heißt, Bulgarien müsse vor russischen Lockungen eines Wiedererwerbes Mazedoniens bei einer staffelweisen Verrückung der Grenzen von Ost nach West bewahrt werden, so scheint es, daß in Wien damals die Absicht bestanden hat, Bulgarien in der Hoffnung auf einen künftigen Krieg gegen Serbien zu bestärken*).

Was schließlich die Haltung Deutschlands gegenüber den österreichisch-ungarischen Vorschlägen anlangt, so ist zunächst festzustellen, daß zwischen dem Kaiser, dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt Übereinstimmung geherrscht hat. Eine Stellungnahme zur Wiener Darlegung der allgemeinen europäischen Lage erfolgte nicht, doch ist die Auffassung der deutschen Regierung und ihre Beunruhigung aus dem Erlaß nach London vom 16. Juni (Deutsche Dokumente Nr. 3) ersichtlich. Die österreichisch-ungarischen Sorgen wegen der Lage auf dem Balkan, und insbesondere Serbiens, wurden als berechtigt anerkannt. Die russischen und serbischen Urkunden haben ja auch die Wiener Darstellungen in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Die Berliner Regierung erklärte ihr Einverständnis mit jedem Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien, also auch mit einem Kriege. Sie gab der Wiener

*) Tatsächlich wurde bei dem Ministerrat vom 19. Juli in Wien „die Verkleinerung Serbiens zugunsten anderer Staaten" ins Auge gefaßt (Österreichisches Rotbuch I, Nr. 26).

Regierung freie Hand. Übrigens war auch die österreichisch-ungarische Regierung der Ansicht, daß sie allein zu entscheiden habe, was gegen Serbien unternommen werden müsse (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 3). Deutscherseits ist aber nicht die Einwilligung zu einer machtpolitischen Aktion im Sinne einer Expansionspolitik gegeben worden. Von der Absicht eines „Vormarsches auf Konstantinopel", von der der Feindbund zu berichten weiß, ist nach Maßgabe der Berliner und Wiener Akten keine Rede. Die Aktion war als rein defensives Unternehmen gedacht. Sie wurde deutscherseits gebilligt trotz der Gefahr einer Verwickelung mit Rußland (Deutsche Dokumente, Band I, S. XV, XVI; Reichstags-Denkschrift vom 3. August 1914; Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 6).

Hinsichtlich der speziellen Vorschläge Österreich-Ungarns wurden deutscherseits zwar Bedenken gegen einen Anschluß Bulgariens an den Dreibund erhoben, schließlich diesem aber zugestimmt. Die Berliner Regierung wollte jedoch ihre früheren guten Beziehungen zu Rumänien nicht aufgeben, ohne noch einmal den Versuch zu machen, Rumänien vom Anschluß an einen den Mittelmächten feindlichen Balkanbund abzuhalten. Sie verlangte auch, daß der Vertrag mit Bulgarien keine Spitze gegen Rumänien haben dürfe. Eine Stellungnahme zur schwebenden österreichisch-serbischen Frage, also eine Erörterung der Mittel und Wege, wurde ausdrücklich abgelehnt, Österreich-Ungarn jedoch nahegelegt, rasch zu handeln, um für seine Aktion gegen Serbien die günstige Konstellation des Augenblickes auszunutzen. Dieser letztere Rat, der politisch zweifellos richtig war, ist im Laufe der nächsten Wochen mehrfach wiederholt worden.

Bei diesem entscheidenden Wendepunkt vom 5. und 6. Juli ist zunächst festzustellen, daß von der Absicht, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln, die der Feindbund der deutschen Regierung unterstellt hat, keine Rede gewesen ist. Dies zeigt einmal, daß in Wien und Berlin Pläne einer Balkanpolitik in Aussicht genommen wurden, die zu ihrer Verwirklichung längere Zeit erforderten. Über die Möglichkeit, daß aus einer österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien ein allgemeiner Krieg entstehen könne, war man sich natürlich im klaren. Von einem dolus eventualis der deutschen Regierung zu sprechen, ist unzulässig, denn dieser juristische Begriff ist auf politische Erwägungen nicht anwendbar, bei denen naturgemäß alles relativ ist. Die Gefahr der Entfesselung eines europäischen Krieges bestand seit Jahren bei jeder politischen Aktion. Selbst die Entsendung einer deutschen Militärmission nach der Türkei hat im Januar 1914 fast zum europäischen Kriege geführt, und es ist leider anzunehmen, daß sich die europäischen Staatsmänner allzu sehr an den Gedanken der immer vorhandenen Kriegs-

gefahr gewöhnt hatten. Für die Beurteilung der deutschen Politik zu Anfang des Juli 1914 ist nicht ausschlaggebend, ob sie die Möglichkeit eines Krieges voraussah, sondern, wie ernst sie diese Gefahr einschätzte. Hierüber geben die Akten genügenden Aufschluß. Offensichtlich sah man eine Gefahr für den Frieden nur auf seiten Rußlands. Ein Eingreifen Englands erwartete man nicht, und merkwürdigerweise hat man auch von französischer Seite nichts befürchtet. Über die Haltung der Petersburger Regierung scheint die Ansicht geherrscht zu haben, daß Rußland nicht genügend gerüstet sei und deshalb keinen Krieg führen könne und werde. Zudem setzte man außerordentlich große und, wie sich bald zeigen sollte, ganz ungerechtfertigte Hoffnungen auf das Gefühl monarchischer Solidarität, das den Zaren abhalten werde, „sich auf die Seite der Prinzenmörder zu stellen".

Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß in den Dokumenten die Erörterung der Kriegsgefahr vermutlich mehr Raum einnimmt, als der damaligen Auffassung tatsächlich entsprach. Denn der ungünstigste Fall wird stets ausführlich behandelt, während man die Selbstverständlichkeiten einer günstigen Lösung kaum berührt.

Die deutsche Regierung hat aus den wesentlichsten Gesichtspunkten ihrer damaligen Haltung kein Hehl gemacht. In der Reichstags-Denkschrift vom 3. August 1914 wurde über die Lage zu Anfang Juli zutreffend gesagt:

Die k. u. k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung (daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen) und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserm Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bundespflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Szepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand

in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.

Die deutsche Regierung hat bei der Aufstellung der an Serbien zu richtenden Forderungen nicht mitgewirkt und hat dadurch in kurzsichtiger Weise die Mitverantwortung zu vermeiden gesucht. Bereits am 4. Juli schrieb der Kaiser an den Rand eines Berichtes aus Wien (Deutsche Dokumente Nr. 7): Es sei „lediglich Österreichs Sache, was es zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenns schief geht, Deutschland hat nicht gewollt". Die Haltung der deutschen Regierung Österreich-Ungarn gegenüber hat der bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Tucher, seinerzeit sehr treffend gekennzeichnet:

Unsere Stellung Österreich-Ungarn gegenüber ist sehr heikel; wir müssen uns hüten, seine Empfindlichkeit zu verletzen, und bei Fragen dieser Art enthalten wir uns sorgfältig, ihm Ratschläge im einen oder im anderen Sinne zu erteilen, um uns nicht in der Folge Vorwürfen auszusetzen, falls die Ereignisse eine unerwünschte Wendung nehmen. Auch diesmal hat Deutschland seinem Verbündeten erklärt, dieser müsse lediglich seine eigenen Interessen berücksichtigen und so handeln, wie er es für notwendig erachte. Es hat sich darauf beschränkt, hinzuzufügen, daß es ihm nötigenfalls zur Seite stehen würde. (Bericht des belgischen Gesandten in Wien vom 27. Juli 1914, Nr. 403/149, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919.)

In seinem eigenen Bericht vom 14. Juli meldete der bayerische Gesandte auf Grund seiner Kenntnisse und Beobachtungen:

Die Haltung Deutschlands ist die gleiche wie während der ganzen Balkankrise: Österreich-Ungarn hat zu erkennen, was seine Lebensinteressen sind, und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen hat. Deutschland steht dem Bundesgenossen treu zur Seite und wird alle Konsequenzen aus dem Bündnis ziehen (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 91).

Die deutsche Regierung ist gemäß den bei Beginn der Krise mit Wien vereinbarten Richtlinien vorgegangen. Sie hat ihren Gesandten in Bukarest und Sofia entsprechende Weisungen erteilt und sich, von gelegentlichen Warnungen an Serbien abgesehen, der Einmischung in die serbische Frage enthalten. Die Wiener Regierung machte allerdings den Versuch, Berlin zur Stellungnahme zu veranlassen. Am 10. Juli telegraphierte der deutsche Botschafter in Wien, Berchtold würde gern wissen, wie man in Berlin über die Formulierung geeigneter Forderungen gegenüber Serbien denke. Er meinte, man könnte unter anderem verlangen, daß in Belgrad ein Organ der österreichisch-ungarischen Regierung eingesetzt werde, um von dort aus die großserbischen Umtriebe zu überwachen (der spätere Punkt 5 der Note), eventuell auch die Auflösung von Vereinen (Punkt 2) und Entlassung einiger kompromittierter Offiziere (Punkt 4). Die Frist zur Beantwortung müsse möglichst kurz bemessen werden, wohl mit 48 Stunden. (Deutsche Dokumente Nr. 29.)

Am 11. Juli hat Tschirschky einen Privatbrief an Jagow gerichtet, in dem die hauptsächlichsten Forderungen an Serbien

im Anschluß an eine neuerliche Unterredung mit Berchtold aufgezählt waren. Man werde verlangen, „der König müsse amtlich und öffentlich in einer feierlichen Erklärung und durch einen Armeebefehl kundtun, daß Serbien sich von der Politik in großserbischem Sinne lossage". Diese Forderung ist in die Note aufgenommen worden. „Zweitens werde die Einsetzung eines Organs der österreichisch-ungarischen Regierung verlangt werden, das über die strikte Einhaltung dieser Zusicherung zu wachen haben werde", also der vorerwähnte Punkt 5 der Note. Ferner heißt es wie in dem Telegramm vom 10. Juli: „Die Frist zur Beantwortung dieser Note werde so kurz wie möglich, also vielleicht mit 48 Stunden, bemessen werden." (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 120.)

Wie aus dem Bericht des bayerischen Geschäftsträgers vom 18. Juli (Deutsche Dokumente, Anhang IV, Nr. 2) hervorgeht, hatte man in Berlin Kenntnis von weiteren Punkten der beabsichtigten österreichisch-ungarischen Note, und zwar von den späteren Punkten 6 und 4. Woher diese Kenntnis stammte, ist weder aus den deutschen, noch aus den österreichisch-ungarischen Akten ersichtlich. Jagow hat dem Untersuchungsausschuß erklärt:

Ich habe den Grafen Szögyeny, der mich fast täglich aufsuchte, verschiedentlich nach den Absichten seiner Regierung befragt und ihn um Mitteilung gebeten. Er zeigte sich im ganzen wenig orientiert. Am 9. Juli hatte er mir versprochen, daß wir von den zu treffenden Entscheidungen sofort in Kenntnis gesetzt werden würden, der Zeitpunkt hinge noch von dem Ausgang der Untersuchung in Sarajevo ab (Nr. 23 der Dokumente). Am 10. Juli berichtete Herr von Tschirschky, Graf Berchtold habe gemeint, man könnte unter anderem gewisse, im Bericht angegebene Forderungen an Serbien richten und eine Frist von 48 Stunden zur Beantwortung stellen (Nr. 29 der Dokumente).

Am 14. Juli meldete unser Botschafter dann, Graf Tisza habe sich jetzt zu der Ansicht bekannt, daß man zu energischen Entschlüssen kommen müsse, und gesagt, daß volles Einvernehmen und Entschlossenheit herrsche. Die Note sei in ihrem letzten Wortlaut noch nicht festgestellt, bei ihrer Abfassung müsse Rücksicht darauf genommen werden, daß sie für das große Publikum verständlich sei und das Unrecht klar und deutlich Serbien zuschiebe (Nr. 49 der Dokumente). Ein weiteres Telegramm des Botschafters vom selben Tage enthielt ähnliche Äußerungen des Grafen Berchtold. Der Minister hatte auch zugesagt, er werde die Note — nach Feststellung des Textes und noch vor ihrer Unterbreitung an seinen Kaiser — unverzüglich der deutschen Regierung zukommen lassen. (Nr. 50 der Dokumente.)

Am 19. Juli habe ich nach Wien telegraphiert und um sofortige Mitteilung der Note (nach Feststellung) gebeten. Vorherige Orientierung über wesentliche Punkte des beabsichtigten Vorgehens sei erwünscht. (Nr. 77 der Dokumente.)

Vergleiche ferner Telegramme und Briefe des Grafen Szögyeny vom 21. Juli Nr. 39 und 41 des österreichischen Rotbuches. (A. a. O., S. 29.)

Auch Zimmermann sagte aus:

Ich habe mich beim Grafen Szögyeny bei unseren häufigen Zusammenkünften regelmäßig nach den Nachrichten über die Untersuchung in Sarajevo erkundigt und ihn gebeten, uns darüber auf dem laufenden zu halten. Auch habe ich wiederholt der Erwartung Ausdruck gegeben, daß seine Regierung uns nicht vor vollendete Tatsachen stellen werde. (A. a. O., S. 33.)

Unter diesen Umständen ist es schwer verständlich, daß die deutsche Regierung nicht besser unterrichtet wurde, eine Tatsache, die sich wohl nur aus einer dahingehenden Absicht des Wiener Kabinetts erklären läßt. Denn in Berlin war schließlich über die Note nur bekannt: die Absicht, sie auf 48 Stunden zu befristen, die Forderung einer Proklamation (die von Serbien angenommen wurde), sowie die Punkte 2, 4, 5 und 6 in Umrissen. (Von diesen wurde Punkt 2 angenommen, gegen Punkt 4, 5 und besonders 6 wurden mehr oder weniger ernste Bedenken erhoben.) Aber selbst diese Kenntnis war nur unbestimmter Art. Von Beschlüssen wußte man nichts, nur von Absichten und Erwägungen.

Wer das Leben in den Hauptstädten der Welt in Zeiten politischer Spannung kennt, wird bestätigen können, daß überall Gerüchte umlaufen, daß jeder, der als eingeweiht gelten will, und mancher, der tatsächlich unterrichtet ist, von den kommenden Dingen zu berichten weiß. Alle, die einen Vorschlag zu machen haben, geben zu verstehen, daß er bereits so gut wie angenommen sei. Infolgedessen wird es damals in Wien leicht gewesen sein, etwas über die bevorstehende Demarche gegen Serbien zu erfahren, schwer dagegen zu ermitteln, welche Tatsachen der Wahrheit entsprachen und als bindende Beschlüsse anzusehen waren. So konnte der bayerische Gesandte in Wien vier Tage vor der ersten, bedeutungsvollen Unterredung zwischen Berchtold und Tschirschky über den Inhalt der österreichisch-ungarischen Note bereits über einige Forderungen zutreffend, wenn auch noch unverbindlich, berichten. Er meldete am 6. Juli:

> Es wird auch davon gesprochen, aus den Attentaten einen Kriegsfall zu konstruieren und früher Versäumtes nachzuholen, da mit Serbien nicht anders fertig zu werden ist. Dazu liegt heute noch kein genügender Grund vor. Erst wenn Serbien sich weigern sollte, die Forderungen, welche je nach den Ergebnissen der Untersuchung in Sarajevo von Österreich-Ungarn gestellt werden, zu erfüllen, zum Beispiel Auflösung der Narodna-Odbrana und anderer großserbischer Vereine, Bestrafung der Anstifter und Mitschuldigen der Attentate u. dgl., könnte man an Gewaltmaßregeln gegen Serbien denken. Es ist sicher, daß sich Kaiser Franz Joseph nur unter dem Druck zwingender Umstände zu Schritten entschließen wird, in deren Gefolge ein europäischer Krieg entbrennen kann. (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 90.)

Wie aus dem englischen Blaubuch (Nr. 161) bekannt ist, hat der englische Botschafter in Wien bereits am 16. Juli telegraphisch über die beabsichtigte österreichisch-ungarische Demarche berichtet (siehe auch Oman, S. 14), und der französische Konsulatskanzler in Wien, der vielleicht einen tschechischen Freund im Ministerium des Äußern hatte, schrieb am 20. Juli einen Bericht über die beabsichtigte Note, der den Inhalt der Punkte 1, 2, 3 und 8 ziemlich zutreffend wiedergibt (Französisches Gelbbuch Nr. 14). Paris war demnach annähernd ebenso gut unterrichtet wie Berlin.

Die deutsche Regierung lehnte es am 11. Juli ab, zu Berchtolds Fragen Stellung zu nehmen (Deutsche Dokumente Nr. 31) und beschränkte sich darauf, nach Möglichkeit für einen glatten Verlauf der Krise zu sorgen. So erteilte sie den Rat, den geplanten Schritt vor der Öffentlichkeit eingehend zu begründen, und befürwortete den österreichisch-ungarischen Entschluß, die Abreise Poincarés aus Petersburg abzuwarten, damit nicht in der dort herrschenden Verbrüderungsstimmung übereilte Schritte beschlossen würden.

Die verantwortlichen Persönlichkeiten in Berlin hätten eine baldige Demarche in Belgrad begrüßt, weil diese naturgemäß unter dem frischen Eindruck des Attentats von Sarajevo mehr Verständnis und Sympathie finden mußte, und haben auch dieser Auffassung wiederholt Ausdruck gegeben. Ferner zeigten sie eine nur aus der noch unbekannten Geschichte der deutsch-österreichischen Beziehungen begreifliche Sorge, in Wien nicht als hemmender Faktor zu erscheinen (Deutsche Dokumente Nr. 61, 70). Auf der anderen Seite lag die Befürchtung nahe, daß der psychologische Augenblick verpaßt würde. Tschirschky wußte zwar fast täglich von Beratungen und Verhandlungen zu melden, nicht aber von Entschließungen. „Inoffizielle Gerüchte aus Wien dagegen ließen mitunter den Eindruck zu, als zögere man dort und könne nicht zum Entschluß kommen, was nach früheren Erfahrungen nicht ganz ausgeschlossen schien." (Jagow, a. a. O., S. 29.)

Eine Beeinflussung Österreich-Ungarns durch die Berliner Regierung im Sinne einer Verschärfung der zu stellenden Forderungen ergibt sich, wie gesagt, aus den deutschen Akten nicht. Berlin hat keinen direkten Einfluß auf den Inhalt der Note an Serbien ausgeübt. Auch der deutsche Botschafter in Wien hat an den Beratungen über die in Belgrad zu stellenden Forderungen nicht teilgenommen. Dies bestätigte übrigens Tisza kurz vor seinem Tode in einer Rede im ungarischen Abgeordnetenhause am 22. Oktober 1918. Bis er durch das Telegramm vom 6. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 15) verständigt wurde, daß Deutschland „zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehme", hat Tschirschky in Wien zur Mäßigung und Vorsicht geraten. Bereits am 30. Juni berichtet er, daß er jeden Anlaß benutze, um nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen (Deutsche Dokumente Nr. 7). Er empfahl, vor allem die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen. Ähnlich äußerte er sich am 2. Juli dem Kaiser Franz Joseph gegenüber (Deutsche Dokumente Nr. 11).

Diplomaten und Propagandastellen des Feindbundes haben wiederholt versucht, Tschirschky als Kriegshetzer und alldeutschen Scharfmacher hinzustellen. (Siehe Englisches Blaubuch Nr. 141, 161, Oman S. 14, Französisches Gelbbuch Nr. 18, 109, 114, Ser-

bisches Blaubuch Nr. 22, 24, 52.) Die deutschen Urkunden zeugen gegen diese Auffassung, gegen die auch die ganze Veranlagung des Botschafters spricht. Tschirschky war von Natur sehr vorsichtig und eher pedantisch. Er war den Wiener Herren unsympathisch durch die schulmeisterische Art seines Auftretens, mit der er oft — vielleicht mehr berechtigt als diplomatisch gewandt, und daher in der Wirkung verfehlt — ihnen die Zerfahrenheit der österreichisch-ungarischen Zustände und den herrschenden Schlendrian vorhielt. Er sah die Zeichen des Zerfalls der Monarchie und erkannte die Notwendigkeit, daß diese etwas tun müsse, um sich zu retten. Da er aber gleichzeitig wohl daran zweifelte, ob sie noch stark genug sei, ein schwere internationale Krisis zu überstehen, kann er unmöglich aus eigenem Antriebe zum Kriege gehetzt haben. Selbst sein Gegner Lichnowsky erklärte gegenüber dem Untersuchungsausschuß:

Ich habe Herrn von Tschirschky seit seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst gekannt und ihn als einen überaus gewissenhaften, vielleicht sogar etwas ängstlichen und pedantischen Beamten beurteilt, der gewiß aus eigener Initiative keine schroffe Haltung eingenommen und sich nicht in Übereinstimmung mit seiner vorgesetzten Behörde in einer so wichtigen Frage befunden hätte. (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 34.)

Der damalige Militärattaché in Wien hat ebenfalls bezeugt, daß „der jetzt öfters erhobene Vorwurf, Herr von Tschirschky habe zum Kriege gedrängt und die ihm erteilten Richtlinien überschritten, seiner Ansicht nach ganz ungerechtfertigt" sei. (A. a. O., S. 35.) Zeugnisse dieser Art liegen zahlreich vor. Da die nach Wien ergangenen Weisungen bekannt sind, müssen die Behauptungen über Tschirschkys Kriegstreiberei als Erfindungen angesehen werden, auch dann, wenn sie von Berchtold herrühren. (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 3 und 10. Siehe hierzu Gooss, a. a. O., S. 40, Anm.; Deutsche Dokumente, IV, S. 172, Anhang IX.)

In Berlin war aus den Berichten Tschirschkys bekannt, daß Berchtold persönlich eine kriegerische Lösung des Konfliktes bevorzugte. Ebenso wußte man, daß Tisza zur Mäßigung riet. In diesen Konflikt der Meinungen wurde deutscherseits nicht eingegriffen. Die deutsche Regierung scheint selbst der Auffassung gewesen zu sein, daß eine Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes ohne kriegerische Auseinandersetzung möglich sei, wenn Serbien sich bereit erklärte, die Mordtat von Sarajevo zu sühnen und ausreichende Garantien für die Zukunft zu geben*). Zeigte sich Serbien nicht gewillt, die diesbezüglichen österreichisch-ungarischen Forderungen zu erfüllen, so sah man in Berlin in der Anwendung militärischer Zwangsmittel offenbar ein geringeres Übel

*) Siehe Französisches Gelbbuch Nr. 9, Serbisches Blaubuch Nr. 19, 26, Deutsche Dokumente Nr. 91.

als in der Fortdauer des durch die großserbischen Umtriebe geschaffenen Zustandes dauernder Beunruhigung.

Da über die Absichten der Wiener Regierung und den Inhalt der Note nichts Näheres bekannt war (Deutsche Dokumente Nr. 61), wurde deutscherseits am 19. Juli telegraphisch um Mitteilung ihres Wortlautes gebeten (Deutsche Dokumente Nr. 77). Dieser lag aber erst am Abend des 22. Juli in Berlin vor*). Da die Note, wie der österreichisch-ungarische Botschafter erklärte, bereits nach Belgrad abgegangen war (am 20. Juli! — Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 27), wäre es nicht möglich gewesen, eine Abänderung ihres Wortlautes zu erwirken. Die österreichisch-ungarischen Forderungen wurden jedoch von Bethmann Hollweg und von Jagow als zu weitgehend und die Sprache der Note als zu scharf beurteilt**). Daß man in Berlin den Vertretern des Dreiverbandes von dieser Einschätzung keine Mitteilung machte, ist ganz natürlich. Die Meldung Szögyenys, Jagow habe ihm versichert, „daß die deutsche Regierung mit dem Inhalt dieser Note selbstverständlich ganz einverstanden sei" (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 6), stimmt mit der Darstellung Jagows nicht überein. Dieser hat dem Untersuchungsausschuß erklärt:

Graf Szögyeny suchte mich am 22. abends — soviel ich mich erinnere, war es nach 7 Uhr — auf, um mir den Text der österreichischen Note zu überbringen. (Nach der Weisung Nr. 30 des österreichischen Rotbuches sollte es eigentlich erst am 24. früh geschehen.) Nach Kenntnisnahme sagte ich dem Botschafter, daß mir die Note nach Form und Inhalt zu scharf erscheine. Ich

---

*) Der Bericht aus Wien vom 21. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 106), mit dem der Text der Note eingereicht wurde, ist in den Dokumenten als erstes vom 22. Juli eingeordnet worden. Dadurch wird der Eindruck hervorgerufen, daß diese „nachmittags" registrierte Urkunde frühzeitig eingegangen sei. Dies ist nach Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges (Berlin 1919), Seite 109, nicht der Fall, denn sie wurde ihm erst in den Abendstunden vorgelegt.

**) Vgl. Deutsche Dokumente, Anhang IX, Jagow, a. a. O., Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege (Berlin 1919), S. 138 f. — Die Darstellung Bethmanns und Jagows bestätigt eine Textveränderung bei der ersten Veröffentlichung des Runderlasses vom 21. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 100). In diesem ohne Kenntnis des Wortlauts der Wiener Note geschriebenen Erlasse werden die österreichisch-ungarischen Forderungen als „billig und maßvoll" bezeichnet, in der Anlage zur Reichstagsdenkschrift vom 3. 8. 1914 dagegen nur als „gerechtfertigt".

Wann das Ultimatum Tschirschky in Wien ausgehändigt worden ist, läßt sich nicht mehr feststellen. „Nach den Telegrammen des Grafen Berchtold vom 21. und 22. Juli (Nr. 46 und 47 des österreichischen Rotbuches) scheint es, daß es eigentlich erst am 22. früh geschehen sollte. Das Telegramm Herrn von Tschirschkys vom 21. Juli (Nr. 103 der Dokumente) und sein Bericht vom gleichen Tage (Nr. 106 der Dokumente) lassen jedoch erkennen, daß die Übergabe und Absendung in Wien am 21. nachmittags und der Eingang in Berlin am 22. nachmittags erfolgt ist." (Jagow, Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 30.)

glaube, besonders betont zu haben, daß ich die v i e l e n Forderungen nicht glücklich fände. Der Graf entgegnete, da sei nun nichts mehr zu machen. Die Note sei bereits nach Belgrad übersandt und werde dort andern Tags — den anderen Morgen, wie er irrtümlich angab — übergeben werden. Ich drückte dem Botschafter mein ernstes Befremden aus, daß die Mitteilung zu spät erfolgt, daß uns keine Gelegenheit geboten würde, dazu Stellung zu nehmen. ... Auch dem Reichskanzler erschien die Note zu scharf. Wir mußten uns aber sagen, daß es materiell nicht mehr möglich war, Bedenken in Wien zur Geltung zu bringen, daß diesbezüglich Schritte daher nutzlos sein würden. (Untersuchungsausschuß, Beilage I, S. 30, 31.)

Bei der Haltung der Belgrader Regierung in der Vergangenheit sowohl wie während der Krisis 1914 konnte es deutscherseits nicht als wahrscheinlich angesehen werden, daß Serbien den Wiener Forderungen nachkommen würde. Von vornherein war also damit zu rechnen, daß militärische Operationen Österreich-Ungarns gegen Serbien stattfinden würden. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die deutsche Regierung keineswegs einen Krieg gegen Serbien unter allen Umständen wünschte oder gar ihn herbeizuführen suchte. Dies geht zur Genüge aus ihrer Stellungnahme zur serbischen Antwortnote hervor. (Siehe die Randbemerkung des Kaisers unter der serbischen Antwortnote, Deutsche Dokumente Nr. 271, sein Schreiben an Jagow vom 28. Juli, Deutsche Dokumente Nr. 293, das Schreiben des Generals von Plessen an den Generalstabschef vom gleichen Tage, „Deutsche Politik", IV, 29, vom 28. 7. 1919, und das Telegramm des Reichskanzlers nach Wien, ebenfalls vom 28. Juli, Deutsche Dokumente Nr. 323.)

Die Haltung der deutschen Regierung in der Zeit bis zum Ultimatum an Serbien setzt sie mancherlei berechtigten Kritik aus. Es kann aber niemand in Kenntnis der amtlichen Aktenstücke behaupten, sie sei von dem Streben nach Weltherrschaft diktiert worden. Die Sorge um die Erhaltung des Bestehenden, die Furcht vor den Folgen, die das Übergewicht des Dreiverbandes für den Frieden Europas haben könnte, standen im Vordergrund der Erwägungen. Am Balkan erstrebte die Entente neuen Machtzuwachs, dort erwuchsen damit neue Gefahren. „Dem Weltfrieden war gedient, er war für lange Zeit gesichert, wenn es gelang, die großserbischen Umtriebe zur Ruhe zu bringen"*). Diese Auffassung hat Bethmann Hollweg gegenüber dem Untersuchungsausschuß wohl zu begründen gewußt. Er leitete seine zusammenfassende Denkschrift folgendermaßen ein:

Das Urteil über unsere Behandlung der österreichischen Anträge vom 5. Juli 1914 hängt wesentlich davon ab, welcher Wert der Erhaltung der österreichisch-ungarischen Großmachtstellung beizumessen war. Die Notwendigkeit eines starken Österreich ist von deutschen Staatsmännern so oft und nachdrücklich ausgesprochen worden, daß ein fester Grundsatz unserer auswärtigen Politik als vorliegend anerkannt werden wird. Fürst Bismarck ist auch in der

*) Bethmann Hollweg, a. a. O., S. 21.

Zeit, wo er im Abschluß des Rückversicherungsvertrages den russischen Balkanwünschen Entgegenkommen bewies, nicht von der Auffassung abgewichen, daß „die Existenz Österreich-Ungarns als einer starken und unabhängigen Großmacht für Deutschland eine Notwendigkeit" sei, ja „eine Notwendigkeit allerersten Ranges" (Brief an Lord Salisbury vom 22. November 1887), die uns gebieten würde, selbst mit der Waffe für die Aufrechterhaltung dieses Zustandes einzutreten. Die Nachfolger des Fürsten Bismarck waren auf ein bündnisfähiges Österreich um so mehr angewiesen, je weiter sich die gegnerische Koalition, die Sorge des Reichsgründers, entwickelte und befestigte. Als Fürst Bülow während der Annexionskrise 1908/09 „das deutsche Schwert in die Wagschale der europäischen Entscheidung" (Fürst von Bülow, Deutsche Politik, Seite 60) warf, als ich während der Balkankrise 1912/13 unsere Entschlossenheit aussprach, unserem Bundesgenossen bei der Verfolgung seiner legitimen Interessen zur Seite zu stehen (Rede im Reichstag vom 3. Dezember 1912), ging es um dieses von Bismarck aufgestellte Prinzip. Eine Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs gefährdete unsere eigene Weltstellung und zwang uns unseren politischen Kurs auf.

Es wird nicht nachgewiesen werden können, daß die Wahrung der österreichischen Machtstellung für uns im Jahre 1914 von minderer Bedeutung gewesen wäre als zuvor. Die Anschauung, daß Österreich-Ungarn ein zum Sterben verdammter Staat, ja bereits eine Leiche sei, und daß es Deutschland als Pflicht der Selbsterhaltung betrachten müsse, sein Schicksal von dem seines alten Bundesgenossen zu trennen, ist zwar mehrfach vertreten worden, ließ aber die entscheidenden Momente außer acht. Die Abwendung von Österreich hätte uns keine neuen Freunde verschafft. Der Sasonowsche Wink: „Lâchez l'Autriche et nous lâcherons la France" hatte doch nur den Wert eines gelegentlichen Aperçus ohne die Möglichkeit politischer Konsequenzen. Österreich aber wäre in die Lage gekommen, neue Freunde zu wählen, es hätte bei den Westmächten offene Arme gefunden. Das angeblich sterbende Österreich würde sich als für die Zwecke der Einkreisungspolitik lebenskräftig genug erwiesen haben, und die Isolierung des Deutschen Reiches wäre vollendet gewesen. Für den Gedanken einer deutsch-russischen Aufteilung Österreich-Ungarns, der gelegentlich aufgetaucht ist, wäre nicht nur die öffentliche Meinung Deutschlands unzugänglich gewesen, er hätte auch realpolitisch die slawischen Probleme in einer für Deutschland unerträglichen und dauernd den Frieden mit Rußland ausschließenden Weise verschoben. Für Deutschland gab es keine Möglichkeit von Optionen. Die Weltlage war starr geworden und hatte sich seit den beiden letzten Balkankrisen auf der allgemein unveränderten Basis nur insofern weiter entwickelt, als die deutschfeindliche Koalition nach dem Anschluß Englands an den russisch-französischen Zweibund in ihren Absprachen und Vorbereitungen eine diplomatisch und militärisch gebundene Konsistenz gewonnen hätte. Ein Rückzug aus unserer bisher, trotz ständigen Kriegsrisikos, festgehaltenen Position mit der Preisgabe Österreich-Ungarns hätte den kampflosen Abbau unserer eigenen Weltstellung bedeutet. Indem wir Österreich in der neuen Krise bundestreue Haltung zusicherten, nahmen wir ein deutsches Interesse wahr, das anerkannte Interesse der Erhaltung Österreich-Ungarns als bündnisfähige Großmacht. (A. a. O., S. 12.)

Jagow hat dem Untersuchungsausschuß erklärt:

Deutschland hatte keine Wahl; nicht aus romantischer Treue, sondern um der eigenen Stellung willen konnte es Österreich nicht fallen lassen. (A. a. O., S. 27.)

Von denen, die sich zu einer nachträglichen Kritik der damaligen Haltung der deutschen Regierung befähigt fühlen, wird vielfach übersehen, daß die auswärtige Politik in hohem Grade zwangsläufig

ist. Bethmann Hollweg und Jagow haben durchaus mit Recht darauf hingewiesen, daß sie am 5. Juli 1914 Österreich-Ungarn nicht im Stich lassen konnten. Die Möglichkeit der Loslösung aus dem bestehenden Bundesverhältnis war in diesem Zeitpunkt nicht mehr geboten. Rasches Handeln war erforderlich. Die Frage, ob Österreich-Ungarn fallen gelassen werden solle, konnte nicht im Augenblick einer Krisis gelöst werden. Diese Wendung hätte langer und ausgiebiger Vorbereitungen bedurft. Ein dringender Anlaß zu einer derartigen Politik, etwa mit Rücksicht auf die Gefahren, die das Bundesverhältnis für die Sicherheit des Reiches hatte, lag nicht vor*). Gegenüber den englisch-deutschen und den französisch-deutschen Gegensätzen, die seit vielen Jahren die Hauptsorge der Reichsregierung bildeten, erschienen der Balkan und der russisch-österreichische Gegensatz als ein Nebenkriegsschauplatz. Bei der damaligen Weltlage wäre auch der Versuch seiner Loslösung von Österreich-Ungarn niemals gelungen. Die Geheimhaltung der erforderlichen Schritte wäre keinesfalls möglich gewesen. Die Wiener Regierung, von London, Petersburg oder Paris aus verständigt, hätte sofort ihrerseits neue Verbindungen gesucht. Sie würde damals sehr viel leichter als Deutschland Anschluß gefunden haben, so daß letzteres durch seine eigene politische Schwenkung völlig isoliert worden wäre.

Bei Ausbruch der Julikrisis 1914 standen der deutschen Regierung nur noch zwei Wege offen: Sie konnte Österreich-Ungarn freie Hand lassen und sich die Möglichkeit späterer Vermittlung vorbehalten. Es stand aber auch zur Wahl, die Aktion gegen Serbien unter deutscher Mitwirkung bzw. Kontrolle — und damit vollster deutscher Verantwortlichkeit — vor sich gehen zu lassen. Der letztere Weg wäre schon deshalb der richtigere gewesen, weil in den Augen der Welt Deutschland ohnehin mitverantwortlich erscheinen mußte. Die Ereignisse haben es sattsam bewiesen. Der erste Weg, der Wiener Regierung freie Hand zu lassen, eröffnete die besseren Aussichten für eine gründliche Lösung der serbischen Frage. Der zweite bot eine größere Gewähr für die Erhaltung des Weltfriedens. Da die Gefahr eines Weltkrieges tatsächlich bereits sehr nahe gerückt war, mußte der zweite Weg gewählt werden. Er gewährte der Berliner Regierung die Möglichkeit, jederzeit — auch gegen den Willen Österreich-Ungarns — die schwebende Balkanfrage dem europäischen Frieden zu opfern, ein Vorgehen, das sie im späteren Verlauf der Krisis versucht hat, jedoch vergebens, nachdem sie den Herren in Wien zu Anfang freie Hand gelassen hatte. Der

*) Das Bündnis mit Österreich-Ungarn hat naturgemäß und zu allen Zeiten für Deutschland die Gefahren einer kriegerischen Verwickelung erhöht. Darauf hat bereits Bismarck in seiner Rede vom 6. Februar 1888 hingewiesen.

Irrtum in der Wahl des Weges erscheint heute schwer verständlich. Man muß aber berücksichtigen, daß der deutschen Regierung nicht so vollständig, wie heute aller Welt, bekannt gewesen ist, wie groß 1914 die Gefahr eines europäischen Krieges bereits angewachsen war, ehe noch die verhängnisvollen Schüsse in Sarajevo fielen.

In ihrer Note vom 16. Juni 1919 haben die Alliierten und Assoziierten Mächte behauptet, „während langer Jahre hätten die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt... Sie hätten getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren... Als sie festgestellt hätten, daß ihre Nachbarn entschlossen wären, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da hätten sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen".

In den deutschen und österreichisch-ungarischen Akten findet sich nicht der geringste Beleg für diese Behauptungen. Deutscherseits ist die Aktion gegen Serbien stets nur als Präventivmaßnahme betrachtet worden.

Ferner haben die Alliierten und Assoziierten Mächte in ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge erklärt: Die Mittelmächte hätten versucht, „die Lösung einer europäischen Frage den Nationen Europas durch die Drohung eines Krieges aufzuzwingen... Die serbische Frage wäre nicht und hätte niemals eine rein österreichisch-serbische Frage sein können... Sie war ihrem Wesen nach eine europäische Frage, da sie die Kontrolle des Balkans aufs Spiel setzte und daher nicht nur den Frieden auf dem Balkan, sondern den ganz Europas betraf".

Die Berechtigung dieser Auffassung vom Standpunkt des Feindbundes aus läßt sich vertreten, sobald man zugibt, daß Serbien der Exponent einer aggressiven Balkanpolitik des Dreiverbandes war. Sicher ist aber, daß man in Berlin im Juli 1914 nicht eine Lösung der serbischen Frage im Sinne einer europäischen Balkanfrage anstrebte, sondern allein eine nachhaltige Klärung der unhaltbar gewordenen austro-serbischen Beziehungen. Gewiß kann man der deutschen Regierung den Vorwurf machen, daß sie die europäische Gesamtlage nicht richtig einschätzte. Die Unterstellung weitgehender Pläne, die ihr jetzt nachträglich von ihren Gegnern vorgeworfen werden, entbehrt jedoch offensichtlich jeder Begründung. Vergegenwärtigt man sich all die Hiiflosigkeit, Angst und Planlosigkeit, die in dem deutschen Aktenmaterial offenbar wird, dann wirkt die Auffassung der Alliierten und Assoziierten Mächte wie ein Hohn, wenn diese in der vorgenannten Denkschrift behaupten: „Das autokratische Deutschland wollte unter dem Einfluß seiner Lenker mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen. Die Nationen Europas waren entschlossen, ihre Freiheit zu retten.

Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokratie zunichte gemacht werden, führte sie dazu, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, jeden Widerstand mit einem Streiche zu brechen, indem sie Europa in einen Weltkrieg stürzten... In der Erkenntnis, daß es seine Ziele nicht anders erreichen konnte, entwarf und begann Deutschland den Krieg". Wenn diese Absichten bestanden hätten, müßten sie sich bereits in der Zeit vor der Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums deutlich offenbaren. Wir finden aber in den Akten ebensowenig Spuren von Plänen der Weltherrschaft wie von der wachsenden Flut der Demokratie. Die internen Meinungsäußerungen der Dreiverbandsmächte lassen sich weit eher als autokratisch, denn als demokratisch bezeichnen.

Schließlich ist die Pariser Schuldkommission in ihrem Bericht vom 29. März 1919 zu dem Ergebnis gekommen: „Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden. Er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen". Von diesem Vorsatz zum Weltkriege fehlt, wie gesagt, in dem deutschen Urkundenmaterial jede Spur. Daß die Türken und Bulgaren an der Entstehung des Weltkrieges nicht beteiligt waren, haben die Aktenveröffentlichungen ebenfalls erwiesen. Die Berliner und Wiener Absichten, die auf einem Anschluß Bulgariens und der Türkei an den Dreibund abzielten, sollten in einer Zeit verwirklicht werden, die erst nach der Regelung des austro-serbischen Konfliktes lag. Eine Berechtigung der Hauptanklagen unserer Gegner kann also nicht zugegeben werden.

Von anderer, namentlich von deutscher Seite, ist ferner der Vorwurf, der nicht immer als Vorwurf gemeint ist, erhoben worden, die deutsche Regierung hätte einen Präventivkrieg planmäßig herbeigeführt. Die Anhänger dieser Auffassung berufen sich unter anderem auf die Reichstags-Denkschrift vom 3. August 1914, in der es heißt: „Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bundespflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte". Diese Schlußfolgerung läßt aber außer acht, daß eine Kriegsgefahr in jenen Jahren immerwährend bestand. In der Politik ist alles relativ. Es darf daher nicht gefragt werden: Bestand bei einem Vorgehen gegen Serbien die Gefahr eines Weltkrieges? Die Frage muß vielmehr lauten: Wie groß war diese Gefahr, bzw. wie hoch wurde sie deutscherseits eingeschätzt? Nun hat die deutsche Regierung ganz offensichtlich geglaubt, daß Rußland nicht genügend gerüstet sei und

deshalb auch nicht zum Kriege schreiten werde. Dies geht nicht nur aus deutschen Aktenstücken (Deutsche Dokumente Nr. 72, Anhang IV, Nr. 2), sondern auch aus den österreichisch-ungarischen (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 6) und selbst aus denen unserer Gegner hervor (z. B. aus dem Englischen Blaubuch Nr. 32, 161; dem Belgischen Graubuch, II, Nr. 12). An die Möglichkeit, daß Frankreich und England vielleicht die Gelegenheit benutzen würden, einen Krieg herbeizuführen, falls Österreich-Ungarns Vorgehen Deutschland ins Unrecht setzte, hat man offenbar überhaupt nicht gedacht; ebensowenig daran, daß Österreich-Ungarn weitergehende Pläne haben könnte, als die, welche es nach Berlin mitteilte.

Die Regierung Bethmann Hollwegs hat zweifellos viele Mängel gehabt. Durch bewußten Leichtsinn wird sie aber nicht gekennzeichnet. Deshalb muß man als sicher annehmen, daß sie für einen beabsichtigten Präventivkrieg Vorbereitungen getroffen haben würde. Von derartigen Vorbereitungen ist aber nichts bekannt. Im Gegenteil wissen wir, daß Maßnahmen, die im Falle eines bevorstehenden Krieges unerläßlich gewesen wären, nicht ausgeführt worden sind. Es sei nur an die obenerwähnte Verproviantierung der Festungen Straßburg und Neubreisach, sowie an die Verringerung des Etats für Munitionsbeschaffung um 3½ Millionen am 27. Juli erinnert. Der damalige Stellvertretende Chef des Generalstabs der Armee hat in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß bekundet: „Ich kann auf das bestimmteste erklären, daß vor der Überreichung des Ultimatums an Serbien von deutscher Seite keine militärischen Vorbereitungen und Rüstungen stattgefunden haben". (Beilage 1, S. 64.) Falkenhayn, damals preußischer Kriegsminister, hat dem Untersuchungsausschuß erklärt: „Militärische Vorbereitungen und Rüstungen haben vor der Überreichung des Ultimatums an Serbien auf meine Anordnung nicht stattgefunden". (A. a. O., S. 63.) Der damalige Stellvertretende Chef des Admiralstabs, Vizeadmiral Behncke, sagte aus: „Auf Grund der am 5. Juli von Seiner Majestät dem Kaiser gegebenen Weisungen und in voller Berücksichtigung der Auffassung und der Wünsche des Auswärtigen Amts, mit dem dauernde Verbindung aufrecht erhalten wurde, haben in der Zeit vom 5. bis 23. Juli keinerlei militärische Rüstungen stattgefunden". (A. a. O., S. 65.) Andere Offiziere an maßgebender Stelle haben die gleichen Angaben gemacht.

Die Richtigkeit dieser Erklärungen wird durch die Akten des preußischen Kriegsministeriums, insbesondere der Mobilmachungs- und der Etatsabteilung, sowie des Verwaltungsdepartements bestätigt. (A. a. O., Heft 2, S. 8.)

Mit den finanziellen und wirtschaftlichen Vorbereitungen stand es nicht anders als mit den militärischen. Bethmann Hollweg hat dem Untersuchungsausschuß auf die Frage V geantwortet:

Auch zu besonderen finanziellen oder wirtschaftlichen Vorbereitungen habe ich vor Überreichung des Ultimatums die zuständigen Ressorts nicht aufgefordert. Die finanziellen Mobilmachungsvorbereitungen erfolgten von langer Hand her und wurden dauernd ohne Rücksicht auf die jeweilige internationale Lage auf dem laufenden erhalten. Verhandlungen über wirtschaftliche Vorbereitungen waren in der kritischen Zeit schon seit längerem und unabhängig von dem österreichisch-serbischen Konflikt im Gange. (Beilage 1, S. 11.)

Der damalige Staatssekretär des Innern hat ebenfalls bestätigt, „daß in der Zeit zwischen dem Attentat von Sarajevo und der Überreichung des österreichischen Ultimatums, soweit sein Geschäftsbereich in Frage komme, seitens der Reichsleitung besondere wirtschaftliche Kriegsvorbereitungen nicht angeordnet wurden". (A.a.O., S. 81.) Zwar sind — auf Wunsch des Kaisers, der noch in Norwegen war — die Hamburg-Amerika-Linie am 20. Juli und der Norddeutsche Lloyd am 21. Juli auf die gespannte Lage hingewiesen worden (Deutsche Dokumente Nr. 80, 90). Daß man jedoch an einen Weltkrieg nicht dachte, beweist die Tatsache, daß bei Kriegsausbruch alle deutschen Handelsschiffe wie sonst unterwegs waren. Deutschland hat, ebenso wie Österreich-Ungarn, noch bis zum 30. Juli Gold nach London und Paris gesandt, während z. B. England bereits am 27. Juli Vorkehrungen traf, um das Gold festzuhalten*).

Tisza hat am 1. Juli gefordert, daß, wenn es zum Kriege kommen solle, vorerst eine diplomatische Konstellation geschaffen werden müßte, welche das Kräfteverhältnis weniger ungünstig für die Mittelmächte gestaltete (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 2). Diese Forderung ist so selbstverständlich, daß sich aus ihrer Nichterfüllung folgern läßt, die Absicht eines europäischen Krieges habe in Berlin nicht bestanden. Das Verhalten der Ententemächte zur Zeit der Balkankriege veranschaulicht, was Tisza mit diplomatischer Vorbereitung eines Krieges meinte. Nach Vermittlung des grundlegenden serbisch-bulgarischen Vertrages umspannte Rußland im Sommer 1912 den Balkan mit einem ganzen Netz von Bündnissen und Militärkonventionen. Dann schloß es am 8. Juli einen Geheimvertrag mit Japan, der ihm den Rücken sicherte. Am 16. Juli desselben Jahres wurde das erste russisch-französische Marine-Abkommen getroffen, das durch englisch-französische Abmachungen ergänzt wurde, denen die englisch-russische Aussprache vom September 1912 folgte (Besuch Sasonows in Balmoral, 23. bis 28. September). Ihren Abschluß scheint diese Entwicklung in der diplomatischen Bestätigung der militärischen und maritimen Abmachungen zwischen England und Frankreich durch den bekannten Notenwechsel vom 22. und 23. November 1912 gefunden zu haben.

*) Bericht des im Kriege eingesetzten Comptrollers der Londoner Filialen deutscher Banken, zitiert im 49. Geschäftsbericht des Vorstands der Deutschen Bank für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1918.

Wenn die deutsche Regierung den Weltkrieg auch nur im Sinne eines Präventivkrieges gewollt hätte, mußte sie ähnliche Vorbereitungen treffen. Dies ist jedoch offenbar nicht geschehen*).

Selbst die beabsichtigte Defensivaktion gegen Serbien hätte diplomatisch besser vorbereitet werden müssen. Berlin hat auch in dieser Hinsicht eingegriffen, als es sah, daß Wien das Notwendigste versäumte. Am 15. Juli beauftragte Jagow den deutschen Botschafter in Wien, die dortige Regierung darauf hinzuweisen, daß es unerläßlich sei, sich mit Italien über die Aktion gegen Serbien zu verständigen, die Frage der Kompensationen, der schon seit langem strittigen Auslegung des Artikels VII des Dreibundvertrages und des Bündnisfalles zu regeln (Deutsche Dokumente Nr. 46). In der Folgezeit ist in dieser Hinsicht deutscherseits noch viel veranlaßt worden, und fast der ganze Schriftwechsel zwischen Berlin und Rom behandelt die Frage der Kompensationen für Italien. Berchtold hat aber für den von Jagow vertretenen, durchaus richtigen Gesichtspunkt kein Verständnis gezeigt. Wie aus dem Österreichischen Rotbuch hervorgeht, hat auch der Botschafter Merey in Rom in dieser Hinsicht eine unheilvolle Rolle gespielt (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 50, 85, 86, III, Nr. 10, 60). Noch am 28. Juli vertrat er den Standpunkt: „Mein ceterum censeo ist, Kompensationsansprüche rundweg in Abrede zu stellen und uns ja in keine heiklen Verhandlungen oder Engagements einzulassen". Diese Verhandlungen betrafen aber immer nur die Stellungnahme Italiens zum austro-serbischen Konflikt. Erst am 30. Juli ist davon die Rede, daß Österreich-Ungarn seinen Standpunkt in der Kompensationsfrage mit Rücksicht auf die italienische Haltung im drohenden Weltkriege aufgeben bzw. abändern müsse (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 32).

Die beabsichtigte Annäherung an Bulgarien trug ebenfalls nicht den Charakter einer Vorbereitung auf den Weltkrieg. Der geplante Bündnisschluß wurde zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben (Deutsche Dokumente Nr. 19, 21, 22, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 11). Um eine Ausdehnung des Konfliktes zu verhüten, wurden sehr zahlreiche Schritte unternommen, die die Neutralität Bulgariens in dem österreichisch-serbischen Streit zum Ziel hatten. In der ersten Periode der Krisis geschah dies lediglich in dem Streben nach Lokalisierung, später allerdings erschien die neutrale Haltung Bulgariens als Vorbedingung für die Bündnistreue Rumäniens (Deutsche Dokumente Nr. 544, 549). Auf Bulgarien, einen für den Weltkrieg wertvollen Bundesgenossen, hat

*) Die Entsendung Ballins nach London und der ihm erteilte Auftrag (Deutsche Dokumente Nr. 56) zeugen nicht für einen Willen zum Kriege. Dasselbe ist vom Schreiben Bethmann Hollwegs an den Statthalter in Elsaß-Lothringen (Deutsche Dokumente Nr. 58) zu sagen.

man in dieser Periode offensichtlich nicht gerechnet. Nur einmal — am 26. Juli — erkundigte sich Jagow in Wien nach dem Stand der Angelegenheit (Deutsche Dokumente Nr. 228). Die Verhandlungen über einen österreichisch-bulgarischen Vertrag haben bekanntlich erst am 2. August begonnen (Deutsche Dokumente Nr. 673).

Im Falle der Absicht eines Weltkrieges hätte Deutschland sich gewiß auch frühzeitig die Unterstützung der Türkei gesichert. Am 14. Juli wurde jedoch die Frage des Anschlusses der Türkei an den Dreibund verneint. Wie aus dem Telegramm Jagows nach Wien und Konstantinopel hervorgeht, rechnete dieser damals nicht mit einem Weltkriege (Deutsche Dokumente Nr. 45). Im ersten Stadium der Verhandlungen war überdies nur von einem Anschluß der Türkei an Österreich-Ungarn die Rede. Die Anregung zu einem deutsch-türkischen Bündnis gegen Rußland ging von der Türkei aus (Deutsche Dokumente Nr. 285). Deutscherseits wurde dieser Vorschlag am 28. Juli angenommen (Deutsche Dokumente Nr. 320). Da aber der militärische Wert des türkischen Bündnisses sehr gering eingeschätzt wurde, ist anzunehmen, daß bei diesem Vertragsschluß die Furcht vor einem Abschwenken der Türkei zum Dreiverband (siehe Randvermerk des Kaisers zu Nr. 149 der Deutschen Dokumente) den Ausschlag gab, und nicht der Gedanke, die Zahl der Mitkämpfer zu erhöhen.

Wäre deutscherseits ein Präventivkrieg geplant worden, dann hätte man sich in erster Linie der Bundestreue Rumäniens versichert. Nichts dergleichen geschah. Alle beabsichtigten und vollzogenen Verhandlungen mit Rumänien drehten sich um die Frage der künftigen politischen Zusammenhänge auf dem Balkan. Vom Kriege und Rumäniens Teilnahme am Kriege ist in der Zeit vor dem Wiener Ultimatum niemals die Rede gewesen. Am 26. und wiederum am 29. Juli bat die rumänische Regierung, „rechtzeitig informiert zu werden, wenn die Ereignisse zum Kriege drängen sollten“ (Deutsche Dokumente Nr. 208, 351). Eine Antwort ist anscheinend nicht gegeben worden. Die Frage des Bündnisfalles und des rumänischen Eingreifens in den Krieg wurde erst nach der allgemeinen russischen Mobilmachung zur Sprache gebracht (Deutsche Dokumente Nr. 506, 582).

Militärische Maßnahmen sind deutscherseits in dieser Zeit nicht getroffen worden; dasselbe gilt von wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen. Gewiß war „das Heer, wie immer, bereit“, wie der Generalleutnant Graf Waldersee in seinem Schreiben vom 25. Oktober 1919 sagte (Deutsche Dokumente, Band I, Seite XV). Im Falle eines beabsichtigten Krieges gibt es jedoch neben der allgemeinen Bereitschaft der Armee zahllose militärpolitische Maßnahmen, die getroffen werden müssen. Wir wissen aber aus dem ersten Entwurf

eines Schreibens des Generals Conrad vom 1. August (Gooss, S. 311), daß bis zu diesem Tage nicht einmal eine Verständigung zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Generalstäben über den Aufmarsch gegen Rußland herbeigeführt worden war.

Gewiß zeugen alle diese Tatsachen gegen die Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg gewollt, bzw. einen Präventivkrieg herbeigeführt. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß sich die Reichsregierung in eine außerordentlich große Gefahr begeben hat, ohne genügende politische und militärische Vorbereitungen getroffen zu haben. Es wäre sehr viel besser gewesen, der so oft behauptete Potsdamer Kronrat hätte stattgefunden, und es spricht für die bessere politische Schulung unserer Gegner, daß sie so lange an diesem Märchen festgehalten haben und gar nicht fassen können, daß Deutschland bei Kriegsausbruch derartig mangelhaft vorbereitet war.

Der Weltkrieg ist aus dem österreichisch-ungarischen Kriege gegen Serbien hervorgegangen, und an der Entstehung des letzteren ist die deutsche Regierung zweifellos mitschuldig. Daraus zu folgern, daß sie den Weltkrieg verschuldet habe, wäre nur zulässig, wenn einwandfrei festgestellt würde, daß die europäische Konflagration eine unausbleibliche und unabwendbare Folge des österreichisch-ungarischen Vorgehens gegen Serbien war. Dieser Nachweis ist noch nicht erbracht. Die Berliner Regierung scheint sich jedenfalls zugetraut zu haben, die Gefahr des Weltkrieges bannen zu können. Dies Problem gehört zu den politischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen, für die es eine objektive Lösung nicht gibt.

Die deutsche Regierung hat ihre Einwilligung zu einem Kriege Österreich-Ungarns gegen Serbien gegeben. Das Ziel, das ihr hierbei vorschwebte, war einzig und allein die Unterdrückung der großserbischen Bewegung, zur Erhaltung des Bestandes und der Bündnisfähigkeit der Donaumonarchie. Es fragt sich zunächst, weshalb Deutschland seinen Verbündeten in dieser ihn nur mittelbar berührenden Angelegenheit unterstützte, und ob es notwendig war, wegen der serbischen Frage Gefahren zu laufen. Das letztere wird von der weiteren Frage der Notwendigkeit einer Aktion abhängen. Darüber, daß Deutschland „im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werde", bestand damals weder bei der Regierung, noch — daran sei besonders erinnert — bei der deutschen Öffentlichkeit der geringste Zweifel. Tschirschky hat bereits am 2. Juli erklärt, Kaiser Franz Joseph könne „sicher darauf bauen, Deutschland geschlossen hinter der Monarchie zu finden, sobald es sich um die Verteidigung eines ihrer Lebensinteressen handele" (Deutsche Dokumente Nr. 11). Was Tschirschky hier ohne Auftrag

erklärte, war richtig, selbst im weitesten Sinne, wenn dies auch heute mancher nicht wahr haben mag. Ebenso haben offenbar weder der Kaiser, noch der Kanzler, noch das Auswärtige Amt am 5. und 6. Juli irgendwie gezögert, die deutsche Unterstützung zuzusagen. Klug und überlegt war diese Haltung vielleicht nicht, sie entsprach aber jedenfalls dem Empfinden der allgemeinen Meinung.

Sodann ist die Frage zu stellen, ob ein Vorgehen gegen Serbien von dem Gesichtspunkte der Erhaltung Österreich-Ungarns aus notwendig war. In Berlin und Wien hat man diese Frage seinerzeit übereinstimmend bejaht. Daß Österreich-Ungarn Grund und Anlaß hatte, gegen Serbien vorzugehen, ist früher auch in anderen Ländern anerkannt worden. Zum Beispiel hat das englische Ministerium des Äußern selbst nach Kriegsausbruch dies nicht bestritten. Es heißt in der Einleitung zum englischen Blaubuch: „Österreich war provoziert. Es hatte über eine gefährliche Volksbewegung gegen seine Regierung zu klagen". Im übrigen scheinen die russischen und serbischen Veröffentlichungen die Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung zu rechtfertigen. Die Feindbundsmächte nehmen heute den entgegengesetzten Standpunkt ein. Sie sind aber Partei, da sie zum Teil Anstifter Serbiens waren, während den Mittelmächten als Geschädigten ebenfalls das objektive Urteil mangelt. Dieses kann erst die Geschichte fällen.

Ferner fragt es sich, ob bei dem beabsichtigten Vorgehen gegen Serbien Methoden vorgesehen wurden, die zu den damals üblichen und erlaubten gehörten. Dies wird man an der Hand der oben (S. 42) angeführten Beispiele kaum verneinen können. Selbst im Rahmen des Versailler Völkerbundes ist der Krieg als Mittel der Politik zulässig.

Schließlich und vor allem ist zu fragen, ob das Serbien gegenüber beabsichtigte Verfahren zweckentsprechend und daher politisch klug war. Dies muß verneint werden, und zwar nicht allein im Hinblick auf die eingetretenen Folgen. Jedoch fehlt jeder Anhalt für einen dolus malus der Beteiligten.

Selbst die Notwendigkeit und (um von der Unzweckmäßigkeit abzusehen) die Zulässigkeit des Vorgehens gegen Serbien zugegeben, bleibt aber unerklärlich, weshalb die Berliner Regierung Österreich-Ungarn ihre unbedingte Unterstützung gewährte, und weshalb sie — trotz des zu gewärtigenden Wiener Widerstrebens — nicht eine Kontrolle über das beabsichtigte Vorgehen ausbedungen hat. Heute ist es allerdings schwer möglich, sich in die Lage der damals verantwortlichen Personen zu versetzen und ihre Entschlüsse sachlich und gerecht zu beurteilen. In der Erklärung des damaligen bayerischen Gesandten in Wien an den Untersuchungsausschuß heißt es aber:

Diese Blankovollmacht, die sich heute als verhängnisvoll darstellt, erschien uns damals in Wien in der Entwicklung der Ereignisse nach dem Attentat durchaus nicht als zu weitgehend, sondern als etwas selbstverständliches, ja sogar als das mindeste, was Deutschland tun konnte. Unser Haupteindruck war, daß Österreich-Ungarn, dessen Balkanpolitik ich keineswegs gutheißen will, durch die großserbische Propaganda in seiner Existenz bedroht war, und daß Deutschland den Bundesgenossen, der ihm Beweise seiner Treue (Algeciras, Haag, Ischl) gegeben hatte, nicht im Stiche lassen könne. Eine gewisse Scheu, auf die Erwägungen und Beschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung einzuwirken, entsprach der grundsätzlichen Enthaltung der Einmischung, welche durch die große Empfindlichkeit der österreichischen wie der ungarischen Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn geboten war. (Beilage 1, S. 55.)

Gewiß, der Hochmut und die Empfindlichkeit der Hofburgkreise waren ungeheuer. Auch werden diese Wiener Herren wohl geltend gemacht haben, daß sie sich auf Balkanfragen besser verstünden und schon Ruhe schaffen würden, wenn man ihnen nur freie Hand ließe. Das genügt aber nicht als Erklärung. Entweder schenkte man in Berlin der Wiener Regierung ein unbegreifliches und ganz unverdientes Vertrauen, oder man sah den Bundesgenossen als so schwach an, daß sein größter Aufwand an Energie nur eben dem gedachten Zweck genügen werde. Frühere Erfahrungen mögen auch gelehrt haben, daß man am Ballhausplatz wohl gerne große Worte machte, ihnen aber nicht die entsprechenden Handlungen folgen ließ. Tatsächlich war ja auch zuerst von einer völligen Aufteilung Serbiens die Rede (Deutsche Dokumente Nr. 18), während schließlich aus eigenem Antriebe Verzicht auf Annexionen ausgesprochen wurde — wenigstens Berlin gegenüber (Deutsche Dokumente Nr. 94). Auf jeden Fall ist aber diese Passivität der deutschen Regierung und die gleichmütige Aufnahme aller beunruhigenden Nachrichten aus Wien unbedingt zu verurteilen. Es war vom ersten Tage an klar, daß die Folgen des österreichisch-ungarischen Vorgehens uns treffen mußten. Es war damit zu rechnen, daß die ganze Last der Kraftprobe, mochte sie mit diplomatischen oder militärischen Machtmitteln zum Austrag kommen, auf Deutschlands Schultern ruhen werde. Der Vertrauensbeweis, der der Wiener Regierung durch freies Gewährenlassen erbracht wurde, war ganz ungerechtfertigt einem Bundesgenossen gegenüber, der uns bereits einmal, 1906 in der bosnischen Frage, rücksichtslos überrumpelt hatte.

4. Die Haltung der Dreiverbandsmächte

Über die Haltung der Regierungen der Dreiverbandsmächte in der Zeit vor Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums ist aus naheliegenden Gründen wenig bekannt. Sie werden die Pressemeldungen über die Untersuchung in Sarajevo verfolgt haben und besaßen, wie bereits erwähnt, auch Berichte ihrer Wiener

Vertreter über den bevorstehenden, von aller Welt erwarteten Schritt in Belgrad. Sie kannten aber ferner, offenbar sehr viel besser als die Berliner Regierung, die russischen Versprechungen an Serbien. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben in Versailles in ihrer Note vom 16. Juni 1919 ausdrücklich erklärt, daß das deutscherseits vorgelegte Anklagematerial keine für sie neuen Tatsachen enthülle. Infolgedessen mußte sie die Zuspitzung der austro-serbischen Beziehungen mit Sorge erfüllen, wenn sie die Erhaltung des europäischen Friedens wünschten. War ihnen die Gelegenheit zum Kriege als eine günstige willkommen, dann lag es für sie von vornherein nahe, die Konstellation auszunutzen, um Deutschland in eine Falle zu locken. Der russischen Diplomatie war ihre Haltung bis zu einem gewissen Grade durch die Beschlüsse der Petersburger Konferenz vom 8./21. Februar 1914 vorgeschrieben. Es heißt in dem betreffenden Protokoll: „Einen günstigen politischen Boden (für die Operationen zur Besetzung der Meerengen während eines europäischen Krieges) vorzubereiten, bildet gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußern". Es ist mehr als wahrscheinlich, daß viele russische Politiker den Augenblick für diese Aktion gekommen sahen, als sich Österreich-Ungarn durch sein übermäßig schroffes Vorgehen gegen Serbien ins Unrecht setzte.

Die Ursache der Beunruhigung, die sich in England offenbarte, ist nicht darauf zurückzuführen, daß man befürchtete, Serbien könnte ein Unrecht geschehen. Man sah vielmehr, daß Österreich-Ungarns Vorgehen Rußland veranlassen werde, wegen seiner geheimen Versprechungen an Serbien einzuschreiten und unter nahezu allen Umständen einzugreifen. Buchanan telegraphierte auch bereits am 18. Juli aus Petersburg, Sasonow habe ihm unumwunden erklärt, ein Ultimatum Wiens an Belgrad könne Rußland nicht hinnehmen. Es werde vielleicht (schon damals!) zu vorbereitenden militärischen Maßnahmen greifen müssen (Oman, S. 18).*) Aus Pokrowskis Veröffentlichungen wissen wir, daß Grey in jener Zeit wiederholt im Sinne der Mäßigung auf Sasonow einzuwirken suchte, und daß er ihn besonders auf die Möglichkeit hinweisen ließ, daß die serbische Regierung nachlässig gewesen sei, und die Untersuchung in Sarajevo ergeben könnte, der Plan der Ermordung des Erzherzogs sei auf serbischem Gebiete ausgeheckt worden (Telegramm nach Petersburg vom 20. Juli, Oman, S. 18).

In seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter vom gleichen Tage (Deutsche Dokumente Nr. 92, Englisches Blaubuch

*) Bezeichnend für Sasonows späteres Verhalten ist, daß er am gleichen Tage dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber seinen Besorgnissen wegen der zu erwartenden Demarche in Belgrad nur sehr unbestimmten Ausdruck gab (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 25).

Nr. 1) sprach Grey von der Möglichkeit eines Krieges zwischen den Großmächten als Folge des austro-serbischen Konfliktes. Er sah eben die Gefahr, die in den russischen Versprechungen an Serbien lag, ohne aber den Grund seiner Befürchtungen anzugeben. Am gleichen Tage und dann wieder am 23. Juli (Oman, S. 19) sandte er nach Petersburg den Rat, sich mit Wien zu verständigen.

Solche Vorschläge fielen aber nicht auf günstigen Boden. Poincaré und sein Ministerpräsident und Minister des Äußeren Viviani befanden sich gerade damals in Petersburg. Über den Verlauf ihres Besuches ist durch die Erinnerungen Paléologues zum ersten Male der Öffentlichkeit Näheres bekannt geworden. Der ehemalige französische Botschafter schildert zunächst die Unterredung, die er am 20. Juli mit dem Zaren hatte, als beide dem französischen Präsidenten auf der russischen Kaiseryacht entgegenfuhren. (A. a. O., S. 233.) Paléologue brachte das Gespräch sogleich auf die Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges, dessen Urheber Deutschland sein werde. Mögen auch diese Memoiren vom Treppenwitz stark durchsetzt sein, so darf man immerhin als wahr ansehen, daß die Petersburger Festlichkeiten mit Gesprächen über den Krieg eingeleitet wurden. Der Mord von Sarajevo wird mit keinem Worte berührt. In diesen Erinnerungen wird er ganz übergangen. In diesem Falle sagte Paléologue dem Zaren sogar ausdrücklich: „Ich bin beunruhigt, obwohl ich im Augenblick keinen speziellen Grund habe, einen unmittelbar bevorstehenden Krieg vorherzusagen". Dabei beschäftigten sich alle Kabinette Europas mit dem austro-serbischen Konflikt! Der französische Botschafter aber erklärte dem Zaren, Deutschlands allgemeine Haltung sei beunruhigend, seine Friedensliebe mehr als zweifelhaft. Es ist also bereits am 20. Juli — wenn nicht schon früher — planmäßig auf einen deutsch-russischen Konflikt hingearbeitet worden. Paléologue ist konsequent auf diesem Wege geblieben.

Poincaré landete am 20. Juli in Kronstadt und traf am 21. Juli in Petersburg ein. Die nun folgenden Festlichkeiten gaben Anlaß zu einer Reihe kriegerischer Kundgebungen, die Paléologue mit erstaunlicher Offenherzigkeit und großer Genugtuung aufzählt.

Am 21. Juli wurde das diplomatische Korps Poincaré vorgestellt. Dieser vermied es, dem deutschen Botschafter gegenüber ein politisches Thema zu berühren. Dem Engländer setzte er dagegen auseinander, wie notwendig es sei, den Dreiverband endlich in einen Dreibund umzuwandeln. Hierauf folgte jene merkwürdige Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter, die bereits aus den Berichten von Szapary und Pourtalès bekannt war. (Österreichisches Rotbuch 1919, I. Nr. 45, Deutsche Dokumente Nr. 131.) Mit seltener Taktlosigkeit verglich der Präsident die Untersuchung von Sarajevo, deren Ausgang er nicht kannte, mit

dem ergebnislosen Friedjungprozeß und dem Zwischenfall Prochaska. Ferner warnte er, „daß Serbien Freunde habe“ und daß durch die Forderung einer Sühne für den Mord von Sarajevo „eine für den Frieden gefährliche Situation entstehen würde“. Nach Paléologue (a. a. O., S. 238) hätte er sogar gedroht: „Serbien besitzt im russischen Volke einen sehr warmen Freund. Und Rußland hat einen Verbündeten, Frankreich. Daraus können sich die gefährlichsten Folgen ergeben!“ Diese Äußerungen zeigen jedenfalls, daß die russisch-französische Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikte in Petersburg zur Erörterung gelangt war. Welches die Haltung der Franzosen gewesen ist, kann man daraus ersehen, daß Poincaré im Anschluß an sein Gespräch mit Szapary (am 21. Juli!) erklärte: „Sasonow muß fest bleiben, und wir müssen ihn unterstützen“. Auch zeichnete er bei diesem Empfang den Serben vor allen anderen Gesandten aus und stärkte ihn mit einigen Worten der Sympathie.

Über das Ergebnis der damaligen Petersburger Unterredungen ist nur das bekannt, was die französische Regierung im Gelbbuch (Nr. 22) zu veröffentlichen für gut fand. Danach wäre unter anderem vereinbart worden, gemeinsam einen Rat zur Mäßigung in Wien erteilen zu lassen und vor einer Bedrohung Serbiens zu warnen. Niemals hätte ein derartiger Schritt, der keine praktischen Vorschläge enthielt und keine Sicherheiten anbot, die angeblich beabsichtigte Wirkung haben können. Er gelangte anscheinend, weil verspätet, nicht zur Ausführung, jedoch berichtete Bunsen (am 23. Juli, siehe Oman, S. 18), daß der russische Geschäftsträger am 22. Juli beauftragt gewesen sei, freundschaftlich, aber bestimmt, Österreich-Ungarn davor zu warnen, an Serbien eine Note zu richten, die letzteres nicht ohne Demütigung annehmen könne. Auch der französische Botschafter sprach an diesem Tage auf dem Ministerium des Äußeren in Wien vor. Dieser Schritt erfolgte offenbar auf Grund von Weisungen aus Paris und stand deshalb möglicherweise mit dem russischen in Zusammenhang (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 53, Französisches Gelbbuch Nr. 20).

Der „unversöhnliche Haß Sasonows gegen Österreich-Ungarn“ und sein frühzeitiges Bestreben, die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo in Zweifel zu ziehen, waren der deutschen Regierung aus der Berichterstattung ihres Botschafters in Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 53) bekannt. Die Erklärung des Ministers an Pourtalès, „Rußland würde einen Schritt in Belgrad, der es auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig hinnehmen können“, und seine Äußerung zum italienischen Botschafter, „Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßnahmen treffe“, gelangten aber erst am 23. Juli nach Berlin (Deutsche Dokumente

Nr. 120). Ebenso seine Drohung: „La politique de la Russie est pacifique, mais pas passive". Wie wenig passiv diese Politik gewesen ist, zeigen die russischen Machenschaften in Belgrad. Daß sie auch nicht friedfertig war, sollte sich bald herausstellen.

5. Serbiens Antwortnote

Von einer Untersuchung und Bewertung der serbischen Antwortnote kann hier abgesehen werden, zumal 1914 die deutsche Regierung erst spät, am 27. Juli, hierzu Gelegenheit erhielt, also zu einer Zeit, wo die Einzelheiten der serbischen Note gegenüber der Entwicklung der Spannung zwischen Wien und Petersburg viel an Bedeutung verloren hatten. Die Beurteilung war jedenfalls günstig, aber es ist möglich, daß dieses Urteil weniger ein begründetes als ein opportunistisches war, denn am 30. Juli fragte Bethmann Hollweg im Auswärtigen Amt an, „welche Punkte des österreichisch-ungarischen Ultimatums Serbien überhaupt abgelehnt habe" (Deutsche Dokumente Nr. 421, Anm. 2). Ein eingehender Vergleich der Antwortnote mit dem Ultimatum ist also, falls ein solcher deutscherseits überhaupt vorgenommen wurde, dem Reichskanzler allem Anscheine nach bis dahin nicht vorgelegt worden. Berlin hat sich wohl zunächst mit der Wiener Mitteilung vom 25. Juli, „in der Antwort seien mehrere Punkte unbefriedigend" (Deutsche Dokumente Nr. 188), zufriedengegeben und dann die österreichische Erläuterung der Note (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 96), die erst am 29. Juli einging (Deutsche Dokumente Nr. 347), nicht weiter nachgeprüft. Ein gewisses Mißtrauen gegen Wien hat aber anscheinend bestanden, denn am 27. Juli telegraphierte Jagow nach Wien: „Bitte umgehend Text der serbischen Antwort drahten" (Deutsche Dokumente Nr. 246).

Nach Auffassung der Wiener Regierung hat Serbien weder die gestellten Forderungen in der durch die Note vom 23. Juli gesetzten Frist erfüllt, noch in der nachher gelassenen Zeit den Willen bekundet, sich friedlich mit Österreich-Ungarn zu verständigen. Die Antwortnote, die am 25. Juli dem österreichisch-ungarischen Gesandten überreicht wurde, formulierte in den meisten Punkten Vorbehalte, welche den Wert der gemachten Zugeständnisse wesentlich herabdrückten. Die Ablehnung betraf aber gerade jene Punkte, welche nach österreichisch-ungarischer Auffassung einige Garantie für die faktische Erreichung des angestrebten Zweckes enthielten (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 25, Deutsche Dokumente Nr. 400).

Die Kabinette in Petersburg, Paris und London haben wiederholt behauptet, daß sie in Belgrad zur Nachgiebigkeit gegenüber den österreichisch-ungarischen Forderungen geraten hätten. Ein

Beweis hierfür ist nicht erbracht; nach den veröffentlichten Dokumenten ließe sich eher das Gegenteil annehmen.

Weder im russischen Orangebuch noch im serbischen Blaubuch ist von irgend einem Ratschlag zum Nachgeben die Rede, der von Petersburg nach Belgrad gelangt wäre. Wir kennen lediglich ein Telegramm des russischen Außenministers an den Gesandten in Belgrad vom 7. Juli — Nr. 1351 —, in dem er Serbien den Rat gibt, alle Fragen, die zu einer Verschärfung der antiserbischen Stimmung in Wien führen oder eine gefährliche Lage hervorrufen könnten, mit großer Vorsicht zu behandeln. (v. Siebert, S. 631.) Es folgt ein Hinweis auf die Verhandlungen betreffend die Vereinigung von Montenegro mit Serbien. Über die Aufklärung des Mordes wird kein Wort gesagt, ebensowenig über irgend eine Genugtuung für Österreich-Ungarn. Was hierüber zwischen Petersburg und Belgrad verhandelt worden ist, ruht noch im dunklen Schoß der Archive. Pokrowski teilt aber mit, daß in der Zeit zwischen dem Mord von Sarajevo und dem 22. Juli Sasonow von London aus wiederholt wegen der unvorsichtigen Handlungsweise des russischen Vertreters in Belgrad gewarnt wurde. Am 22. Juli telegraphierte Benckendorff, Grey sei besorgt, der Nachfolger Hartwigs würde plötzlich „eine bestimmte Haltung annehmen", und das würde „eine außerordentlich schwer gutzumachende Tatsache" sein (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919). Der englische Geschäftsträger in Belgrad berichtete am 25. Juli, weder sein russischer Kollege noch der französische Gesandte*) hätten Anweisungen ihrer Regierung erhalten, Serbien Ratschläge zu erteilen. Er fügt allerdings hinzu, er halte es für „höchst wahrscheinlich", daß die russische Regierung bereits die serbische zu äußerster Mäßigung veranlaßt habe (Englisches Blaubuch Nr. 22). Ein Beweisstück für diese Annahme liegt jedoch nicht vor. In seinem Telegramm nach Wien vom 24. Juli (Russisches Orangebuch Nr. 4) erklärte Sasonow vielmehr, die Mächte würden erst, im Falle sie sich von der Berechtigung gewisser österreichisch-ungarischer Forderungen durch Ein-

*) Um die französische Vertretung in Serbien war es zu Anfang der Krisis traurig bestellt. Bis zum 25. Juli weist auch das französische Gelbbuch keinen Bericht aus Belgrad auf. An diesem Tage übernahm der Gesandte Boppe die Geschäfte. Er brachte angeblich den Rat Frankreichs mit „alle mit der Würde Serbiens zu vereinbarenden Konzessionen zu machen", — Bericht an den französischen Senat (Nr. 704/1919) S. 9.

Da der bisherige französische Gesandte in Belgrad weder zur Feier für den ermordeten Erzherzog-Thronfolger erschienen war, noch an der Beerdigung des am 10. Juli verstorbenen russischen Gesandten Hartwig teilnahm, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Es ergab sich, daß der betreffende Herr schon seit vielen Wochen geisteskrank war. Paris wurde hiervon verständigt, und der damalige Botschaftsrat in Konstantinopel erhielt Anweisung, sich sofort nach Belgrad zu begeben.

sicht in die Ergebnisse der Untersuchung in Sarajevo überzeugt hätten, in der Lage sein, der serbischen Regierung dementsprechende Ratschläge zu erteilen. Am 25. Juli bemerkte er zu Greys Vorschlag der Erteilung bedingter Ratschläge in Belgrad (Englisches Blaubuch Nr. 12), es sei hierzu zu spät (Englisches Blaubuch Nr. 17). Hieraus geht ebenfalls hervor, daß Petersburg nicht im Sinne der Mäßigung auf Belgrad eingewirkt hatte. (Das Gegenteil behaupteten freilich Grey nach den Deutschen Dokumenten Nr. 258, Schebeko nach dem englischen Blaubuch Nr. 94 und 118, und Bienvenu Martin im französischen Gelbbuch Nr. 36 und 61, ohne aber Belege zu erbringen.) Nach einem Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg vom 26. Juli 1914 (Nr. 782/396) hätte Sasonow der serbischen Regierung nahegelegt, „jenen Forderungen des Ultimatums, welche rechtlicher Art seien, nachzukommen, während ihr zu verstehen gegeben wurde, daß jene Forderungen, welche durch ihren politischen Inhalt die Souveränität und Unabhängigkeit der Nation berührten, nicht den Gegenstand einer Kapitulation bilden dürften". (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. 5. 1919.) Eine zur Unnachgiebigkeit neigende Regierung mußte in diesem Ratschlag die Aufforderung sehen, die österreichisch-ungarischen Forderungen abzulehnen.

Wie Boghitschewitsch (S. 82) berichtet, hat der serbische Gesandte in Petersburg bereits am 23. Juli seiner Regierung und den übrigen serbischen Gesandtschaften telegraphiert, die russische Regierung habe die Mobilisierung von zwei Millionen Mann angeordnet. Die Kriegsbegeisterung in Rußland sei ungeheuer. Wie kamen derartige Nachrichten in die amtliche Berichterstattung, und wie mögen sie in Belgrad gewirkt haben? Derselbe Gesandte hat in der „Nowoje Wremja" vom 23. Dezember 1914 mitgeteilt, Sasonow habe am 24. Juli „große Entschlossenheit" an den Tag gelegt und ihm gesagt, daß Rußland in keinem Fall aggressive Handlungen Österreichs gegen Serbien zulassen könne. Er — Sasonow — habe Pourtalès erklärt (was aber nicht zutrifft, vgl. Deutsche Dokumente Nr. 160, 204), daß ein Überfall auf Serbien die größten Lebensinteressen Rußlands berühre, und deshalb die russische Regierung gezwungen sein werde, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die sie im gegebenen Moment für notwendig befinden werde (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 3. 1. 1915). Eine derartige Erklärung, die in Belgrad natürlich mit den früheren Hinweisen auf einen kommenden Krieg mit Österreich-Ungarn in Verbindung gebracht wurde, muß als das Gegenteil einer Aufforderung zur Nachgiebigkeit angesehen werden. Überdies hat der griechische Gesandte in Belgrad am 25. Juli berichtet, es sei der dortigen Regierung bekannt, daß der Ministerrat in Petersburg die militärische Unterstützung Serbiens beschlossen habe, daß aber

die Entscheidung des Zaren noch ausstehe (Griechisches Weißbuch 1913-1917, Nr. 12). Auch das Antworttelegramm des Zaren an den serbischen Kronprinzen (Russisches Orangebuch Nr. 40) war weit davon entfernt, einen zurückhaltenden Einfluß auszuüben, und wurde auch nicht als Rat zum Nachgeben aufgefaßt, wie aus dem Telegramm des französischen Gesandten in Belgrad vom 29. Juli 1914 (Französisches Gelbbuch Nr. 99) hervorgeht. Dies Telegramm gab Serbien die Gewißheit der unbedingten Unterstützung Rußlands. — „Nachdem Paschitsch dies Telegramm gelesen hatte", berichtete der russische Geschäftsträger, „bekreuzigte er sich und sagte: ‚Herr! Der Zar ist groß und gnädig'. Dann umarmte er mich, da er die Bewegung, die ihn ergriff nicht meistern konnte". (Russisches Orangebuch Nr. 57.)*)

Auch die französische Regierung hat keinen mäßigenden Einfluß auf Serbien ausgeübt. Zwar wurde dies von Bienvenu-Martin — besonders der englischen Regierung gegenüber — behauptet (Englisches Blaubuch Nr. 15, 16, Französisches Gelbbuch Nr. 36, 61); aber der von Bienvenu-Martin als Schritt der französischen Regierung ausgegebene Rat ist nach den eigenen Worten dieses Ministers (Französisches Gelbbuch Nr. 26) dem serbischen Gesandten nur als ganz persönliche Meinung des Herrn Berthelot mitgeteilt worden**). Außerdem riet dieser Serbien nicht zum Nachgeben, sondern zu versuchen, Zeit zu gewinnen, Einwände zu erheben und sich dem direkten Eingriff Österreich-Ungarns dadurch zu entziehen, daß es sich bereit erklärte, sich einem Schiedsgericht Europas zu unterwerfen. Ein Schritt der französischen Regierung in Belgrad ist offenbar nicht erfolgt. Er wurde auch von dem französischen Botschafter in Petersburg in Gemeinschaft mit dem russischen Minister des Auswärtigen ausdrücklich abgelehnt (Englisches Blaubuch Nr. 17).

Grey wies den englischen Geschäftsträger in Belgrad an, der serbischen Regierung den Rat zu geben, „Teilnahme und Bedauern"

---

*) Boghitschewitsch weist (S. 82) mit Recht darauf hin, daß der Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Kronprinzen von Serbien (Russisches Orangebuch Nr. 6, 40, Serbisches Blaubuch Nr. 37, 43) offensichtlich nur längst getroffene Abreden bestätigt und viel mehr besagt, als in seinem offiziellen Wortlaut zum Ausdruck kommt.

**) Demnach scheint das Funkentelegramm, das Viviani — nach Poincaré, Les Origines de la guerre, S. 213 — noch aus dem finnischen Meerbusen nach London und Petersburg, sowie sicherlich auch nach Paris richtete, nicht mehr rechtzeitig eingetroffen zu sein. Es besagte: Serbien möge sogleich alle Genugtuungen anbieten, die mit seiner Ehre und Unabhängigkeit vereinbar seien, einen Aufschub von 24 Stunden erbitten, wobei England, Rußland und Frankreich es unterstützen würden, und die Triple-Entente möge prüfen, ob es nicht möglich sei, eine internationale Untersuchung an die Stelle einer austro-serbischen zu setzen.

darüber auszusprechen, daß serbische Beamte an dem Morde von Sarajevo mitschuldig seien. Sie sollte „versprechen", vollste Genugtuung zu geben, aber im übrigen müsse sie so antworten, wie sie es im serbischen Interesse für das beste halte (Englisches Blaubuch Nr. 12, siehe den richtiggestellten Wortlaut bei Oman, S. 40). Der Geschäftsträger nahm davon Abstand, selbst diesen sehr bedingten Rat zum Einlenken zu erteilen, da seine Dreiverbandskollegen ohne Instruktionen waren (Englisches Blaubuch Nr. 22).

Die österreichisch-ungarische Regierung hat die serbische Antwortnote als ungenügend erachtet und die diplomatischen Beziehungen zu Serbien noch am 25. Juli abgebrochen. Eine Kriegserklärung erfolgte zunächst nicht, obwohl Serbien dadurch, daß es bereits vor Überreichung der Antwortnote mobilisierte (Deutsche Dokumente Nr. 158, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 26), zeigte, welches seine künftige Haltung sein werde. Diese Mobilmachung verriet auch, daß die serbische Regierung selbst in ihrer Antwort keine Erfüllung der österreichisch-ungarischen Forderungen sah, und „daß in Belgrad zu einer friedlichen Austragung der Sache keine Neigung bestand". (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 57.)

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage gewesen, zur österreichisch-ungarischen Beurteilung der serbischen Antwort Stellung zu nehmen, da letztere erst am 27. Juli zu ihrer Kenntnis gelangte (Deutsche Dokumente Nr. 271), die Gründe für die Ablehnung Wiens sogar erst am 29. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 347). Berlin hat offenbar ein Einlenken Serbiens gar nicht erwartet und deswegen mit einer militärischen Aktion, die von vornherein als wahrscheinlich angenommen worden war, gerechnet. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ließ man deutscherseits am 25. Juli den Rat nach Wien gelangen, im Falle einer ablehnenden Antwort Serbiens die kriegerischen Operationen sofort zu beginnen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen, um so der Einmischung dritter Mächte vorzubeugen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 32, Deutsche Dokumente Nr. 213). In ähnlichem Sinne hatte sich Tisza bereits am 24. Juli ausgesprochen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 21). Vom Standpunkt des Wiener und Berliner Kabinetts erschien es notwendig, Serbien einen Denkzettel zu geben, um der fortwährenden Beunruhigung ein Ende zu machen. Die Einmischung der Mächte brachte die Gefahr, daß Serbien wieder, wie im Jahre 1909, unter dem Drucke Europas leere Versprechungen abgab. An diese hätte es sich noch weniger gehalten, als an die früheren, wenn es aus jener gefährlichen Lage durch seine Freunde „errettet" worden wäre. Im Rahmen der damals befolgten Politik erscheint der deutsche Vorschlag als ein durchaus vernünftiger. Hätte Österreich-Ungarn, wie viele erwarteten, sogleich nach Ab-

bruch der Beziehungen zu Serbien Belgrad besetzt, so würden die Ereignisse wohl einen ganz anderen Verlauf genommen haben. Rußland hätte nicht durch den Druck seiner Mobilmachung den Schwerpunkt der Geschehnisse so frühzeitig nach Petersburg verlegen können. Im Besitze eines Faustpfandes wäre Wien sicherlich viel eher bereit gewesen, den Vermittlungsvorschlägen der Mächte, auch Rußlands, Gehör zu schenken. Für die deutsche Regierung war es dann auch ungleich leichter, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage Einstellung der Operationen zu fordern. Der Gedanke einer Erledigung des Konfliktes durch einen militärischen Anfangserfolg lag so nahe, daß damals sogar russischerseits die Frage einer freiwilligen Räumung Belgrads durch die Serben erörtert worden ist (Deutsche Dokumente Nr. 345, Englisches Blaubuch Nr. 56, Paléologue, a. a. O., S. 250).

Die militärischen Vorbedingungen zu einem derartigen raschen Vorgehen waren jedoch nicht gegeben. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien erklärte die Wiener Regierung, daß der allgemeine Vormarsch erst „ungefähr am 12. August" beginnen könne*). (Deutsche Dokumente Nr. 213.) Die Wiener Regierung hat dann in unabsichtlicher oder bewußter Verkennung des Sinnes der deutscherseits gemachten Anregung versucht, durch die Kriegserklärung an Serbien ein fait accompli zu schaffen und „jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen" (Deutsche Dokumente Nr. 257). Dieses Vorgehen war das denkbar verkehrteste. Es provozierte geradezu die Intervention Rußlands, während es die Lage im Hinblick auf die Vermittlungsabsichten der anderen Mächte sehr viel schwieriger gestaltete. Wurde Serbien nach erfolgter Kriegserklärung und ohne eine „Lektion" erhalten zu haben von seinen Freunden „gerettet", dann konnte es mit Recht glauben, sich künftig Österreich-Ungarn gegenüber alles herausnehmen zu dürfen. Die Wiener Regierung hat also selbst die Zwangslage geschaffen, in der sie sich am Wendepunkt des 30. Juli befand und nicht nachgeben konnte, ohne wesentlichen Schaden an ihrer innerpolitischen und außenpolitischen Geltung zu erleiden. Mit Befremden entnimmt man ferner den österreichisch-ungarischen Akten (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 78, 97, III, Nr. 26), daß überdies unwahre Nachrichten über die Eröffnung der Feindseligkeiten durch Serbien als Vorwand zur Kriegserklärung dienten. Davon war in Berlin natürlich nichts bekannt.

Die Berliner Regierung wäre wohl kaum in der Lage gewesen, die Kriegserklärung, die ihr bereits am 27. Juli angekündigt wurde (Deutsche Dokumente Nr. 257), zu verhindern, selbst wenn sie das

*) Tatsächlich hat der österreichisch-ungarische Vormarsch am 10. August begonnen. Am 17. August setzte die serbische Gegenoffensive ein, die am 20. August 1914 zu einem vollen Siege der serbischen Waffen führte.

Fehlerhafte des Wiener Vorgehens rechtzeitig erkannte, denn sie mußte annehmen, daß Österreich-Ungarn die Bitte, von dieser papierenen Kriegserklärung abzusehen, mit deren Möglichkeit von Anfang an gerechnet worden war, ablehnen und Deutschland für die sich aus einem derartigen Schritte ergebenden politischen Nachteile sicherlich verantwortlich machen würde.

III. Das Verhalten der Mächte

1. Der deutsche Lokalisierungsvorschlag

A. Die deutsche Auffassung

Die deutsche Regierung ist offenbar der Ansicht gewesen, daß auch im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien die Möglichkeit einer Gefährdung des europäischen Friedens durch Lokalisierung des Konfliktes ausgeschlossen werden könne. Bei einem österreichisch-serbischen Krieg ließen sich die Rechte und legitimen Interessen dritter Staaten auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen wahren, wenn nur ein direktes Eingreifen in den österreichisch-serbischen Streit unterblieb. Der Gang der Ereignisse hat dieser Auffassung insofern recht gegeben, als durch die vermittelnde Tätigkeit der deutschen Regierung die Grundlage für eine Verständigung gefunden wurde, die alle Beteiligten befriedigen konnte. Lediglich die Haltung der russischen Regierung, die ohne jegliche Provokation deutscherseits Heer und Flotte gegen das die Vermittlung betreibende Deutsche Reich mobilisierte, hat die Möglichkeit vernichtet, einen Ausgleich zu schaffen.

Andererseits war es von vornherein klar, daß jedes Eingreifen dritter Mächte infolge der verschiedenen Bündnispflichten unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde. Die deutsche Regierung wies daher, noch ehe sie den Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatums kannte, ihre Botschafter an, bei den Regierungen der Dreiverbandsmächte zu erklären, daß es das ernste Bestreben der Mächte sein müsse, den ausbrechenden Konflikt auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken, da es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele. (Deutsche Dokumente Nr. 100.)

Es sei daran erinnert, daß die französische Regierung, die über die Entstehung des Balkanbundes und seine Ziele genau unter-

richtet war, zu Anfang des ersten Balkankrieges eine sicherlich mit Petersburg vereinbarte Formel für eine allseitige Desinteressementserklärung vorschlug. Dies entspricht dem deutschen Lokalisierungsvorschlag, der gegen Rußland gerichtet war, ebenso wie die französische Formel von 1912 sich gegen Österreich-Ungarn richtete.

Ob sich der deutsche Lokalisierungsplan unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt durchführen ließ, und welche Voraussetzungen dazu erforderlich gewesen wären, läßt sich heute wohl nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Aus dem amtlichen Aktenmaterial geht aber zweifelsfrei hervor, daß man in Berlin von der Zweckmäßigkeit dieser Politik überzeugt war und auf ihren Erfolg hoffte. Noch vor dem Untersuchungsausschuß erklärte Bethmann Hollweg:

Die Politik der Lokalisierung, so stark sie später verurteilt worden ist, und so skeptisch und ironisch sie auch schon, während wir sie betrieben, von einer Reihe fremder Staatsmänner und auch von einem deutschen Botschafter (gemeint ist Lichnowsky) beurteilt wurde, war doch nicht von vornherein aussichtslos. (Beilage 1, S. 21.)

Jagow urteilte nicht anders:

Um ein Übergreifen und eine allgemeine Konflagration, die das europäische Bündnissystem möglich erscheinen ließ, zu verhüten, haben wir unser Bestreben darauf gerichtet, die Austragung des Streites auf Österreich und Serbien zu beschränken, denselben zu „lokalisieren".

Diesen Standpunkt haben wir von Anfang an eingenommen und festgehalten. Auch darin, daß wir es Wien überließen, sich darüber schlüssig zu werden, welche Maßnahmen es gegen Serbien für nötig befinden würde. Es war ein österreichisch-serbischer, kein deutsch-serbischer Streitfall; wir wollten eine Verantwortung durch Einmischung in denselben weder Österreich noch den anderen Mächten gegenüber übernehmen. Eine Beteiligung an der Bestimmung des österreichischen Vorgehens hätte unsere spätere Haltung präjudiziert und uns der Aktionsfreiheit für eine eventuell nötig werdende Vermittlung unter den Mächten beraubt. (A. a. O., S. 27.)

B. Aufnahme in Frankreich

Der deutsche Lokalisierungsvorschlag fand in Paris zunächst eine freundliche Aufnahme. Der deutsche Botschafter konnte am 24. Juli melden:

Der den Ministerpräsidenten vertretende Justizminister, bei dem ich mich im Sinne Erlasses 918 (Deutsche Dokumente Nr. 100) aussprach, war sichtlich erleichtert von unserer Auffassung, daß österreichisch-serbischer Konflikt lediglich zwischen den beiden Beteiligten zum Austrag zu bringen. Französische Regierung teile aufrichtig Wunsch, daß Konflikt lokalisiert bleibe und werde sich in diesem Sinne im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens bemühen. Sie verhehle sich dabei freilich nicht, daß es einer Macht wie Rußland, die mit panslawistischer Strömung zu rechnen habe, nicht leicht fallen könnte, sich vollständig zu desinteressieren, namentlich dann, wenn Österreich-Ungarn auf sofortiger Erfüllung aller Forderungen bestehen sollte, auch solchen, welche mit serbischer Souveränität schwer vereinbar oder materiell nicht sogleich ausführbar.... (Deutsche Dokumente Nr. 154.)

In seinen Erinnerungen betont Schoen, daß die Antwort des Ministers „vermutlich nicht aus dem Stegreif gegeben, vielmehr das Ergebnis von Erwägungen war, die in Erwartung einer österreichisch-ungarischen nachdrücklichen Forderung und auf Grund der einlaufenden Nachrichten und Ansichten der französischen Vertreter stattgefunden hatten"*). Die Anhänger einer Einmischungspolitik am Quai d'Orsay haben es aber nicht bei der verständigen Auffassung bewenden lassen, die der stellvertretende Minister des Äußern, Bienvenu-Martin, am 24. Juli vertrat. Das französische Gelbbuch (Nr. 28) gibt bereits eine Darstellung der Unterredung des Botschafters mit dem Minister, die von der Schoens nicht unwesentlich abweicht. Das französische Ministerium des Äußern glaubte damals anscheinend, der deutsche Lokalisierungsvorschlag sei allein in Paris unterbreitet worden, und legte ihn als Drohung gegen Frankreich aus (Russisches Orangebuch Nr. 29). Diese Auffassung teilte es der Presse mit. Am 25. Juli früh brachte der „Echo de Paris" eine in diesem Sinne entstellte Wiedergabe der Erklärung des deutschen Botschafters; andere Blätter haben sich diese Darstellung ebenfalls zu eigen gemacht. Die Schritte, die Schoen unternahm, um diese irrige Auffassung richtig zu stellen, haben im französischen Gelbbuch (Nr. 36, ebenso Russisches Orangebuch Nr. 19) eine gehässige und offensichtlich tendenziös entstellte Auslegung erfahren.

Es ist sehr wohl möglich, daß der Umschwung der amtlichen französischen Auffassung auf Weisungen zurückzuführen ist, die inzwischen von Poincaré und Viviani eingingen. Schoen (a. a. O.) nimmt dies an und sieht hierin den Grund für die Unterdrückung der ursprünglichen, günstigen Aufnahme des deutschen Lokalisierungsvorschlages bei der Veröffentlichung des französischen Gelbbuchs.

C. Aufnahme in England

Der deutsche Lokalisierungsvorschlag entsprach insofern der damaligen Auffassung der englischen Regierung, als diese wiederholt erklärte, sich in den österreichisch-serbischen Streit nicht einmischen und nur im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes eingreifen zu wollen. Am 24. Juli sagte Grey dem deutschen Botschafter, „wenn das österreichische Ultimatum an Serbien nicht zu Schwierigkeiten zwischen Österreich und Rußland führe, hätte er nichts damit zu tun". (Englisches Blaubuch Nr. 11, Deutsche Dokumente Nr. 157.) Ebenso sagte er am 25. Juli, daß er „kein Recht habe, sich zwischen Österreich und Serbien einzu-

*) W. Freiherr v. Schoen, Erlebtes, Stuttgart 1921, S. 164.

mischen" (Englisches Blaubuch Nr. 25), da dieser Streit „ihn nichts angehe". (Deutsche Dokumente Nr. 180).

Die englische Regierung ist jedoch nicht bei dieser Auffassung verblieben. Sie gab sie am 26. Juli auf. Aus welchen Gründen dies geschah, ist bisher nicht bekannt. Das englische Blaubuch (Nr. 10) berichtet jedoch, daß der französische Botschafter bereits am 24. Juli versuchte, Grey zu einer Intervention in Wien zu bewegen.

D. Aufnahme in Rußland

Die russische Regierung stellte sich von vornherein auf einen dem deutschen entgegengesetzten Standpunkt. Sie hat, offenbar in dem fünfstündigen Ministerrat vom 24. Juli nachmittags, also noch vor der Mitteilung des deutschen Lokalisierungsvorschlages, die Einmischung in den austro-serbischen Konflikt beschlossen. Ein amtliches Kommuniqué vom 24. Juli abends besagte, „die Regierung verfolge aufs aufmerksamste den Verlauf des österreichisch-serbischen Konfliktes, dem Rußland nicht gleichgültig gegenüberstehen könne". (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Nr. 15, Russisches Orangebuch Nr. 10.) Die russische Einmischungspolitik sollte durch militärischen Druck unterstützt werden. In dem vorerwähnten Ministerrat hat „der Kriegsminister (Suchomlinow) sehr energisch gesprochen und bestätigt, daß Rußland zum Kriege bereit sei, und die übrigen Minister haben sich voll angeschlossen; es wurde in entsprechendem Geist ein Bericht an den Zaren fertiggestellt, und dieser Bericht wurde an demselben Abend bestätigt". (Schreiben des Adjutanten eines Großfürsten vom 25. Juli 1914, Aktenstücke zum Kriegsausbruch, 1915, S. 57. Vgl. auch Deutsche Dokumente Nr. 205.) Ferner wurde der Beschluß gefaßt, im geheimen die vierundzwanzig Millionen Rubel abzuheben, die die russische Regierung bei deutschen Banken gut hatte. (Paléologue, a. a. O., S. 249.) Bereits an diesem Tage sah man also einem alsbaldigen Konflikt mit Deutschland entgegen.

Schon am 25. Juli wurden umfassende militärische Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn beschlossen (Telegramm des Zaren an den Kaiser vom 30. Juli, Deutsche Dokumente Nr. 390). Diese Haltung entsprach, wie das französische Gelbbuch (Nr. 22) zeigt, der bereits vor Überreichung der österreichisch-ungarischen Note zwischen Rußland und Frankreich vereinbarten Einmischungspolitik. Diese wiederum hat, wie die serbischen Enthüllungen ergeben, ihre Ursache in den russischerseits Serbien seit Jahren gemachten Zusicherungen hinsichtlich einer dereinst zu gewährenden Unterstützung gegen Österreich-Ungarn und des Erwerbs österreichisch-ungarischer Gebietsteile.

2. Rußlands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt

A. Aufnahme der österreichisch-ungarischen Note in Petersburg

Die am 24. Juli in Petersburg bekannt gewordenen österreichisch-ungarischen Forderungen an Serbien riefen bei der dortigen Regierung eine außerordentliche Erregung hervor (Deutsche Dokumente Nr. 160, 204, 291). Allem Anschein nach wurde angenommen, daß Österreich-Ungarn machtpolitische Ziele auf dem Balkan verfolge. Es ist in Petersburg von einer Revision des Bukarester Friedens, von einer Besetzung des Sandschak, einem Vormarsch auf Saloniki oder Konstantinopel und ähnlichem die Rede gewesen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 73). Sasonow sprach am 24. Juli zu Pourtalès von den weitgehenden Plänen, die Österreich-Ungarn habe: „Erst solle Serbien verspeist werden, dann werde Bulgarien darankommen, und dann werden wir sie am Schwarzen Meer haben". (Deutsche Dokumente Nr. 204.)

Rußland war von Anfang an bereit, Krieg zu führen, um seinen Anspruch durchzusetzen, die Art der Regelung des austro-serbischen Konfliktes selbst zu bestimmen. Am 24. Juli früh erklärte Sasonow dem englischen Botschafter, daß Krieg drohe. Die russische Mobilmachung werde auf jeden Fall ausgeführt werden müssen (Englisches Blaubuch Nr. 6). Ehe am Nachmittag der russische Ministerrat tagte, fand auf der französischen Botschaft eine Aussprache zwischen Sasonow, Paléologue und Buchanan statt. Der Vorgang ist außerordentlich bezeichnend. Das Recht Österreich-Ungarns, Genugtuung von Serbien zu erlangen, wurde nicht erörtert. Nach seinem eigenen Zeugnis (a. a. O., S. 247) war es der französische Botschafter, der unter Hinweis auf die Ergebnisse des Präsidentenbesuchs für eine Politik der festen Hand eintrat. Sasonow hatte Bedenken: Wenn diese Politik uns aber in den Krieg treibt? Paléologue wies — wieder einmal — auf die deutschen Absichten hin und erklärte, man müsse von nun an auf den Krieg gefaßt sein. Frankreich werde alle Verpflichtungen erfüllen, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte (Englisches Blaubuch Nr. 6). Beide, der Russe und der Franzose suchten den Engländer zu überzeugen, daß London sich mit Petersburg und Paris solidarisch erklären müsse — wenn der Friede erhalten bleiben solle. Paléologue stellte aber außer Zweifel, daß die Haltung Frankreichs bereits festgelegt sei.

Der Ministerrat vom Nachmittag des 24. Juli befaßte sich in erster Linie mit der Frage, ob die innere Lage Rußlands den Krieg gestatte. Diese Frage wurde anscheinend bejaht (Deutsche Dokumente Nr. 205). Am 25. Juli fand ein Kronrat statt, in dem die Mobilmachung von 13 Armeekorps gegen Österreich-Ungarn (nach dem französischen Gelbbuch Nr. 50) „ins Auge gefaßt" (nach

Paléologues Tagebuch, a. a. O., S. 250) „im Prinzip beschlossen" wurde. Der Schönfärber Paléologue berichtete hierüber nach Paris: „Diese Mobilisation würde jedoch nur ausgeführt, wenn Österreich Serbien mit Waffengewalt zwingen wollte, und nur nach Einholung der Ansicht des Ministers des Äußern, dem die Aufgabe zufällt, das Datum festzusetzen, wobei ihm freistehe, die Verhandlungen selbst in dem Falle fortzuführen, daß Belgrad besetzt würde." (Französisches Gelbbuch Nr. 50.)

Dieser Bericht oder aber seine Wiedergabe im französischen Gelbbuch stellt jedoch eine Fälschung dar. Die Teilmobilmachung wurde schon am 25. Juli in die Wege geleitet, und Paléologue hat dies bereits am gleichen Tage erfahren. Am 26. Juli meldete er in einem Telegramm, das im Gelbbuch fehlt:

Gestern (am 25. Juli) hat mir in Krasnoje der Kriegsminister die Mobilmachung der (13) Armeekorps der vier Militärbezirke Kiew, Odessa, Kasan und Moskau bestätigt. Die Militärbezirke Wilna, Warschau und Petersburg erhalten außerdem geheime Weisungen. Über die Städte sowie über die Gouvernements Petersburg und Moskau wird der Belagerungszustand verhängt. In dem diesbezüglichen Erlaß folgt dann ein Verzeichnis der Gegenstände, über die die Zeitungen nicht schreiben dürfen, und die in der Tat nur militärische Fragen betreffen.

Die Beförderung der jungen Offiziere, die, wie üblich, am 18. August stattfinden sollte, ist gestern (25. Juli) abends um 6 Uhr eiligst erfolgt. Gleichzeitig wurde der Befehl gegeben, das Lager in Krasnoje abzubrechen. In diesem Augenblick treffen die Truppen wieder in ihren Standorten ein. Der Kriegsminister hat uns von neuem seine Absicht erklärt, Deutschland die Initiative eines eventuellen Angriffs zu überlassen. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 39, 127.)

Von einem deutsch-russischen Kriege war am 25. Juli einzig und allein in Petersburg die Rede. Fraglos wurde an diesem Tage die Teilmobilmachung angeordnet. Anscheinend erhielt amtliche Kenntnis hiervon nur der französische Botschafter, der wohl in Vorahnung entscheidender Beschlüsse nach dem Lager von Krasnoje Selo geeilt war. Der Zar selbst hat am 30. Juli, also nach Bekanntgabe der Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn, an Kaiser Wilhelm telegraphiert: „Die militärischen Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind, wurden vor fünf Tagen zum Zwecke der Verteidigung wegen der Vorbereitung Österreichs (gegen Serbien!) getroffen." (Deutsche Dokumente Nr. 390.) Wenn auch das Geheimnis am 25. Juli ängstlich gehütet wurde, so konnte doch eine Mobilmachung dieses Umfanges nicht verborgen bleiben. Der deutsche Militärattaché argwöhnte sie (Deutsche Dokumente Nr. 216), und der deutsche Militärbevollmächtigte wußte ebenfalls zu berichten, daß im Krasnojelager die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, die Manöver abgesagt und die Kriegsschüler vorzeitig zu Offizieren befördert wurden. „Habe den Eindruck, daß man alle Vorbereitungen zur Mobilmachung gegen Österreich trifft".

(Deutsche Dokumente Nr. 194, 291.) Am Abend desselben Tages wurde der französische Militärattaché, General de Laguiche, zu einer Konferenz mit dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch nach Zarskoje Selo befohlen (Paléologue, a. a. O., S. 251). Es wäre interessant, seinen Bericht über diesen Kriegsrat kennen zu lernen. Paléologue schweigt sich wohlweislich darüber aus.

Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß spätestens im Laufe des 25. Juli das im Orangebuch nicht wiedergegebene Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Wien über seine Unterredung mit Berchtold vom 24. Juli eingegangen sein muß, in der ihm der Minister erklärte, das Ziel der österreichisch-ungarischen Aktion bestehe darin, die unhaltbare Situation Serbiens zu Österreich-Ungarn zu klären und zu diesem Zwecke die serbische Regierung zu veranlassen, einerseits die gegen den derzeitigen Bestand der Monarchie gerichteten Strömungen öffentlich zu desavouieren und durch administrative Maßnahmen zu unterdrücken, andererseits Österreich-Ungarn die Möglichkeit zu bieten, sich von der gewissenhaften Durchführung dieser Maßnahmen Rechenschaft zu geben. Österreich-Ungarn bezwecke keine Gebietserwerbung, sondern lediglich die Erhaltung des Bestehenden (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 23). Darin, daß Berchtold mit dieser Erklärung die Initiative ergriff, lag ein bedeutendes Entgegenkommen. Der Umstand, daß allein Rußland gegenüber die Demarche in Belgrad in dieser Weise erläutert wurde, zeigte, daß die Wiener Regierung bereit war, auf das besondere Verhältnis Serbiens zu Rußland Rücksicht zu nehmen. Trotz dieses Entgegenkommens und der Erklärung über die Wiener Absichten ergriff jedoch Rußland am 25. Juli weitgehende militärische Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn.

B. Der russische Europäisierungsvorschlag

Die russische Regierung richtete am 24. Juli das Ersuchen nach Wien, die Serbien gestellte Frist zu verlängern und den Mächten Gelegenheit zu geben, nach Prüfung der Untersuchungsergebnisse von Sarajevo ihrerseits der serbischen Regierung Ratschläge zu erteilen (Russisches Orangebuch Nr. 4). Die englische, deutsche, italienische und französische Regierung wurden gleichzeitig gebeten, den russischen Vorschlag in Wien zu unterstützen (Russisches Orangebuch Nr. 5). Es wurde also vorgeschlagen, daß Österreich-Ungarn seine gegen Serbien zu unternehmenden Schritte aufschieben solle, bis die Mächte das Material nachgeprüft hätten, das aus der Untersuchung gegen die Mörder von Sarajevo vorlag. Der Zweck dieses Vorgehens war einmal, die Wiener Sühneforderungen auf das Attentat und seine unmittelbaren Urheber zu beschränken. Damit sollte die großserbische Bewegung als solche tunlichst aus der Er-

örterung ausgeschaltet werden. Ferner sollte aber den Mächten die Entscheidung über die Berechtigung der österreichisch-ungarischen Forderungen überlassen werden.

Sasonow begründete bekanntlich die letztere Forderung Pourtalès gegenüber damit, daß Österreich nicht in eigener Sache Richter und Ankläger sein könne. Die in der Note behaupteten Tatsachen könne er (Sasonow) in keiner Weise als bewiesen ansehen, die Enquete flöße ihm vielmehr das größte Mißtrauen ein (Deutsche Dokumente Nr. 160). Daß der Gedanke Sasonows, nur die Gesamtheit der Mächte könne das Verhalten Serbiens aburteilen, „juristisch schwer haltbar sei", hat auch der französische Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident zugegeben (Deutsche Dokumente Nr. 235). Politisch hätte diese Europäisierung bedeutet, daß die Frage der österreichisch-ungarischen Sühneforderungen zu einer Machtfrage zwischen den europäischen Bündnisgruppen wurde. Das war gerade, was man in Berlin im Interesse des Friedens vermeiden wollte. Diesen russischen Europäisierungsplan haben offenbar auch London und Paris abgelehnt. Daher war am 26. Juli bei der Aussprache zwischen Sasonow und Pourtalès von einer „Revision der österreichischen Untersuchung durch Europa nicht mehr die Rede". (Deutsche Dokumente Nr. 217.)

Gegen die Forderung einer einfachen Fristverlängerung ließen sich Bedenken grundsätzlicher Art nicht erheben. Trotzdem sie sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Nichteinmischung gestellt hatte, erklärte sich daher die deutsche Regierung am 25. Juli bereit, den russischen Wunsch nach Fristverlängerung nach Wien weiterzugeben, ebenso wie sie dies mit einem analogen englischen Vorschlag (Englisches Blaubuch Nr. 11, Deutsche Dokumente Nr. 157) bereits getan hatte (Russisches Orangebuch Nr. 14). Die Mitteilung unterblieb jedoch, anscheinend, weil inzwischen die Meldung einging, daß die österreichisch-ungarische Regierung diese russische Forderung abgelehnt habe (Deutsche Dokumente Nr. 178). Die englische, französische und italienische Regierung sandten ihren Botschaftern in Wien entsprechende Instruktionen (Englisches Blaubuch Nr. 26, Französisches Gelbbuch Nr. 39 und 44). Diese Weisungen gelangten jedoch nicht zur Ausführung (Englisches Blaubuch Nr. 40, Französisches Gelbbuch Nr. 48, Englisches Blaubuch Nr. 40).

Das Wiener Kabinett lehnte das russische Ersuchen am 25. Juli ab (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 27, 29, 30, Russisches Orangebuch Nr. 11, 12), da „die von Rußland verlangte Verlängerung der Serbien zur Antwort auf die österreichisch-ungarischen Forderungen gestellten Frist der Belgrader Regierung die Möglichkeit zu neuen Winkelzügen und zur Verschleppung geboten und der Einmischung einzelner Mächte zu ihren Gunsten Tür und Tor ge-

öffnet hätte" (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Einleitung).*) Gleichzeitig wurde jedoch dem russischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß Serbien auch nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch uneingeschränkte Annahme der österreichisch-ungarischen Forderungen eine friedliche Lösung herbeiführen könne (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 27).

C. Die Gefahren der russischen Haltung

Angesichts der militärischen Maßnahmen Rußlands wies die deutsche Regierung die Kabinette in London, Paris und Petersburg auf die Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung hin, daß sie keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige, den Bestand des Königreiches nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Die englische und die französische Regierung wurden an die Gefahren erinnert, die eine russische Mobilmachung für den Frieden Europas bedeutete, und gebeten, in Petersburg einen mäßigenden und beruhigenden Einfluß auszuüben. Rußland gegenüber erklärte sich die deutsche Regierung bereit, den russischen Wunsch, daß der Bestand des serbischen Königreichs nicht angetastet werde, zu unterstützen, und betonte zugleich, daß eine Mobilisierung der russischen Armee unausbleiblich einen europäischen Krieg zur Folge haben müsse (Deutsche Dokumente 198, 199, 200, 219).

Dieser Schritt der deutschen R gierung begegnete in London keinem Entgegenkommen. Die englische Regierung war inzwischen von ihrem ursprünglichen Standpunkt der Nichteinmischung abgegangen und wünschte die Regelung des österreichisch-serbischen Konfliktes im Wege einer Botschafterkonferenz in London herbeizuführen. Das einzige bekannte Telegramm, das Grey am 26. und 27. Juli nach Petersburg richtete (Englisches Blaubuch Nr. 47), enthält keinerlei Rat zur Vorsicht oder Mäßigung (siehe auch Deutsche Dokumente Nr. 218, 236).

In Paris fand dagegen der deutsche Vorschlag zunächst eine günstige Aufnahme. Der deutsche Botschafter meldete unter dem 26. Juli:

> Der stellvertretende Minister der auswärtigen Angelegenheiten versicherte mir, daß unser Appell an Solidarität des Bestrebens um Friedenserhaltung hier ungemein wohltuend berühre und gebührend beachtet werde. Er für seine Person sei gern bereit, in Petersburg beruhigend einwirken zu lassen, nachdem durch österreichisch-ungarische Versicherung, daß keine Annexion beabsichtigt, Vorbedingung geschaffen sei. Er könne mir allerdings

*) Berchtold erklärte bereits am 20. Juli dem Gesandten in Belgrad, als er ihm Verhaltungsmaßregeln gab, er könne „keinesfalls eine Verlängerung dieser Frist (von 48 Stunden) unter dem Vorwande, daß die serbische Regierung nähere Auskünfte über die Tragweite und den Sinn einzelner ... Forderungen zu erhalten wünsche, zugestehen". (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 28.)

noch nicht förmliche Erklärung namens der französischen Regierung über Modus der Einwirkung geben, da er zunächst mit abwesendem Ministerpräsidenten ins Benehmen treten müsse... (Deutsche Dokumente Nr. 235.)

Diese günstige Aufnahme verwandelte sich jedoch nachträglich in ihr Gegenteil. Der Schritt des deutschen Botschafters ist, ebenso wie der vom 24. Juli, im französischen Gelbbuch (Nr. 56 und besonders Nr. 57, 61, 62) entstellt wiedergegeben und verdächtigt worden. Die französische Regierung gab vor, der deutsche Vorschlag gemeinsamer Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens sei ein Versuch, Frankreich einzuschüchtern (Russisches Orangebuch Nr. 29), Frankreich und Rußland zu veruneinigen und Rußland dadurch bloßzustellen, daß die französische Regierung zu Vorstellungen in Petersburg verleitet würde (Russisches Orangebuch Nr. 35).

In Petersburg hatten die deutschen Mahnungen anscheinend Erfolg. Sasonow versicherte den deutschen Botschafter seiner Friedensliebe:

Minister bat mich, Euerer Exzellenz für beide Mitteilungen, die einen sehr guten Eindruck machten, zu danken und dabei zu versichern, daß der Appell an unsere altbewährten guten Beziehungen warmen Widerhall bei ihm findet und ihn tief rührt. Euere Exzellenz könnten versichert sein, daß Rußland das Vertrauen in seine Friedensliebe nicht täuschen werde. Er sei bereit, in seinem Entgegenkommen gegen Österreich bis zur Grenze zu gehen und alle Mittel zu erschöpfen, um Krisis friedlicher Lösung entgegenzuführen (Deutsche Dokumente Nr. 282).

Die russischen Kriegsvorbereitungen wurden aber, wie sich bald herausstellen sollte, unverändert fortgesetzt. Am 27. und 28. Juli liefen zahlreiche Meldungen über Mobilmachungsmaßnahmen in allen Teilen Rußlands ein. Sogar in Kowno wurde der Kriegszustand erklärt (Deutsche Dokumente Nr. 264).

3. Englands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt

Die englische Regierung faßte von vornherein die Möglichkeit ins Auge, daß ein Konflikt der Mächte aus dem österreichisch-serbischen Streit hervorgehen könne. Während sie sich auf den Standpunkt stellte, sich in den letzteren nicht einmischen zu wollen, machte sie frühzeitig Vorschläge, um die Gefahr einer Ausdehnung dieses Konfliktes zu vermindern und für den Fall einer österreichisch-russischen Spannung eine Vermittlung der Mächte herbeizuführen. Am 24. Juli erklärte Grey, wenn das Wiener Ultimatum zu keinem Zwist zwischen Österreich-Ungarn und Rußland führe, so habe er nichts damit zu tun. Für den anderen Fall aber regte er an, daß eine Vermittlung der vier Mächte Deutschland, England, Frankreich und Italien im Sinne einer Mäßigung zugleich in Wien und Petersburg stattfinden solle. Grey bat ferner, im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, d. h. um Ein-

wirkung auf Österreich-Ungarn, daß es seine militärischen Maßnahmen gegen Serbien nicht überstürze, damit Zeit gewonnen werde (Deutsche Dokumente Nr. 157, Englisches Blaubuch Nr. 11). Dieser Doppelvorschlag lag am 25. Juli in Berlin vor. Er wurde unverzüglich nach Wien weitergegeben (Deutsche Dokumente Nr. 171) und zugleich Lichnowsky mitgeteilt, daß der Vorschlag auf Fristverlängerung wenig Aussicht auf Annahme habe (Deutsche Dokumente Nr. 164). Der Vorschlag einer Vermittlung der vier Mächte zwischen Wien und Petersburg wurde deutscherseits angenommen. Jagow erklärte sofort dem englischen Geschäftsträger, „wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland drohend würden, sei er durchaus bereit, auf Greys Vorschlag der Zusammenarbeit der vier Mächte zugunsten von Mäßigung in Wien und Petersburg einzugehen". (Englisches Blaubuch Nr. 18.)

Eine Antwort aus Wien erfolgte nicht. Unabhängig von diesen englischen Vorschlägen ließ jedoch die österreichisch-ungarische Regierung am 24. Juli in London erklären, sie beabsichtige nicht, sofort nach Ablauf des Ultimatums militärisch einzugreifen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 13, Englisches Blaubuch Nr. 14). Damit war bereits dem zweiten Teil des Vorschlages Greys Rechnung getragen (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 180). Eine englische Demarche in Wien im Sinne der Deutschen Dokumente Nr. 157, Englisches Blaubuch Nr. 11 ist anscheinend nicht erfolgt.

Am 25. Juli erweiterte Grey in Weisungen nach Petersburg, Berlin und Wien seinen Vermittlungsvorschlag dahin, daß die vier Mächte, wenn es zu einer Mobilmachung der russischen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte käme, gemeinsam Rußland und Österreich-Ungarn bitten sollten, die Grenze nicht zu überschreiten, und den Mächten Zeit zu geben, zwischen ihnen zu vermitteln (Englisches Blaubuch Nr. 24, 25, 26, Russisches Orangebuch Nr. 22). Diesen erweiterten Vorschlag teilte er ebenfalls Lichnowsky mit (Deutsche Dokumente Nr. 180). Die deutsche Regierung antwortete hierauf am gleichen Tage, sie sei, falls ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit, vorbehaltlich ihrer bekannten Bündnispflichten, zwischen Österreich und Rußland mit den anderen Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen (Deutsche Dokumente Nr. 192). Die Annahme dieser beiden Vermittlungsvorschläge seitens der deutschen Regierung bedeutete ein größeres Entgegenkommen, weil hierin eine ausgesprochene Rücksichtnahme auf Rußlands Sonderstellung in Bezug auf Serbien und seine besonderen Balkaninteressen lag. Sie bildete ferner die Grundlage für eine gemeinsame deutsch-englische Tätigkeit im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens.

Am 25. Juli trat Grey mit einer weiteren Anregung hervor: Deutschland möge auf Wien einwirken, damit die (weder in London noch in Berlin bekannte) serbische Antwort als befriedigend angesehen werde (Deutsche Dokumente Nr. 186). Die Minister unternahmen diesen Schritt auf Grund eines Telegramms des englischen Geschäftsträgers in Belgrad vom gleichen Tage (Englisches Blaubuch Nr. 21, Deutsche Dokumente Nr. 191a), das, wie sich herausstellen sollte, den Inhalt der serbischen Note wenig zutreffend wiedergab. Auch diese Anregung wurde noch in der Nacht zum 26. Juli von Berlin nach Wien weitergegeben, war jedoch von den Ereignissen überholt, als sie dort eintraf.

Auf diesen Vorschlag muß sich die Äußerung Jagows gemäß dem Telegramm Szögyenys vom 27. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 68) beziehen:

> So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, herangetreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unserseitiger Milderung der Note an Serbien zu unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle wohl Sir E. Greys Wunsch erfüllen, Englands Begehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, an der auch Deutschland partizipiere.
>
> Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir E. Greys an Herrn von Tschirschky weitergegeben, ohne ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weitergegeben habe.

Bekanntlich hat der englische Geschäftsträger auf Grund des Telegramms Greys vom 25. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 27, die Annahme der serbischen Antwort betreffend) einen Schritt beim Auswärtigen Amt unternommen, über dessen Erfolg sein Telegramm vom 26. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 34) berichtet. Die Art der Weitergabe der englischen Anregung nach Wien läßt sich aus der Anmerkung zu Nr. 186 der Deutschen Dokumente nicht erkennen. Aus dem Österreichischen Rotbuch 1919 (II, Nr. 57) geht aber hervor, daß der deutsche Botschafter in Wien den Wunsch Greys dort zur Sprache gebracht hat. Worin also die von Szögyeny gemeldete Irreführung Englands bestehen soll, ist nicht ersichtlich.

Der 26. Juli war ein Sonntag, und infolgedessen „niemand im Foreign Office zu sprechen" (Deutsche Dokumente Nr. 218). Trotzdem fand an diesem Tage ein völliger Umschwung der Haltung der englischen Regierung, d. h. Greys, statt. Was an diesem Tage in London vor sich ging, wird wohl ewig Geheimnis bleiben. Bezeichnend ist, daß das englische Blaubuch kein Telegramm nach Petersburg, und außer Nr. 36, den Vorschlag einer Botschafterkonferenz, der weiter unten zu behandeln ist, nur ein Telegramm (Nr. 37) nach Paris wiedergibt, das um Antwort auf den Vorschlag

einer Vermittlung der vier Mächte bittet. Auch nach Rom (Nr. 36 ausgenommen) und nach Wien gingen angeblich keine Telegramme von Bedeutung. In irgend einer Form ist aber der englische Vorschlag vom 26. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 36) auch nach Petersburg mitgeteilt worden (siehe Englisches Blaubuch Nr. 53 und Russisches Orangebuch Nr. 32). Die Weisung an Buchanan ist jedoch niemals veröffentlicht worden. Oman, der englische Offiziosus, täuscht über die Lücken des Blaubuches und den Umschwung vom 26. Juli dadurch hinweg, daß er bei der Erörterung der englischen Vorschläge die verschiedenen Daten absichtlich durcheinander wirft.

Wir besitzen aber einen russischen Situationsbericht aus London von diesem Tage. In dem Bericht Benckendorffs vom 26. Juli heißt es:

Sir E. Grey hört nicht auf, mir zu wiederholen, daß seine nach Berlin gerichteten Erklärungen dort auf keinen Fall gestatten, auf die Neutralität Englands im Falle eines Krieges zu rechnen. Lichnowsky war in der Tat sehr verwirrt, aber das kommt daher, weil es ihm weh tat, daß es zum Kriege kommt. Ich bin gar nicht sicher, daß er die Worte Greys so verstanden hat, wie Grey es wünschte. Das wiederhole ich Grey daher täglich und in den verschiedensten Tonarten. Er versteckt sich hinter der Hoffnung auf Verhandlungen. Mir gelingt es nicht, ihn vorwärts zu bringen.

Zum Unglück ist Cambon nicht hier, er wird erst Dienstag morgen zurückkommen. Ich habe ihn gebeten, seine Rückkehr zu beschleunigen. Ich hege die Besorgnis, daß Grey seiner öffentlichen Meinung nicht ganz sicher ist und befürchtet, daß man ihn nicht unterstützen werde, wenn er zu früh hervortritt. Sie haben, glaube ich, Buchanan gesagt, daß die ganze englische Presse, die „Times" ausgenommen, nichts tauge. Das ist nicht ganz richtig. „Evening Post" und andere Regierungsblätter gehen weiter. „Westminster Gazette" verwandelt sich allmählich. Die Radikalen revoltieren aus anderen Gründen offen gegen das Kabinett und tun alles mögliche, um die serbische Frage der allgemeinen Teilnahme zu entziehen. Es muß aber hinzugefügt werden, daß in diesem Lager nicht ein Wort laut wird, das unsere Haltung tadelte oder gegen den Dreiverband als solchen gerichtet wäre. Übrigens, von da bis zum Kriege ist es noch weit. Hieraus entsteht alles Zaudern, so scheint mir wenigstens. Ganz England ist vollständig von Ulster in Anspruch genommen und fängt kaum an, zu erwachen. Seit gestern fängt es an, zu begreifen, daß der Krieg möglich ist; seit gestern beunruhigt es sich erst darüber. Daß auch England in den Krieg hineingezogen werden könnte, das kann die langsame englische Einbildungskraft noch nicht fassen. Das ist alles sehr traurig, aber es ist so. Es ist klar, daß man im englischen Auswärtigen Amt weiter sieht, an anderen Stellen jedoch nicht. Es will mir nicht gelingen, Grey die Maske abzunehmen. Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß mir dies gelingen wird. Ihre Stellung ist prächtig. Die Zurückhaltung in Ihren Ausdrücken und die Vorsicht, mit der Sie das Ziel Ihrer zukünftigen Handlungen vorbereiten, sind wunderbar. Es ist nötig, unumgänglich notwendig für Sie, sich die englische Mitarbeiterschaft zu sichern. Wenn sie auch spät kommen wird, so wird sie doch unausbleiblich kommen. Ich wiederhole jedoch: England ist noch nicht erwacht. Es ist leicht möglich, daß Grey darunter nicht weniger leidet als wir; das hilft uns jedoch wenig.

Es ist wahr, daß Österreich, wie man sagt, nicht auf einmal den Krieg beginnen wird. Vorläufig besteht noch ein kleiner Hoffnungsstrahl. Was

die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erscheint mir dieselbe in dunklerem Lichte als allen übrigen. Und darauf stütze ich mich eben hier: England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Österreichs auf der Balkanhalbinsel, wie vor dem Vorrang Deutschlands in der Welt. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28. 8. 1919.)

Am 27. Juli telegraphierte Benckendorff dagegen:

Die Sprache Greys ist seit heute viel klarer und merkbar fester als bisher. Er rechnet sehr auf den Eindruck, der durch die bei der Flotte veranlaßten, heute veröffentlichten und Sonnabend (25. Juli) abend beschlossenen Maßnahmen hervorgerufen wurde. Das gestern eingetroffene Telegramm Buchanans machte anscheinend einen sehr nützlichen Eindruck. Jedenfalls hat die Zuversicht Berlins und Wiens in bezug auf die Neutralität Englands keinen Grund mehr. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Das Telegramm Buchanans, das den „sehr nützlichen Eindruck" hervorrief, fehlt im englischen Blaubuch!

Der Umschwung in der Haltung der englischen Regierung machte sich sofort in den diplomatischen Verhandlungen bemerkbar. Während sie bisher erklärt hatte, sich in den österreichisch-serbischen Zwist nicht hineinmischen zu wollen, schlug sie nunmehr eine Botschafterkonferenz in London zur Lösung der österreichisch-serbischen Frage vor. Die erste Nachricht von diesem Vorschlag Greys gelangte am 27. Juli in dem wenig klaren Telegramm Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 236) nach Berlin. Seine Annahme hätte die Aufgabe der Lokalisierungspolitik bedeutet. Die deutsche Regierung lehnte es ab, die Schwenkung Englands mitzumachen, und erklärte, daß sich ihre Vermittlertätigkeit auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken müsse: es sei ihr nicht möglich, ihren Bundesgenossen in seinen Auseinandersetzungen mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen (Deutsche Dokumente Nr. 248). Der englische Botschafter, der ebenfalls noch am 27. Juli auf Grund von Greys Weisung (Englisches Blaubuch Nr. 36) den Konferenzvorschlag vertrat (Deutsche Dokumente Nr. 304), erhielt von Jagow einen analogen Bescheid (Englisches Blaubuch Nr. 43).

Das Verfahren einer Botschafterkonferenz wäre überhaupt nur mit Einwilligung der meist interessierten Parteien anwendbar gewesen. Österreich-Ungarn hat es abgelehnt, diesen Weg zu beschreiten (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 81), da „dieser Vorschlag an und für sich nicht geeignet war, die Interessen der Monarchie sicherzustellen". (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Einleitung.) Rußland erklärte sich zwar mit diesem Vorschlage im Prinzip einverstanden, zog aber den Weg direkter Besprechungen mit Wien vor, den auch die deutsche Regierung als den besten ansah (Russisches Orangebuch Nr. 32, Englisches Blaubuch Nr. 53, Deutsche Dokumente Nr. 248). Die russische Antwort bedeutete eine Ablehnung des Konferenzvorschlages. Es ist bezeichnend, daß

das Telegramm Buchanans über den ihm von Sasonow erteilten Bescheid im englischen Blaubuch fehlt, beziehungsweise bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen ist, falls Nr. 45 das betreffende Dokument darstellen sollte. Die Ablehnung wird darin sicherlich viel klarer als in dem russischen Telegramm zum Ausdruck gekommen sein. Im übrigen meldete der französische Botschafter am 29. Juli; „er sei n u n m e h r in der Lage, versichern zu können, daß sich die russische Regierung jedem Vorgehen anschließe, das Frankreich und England zur Erhaltung des Friedens vorschlagen würden". (Französisches Gelbbuch Nr. 86.) Zunächst hatte Rußland dies also abgelehnt.

In seinen Erinnerungen (a. a. O., S. 256) gibt Paléologue freilich seinem Telegramm vom 29. Juli einen ganz anderen Sinn und legt ihm eine sehr viel größere Bedeutung bei. Er behauptet, Sasonow die Zusicherung abgerungen zu haben, daß er im voraus jeden beliebigen Vorschlag annehme, den die französische und englische Regierung (künftig) im Interesse des Friedens machen würden. Diese Darstellung verdient jedoch keinen Glauben. Einmal steht sie auf derselben Tagebuchseite, die eine von A bis Z frei erfundene Unterredung mit Pourtalès wiedergibt. Sodann läßt der Wortlaut des französischen Gelbbuches diese Auslegung nicht zu. Ein so ungeheuer weitgehendes Versprechen Sasonows wäre vom Botschafter in seinem Telegramm gebührend unterstrichen worden. Schließlich berichtet er, der englische Botschafter habe der Regierung in London eine entsprechende Meldung erstattet. Buchanan berichtet aber nur, Sasonow sei bereit, in jeder von Frankreich und England gebilligten Form zu verhandeln. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die Annahme des am 26. Juli ergangenen Vorschlages einer Botschafterkonferenz — am 29. Juli! Auf diese kam Sasonow selbst zurück, nachdem die direkten Besprechungen, die er bis dahin bevorzugt hatte, nach seiner Auffassung gescheitert waren. Nach dem Wortlaut des englischen Blaubuches (Nr. 78), das die Unterredung ausführlich wiedergibt, kann sich die Einwilligung Sasonows auf nichts anderes als auf die Botschafterkonferenz oder ein analoges Verfahren beziehen. Würde die Lesart richtig sein, die Paléologue nachträglich erfunden hat, so wäre die Verantwortung noch größer, die auf die Regierungen in Paris und London fällt. Sie hätten ja nur vorzuschlagen brauchen, die allgemeine Mobilmachung in Rußland zu unterlassen, und der Weltkrieg wäre verhindert worden.

Für die deutsche Regierung lag am 27. Juli noch weniger Grund vor, sich für diesen englischen Vorschlag einzusetzen. Da Italien politisch auf der Seite Serbiens stand, hätte sich Deutschland bei der Konferenz der Majorität der drei anderen Konferenzteilnehmer gegenüber befunden. Hiervon aber abgesehen konnten die Erfahrungen der Londoner Botschafterkonferenz während der Balkan-

kriege, wo man sich in den von allen Beteiligten als qualvoll empfundenen endlosen Verhandlungen in Wochen, ja Monaten nicht über ein einziges Dorf einigen konnte, unmöglich zu einer Wiederholung dieses Verfahrens ermutigen. Wie aus dem Telegramm Sasonows nach London und Paris vom 12. Februar 1914 — Nr. 252 — bekannt ist, wollte Grey selbst von derartigen Konferenzen damals nichts mehr wissen (vgl. v. Siebert, S. 805). Die Verhandlungen hätten sich auch in diesem Falle zweifellos lange hingezogen, während gleichzeitig die militärischen Vorbereitungen Rußlands, die bereits am 25. Juli begonnen hatten, ihren raschen Fortgang nahmen. Das hätte schließlich zu Gegenmaßnahmen der Mittelmächte führen müssen, und es wäre eine nervöse Atmosphäre geschaffen worden, die einen friedlichen Ausgang schwerlich gefördert hätte. Gerade aus dieser Erwägung heraus, aus der Sorge vor einer Europäisierung des Konfliktes, ist das Bestreben der deutschen Regierung vom ersten Augenblick darauf gerichtet gewesen, die Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zunächst auf diese beiden Staaten zu beschränken und, falls dies nicht gelang, wenn Rußland sich nicht bewegen ließ, auf eine Einmischung in die Streitfrage zu verzichten, dann wenigstens zu verhindern, daß der Konflikt sich zu einer Machtfrage zwischen den beiden Gruppen auswachse, in die Europa geteilt war (Deutsche Dokumente Nr. 279, 314). Dieser Gefahr konnte nach Ansicht der deutschen Regierung am zweckmäßigsten durch einen direkten Ausgleich zwischen Österreich-Ungarn und Rußland begegnet werden, da diese beiden Mächte als nächstbeteiligte am ehesten in der Lage waren, eine befriedigende Lösung zu finden, viel leichter jedenfalls und viel schneller, als die Vertreter der vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte in London.

Von gegnerischer Seite ist der deutschen Regierung aus der Ablehnung des Londoner Konferenzvorschlages ein besonderer Vorwurf gemacht worden, und es ist behauptet worden, damit sei die einzige Möglichkeit, den europäischen Frieden zu erhalten, verabsäumt worden. Diese Darstellung, die dem wahren Sachverhalt nicht Rechnung trägt, begründet sich lediglich mit der Tatsache, daß dies der einzige der zahlreichen englischen Vorschläge gewesen ist, den die deutsche Regierung nicht annahm. Grey hat sich den deutschen Bedenken gegen den Konferenzvorschlag nicht verschlossen. Er stellte ihn selbst zu Gunsten der inzwischen eingeleiteten direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zurück (Englisches Blaubuch Nr. 67, 68). Auch der französische Botschafter in Berlin vertrat den Standpunkt, daß eine formelle Konferenz unnötig, und daß ein gemeinsames Vorgehen der vier Mächte in Wien und Petersburg, dem Deutschland zugestimmt hatte, sich auf dem üblichen diplomatischen Wege ausführen ließe (Französisches Gelbbuch Nr. 73). Desgleichen äußerten

die Botschafter der Verbandsmächte in Wien sogleich Zweifel an der Durchführbarkeit des Konferenzvorschlages (Englisches Blaubuch Nr. 40).

An diesen Konferenzvorschlag knüpft das machiavellistische Telegramm Szögyenys vom 27. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 68) an. Die Unterredung mit Jagow fand offenbar zwischen dem Eingang des Telegramms Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 236) und der Demarche des englischen Botschafters (Deutsche Dokumente Nr. 304, Englisches Blaubuch Nr. 43) statt:

Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Euer Exzellenz gebracht würden.

Die deutsche Regierung versicherte auf das bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe.

Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Moment nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir E. Grey glatt erklären, daß es seine Wünsche an Österreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten.

Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben auf das ausdrücklichste erklären, daß es in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um Wunsch Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe.

Die Mehrzahl — Vorschläge — ist natürlich Unsinn. Kein Politiker wird zu Anregungen bindend Stellung nehmen, die er überhaupt noch nicht kennt. Jagow hat offensichtlich nur von der Botschafterkonferenz gesprochen, die Nicolson und Tyrrell gegenüber Lichnowsky erwähnt hatten, die aber noch nicht offiziell angeregt worden war. Was die weitere Behandlung dieses englischen Vorschlags anlangt, so ist seine Weitergabe von Berlin nach Wien deutscherseits überhaupt nicht erfolgt. Darum hat London auch niemals gebeten. Der englischen Regierung ist auch die Berliner Stellungnahme klipp und klar mitgeteilt worden (Deutsche Dokumente Nr. 248, Englisches Blaubuch Nr. 43). Jagow kam es anscheinend darauf an, daß Österreich-Ungarn nicht durch Eingehen auf den englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz Deutschland in die schwierige Lage bringe, den Strauß in London allein durchzufechten und Forderungen zu vertreten, die es selbst nicht völlig billigte. Wie Lichnowsky damals (im Gegensatz zu 1916) über diese Möglichkeit dachte, geht aus seinem Telegramm vom 30. Juli 1914 (Deutsche Dokumente Nr. 418) hervor, in dem es heißt:

Halte Berlin für geeigneter als London zur Vermittlung einer Einigung zwischen Wien und Petersburg, da Sir E. Grey weniger mit ganzer Frage vertraut, auch weniger Einfluß in Wien besitzt, und ich langwierige Verhandlungen hier voraussehe, namentlich falls Botschafterkonferenz stattfinden sollte. Graf Mensdorff auch zu ängstlich und ohne Einfluß in Wien oder eigene Initiative.

4. Frankreichs Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt

Die Haltung der französischen Diplomaten gegenüber dem heraufziehenden austro-serbischen Konflikt ist in der Zeit vor Überreichung der österreichisch-ungarischen Note durchweg parteiisch serbenfreundlich gewesen. Schon am 2. Juli wußte Dumaine aus Wien zu berichten, daß die Untersuchung, die Österreich-Ungarn von Serbien fordern möchte, Bedingungen enthalten werde, die für die Würde Serbiens unerträglich seien (Französisches Gelbbuch Nr. 8). Als Paléologue am 6. Juli aus Petersburg meldete, Sasonow habe erklärt, es sei unzulässig, daß Österreich-Ungarn den Anstiftern des Mordes von Sarajevo auf serbischem Gebiet nachspüre, und Österreich-Ungarn gewarnt, sich auf diesen Weg zu begeben, fügte er hinzu: „Möge diese Warnung nicht vergeblich sein". (Französisches Gelbbuch Nr. 10.)

Andererseits erklärte aber Poincaré am 4. Juli, er sei überzeugt, „die serbische Regierung werde bei der gerichtlichen Untersuchung und der Verfolgung eventueller Mitschuldiger das größte Entgegenkommen zeigen. Einer solchen Pflicht könne sich kein Staat entziehen". (Österr.-ungar. Rotbuch 1914, Nr. 4.) Auch Dumaine sah noch am 22. Juli Österreich-Ungarns Forderungen wegen der Bestrafung des Attentates und gewisser Garantien für die Überwachung und die Polizeiaufsicht als „für die Würde Serbiens nicht unannehmbar" an (Französisches Gelbbuch Nr. 18).

Unmittelbar nach dem Mord in Sarajevo war die französische Regierung in ähnlicher Weise beunruhigt wie die englische: Auch in Paris kannte man, vielleicht noch besser als in London, die russischen Versprechungen an Serbien. Der Gesandte Vestnitsch hat über ein Gespräch berichtet, das er am 1. Juli mit dem Ministerpräsidenten hatte, den das „Ereignis" von Sarajevo „ziemlich beunruhigt" hatte. Er meldet, Viviani habe „den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß bei uns (in Serbien) die Kaltblütigkeit und die Würde aufrecht bleiben mögen, um Wien nicht Gründe zu neuen Anschuldigungen zu geben". (Serbisches Blaubuch Nr. 13.) In Paris war man also auf Verwicklungen gefaßt und empfahl den Serben anständiges Benehmen.

Der Pariser Regierung wurde jedoch ihre Haltung im austro-serbischen Konflikt durch ein Telegramm des Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern Viviani vorgezeichnet, das dieser ohne

Kenntnis der österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad in der Nacht vom 23. zum 24. Juli aus Reval absandte (Französisches Gelbbuch Nr. 22). Aus diesem Telegramm geht hervor, daß Frankreich und Rußland eine gemeinsame Intervention in Wien zu Gunsten Serbiens vereinbart und England aufgefordert hatten, sich an diesem Schritt zu beteiligen. Trotzdem fand der deutsche Lokalisierungsvorschlag, wie bereits erwähnt, am 24. Juli in Paris beim stellvertretenden Ministerpräsidenten zunächst eine günstige Aufnahme. Auch Österreich-Ungarn gegenüber zeigte Bienvenu-Martin Entgegenkommen, indem er erklärte, die Ereignisse der letzten Zeit und die Haltung der serbischen Regierung ließen ein energisches Einschreiten Österreich-Ungarns ganz begreiflich erscheinen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 9).

Zugleich aber machte sich das Bestreben geltend, den Konflikt zu europäisieren, Deutschland in denselben hineinzuziehen und Deutschland in Gegensatz zu Rußland zu bringen. Die französischen Vertreter im Ausland wetteiferten mit der Regierung in Paris in Verdächtigungen der deutschen Haltung vor und nach der Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in Belgrad.

Der französische Botschafter in Berlin hat in seinen Erinnerungen seine Haltung selbst wie folgt gekennzeichnet: „Als ich die österreichische Note an Serbien überflogen hatte, stand meine Meinung fest. Ich hatte das Gefühl der Gewißheit, daß der Konflikt unvermeidlich sei; immerhin mußte man versuchen ihn zu verhindern. Vor allem war es angesichts der Tatsache, daß Deutschland offensichtlich entschlossen war, uns [Frankreich] anzugreifen (!), notwendig, der Welt zu zeigen, daß Deutschland die Verantwortung und die Schuld am Kriege trage. Von diesem Gedanken waren alle meine Schritte, alles was ich in den folgenden Tagen unternahm, geleitet"*). Er meldete seiner Regierung, Deutschland habe Österreich-Ungarn zum Kriege (gegen Serbien) gedrängt (Deutsche Dokumente Nr. 415). Er verbreitete, Berlin habe Wien zu der scharfen Note an Serbien veranlaßt und sei an deren Abfassung beteiligt. Hartnäckig hielt er an dieser Ansicht fest (Deutsche Dokumente Nr. 153, Französisches Gelbbuch Nr. 15, 17, 30, 35).

Der französische Botschafter in Wien knüpfte am 28. Juli an die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien die Verdächtigung, „daß Deutschland zum Angriff auf Serbien gedrängt habe, um selbst unter den nach seinem Dafürhalten günstigsten Umständen und unter wohlerwogenen Bedingungen mit Rußland und Frankreich in den Kampf eintreten zu können". (Französisches Gelbbuch Nr. 83.)

*) Jules Cambon, Revue de France Nr. 7 vom 15. Juli 1921.

Der französische Botschafter in London bemühte sich von Anfang an, Grey zum Eingreifen anzutreiben. Bereits am 24. Juli befürwortete er eine Intervention der Mächte in Wien. Während er eine Einwirkung auf Petersburg als unangebracht hinstellte, schlug er vor, daß Deutschland eine Vermittlung der Mächte zwischen Wien und Belgrad herbeiführen solle (Englisches Blaubuch Nr. 10).

Der französische Botschafter in Petersburg hat sich vollends als Kriegshetzer erwiesen. Bereits am 20. Juli sprach er dem Zaren von seinen Befürchtungen eines nahen Krieges. Deutschlands Pläne seien es, die ihn beunruhigten (Paléologue, a. a. O., S. 233). In der aus dem englischen Blaubuch (Nr. 6) bekannten Unterredung vom 24. Juli zwischen Sasonow, Buchanan und Paléologue erklärte letzterer, Frankreich sei zum Kriege um die serbische Frage bereit. Frankreich würde alle Verpflichtungen erfüllen, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte. Obwohl Sasonow in dieser Unterredung (gemäß dem englischen Blaubuch Nr. 6) von Krieg und Mobilmachung sprach, berichtete Paléologue nach Paris: „Die Absichten des Zaren und seiner Minister sind die friedlichsten". Er, der immer wieder erklärte, das Vorgehen Österreich-Ungarns sei auf deutsche Machenschaften zurückzuführen, behauptet jetzt von Sasonow, dieser hege die Befürchtung, „daß Deutschland seinen Verbündeten wird unterstützen wollen". — „Einzig die Bekräftigung des festen Zusammenstehens des Dreiverbandes kann die germanischen Mächte daran hindern, ihre herausfordernde Haltung noch bestimmter zu betonen". (Französisches Gelbbuch Nr. 31.) Man muß sich fragen, ob in diesen Tagen die Regierung in Paris, jene in Petersburg oder der Botschafter Paléologue die Haltung Frankreichs bestimmt haben. In einer zweiten Unterredung mit Sasonow, ebenfalls vom 24. Juli, sprach er — nach seinen eigenen Schilderungen (a. a. O., S. 249) — in erster Linie vom Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland. Auch verbreitete er in Petersburg, Deutschland treibe zum Konflikt. Es handele sich schon jetzt nicht mehr um einen austro-serbischen, sondern um einen russisch-deutschen Konflikt (Deutsche Dokumente Nr. 215). Infolgedessen sah sich der deutsche Botschafter veranlaßt, eine Erklärung an die Presse abzugeben und am 25. Juli die aus dem russischen Orangebuch (Nr. 18) bekannte Note zu überreichen.

Die Wetschernoje Wremja mußte am 26. Juli, einem Sonntag, eine Extra-Ausgabe veranstalten, um Paléologues Kriegstrompete erschallen zu lassen (Deutsche Dokumente Nr. 289, 290). An diesem Tage fand in Petersburg eine gewisse Entspannung statt. Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte eine Unterredung mit dem russischen Außenminister, deren befriedigender Verlauf allseitig festgestellt wurde. Paléologue aber hetzte nach wie vor. Hätten wir es nur mit Österreich zu tun, erklärte er Sasonow noch am

gleichen Nachmittage, dann würde ich noch Hoffnung haben. Man muß aber mit Deutschland rechnen... Wir werden dem Kriege nicht entgehen (Paléologue, a. a. O., S. 252). Als am 28. Juli Sasonow von dem deutschen Botschafter mit bewegten Worten vor militärischen Maßnahmen und den Folgen einer Mobilmachung gewarnt worden war (Deutsche Dokumente Nr. 338), erklärte Paléologue anschließend dem russischen Minister: Pourtalès sei nur deshalb erregt, weil er sich zweifellos für die Krisis persönlich verantwortlich fühle. Die Haltung der deutschen Regierung sei auf ihn und seine falsche Berichterstattung zurückzuführen (a. a. O., S. 255). Diese Hetzereien blieben nicht ohne Wirkung. Der Niederschlag der konsequenten Verdächtigungen Paléologues findet sich in dem Telegramm, das Sasonow am 28. Juli nach London und Paris richtete (Russisches Orangebuch Nr. 43).

Über die Teilmobilmachung gegen Österreich war der Botschafter bereits am 25. Juli unterrichtet. Als erster erfuhr er von der allgemeinen Mobilmachung, die den Krieg zur Folge haben mußte. In seinen Erinnerungen schildert er, wie am 29. Juli, um 11 Uhr abends, der stellvertretende Direktor im Ministerium des Äußeren, Basily, gekommen sei, um ihm den Beschluß bekannt zu geben: erstens die Mobilmachung der dreizehn Armeekorps, die gegen Österreich-Ungarn bestimmt seien, sogleich bekannt zu geben, und zweitens h e i m l i c h mit der allgemeinen Mobilisierung zu beginnen. Was entgegnete Paléologue auf diese Mitteilung, deren Bedeutung er sofort richtig einschätzte? „Ich bin der Ansicht, daß der russische Generalstab keine Maßnahmen ergreifen sollte, ohne sich darüber vorher mit dem französischen verständigt zu haben." (A. a. O., S. 257.) Unter Würdigung seiner besonderen Verdienste um Rußland und um den Krieg hat man Paléologue, und nur ihm, die Auszeichnung zuteil werden lassen, am 2. August der Feier beizuwohnen, bei der der Aufruf des Zaren an seine Völker verlesen wurde (a. a. O., S. 264).

Die Veröffentlichungen unserer Gegner zeigen ferner, daß die französischen Botschafter in Berlin, Petersburg und London in den ersten Tagen der Verhandlungen nahezu gar nichts getan haben, um einer friedlichen Lösung die Wege zu ebnen. Von einer mäßigenden Einwirkung auf den russischen Bundesgenossen war keine Rede*). Vielmehr zeigten sie sich bemüht, das Revaler

*) Paléologue will freilich am 28. Juli Sasonow gebeten haben, „an der deutschen Front keine militärischen Maßnahmen zu treffen und selbst an der österreichischen sehr vorsichtig zu sein, bis Deutschland seine Karten aufdecke. Die geringste Unvorsichtigkeit Ihrerseits würde uns die englische Unterstützung kosten". — „Das ist auch meine Ansicht", entgegnete Sasonow, „aber unser Generalstab wird ungeduldig, und ich habe schon große Mühe, ihn zurückzuhalten". (Paléologue, a. a. O., S. 256.) Das französische Gelbbuch und der Bericht an den französischen Senat (704/1919) enthalten hierüber nichts.

Aktionsprogramm vom 24. Juli (Französisches Gelbbuch Nr. 22) mit seiner serbenfreundlichen, europäisierenden, gegen die Mittelmächte gerichteten Tendenz in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Vollständigkeit halber sei jedoch eine Anregung erwähnt, die der französische Botschafter in Berlin am 29. Juli gemacht hat. Als bei einer Aussprache mit Jagow die Rede auf Sicherheiten für die Verwirklichung der serbischen Versprechungen kam, schlug er anstelle der Kontrolle einer einzelnen Macht, d. h. Österreich-Ungarns, die einer internationalen Kommission vor, nach dem Muster der Finanzkommission in Athen (Französisches Gelbbuch Nr. 92). Jules Cambon hat nicht berichtet, wie der Staatssekretär seine Anregung aufnahm. Jedenfalls war sie viel zu bedeutungslos, um nach Beginn der russischen Mobilmachung noch beachtet zu werden. Die Pariser Regierung hat den Vorschlag, der vielleicht auf ein Telegramm Vivianis vom 24. Juli zurückzuführen ist*), nicht weiter verfolgt, keines der Farbbücher erwähnt ihn überhaupt, in der Literatur blieb er unbeachtet, selbst die Pariser Schuldkommission ist nicht auf ihn zurückgekommen. Nur in der Note, mit der der Feindbund am 30. Dezember 1916 den Friedensvorschlag vom 12. Dezember zurückwies, wird unter den vielen Sünden, die Deutschland vorgehalten werden, auch die Ablehnung des französischen Vorschlags einer internationalen Kommission aufgezählt. Der Vorwurf ist jedenfalls nicht ernst gemeint, sonst wäre er auf der Friedenskonferenz wiederholt worden.

IV. Der österreichisch-russische Konflikt

1. Direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg

Die deutsche Regierung erwartete die Beilegung des drohenden österreichisch-russischen Konfliktes von den direkten Besprechungen, die der russische Minister des Äußern am 26. Juli unter Aufgabe seiner ursprünglichen, unversöhnlichen Haltung im Anschluß an seine Unterredungen mit dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Botschafter vorgeschlagen hatte. Sasonow hat später erklärt, daß er diese Anregung Pourtalès' Rate verdanke (Englisches Blaubuch Nr. 78, vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238)**).

*) Siehe Poincaré, a. a. O.. S. 213.

**) Grey hatte bereits am 20. Juli in einem Telegramm nach Petersburg erklärt, daß im Falle von Verwicklungen eine direkte Aussprache zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wünschenswert sei (Oman, S. 18). Am 23. Juli empfahl er sowohl Mensdorff wie Benckendorff den direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 59, Englisches Blaubuch Nr. 3, Oman, S. 18).

Deutscherseits war allerdings wohl nicht bekannt, daß Sasonow in seinem Telegramm nach Wien (Russisches Orangebuch Nr. 25) das Ansinnen gestellt hatte, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg zu ermächtigen, gemeinsam mit ihm „einige Artikel der Note vom 23. Juli umzuarbeiten"*). Sonst würde man in Berlin wohl keine großen Hoffnungen an diese Besprechungen geknüpft haben. Daß die Wiener Regierung in eine Abänderung der von ihr gestellten Forderungen gemäß den nicht näher bezeichneten Wünschen Sasonows einwilligte und damit Rußland zum Richter in ihrem Streit mit Serbien einsetzte, war nicht zu erwarten. Hingegen wäre eine Verständigung über die Wahrung berechtigter Interessen Rußlands bei der Durchführung der österreichisch-ungarischen Aktion sehr wohl möglich gewesen. In diesem Sinne wurde auch der russische Vorschlag am 27. Juli deutscherseits nach Wien weitergegeben (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238, 277) und am 28. Juli nach Petersburg mitgeteilt, man hoffe, daß Österreich-Ungarns territoriale Desinteressementserklärung Rußland genügen und als Basis für weitere Verständigung dienen werde (Deutsche Dokumente Nr. 300).

In Wien war man aber, wie heute bekannt ist, fest entschlossen, unter allen Umständen es zum Kriege gegen Serbien kommen zu lassen. Am 28. Juli erfolgte die Kriegserklärung, und am gleichen Tage lehnte die österreichisch-ungarische Regierung es nicht nur ab, ihre Note vom 23. Juli zu erörtern oder abzuändern, sondern auch über den Wortlaut der serbischen Antwort zu verhandeln (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 95, Russisches Orangebuch Nr. 45). Österreich-Ungarn hatte aber seit der Erklärung Berchtolds vom 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 23) wiederholt sich bestrebt gezeigt, Rußland über seine Absichten gegen Serbien zu beruhigen und eine Verständigung über sein Vorgehen herbeizuführen. Am 25. Juli wurde der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg angewiesen, zu erklären, daß die Monarchie in Serbien keine eigennützigen Motive verfolge, keinen territorialen Gewinn anstrebe**) und auch die Souveränität Serbiens nicht anzu-

*) Sasonow meinte, „auf diese Weise würde es vielleicht gelingen, eine Formel zu finden, die für Serbien annehmbar wäre und gleichzeitig Österreich in den wichtigsten Forderungen Genugtuung geben werde". Er wollte also selbst darüber entscheiden, was Serbien annehmen könne!

**) Berchtold hat allerdings von dem Verzicht auf Annexionen, den Tisza im Ministerrat vom 19. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 26) durchgesetzt hatte, nicht den zu erwartenden vollen Gebrauch gemacht. Nicht allein Tisza glaubte, daß dies Moment die Spannung mildern werde, vor allem legte die deutsche Regierung ihm große Bedeutung bei (Deutsche Dokumente Nr. 198, 199, 200, 219, 279, 300, 307, 380), und auch der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg hoffte mit ihm zu Ergebnissen zu gelangen. Er fragte am 24. Juli an, wann er zur Verwertung des Moments des territorialen Desinter-

tasten gedächte (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42). Die von Sasonow am 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 17, 18) besonders beanstandete Forderung, betreffend die Beteiligung von österreichisch-ungarischen Funktionären bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien, wurde am 25. Juli in entgegenkommendem Sinne erläutert (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 38). Am 26. Juli erklärte der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, die anscheinend dort vielfach gehegten Befürchtungen, daß es sich bei dem Vorgehen gegen Serbien um einen Eroberungsfeldzug oder einen Präventivkrieg gegen Rußland handele, seien gänzlich unbegründet. „Niemand in Österreich-Ungarn falle es ein, russische Interessen bedrohen oder gar Händel mit Rußland suchen zu wollen" (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 73). Trotzdem sah Sasonow in der Ablehnung der österreichisch-ungarischen Regierung, in eine Erörterung der Notentexte einzutreten, eine Weigerung des Wiener Kabinetts, überhaupt in einen Meinungsaustausch mit Rußland zu willigen (Russisches Orangebuch Nr. 50). Diese Auslegung der Wiener Antwort bildete jedoch nur einen Vorwand, um die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg als gescheitert hinzustellen; denn bereits am 28. Juli hatte Sasonow erklärt, die Kriegserklärung an Serbien mache diesen Verhandlungen ein Ende (Englisches Blaubuch Nr. 70, Russisches Orangebuch Nr. 48).

Das Abbrechen des direkten Meinungsaustausches zwischen Petersburg und Wien bedeutete eine für Berlin unerwartete und ernste Verschärfung der österreichisch-russischen Spannung. Nicht nur die deutsche Regierung hatte von den direkten austro-russischen Verhandlungen die Lösung des Konfliktes erwartet. Auch Grey sprach sich mehrfach dafür aus (Deutsche Dokumente Nr. 357, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 92, III, Nr. 42, Englisches Blaubuch Nr. 67, 68, 74, 84, Französisches Gelbbuch Nr. 80), und sogar der französische Botschafter in Petersburg hat sie befürwortet (Französisches Gelbbuch Nr. 54).

---

essements ermächtigt werde (Österreichisches Rotbuch II, Nr. 19). Berchtold gab ihm am 25. Juli die Weisung, diese Frage vorläufig nicht zu berühren (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 40). Diese Haltung des Außenministers erscheint unverständlich, auch wenn man berücksichtigt, daß er — obwohl selbst ein Ungar — von Anfang an ein Gegner des annexionsfeindlichen ungarischen Programms war.

Szapary erhielt die erbetene Ermächtigung erst am 27. Juli, infolge persönlichen Eingreifens des Kaisers Franz Joseph (Gooss, S. 210). Die Weisung Berchtolds enthielt aber auch dann nicht den bedingungslosen Verzicht, der vom Wiener Ministerrat am 19. Juli beschlossen worden war. Es heißt vielmehr in dem Telegramm, daß die Monarchie keinerlei territoriale Eroberungen beabsichtige, solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 75).

Dank dem Eingreifen der deutschen Regierung wurde das Mißverständnis, betreffend die österreichisch-ungarische Ablehnung, beseitigt und die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen (Deutsche Dokumente Nr. 396, 448, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45). Ihre Anstrengungen waren bekannt. Selbst die Londoner „Times" schrieben In ihrem Leitartikel vom 30. Juli: Es ist ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein möglichstes tut, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder anzuknüpfen — to restore the wire. (Montgelas, Glossen, S. 22.) Es wird auf diese Bemühungen zurückzukommen sein.

2. Vermittlungsvorschläge

Am 27. Juli ging die serbische Antwortnote in Berlin, Petersburg, Paris und London ein*). Die Regierungen der Dreiverbandsländer sahen sie als ausreichend und sehr entgegenkommend an. In absichtlicher oder unabsichtlicher Verkennung der Methoden der serbischen Politik verschlossen sie sich der Hinterhältigkeit und Zweideutigkeit der Antwort auf manche der österreichisch-ungarischen Forderungen. Es ist auch ganz natürlich, daß sich alle Fernerstehenden nur dem günstigen Gesamteindruck hingaben, während das unmittelbar beteiligte Wiener Kabinett mit unerfreulicher Akribie nach Unzulänglichkeiten forschte.

Am 27. Juli wandte sich Grey nach Berlin mit der Bitte, die deutsche Regierung möge in Wien befürworten, daß sich Wien entweder mit der serbischen Antwort begnüge oder aber sie als Grundlage für Unterhandlungen betrachte (Deutsche Dokumente Nr. 258, Englisches Blaubuch Nr. 46). Die deutsche Regierung ist diesem Wunsche sogleich nachgekommen und hat die Annahme des englischen Vorschlages in Wien mit folgenden Worten empfohlen:

Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die

*) Die große Verspätung bei der Übermittlung der serbischen Antwortnote vom 25. Juli wurde in Paris auf österreichisch-ungarische Machinationen zurückgeführt (Russisches Orangebuch Nr. 36, vgl. auch Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 54). Wahrscheinlicher ist, daß die Telegramme aus Belgrad nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Umweg über Rumänien-Rußland nahmen. Die telegraphische Absendung der langen Antwortnote einmal durch die serbische Regierung an vermutlich alle serbischen Gesandtschaften, ferner die Weitergabe des Textes durch manche der fremden Vertretungen (z. B. der russischen, Orangebuch Nr. 36) wird gleichzeitig erfolgt sein. Die ohnehin durch Mobilisationstelegramme stark belasteten serbischen Leitungen waren dieser übermäßigen Inanspruchnahme wohl kaum gewachsen.

eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Erbitte Graf Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sasonows, mit Wien direkt zu verhandeln (Deutsche Dokumente Nr. 277).

Die österreichisch-ungarische Regierung lehnte diesen Vorschlag jedoch am 29. Juli unter Hinweis auf die Eröffnung der Feindseligkeiten durch Serbien und die inzwischen erfolgte Kriegserklärung ab (Deutsche Dokumente Nr. 400, Österreichisches Rot buch 1919, III, Nr. 25).

Berchtold hat anscheinend die von Szögyeny (im Österreichischen Rotbuch II, Nr. 68) gemeldete Warnung Jagows vor englischen Vorschlägen, mit denen er sich „in keiner Weise identifiziere", auf diese Anregung bezogen, obwohl sie von Bethmann Hollweg „zur Erwägung unterbreitet", also empfohlen wurde (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 82, III, Nr. 25). Wie diese Auffassung entstehen konnte, ist nicht recht verständlich, da Szögyeny berichtet hatte, „die deutsche Regierung würde bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben (?) auf das ausdrücklichste erklären, daß es in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um dem Wunsche Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe". Überdies erfolgte die Ablehnung in Wien am 29. Juli abends (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 25), also zu einer Zeit, wo der nachstehend behandelte deutsche Vorschlag vom 28. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 323), der ebenfalls auf das von Serbien gezeigte Entgegenkommen Bezug nahm, bereits in Wien bekannt gewesen sein muß.

Nach der Ablehnung dieses englischen Vorschlages und nach erfolgter Kriegserklärung an Serbien war jede Aussicht auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Streites vorerst beseitigt. Die deutsche Regierung unterbreitete daraufhin sogleich in Wien einen Vorschlag, der geeignet war, sowohl dem berechtigten Verlangen Österreich-Ungarns nach Genugtuung und Sicherheiten für die Zukunft Rechnung zu tragen, wie auch die Erhaltung Serbiens und die Wahrung der russischen Interessen am Balkan zu gewährleisten. Es ist dies der auf Anregung des Kaisers (Deutsche Dokumente Nr. 293) zurückzuführende Vorschlag einer Besetzung Belgrads oder anderer serbischer Gebietsteile als Faustpfand (Deutsche Dokumente Nr. 323), der mit den Worten schließt:

Erkennt die russische Regierung die Berechtigung dieses Standpunktes nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben,

die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten verschieben.

Euere Exzellenz wollen sich umgehend in diesem Sinne dem Grafen Berchtold gegenüber nachdrücklich aussprechen und eine entsprechende Demarche in St. Petersburg anregen. Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Zieles, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln und, wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.

Am Abend des 27. Juli war die serbische Antwortnote in Berlin bekannt geworden*). Die Beurteilung war im wesentlichen günstig. Kaiser Wilhelm schrieb auf den Rand der Note, die ihm am 28. Juli morgens vorgelegt wurde: „Eine brillante Leistung für eine Frist von blos 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl (der österreichisch-ungarische Gesandte für Serbien) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte i c h niemals Mobilmachung befohlen!“ (Deutsche Dokumente Nr. 271.) Im Auftrage des Kaisers schrieb der Generaladjutant von Plessen an den Chef des Generalstabs, „daß die Serben im wesentlichen alle die an sie gestellten Forderungen zugestanden haben, und daß damit für Österreich der Anlaß zum Kriege fortfällt“. Vom Kanzler und vom Auswärtigen Amt mag die Note etwas weniger günstig beurteilt worden sein. Jedenfalls erschien sie aber als eine mögliche Grundlage für Verhandlungen, wie Jagow am 29. Juli auch dem französischen Botschafter bestätigte (Französisches Gelbbuch Nr. 92).

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien ließ sich jedoch nicht mehr rückgängig machen. Es galt also einen Aus weg zu finden, der den ausgebrochenen Krieg auf das geringstmögliche Maß beschränkte und gleichzeitig dem serbischen Entgegenkommen Rechnung trug. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer vorübergehenden Besetzung Belgrads als Faustpfand und Wiederaufahme der Verhandlungen auf dieser Grundlage als besonders glücklich anzusehen, zumal in dem Telegramm nach Wien vom 28. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 323) ausdrücklich

*) Der serbische Geschäftsträger hatte die am Abend vorher bei ihm eingegangene Telegrammausfertigung im Laufe des 27. Juli dem Auswärtigen Amt im Original überreicht (Deutsche Dokumente Nr. 270, 271). Das umfangreiche, französisch abgefaßte Schriftstück wurde — wie üblich — zunächst vervielfältigt, da es im Original schlecht leserlich war und außerdem mehreren Stellen zugleich vorgelegt werden mußte. Hierdurch entstand ein nicht unerheblicher Zeitverlust (siehe Deutsche Dokumente Nr. 279).

hervorgehoben wurde, daß Serbien den österreichisch-ungarischen Forderungen in weitgehendem Maße entgegengekommen sei.

Am 29. Juli wurde erneut auf diesen Ausweg hingewiesen (Deutsche Dokumente Nr. 384).

Daß diese von der deutschen Regierung vorgeschlagene Lösung wohl am besten geeignet war, die Erweiterung des Konfliktes zu verhüten und den Interessen aller Parteien Rechnung zu tragen, geht aus der Tatsache hervor, daß Grey (der von dem Telegramm nach Wien, Deutsche Dokumente Nr. 323, wußte — siehe Englisches Blaubuch Nr. 75, Einleitung § 6, letzter Absatz, und Oman S. 54) am folgenden Tage mit einem ähnlich lautenden Vorschlage hervortrat (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 88). Dieser wurde gleichfalls von Berlin nach Wien weitergegeben und energisch befürwortet (Deutsche Dokumente Nr. 395), ebenso wie das Telegramm des Königs von England an den Prinzen Heinrich von Preußen vom 30. Juli, das denselben Vorschlag enthielt (Deutsche Dokumente Nr. 452, 464). Schließlich hat auch Kaiser Wilhelm in einem persönlichen Telegramm an Kaiser Franz Joseph auf eine baldige Entscheidung für die deutschen (bzw. von Deutschland unterstützten) Vorschläge gedrängt (Deutsche Dokumente Nr. 437).

Auf die Nachricht hin, daß die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zum Stillstand gekommen seien, telegraphierte Bethmann Hollweg am 29. Juli nach Wien:

> Rußland beschwert sich, daß die Unterhaltungen weder durch Herrn Schebeko noch durch Graf Szapary Fortlauf genommen hätten. Wir müssen daher, um eine allgemeine Katastrophe aufzuhalten oder jedenfalls Rußland ins Unrecht zu setzen, dringend wünschen, daß Wien Konversationen (gemäß Deutsche Dokumente Nr. 323) beginnt und fortsetzt (Deutsche Dokumente Nr. 385).

Als ebenfalls nach London gemeldet wurde, daß Sasonow die direkten Besprechungen als abgebrochen betrachte, schlug ferner Grey am 29. Juli abermals die Vermittlung der vier Mächte vor (Englisches Blaubuch Nr. 84). In dem entsprechenden Telegramm Lichnowskys (Deutsche Dokumente Nr. 357) ist der Vorschlag nicht enthalten. Jetzt war aber der von Grey am 25. Juli für die Vermittlung in Aussicht genommene Zeitpunkt eingetreten: Rußland mobilisierte, und es war nicht zweifelhaft, daß Österreich-Ungarn bald ein gleiches tun werde. In diesem Augenblick sollten die vier Mächte dazwischentreten (Deutsche Dokumente Nr. 180, Englisches Blaubuch Nr. 24, 25).*) Die deutsche Regierung, die sich bereits am 24. und 25. Juli mit einer Vermittlung zu vieren einverstanden erklärt hatte, gab der österreichisch-ungarischen Regierung

*) Die in Berlin überreichte englische Verbalnote ist in den Deutschen Dokumenten leider nicht mit abgedruckt worden. Siehe Nr. 180, Anm. 4.

bei der Mitteilung des englischen Vorschlages, die Besetzung Belgrads betreffend, den dringlichen Rat, die Vermittlung der Mächte anzunehmen. Es heißt in diesem Telegramm (Deutsche Dokumente Nr. 395):

Wir stehen somit, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so daß wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.

Die deutsche Regierung hat gleichzeitig mit vorstehendem Telegramm auf die Meldung ihres Botschafters in Petersburg hin, daß das Wiener Kabinett nach Mitteilung Sasonows den Weg direkten Gedankenaustausches mit Petersburg nicht beschritten habe, folgende ernste Warnung nach Wien gesandt:

Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. Bitte sich gegen Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen. (Deutsche Dokumente Nr. 396.)

Schließlich sandte Bethmann Hollweg am 30. Juli noch folgendes Telegramm nach Wien:

Wenn Wien, wie nach dem telephonischen Gespräch Euerer Exzellenz mit Herrn von Stumm anzunehmen, jedes Einlenken, in Sonderheit den letzten Greyschen Vorschlag (Deutsche Dokumente Nr. 395) ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschieben. S. M. hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien übernommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. Das Gelingen dieser Intervention ist allerdings erschwert dadurch, daß Rußland gegen Österreich mobilisiert hat. Dies haben wir heute England mit dem Hinzufügen mitgeteilt, daß wir eine Aufhaltung der russischen und französischen Kriegsmaßnahmen in Petersburg und Paris bereits in freundlicher Form angeregt hätten, einen neuen Schritt in dieser Richtung also nur durch ein Ultimatum tun könnten, das den Krieg bedeuten würde. Wir haben deshalb Sir Edward Grey nahegelegt, seinerseits nachdrücklich in diesem Sinne in Paris und Petersburg zu wirken, und erhalten soeben seine entsprechende Zusicherung durch Lichnowsky. Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, in

den wir hineingezogen sind, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, daß Österreich den Greyschen Vorschlag annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt.

Euere Exzellenz wollen sich sofort nachdrücklichst in diesem Sinne Graf Berchtold, eventuell auch Graf Tisza gegenüber, äußern. (Deutsche Dokumente Nr. 441.)

Die deutschen Vorschläge konnten, bei aller Halsstarrigkeit der Wiener Regierung, doch nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Am 29. Juli meldete der deutsche Botschafter, Berchtold sei (auch jetzt, nach der Kriegserklärung an Serbien) bereit, die Erklärung wegen des territorialen Desinteressements nochmals zu wiederholen. Bezüglich des deutschen Vorschlages einer Beschränkung der militärischen Operationen behielt er sich die Antwort vor (Deutsche Dokumente Nr. 388). Am folgenden Tage, dem 30. Juli, meldete der Botschafter in bezug auf die angeblich abgebrochenen Verhandlungen mit Petersburg, Berchtold habe nur die Besprechung des serbisch-österreichischen Streites mit Rußland abgelehnt, sei aber bereit, alle Österreich-Ungarn und Rußland direkt tangierenden Fragen mit letzterem zu besprechen (Deutsche Dokumente Nr. 432). Am gleichen Tage meldete er, es liege in bezug auf die angeblich abgebrochenen Besprechungen ein Mißverständnis vor und Berchtold habe bereits entsprechende Instruktionen nach Petersburg gesandt (Deutsche Dokumente Nr. 448). Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte übrigens inzwischen schon von sich aus die Verhandlungen wieder aufgenommen und die seinerseits bereits gemachten Zusicherungen erneuert (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 19). Berchtold selbst empfing am 30. Juli den russischen Botschafter zu einer beide Teile befriedigenden Aussprache über die Lage (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45). Das diese Unterredung betreffende Telegramm Schebekos ist in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. Mai 1919 veröffentlicht worden. Es schließt mit den Worten:

Das ganze Gespräch trug den freundschaftlichsten Charakter, und ich erhielt den Eindruck, daß Österreich wirklich den Wunsch hegt, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen, es aber nicht für angängig hält, seine Operationen gegen Serbien einzustellen, bevor man nicht volle Genugtuung und ernste Garantien für die Zukunft erhalten habe. Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Österreich jede aggressive Absicht gegen Rußland fern läge:

Auch der französische Botschafter in Wien berichtete, daß diese „hochwichtige Unterredung" zu einer Klärung der Lage und zur Wiederaufnahme der direkten Besprechungen geführt habe (Französisches Gelbbuch Nr. 104); ebenso der englische Botschafter, welcher meldete, daß sein russischer Kollege „im ganzen nicht unzufrieden" war (Englisches Blaubuch Nr. 96). Der belgische Gesandte berichtete ausführlich über diese glückliche und vielverheißende

Wendung (Belgisches Graubuch, II, Nr. 15, 16). Die deutsche Regierung konnte noch am 30. Juli ihrem Botschafter in London die Meldung aus Wien über diesen Erfolg der deutschen Schritte mitteilen (Deutsche Dokumente Nr. 433, 444). Sie sprach hierbei die Erwartung aus, „daß England in Petersburg auf gleiches Entgegenkommen, und namentlich auf Einstellung seiner Kriegsmaßnahmen wirken werde". Diese Erwartung ging, trotz der englischen Zusage an Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 489) nicht in Erfüllung, wie Greys Telegramm nach Petersburg vom 31. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 110) zeigt.

Auf die deutschen Vorstellungen hin nahm die österreichisch-ungarische Regierung schließlich auch die von England gewünschte Vermittlung der Mächte an.

Das betreffende Telegramm (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65), das aber erst am 1. August nach Berlin abging, nach London und Petersburg nur „zur persönlichen Information" des Botschafters gesandt wurde, schloß mit den Worten:

> Ich ersuche Euere Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.
>
> Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme und daß das englische Kabinett die russische Regierung vermöge, die gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständlich die uns durch die russische Mobilisierung aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort rückgängig machen werden.

Am Abend des 30. Juli hatte also die österreichisch-ungarische Regierung immerhin die deutschen Vorschläge zum großen Teil angenommen, mit Ausnahme allerdings der Beschränkung der Operationen gegen Serbien auf die Besetzung eines Faustpfandes. Die Antwort auf diesen Vorschlag, dessen Annahme vom deutschen Botschafter am 30. Juli an der Hand der analogen englischen Anregung erneut warm befürwortet wurde (Deutsche Dokumente Nr. 465), wurde deutscherseits für den 31. Juli erwartet (Deutsche Dokumente Nr. 440). Die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland, die den Krieg bedeutete, hat den deutschen Bemühungen ein Ende gemacht. Anderenfalls wäre, wenn die russische Kriegspartei dies noch zugelassen hätte, eine Einigung zwischen Petersburg und Wien erzielt worden, denn Sasonow hat sich von den Eröffnungen, die ihm der österreichisch-ungarische Botschafter am 31. Juli machte (Österreichisches Rotbuch 1919, III,

Nr. 97), befriedigt erklärt. In einer in London am 1. August übergebenen russischen Note heißt es:

Der österreichisch-ungarische Botschafter erklärte die Bereitwilligkeit seiner Regierung, den Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien zu erörtern. In seiner Antwort sprach Herr Sasonow seine Befriedigung aus und sagte, es sei wünschenswert, daß die Besprechungen in London unter Teilnahme der Großmächte stattfänden (Englisches Blaubuch Nr. 133).

Dank der deutschen Vermittlungstätigkeit war somit eine genügende Grundlage für eine Verständigung erreicht. Der europäische Frieden wäre erhalten worden, wenn nicht Rußland durch seine gegen das, die Vermittlung betreibende, Deutsche Reich gerichtete Mobilmachung den Krieg herbeigeführt hätte.

Die Wiener Regierung hat aber an dem Teilerfolg der deutschen Vermittlungstätigkeit kein Verdienst. Sie war, wie aus dem Protokoll des Ministerrats vom 31. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 79) klar hervorgeht, fest entschlossen, die Operationen gegen Serbien auf keinen Fall, auch nicht mit Rücksicht auf die Gefahr eines Weltkrieges, einzustellen. Sie wollte sogar von dem deutschen Vorschlag der Beschränkung der Operationen auf die Besetzung eines Faustpfandes nichts wissen. Berchtold erklärte, Österreich-Ungarn „hätte von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts". Diese Auffassung ist aber niemals nach Berlin mitgeteilt worden. Auf den ursprünglichen deutschen Vorschlag erfolgte keine weitere Antwort, als die in dem Telegramm des Kaisers Franz Joseph vom 31. Juli enthaltene:

Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren (Deutsche Dokumente Nr. 482).

Dies bedeutete die glatte Ablehnung des deutschen Vorschlages. Durch die inzwischen bekannt gewordene russische Gesamtmobilmachung wurde aber jede weitere deutsche Vermittlungstätigkeit illusorisch gemacht (Deutsche Dokumente Nr. 502, 503).

In Wien entschloß man sich am 31. Juli mit Rücksicht auf das deutsche Drängen lediglich dazu, auf die englischen Vorschläge einzugehen; man wollte dabei zwar in der Form Entgegenkommen zeigen, aber „sorgsam vermeiden, den englischen Antrag in meritorischer Hinsicht anzunehmen". Die Antwort auf Tschirschkys Ersuchen vom 29. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65) wurde so spät nach Berlin gesandt, daß sie erst am 1. August dort anlangte. In den deutschen und österreichisch-ungarischen Akten hat sie weiter keine Spur hinterlassen. Es ist also anzunehmen, daß sie der deutschen Regierung bis zum Erscheinen des ersten

österreichisch-ungarischen Rotbuches unbekannt geblieben ist. Hingegen hat der österreichisch-ungarische Botschafter in London von jener Weisung seiner Regierung Gebrauch gemacht und Grey bewogen, im Sinne dieses bedingten Entgegenkommens nach Petersburg zu telegraphieren (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 94, Englisches Blaubuch Nr. 135). Auch Graf Szecsen in Paris suchte das Einlenken Berchtolds im Interresse des euopäischen Friedens zu verwerten. Der Botschafter eilte noch am 31. Juli zwischen 11 und 12 Uhr abends auf das Ministerium des Äußeren, wo er von Berthelot empfangen wurde. Über den Inhalt seiner Erklärung gibt das französische Gelbbuch (Nr. 120) Aufschluß. Berthelot erwiderte, „daß es schon sehr spät wäre und daß man durch die Ereignisse mitgerissen sei". (Humanité vom 9. Juni 1912.) Er wußte, daß nach der russischen Gesamtmobilmachung der Krieg — auch für Frankreich — unvermeidlich sei.

Um nicht in ihrer Aktion gegen Serbien gestört zu werden, knüpfte die Wiener Regierung ihr Entgegenkommen auf die englischen Vorschläge an die Bedingung, daß die russische Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn eingestellt werde. Diese Forderung läßt sich immerhin vertreten, denn es wäre für Österreich-Ungarn doppelt nachteilig gewesen, unter dem militärischen Druck Rußlands nachgeben zu müssen. Ein solches Zurückweichen Wiens vor der russischen Kriegsdrohung mag ursprünglich das Ziel der Petersburger Regierung gewesen sein. Dann ist die gefährliche Maßnahme der am 25. Juli beschlossenen Teilmobilmachung als Erwiderung auf den schroffen Ton und die weitgehenden Forderungen der österreichisch-ungarischen Note an Serbien anzusehen. Inzwischen waren aber Sasonow die militärischen Pferde durchgegangen, die er in sein diplomatisches Gefährt eingespannt hatte. Die russische Gesamtmobilmachung änderte die Dinge von Grund auf. Die militärischen Druckmittel wurden Selbstzweck, während die diplomatischen Verhandlungen nur noch zur Bemäntelung der Mobilmachung dienten.

Gänzlich von der Auseinandersetzung mit Serbien hypnotisiert, konnte oder wollte die Wiener Regierung den Ernst der Lage nicht erkennen. Sie hatte sich anscheinend ganz mit der Möglichkeit abgefunden, daß „Rußland den Moment für die große Abrechnung mit den europäischen Zentralmächten bereits für gekommen erachte" (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42). Die ungeheuren Lasten des Weltkrieges sollten dann auf die breiten Schultern des wehrhaften deutschen Bundesgenossen abgebürdet werden. Bella gerant alii... Kaiser Franz Joseph schloß sein vorerwähntes Telegramm an Kaiser Wilhelm, in dem er den deutschen Vergleichsvorschlag ablehnte, mit den Worten: „Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt und habe dieselben im

Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den Dreibund eintreten wird." (Deutsche Dokumente Nr. 482.)

Die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung ist um so weniger verständlich, als die Aussichten eines europäischen Krieges keineswegs günstige waren, selbst wenn man die größten Hoffnungen auf die Heere des deutschen Verbündeten setzte. Tisza hat in einer Denkschrift an den Kaiser Franz Joseph über das „Kräfteverhältnis in einem Kriege gegen Rußland, Serbien, Rumänien — nach Angaben des Chefs des Generalstabes" auf Grund seiner Besprechungen mit Conrad von Hötzendorff ein trostloses Bild entworfen.

Er gab zu, daß die österreichisch-ungarischen Truppen am nördlichen Kriegsschauplatz aller Wahrscheinlichkeit nach gleich stark seien, wie die gegenüberstehende russische Heeresmacht, dagegen die an der Ostgrenze des Deutschen Reiches aufgestellten deutschen Truppen in der ersten Phase des Feldzuges überlegene russische Truppen vor sich haben werden. Die Südarmee aber wird kaum in der Lage sein, die überlegenen serbischen Kräfte dauernd aufzuhalten, während wir der vordringenden rumänischen Armee keinen ernsten Widerstand leisten werden können. Die russische Armee braucht also nur einer raschen Entscheidung, welche im Siegesfalle einen Teil unserer Truppen zum Schutze unserer Süd- und Südostgrenze verfügbar machen würde, auszuweichen und abzuwarten, bis die rumänische Armee in Siebenbürgen eindringt, die von Rumänen bewohnten Gegenden in Aufruhr versetzt und unserer mit den Serben kämpfenden Armee in Flanke und Rücken fällt. Die absolut sichere Niederlage dieser Armee eröffnet den Weg nach Budapest und Wien vor der feindlichen Macht und entscheidet den ganzen Feldzug.

Schießlich bemerkte er, daß Bulgarien bei seiner jetzigen Erschöpfung kaum einen sehr wesentlichen Teil der rumänischen Streitkräfte binden könnte, um so weniger, da eine Intervention Bulgariens in diesen gegen Serbien geführten Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach heute noch den Casus foederis für Griechenland bedeuten würde.*)

Sehr befremdlich erscheint, daß Berchtold — möglicherweise mit Absicht — eine Antwort nach Berlin (London und Petersburg) sandte, die sich nicht mit dem englischen Vorschlag deckte (siehe Gooss, S. 237 ff). Unverantwortlich ist, daß man in Wien auf den ursprünglichen deutschen Vorschlag der Besetzung eines Faustpfandes überhaupt nicht einging. Mit einer Leichtfertigkeit, die fast den Verdacht der Böswilligkeit aufkommen lassen könnte, setzte man den Bundesgenossen den Gefahren eines Weltkrieges aus, um einiger Gradunterschiede willen, die bei dem Erfolge gegen Serbien auf dem Spiele standen. Das Wiener Verhalten hat zudem den festwurzelnden Verdacht erzeugt, daß Berlin die Vermittlung nicht ernstlich betrieben oder gar seinerseits vereitelt habe.

*) Nach W. Fraknoi, Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges (Wien 1919), S. 33.

Bei der Beurteilung der deutschen Vermittlungstätigkeit in Wien muß zunächst der Gedanke abgelehnt werden, den die Alliierten und Assoziierten Mächte in ihrer Erwiderung auf die deutschen Gegenvorschläge ausgesprochen haben, es sei der Berliner Regierung mit ihren Vorstellungen nicht ernst gewesen und man könne annehmen, „daß nach einem in dem deutschen Auswärtigen Amte üblichen Brauche offiziöse Mitteilungen oder eine vorherige Vereinbarung zwischen denjenigen stattgefunden hätte, die tatsächlich die Macht besaßen, und daß diese Mitteilungen oder diese Vereinbarung anders gelautet hätten, als die durch den amtlichen Draht übermittelten Botschaften". Man mag dem Umstand keine Beweiskraft zumessen, daß keinerlei Anzeichen für derartige geheime Verabredungen und für den Einfluß von Personen vorhanden sind, die außerhalb des Kreises der wirklich verantwortlichen standen, jedoch „tatsächlich die Macht besaßen". Wer sollten aber diese unverantwortlichen Machthaber gewesen sein? Im feindlichen Ausland ist vielfach die Ansicht verbreitet, die militärischen Stellen hätten damals — in Deutschland wie in Rußland und anderen Ententeländern — zum Kriege getrieben und die politische Entscheidung beeinflußt. Wer das Verhältnis zwischen den politischen Instanzen und den deutschen Militärbehörden vor dem Kriege kennt, wird über diese Vorstellung lächeln. Die einzige Möglichkeit zur Geltendmachung militärischer Wünsche in der Politik bot damals das Ohr des Kaisers, und dieses war während der Zeit der Spannung für jede kriegerische Einflüsterung taub. Die Deutschen Dokumente zeigen auch, daß die militärischen Stellen lediglich zur Begutachtung der militärischen Lage herangezogen worden sind. Dies ist vielleicht sogar in nicht genügendem Maße geschehen. Tirpitz beklagt sich auf jeder anderen Seite seiner „Erinnerungen", daß er von Bethmann Hollweg nicht befragt, daß sein Rat nicht eingeholt worden sei. Es ist nicht anzunehmen, daß Moltke wesentlich besser behandelt wurde. Die sattsam bekannte politische Tätigkeit der Generäle hat erst im Kriege begonnen. Bei Kriegsausbruch sind die Verhandlungen allein vom Kaiser, dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt geführt worden. Der Wunsch des Kaisers, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, kann nicht zweifelhaft erscheinen. Die Verhandlungen mit Wien hat der Kanzler selbst geführt. Er deckte die zahlreichen Telegramme an Tschirschky zwischen dem 28. und 31. Juli mit seinem Namen. In vielen Fällen (z. B. Deutsche Dokumente Nr. 277, 396, 441) hat er den Wortlaut der ergangenen Weisungen eigenhändig aufgesetzt bzw. abgeändert. Die tatsächliche Entscheidung lag in seinen Händen. Es kann sich aber niemand der Sinnlosigkeit der Vorstellung verschließen, daß Bethmann Hollweg mit seinen so häufig wiederholten ernsten Mahnungen nicht das bezweckt hätte, was seine Worte sagten.

Es ist auch unzutreffend, was die Herausgeber der Deutschen Dokumente, Montgelas und Schücking, in ihren Vorbemerkungen sagen, daß „gerade besonders delikate Angelegenheiten zunächst in Privatbriefen zwischen den beteiligten Personen besprochen werden", und daß dieser Brauch „auch in Angelegenheiten der auswärtigen Verwaltung eine bedeutsame Rolle gespielt habe". Der Umstand, daß außenpolitische Fragen in den allermeisten Fällen eine schnelle Behandlung erfordern, verbietet bereits, daß sie „zunächst" privatim zwischen den Beteiligten erörtert werden. Im deutschen diplomatischen Dienst sind Privatbriefe verhältnismäßig selten zur Ergänzung der amtlichen Berichterstattung benutzt worden. Telegramme, die nur an eine bestimmte Person gerichtet sind, kommen kaum vor. Im auswärtigen Dienst anderer Länder ist dies wesentlich anders. Die von Oman zitierten Telegramme sind fast zur Hälfte „Sir E. Grey, private" adressiert. Im deutschen diplomatischen Dienst wurden Privatbriefe in der Regel nur zwischen befreundeten, also meist gleichalterigen Beamten gewechselt. In den Akten findet sich kein einziges persönliches Schreiben von Pourtalès an Jagow, der einem jüngeren Jahrgang angehörte. Wohl aber finden sich solche vor, die Tschirschky, Flotow und Lichnowsky, die aus derselben Altersklasse hervorgegangen sind, an ihn gerichtet haben. Die weitaus meisten Privatbriefe betreffen den Klatsch, der vor dem Krieg die große internationale Familie der Diplomaten aller Länder interessierte, und andere Nachrichten, die sich nicht für eine ernste Berichterstattung eigneten. In sonstigen Fällen wurde dieser Weg meist nur dann beschritten, wenn sich jemand seiner Sache nicht recht sicher fühlte und so zu vermeiden hoffte, sich gewissermaßen aktenmäßig zu blamieren: wenn z. B. seine Voraussagen nicht eintrafen. In diesem letzteren Sinne führte der Nebenweg meist nicht zum Ziel, denn Briefe von politischem Belang sind in der Regel zu den Akten genommen worden, zum mindesten im Auszuge.

Der ernsteste Einwand, der seitens der Alliierten und Assoziierten Mächte gegen den Wert und die Bedeutung der deutschen Vermittlungstätigkeit in Wien zwischen dem 27. und 30. Juli erhoben wird, ist der, daß diese Vermittlung zu spät eingesetzt habe. Aber nicht Deutschland, sondern Rußland trägt die Schuld daran, daß sich die Ereignisse so sehr überstürzt haben. Bereits am 27. Juli, ehe sie sich von der Nachgiebigkeit Serbiens selbst überzeugt hatte, forderte die deutsche Regierung Wien zum Einlenken auf (Deutsche Dokumente Nr. 277). Unter Hinweis auf das serbische Entgegenkommen machte sie am 28. Juli ihren an sich recht glücklichen Vorschlag, es mit der Besetzung eines Faustpfandes bewenden zu lassen (Deutsche Dokumente Nr. 323). Dies geschah, ehe die russische Teilmobilmachung bekannt geworden war (Deutsche Doku-

mente Nr. 343, 385) und bevor Lichnowsky meldete, Grey habe ihm mitgeteilt, England werde im Falle einer europäischen Konflagration nicht neutral bleiben (Deutsche Dokumente Nr. 368).

Der deutschen Regierung war bekannt, daß für die österreichisch-ungarische Mobilmachung gegen Serbien sechzehn Tage zu rechnen seien (Deutsche Dokumente Nr. 19) und daß die eigentlichen Operationen nicht vor dem 12. August beginnen würden (Deutsche Dokumente Nr. 213, 245, 323). Sie durfte also glauben, daß reichlich Zeit zur Vermittlung vorhanden sei. Daß ein ernstes militärisches Vorgehen gegen Serbien nicht unmittelbar auf die Kriegserklärung folgen könne, wußten zweifellos auch die anderen europäischen Kabinette. Jeder Generalstab kannte die Schwierigkeiten des Geländes und die Unzulänglichkeit der Bahnen in diesem Aufmarschgebiet. Der Vorwurf des zu späten Handelns stellt also nur einen Versuch der Dreiverbandsmächte dar, die Schuld an der Überstürzung der Entwicklung, die sie in erster Linie traf, auf Deutschland abzuwälzen.

Die Telegramme Bethmann Hollwegs zeigen eine stetige Steigerung des Ernstes und der Dringlichkeit der Sprache. Im wesentlichen handelt es sich aber um Variationen der gleichen Argumente. Zunächst erklärt er, daß Deutschland Vermittlungsvorschläge anderer Mächte eben wegen seiner Beziehungen zu diesen Mächten nicht ablehnen könne. Dieses Argument verstärkt er mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland und Österreich bei der Ablehnung einer Vermittlung als Kriegstreiber erscheinen würden. Die Folge wäre, daß sich die öffentliche Meinung Europas von Österreich-Ungarn, bzw. von den Mittelmächten abkehren würde. Daraus würde eine ungünstige diplomatische Situation erwachsen. Ferner würden die Verbündeten bei einer ablehnenden Haltung für die etwaige Entstehung eines Weltbrandes verantwortlich werden. Ihre Aufgabe müsse sein, diese Katastrophe aufzuhalten. Ihre Stellung im eigenen Lande würde anderenfalls unhaltbar. Zum mindesten müßte die Verantwortung auf Rußland abgewälzt werden. Schließlich, als letztes und stärkstes Argument, drohte Bethmann mit der Kündigung der bundesgenössischen Unterstützung. „Wir müssen es ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen."

Der bayerische Gesandte in Berlin hat am 29. Juli nach München berichtet:

> Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, daß der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfrieden erhalten bleibt (Deutsche Dokumente, Anhang IV, Nr. 14).

Bethmann Hollweg schwankte offensichtlich zwischen der Aufgabe, „einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von

Österreich-Ungarn erstrebten Zieles ermöglichte, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden", und zu verhindern, daß gleichzeitig ein Weltkrieg entfesselt werde, bzw., wenn dieser nicht zu vermeiden sei, die Bedingungen, unter denen er zu führen wäre, nach Tunlichkeit zu verbessern (Deutsche Dokumente Nr. 323). Zweifellos wünschte er, den Weltkrieg zu vermeiden. Er wollte aber, wenn irgend möglich, das ursprüngliche Ziel, die Unterbindung der großserbischen Propaganda, nicht opfern. Von Tag zu Tag, fast von Stunde zu Stunde, trat das größere Ziel, die Erhaltung des Weltfriedens, mehr in den Vordergrund. Daß dies dem Kanzler zum Bewußtsein kam, sieht man in der Steigerung seiner Argumentation. Der Hinweis auf die Gefahr, daß die Mittelmächte als Kriegstreiber erscheinen würden, und daß dies die Stellung der deutschen Regierung im eigenen Lande unmöglich mache, ist der Auftakt zu der Erklärung, daß Berlin Wien nicht unter allen Umständen Gefolgschaft leisten werde. Die Warnung vor der Abkehr der öffentlichen Meinung Europas ist im Grunde die gleiche Argumentation, wie die, daß Rußland ins Unrecht gesetzt werden müsse. Letztere wurde ja auch gelegentlich unterstrichen durch einen Hinweis auf den (angeblich) von London und Paris auf Petersburg ausgeübten Druck. Dies „ins Unrecht setzen" spielte in jenem Augenblick, wie überhaupt in der Politik, eine besonders große Rolle. Dieselbe Warnung, die von Berlin nach Wien ging, ist auch von Paris nach Petersburg gerichtet worden. Die französische Regierung hat die russische gewarnt, sich nicht durch offenkundige Mobilmachung gegenüber Deutschland ins Unrecht zu setzen. Ursprünglich hatte sich Serbien gegen Österreich-Ungarn ins Unrecht gesetzt. Dies suchte die Wiener Regierung zu benutzen, um den großserbischen Treibereien ein Ende zu machen. Da sie in ihrem Vorgehen das Maß des Erwarteten und Zugebilligten erheblich überschritt, setzte sie sich ins Unrecht. Dies nutzte Rußland aus, um seinerseits durch Mobilmachung und scharfes Vorgehen gegen Österreich-Ungarn, sowie durch einen Appell an die Solidarität seiner Verbündeten eine europäische Krisis herbeizuführen, die mit einem, zum mindesten diplomatischen, Erfolg des Dreiverbandes enden sollte. Grey hat Lichnowsky am 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 489) auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß Wien seinerseits Rußland ins Unrecht setzte, damit das Gleichgewicht wieder hergestellt werde, und er die Möglichkeit erhielte, auf Petersburg und Paris einen Druck auszuüben. Fraglich erscheint, ob es Grey mit seinen Absichten ernst war. Seine Argumentation stimmt aber jedenfalls mit der von Bethmann Hollweg überein. Den Gegner ins Unrecht zu setzen, war namentlich bei dem etwaigen Eintritt in den Krieg von überragender Bedeutung. Wie sehr sich Rußland durch seine ungerechtfertigte Mobilmachung gegen Deutsch-

land ins Unrecht gesetzt hat, zeigen deutlich die Bemühungen der Ententemächte, diese Tatsache zu bemänteln bzw. totzuschweigen.

Allmählich scheint die deutsche Regierung zu der Auffassung gekommen zu sein, daß ihre Bundestreue von der Wiener Regierung mißbraucht werde. Diese Einsicht, verbunden mit der Erkenntnis, daß Rußland auf das schnellste mobilisiere, und der Mitteilung, daß England nicht neutral bleiben werde, haben jene Kopflosigkeit verursacht, von der die deutschen Akten ein so beredtes Zeugnis ablegen. Die deutsche Regierung, die einen Weltkrieg nicht gewollt hatte, deren Präventivaktion gegen Serbien letzten Endes nur den Zwecken der Erhaltung des europäischen Friedens dienen sollte, sah sich plötzlich in einer Falle. Die Haltung ihres Bundesgenossen, den sie unterstützt hatte, versetzte sie ins Unrecht. Während sie bisher wohl geglaubt hatte, um den Weltkrieg zu vermeiden, genüge es, wenn Deutschland selbst ihn nicht wolle, sah sie sich jetzt diplomatisch eingefangen und erkannte, daß ihre Gegner sie um keinen Preis, auch nicht um den Preis einer diplomatischen Niederlage, herauslassen würden. Denn der Entschluß zum Nachgeben, der überdies mit einer beispiellosen Schnelligkeit hätte gefaßt werden müssen, hing nicht von Berlin, sondern von Wien ab, und in Wien war man, wie wir heute wissen, wie man damals aber schon geahnt haben muß, zum Einlenken in diesem Sinne nicht bereit. Der Kaiser hat die Lage ebenfalls so empfunden und am 30. Juli in der Sprache seiner Marginalien folgendermaßen gekennzeichnet: „England dekouvriert sich im Moment, wo es der Ansicht ist, daß w i r i m L a p p j a g e n e i n g e s t e l l t sind und so zu sagen erledigt!“ (Deutsche Dokumente Nr. 368). „Dabei wird uns die Dummheit und U n g e s c h i c k l i c h k e i t u n s e r e s V e r b ü n d e t e n zum F a l l s t r i c k gemacht... Das Netz wird uns plötzlich über den Kopf gezogen...“ (Deutsche Dokumente Nr. 401).

3. Rußlands Unnachgiebigkeit

Bezeichnend für die Haltung der russischen Regierung gegenüber dem österreichisch-serbischen Konflikt ist der Umstand, daß der Minister des Äußern seinen Standpunkt im Laufe der kritischen Tage andauernd geändert hat. Seine Sprache gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter wurde zwar scheinbar versöhnlicher, tatsächlich schraubte er aber seine Forderungen mehr und mehr hinauf und erfand immer neue Einwände an Stelle derer, die von der Wiener Regierung aus dem Wege geräumt waren.

Sasonow hat am 24. Juli Pourtalès erklärt, das, was Rußland nicht gleichgültig hinnehmen könne, wäre die eventuelle Absicht Österreichs, „Serbien zu verschlingen“ (Deutsche Dokumente Nr. 160, 204). Am 25. Juli sagte der Minister dem englischen Bot-

schafter, Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien zermalme und die Vormacht auf dem Balkan würde. Er sprach bei dieser Gelegenheit von der Eventualität eines militärischen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Serbien, ohne irgendwelche Folgerungen für Rußland daraus zu ziehen (Englisches Blaubuch Nr. 17). Auch gegenüber dem italienischen Botschafter beschränkte sich Sasonow am gleichen Tage nach Angabe des französischen Gelbbuches (Nr. 52) auf die Erklärung, man könne von Rußland nicht verlangen, zuzulassen, daß Serbien zertreten werde.

Am 26. Juli äußerte Sasonow zu Pourtalès, Rußland „könne eine Herabwürdigung Serbiens zum Vasallenstaat Österreichs unmöglich dulden" (Deutsche Dokumente Nr. 217). Noch am selben Tage erhielt er durch Szapary erneut beruhigende Zusicherungen über die Absichten Österreich-Ungarns. Es handele sich ebensowenig um einen Vorstoß auf dem Balkan, wie um die Absicht, mit Rußland Händel zu suchen. Daß Österreich-Ungarn keinen territorialen Gewinn anstreben und auch nicht die Souveränität Serbiens anzutasten gedächte, war ihm ebenfalls zugesichert worden (Deutsche Dokumente Nr. 238, 339).

Infolge dieser Aussprachen, die durch Unterredungen mit Pourtalès ergänzt wurden, trat eine merkliche Entspannung der diplomatischen Lage ein (Deutsche Dokumente Nr. 282), die auch der englische und französische Botschafter am 27. Juli feststellten (Englisches Blaubuch Nr. 55, Französisches Gelbbuch Nr. 64). Sasonow formulierte an diesem Tage Buchanan gegenüber seine Forderungen dahin, daß die territoriale Integrität Serbiens und seine Rechte als die eines souveränen Staates gewährleistet werden müßten, so daß es kein Vasallenstaat Österreichs würde. Auch Pourtalès gegenüber verlangte er nur die Schonung der serbischen Souveränitätsrechte, während er zugab, daß Serbien eine „Lektion" verdient habe.

Diese Entspannung sollte aber nicht von langer Dauer sein. Am 26. und 27. Juli wurden in Rußland umfassende militärische Maßnahmen getroffen. Auch in Paris, das bis dahin eine friedfertige Haltung gezeigt hatte, trat ein Stimmungsumschlag ein, der in dem Telegramm Bienvenu-Martins an den Ministerpräsidenten vom 27. Juli (Französisches Gelbbuch Nr. 62) zum Ausdruck kommt. Am gleichen Tage sicherte Grey überdies dem russischen Botschafter unter Hinweis auf die Kriegsbereitschaft der Flotte „diplomatische" Unterstützung zu (Englisches Blaubuch Nr. 47). Benckendorff konnte berichten, daß Greys Sprache „viel klarer, merkbar fester" geworden sei.

Als Folge dieser Vorgänge änderte Sasonow am 28. Juli, sobald er von der Kriegserklärung an Serbien erfuhr, seine Sprache und gab wieder Befürchtung vor wegen der Zerschmetterung Serbiens

und der Einnahme einer beherrschenden Stellung auf dem Balkan durch Österreich-Ungarn. Er verlangte jetzt die unverzügliche Einstellung der (noch gar nicht begonnenen) militärischen Operationen gegen Serbien (Russisches Orangebuch Nr. 48, Englisches Blaubuch Nr. 70). Die erhaltenen Zusicherungen bezüglich Serbiens Unabhängigkeit und Integrität waren, so erklärte er nunmehr dem englischen Botschafter, unbefriedigend, falls Serbien von Österreich-Ungarn angegriffen werde; der Mobilmachungsbefehl gegen Österreich werde an dem Tage ausgegeben werden, an dem Österreich die serbische Grenze überschritte (Englisches Blaubuch Nr. 72).

Dieses Ereignis wartete die russische Regierung jedoch keineswegs ab, sondern schritt ungesäumt zur vollständigen Mobilisierung von vier Armeebezirken gegen Österreich-Ungarn. Dem englischen Botschafter gegenüber aber stellte Sasonow am 29. Juli das Verlangen nach einer nachträglichen Feststellung oder Erklärung, um den scharfen Ton des Ultimatums herabzustimmen (Englisches Blaubuch Nr. 78). Er forderte also nunmehr ein Zurückweichen Österreich-Ungarns vor der russischen Drohung. Szapary gegenüber behauptete er jedoch, Wien lehne jeden weiteren Gedankenaustausch ab. Als dieser Irrtum ihm als solcher nachgewiesen und er an die bereits erhaltenen Versprechungen erinnert wurde, erklärte er endlich, in territorialer Hinsicht habe er sich überzeugen lassen, was aber die serbische Souveränität anbelange, müsse er an dem Standpunkt festhalten, daß die Aufzwingung der österreichisch-ungarischen Bedingungen für Serbien ein Vasallentum bedeute (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 19). Ebenso sagte er zu Pourtalès, „Rußlands vitale Interessen verlangten nicht nur Schonung der territorialen Integrität Serbiens, sondern auch, daß Serbien nicht durch Annahme der seine Souveränitätsrechte antastenden österreichischen Forderungen zum Vasallenstaat Österreichs herabsinke. Serbien dürfe kein Buchara werden". (Deutsche Dokumente Nr. 412.) Dem englischen und französischen Botschafter erklärte er unter Bezugnahme auf dies Gespräch, auch die deutsche Bürgschaft, daß Österreich-Ungarn die serbische Integrität respektieren werde, genüge ihm nicht (Englisches Blaubuch Nr. 97). Als „äußerstes Maß des Entgegenkommens" stellte der Minister am 30. Juli die sogenannte Sasonowformel (Deutsche Dokumente Nr. 421, Russisches Orangebuch Nr. 60) auf, in der von Österreich-Ungarn die Aufgabe aller jener Forderungen verlangt wurde, die (nach russischer Ansicht) die souveränen Rechte Serbiens verletzten. Unter diesen Umständen wäre Rußland bereit, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen. Diese Bedingungen sind in Berlin als (für Österreich-Ungarn) unannehmbar angesehen worden (Russisches Orangebuch Nr. 63). Auch Grey suchte ihre Abänderung zu erreichen (Englisches Blaubuch Nr. 103). Sogar Poincaré ist der An-

sicht gewesen, daß Wien diese Forderungen nicht annehmen werde (Englisches Blaubuch Nr. 99).

Trotz der, allerdings sehr wenig energischen, Bitte Greys, seine Forderung im Sinne der englischen Vorschläge, die formell auch von Frankreich befürwortet wurden (siehe Französisches Gelbbuch Nr. 112), abzuändern und Österreich-Ungarn so viel Spielraum zu lassen, daß es durch Besetzung Belgrads oder eines anderen Faustpfandes Sicherheit für die zu gewährende Genugtuung erlange (Englisches Blaubuch Nr. 103), milderte Sasonow am 31. Juli seine Formel nur unwesentlich. Er begnügte sich nunmehr, mit der Festsetzung der von Serbien zu gewährenden Genugtuung durch die Großmächte*), verlangte aber die Einstellung der Operationen gegen Serbien, während er seinerseits lediglich eine abwartende Haltung in Aussicht stellte (Russisches Orangebuch Nr. 67). Die russische Mobilmachung sollte als auf jeden Fall ihren Fortgang nehmen.

In jener Zeit hatten die österreichisch-ungarischen Truppen die Donau und Save noch nicht überschritten. Die russische Formel bedeutete also die Ablehnung des von Berlin und London ausgegangenen Vorschlages, daß Österreich-Ungarn nach Besetzung Belgrads oder eines anderen Gebietsteiles als Faustpfand die Vermittlung der Mächte annehmen solle. Der Minister war selbst mit einer formellen Erklärung, Österreich-Ungarn werde weder das serbische Territorium schmälern, noch die serbische Souveränität antasten, noch russische Balkan- oder sonstige Interessen verletzen, nicht zufrieden gestellt (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 74). Nachdem seine sonstigen Bedenken durch österreichische Zusicherungen zerstreut waren, verschanzte er sich hinter der angeblichen Befürchtung eines serbischen Vasallentums, weil er wußte, daß einer derartigen unbeweisbaren und unwiderlegbaren Behauptung mit keinen greifbaren Garantien entgegengetreten werden konnte. Als schließlich Wien die direkten Besprechungen mit Petersburg auf Drängen Deutschlands wieder aufgenommen hatte (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 44, Englisches Blaubuch Nr. 133), machte Sasonow in seinen Runderlassen vom 2. August (Russisches Orangebuch Nr. 77 und 78) die „Würde Serbiens“ geltend, zu deren Wahrung

*) Ursprünglich hatte Sasonow gefordert, daß Österreich-Ungarn nachträglich die Note vom 23. Juli abändere („sich bereit erkläre, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, die die souveränen Rechte Serbiens antasten“; Deutsche Dokumente Nr. 421). Auf Drängen Lichnowskys hat Grey jene für eine Großmacht unannehmbare Forderung gestrichen (Deutsche Dokumente Nr. 439, 460). Sasonow gab in diesem Punkte nach, nicht jedoch in dem ungleich wichtigeren der Besetzung Belgrads. Übrigens ist die sogenannte zweite Sasonowformel, entgegen dem Anschein des russischen Orangebuchs (Nr. 67), weder der deutschen noch der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt worden.

Rußland die Maßnahmen treffen müsse, die sich für die ganze Welt so verhängnisvoll erwiesen haben.

Von seinem Standpunkte aus hatte Sasonow freilich vollkommen recht: Rußland konnte eine Demütigung der Belgrader Regierung nicht zulassen, wenn es Serbien weiter als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn benutzen wollte. Der russische Kriegswille entstand somit nicht spontan unter dem Eindruck des Ultimatums vom 23. Juli, er wurzelte vielmehr in der seit Jahren von Petersburg getriebenen Balkanpolitik.

Daß aber die serbische Frage für Rußland nicht mehr die entscheidende war, nachdem es sich zur allgemeinen Mobilisation entschlossen hatte, hat Sasonow selbst erklärt. Er telegraphierte am 2. August nach London:

> Ein anderer Ausweg wäre mit unserer eigenen Würde gänzlich unvereinbar und würde natürlich das europäische Gleichgewicht durch Befestigung der Hegemonie Deutschlands erschüttern. Dieser europäische und Weltcharakter des Konflikts ist unendlich wichtiger, als der Anlaß, der ihn geschaffen hat (Russisches Orangebuch Nr. 78).

V. Die deutsch-russische Krise

1. Die Gefahren militärischer Maßnahmen

Der deutsche Lokalisierungsvorschlag (Deutsche Dokumente Nr. 100), der am 24. Juli in Paris, London und Petersburg mitgeteilt wurde, schloß mit den Worten: „Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konfliktes, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde". Mit der Möglichkeit eines Eingreifens Rußlands war von vornherein gerechnet worden. Die deutsche Regierung war aber entschlossen, dieser Gefahr mit diplomatischen Mitteln entgegenzutreten, und hat hierzu ihren ursprünglichen Standpunkt (der Nichteinmischung in den austro-serbischen Streit) aufgegeben, sobald feststand, daß eine friedliche Lösung des austro-serbischen Konfliktes nicht möglich sei.

Für die Beurteilung der deutschen Haltung ist wesentlich, daß man in Berlin nicht mit der raschen Ausdehnung des Konfliktes zu einer europäischen Krise rechnete (Deutsche Dokumente Nr. 115, 116, 125). Ungeachtet der Gefahr, die für den Frieden Europas hiermit verbunden war, ergriff jedoch die russische Regierung unmittelbar nach Bekanntwerden des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien weitgehende militärische Maßnahmen. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Am 25. Juli sprach der englische Botschafter Sasonow gegenüber persönlich „die ernste

Hoffnung aus, Rußland werde nicht durch Mobilisierung den Krieg beschleunigen," und „warnte ihn, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland nicht mit bloßer Mobilisierung zufrieden sein, noch Rußland Zeit lassen würde, die seinige auszuführen, sondern wahrscheinlich sogleich den Krieg erklären würde" (Blaubuch Nr. 17). Am 27. Juli ermahnte Buchanan den Minister nochmals, „nichts zu tun, was einen Konflikt beschleunigen könnte" und „den Mobilmachungsukas so lange als möglich hinauszuschieben" (Englisches Blaubuch Nr. 44). Grey hat Lichnowsky, als dieser auf die Gefahren einer russischen Mobilmachung hinwies, wiederholt versichert, daß er einen beruhigenden Einfluß auf Petersburg ausübe (Deutsche Dokumente Nr. 258, 357, 435). Das Blaubuch enthält aber kein einziges Telegramm aus London, das eine Warnung vor der Mobilmachung ausspricht. Auch Oman weiß hierüber nichts zu berichten. Der englische Botschafter in Petersburg hat also lediglich aus eigenem Antriebe gehandelt. Seine Warnungen hörten am 27. Juli auf. Es gibt keinen Anhalt dafür, daß er seine Zusage an Pourtalès vom 28. Juli erfüllt habe, Sasonow die Gefahr der militärischen Maßnahmen vor Augen zu halten (Deutsche Dokumente Nr. 338).

An freundschaftlichen Warnungen von deutscher Seite hat es jedenfalls nicht gefehlt (Deutsche Dokumente Nr. 198, 219, 230, 338, 342, 343, 359, 365, 378, 380, 401). Sie hatten zur Folge, daß Sasonow nicht nur wiederholt die friedlichen Absichten Rußlands betonte und die getroffenen militärischen Maßnahmen in Abrede stellte, sondern auch, daß er am 26. Juli den Kriegsminister beauftragte, den deutschen Militärattaché über die Lage zu beruhigen. Suchomlinow versicherte demgemäß dem Major von Eggeling, daß lediglich Vorbereitungsmaßnahmen getroffen würden, und daß keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Erst wenn Österreich die serbische Grenze überschritte, würden die vier südwestlichen Militärbezirke mobilisiert werden, „unter keinen Umständen aber jene an der deutschen Front" (Deutsche Dokumente Nr. 242). Diese Angaben waren jedoch unzutreffend. Am 26. Juli hatte die Mobilmachung in Südrußland bereits begonnen. Sogar der Befehl, der die Festung Kowno in Kriegszustand versetzte, datiert vom 26. Juli, d. h. zwei Tage vor der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien, — ein Beweis dafür, daß Rußland die Erweiterung seiner militärischen Maßnahmen nicht von der Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen abhängig machte, und daß diese Verhandlungen selbst vornehmlich dem Zwecke dienten, für die in raschem Fortgange befindliche Mobilmachung Zeit zu gewinnen.

Allein die französische Regierung hat es abgelehnt, in Petersburg zu Besonnenheit zu mahnen (Französisches Gelbbuch Nr. 62). Sie gab auch der russischen Regierung bekannt, daß sie dieselbe

nicht zurückzuhalten beabsichtige (Russisches Orangebuch Nr. 28, Englisches Blaubuch Nr. 53, Schlußabsatz). Diese Stellungnahme muß auf die Petersburger Entschließungen ebenso verhängnisvoll gewirkt haben, wie die Zurückhaltung der englischen Flottenreserven, auf die Benckendorff durch Grey am 27. Juli ausdrücklich hingewiesen wurde (Englisches Blaubuch Nr. 47).

2. Die russische Teilmobilmachung

Die am 25. Juli angeordnete Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn wurde am 28. Juli bekanntgegeben (Englisches Blaubuch Nr. 70, I).

Obwohl Österreich - Ungarn nur 8 Korps, und diese ausschließlich gegen Serbien mobilisiert hatte, von einer militärischen Bedrohung Rußlands also keine Rede sein konnte, mobilisierte Rußland 13 Armeekorps allein gegen Österreich-Ungarn. Als Grund hierfür wurde die österreichische Kriegserklärung an Serbien angegeben (Englisches Blaubuch Nr. 70, I). Nachträglich wurden auch die österreichisch-ungarischen Rüstungen und die angebliche „Weigerung des Grafen Berchtold, die Unterhandlungen zwischen Wien und Petersburg fortzusetzen", zur Begründung angeführt (Deutsche Dokumente Nr. 343, 385, ranzösisches Gelbbuch Nr. 95, 101, Russisches Orangebuch Nr. 58, 77).

Bereits die ersten Nachrichten von militärischen Maßnahmen Rußlands haben in Berlin am 26. Juli eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Diese äußerte sich einmal in den bereits erwähnten Mahnungen zur Besonnenheit, die nach Petersburg, London und Paris gerichtet wurden (Deutsche Dokumente Nr. 198, 199, 200, 219). Dann aber auch in dem Telegramm Jagows nach Bukarest mit der leisen Andeutung, daß möglicherweise der Bündnisfall eintreten könnte (Deutsche Dokumente Nr. 214), sowie in seiner Anfrage in Wien nach dem Stand der österreichisch-bulgarischen Verhandlungen (Deutsche Dokumente Nr. 228).

Am 27. Juli scheint die deutsche Regierung weniger unter dem Eindruck des unmittelbaren Bevorstehens einer europäischen Krisis gestanden zu haben. Am 28. Juli wird aber ihre Besorgnis wegen der Mobilmachungsnachrichten aus Rußland deutlich erkennbar. Bis zum Abend dieses Tages waren nicht weniger als fünfzehn Meldungen über russische Kriegsvorbereitungen eingelaufen, die in den Deutschen Dokumenten aufgenommen worden sind (Nr. 194, 216, 230, 242, 255, 264, 266, 274, 275, 276, 281, 291, 294, 295, 296). Wie nicht anders zu erwarten, wurde jetzt auch die Ansicht des Generalstabs gehört. Moltke faßte aber die Lage noch sehr ruhig auf. Er teilte nicht die Wiener Ansicht, daß eine ernste Warnung

in Petersburg angezeigt sei, und machte sich hierin die Auffassung der Reichsregierung zu eigen (Deutsche Dokumente Nr. 281, 299). Auch sein Urteil über die serbische Antwortnote lautete dahin, daß nunmehr jeder Kriegsgrund für Österreich-Ungarn fortfalle (Deutsche Dokumente Nr. 293). Gründe zur Besorgnis blieben aber.

Diese vermehrten sich am 29. Juli mit den immer zahlreicher einlaufenden russischen Mobilmachungsnachrichten, zu denen nunmehr auch Anzeichen französischer Kriegsvorbereitungen traten. Die Beunruhigung in Berlin äußerte sich in einer Warnung nach Petersburg und Paris. Der russischen Regierung wurde mitgeteilt, daß Deutschland durch weiteres Fortschreiten der Mobilmachungsmaßnahmen zur Mobilmachung gezwungen würde, und daß dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde (Deutsche Dokumente Nr. 342). Der Botschafter in Paris wurde angewiesen, darauf aufmerksam zu machen, daß sich Deutschland durch französische Kriegsvorbereitungen zu Schutzmaßregeln gezwungen sehen würde (Deutsche Dokumente Nr. 341). Sonst ist aber bis zum Eintreffen der Nachricht von der russischen Teilmobilmachung nichts von Belang veranlaßt worden.

Eine unmittelbare Bedrohung der Sicherheit Deutschlands bedeutete diese Teilmobilmachung nicht. Die russische Regierung versicherte ferner am 29. Juli sowohl in Petersburg (Russisches Orangebuch Nr. 49, Englisches Blaubuch Nr. 93, II) als auch in Berlin (Deutsche Dokumente Nr. 399, Russisches Orangebuch Nr. 51), daß die militärischen Maßnahmen Rußlands keineswegs gegen Deutschland gerichtet seien. Sasonow hat Pourtalès feierlich beteuert, daß gegen Deutschland nicht das geringste geschehe (Deutsche Dokumente Nr. 343). Zu gleicher Zeit wurden jedoch in den nordwestlichen Gouvernements umfassende Kriegsvorbereitungen getroffen, die ausschließlich Deutschland gelten mußten. Am 28. Juli waren sogar im Hafen von Petersburg die Funkenapparate eines deutschen Dampfers entfernt worden.

Die russische Regierung wurde noch am 29. Juli auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen, welche die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn für die deutsche Vermittlungstätigkeit haben müsse. Das betreffende Telegramm Bethmann Hollwegs lautet:

> Russische Mobilmachung an österreichischer Grenze wird, wie ich annehme, entsprechende österreichische Maßregel zur Folge haben. Wie weit dann die rollenden Steine noch aufzuhalten sind, ist schwer zu sagen, und ich fürchte, daß friedliche Absichten Herrn Sasonows dann nicht mehr verwirklicht werden können. Um, wenn möglich, drohende Katastrophe abzuwenden, wirken wir in Wien darauf hin, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Bestätigung ihrer früheren Versicherung Rußland noch einmal formell erklärt, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien fernliegen und ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung bezwecken, um Serbien zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen.

Gibt Österreich-Ungarn eine solche Erklärung ab, so hat Rußland alles erreicht, was es will. Denn daß Serbien die „verdiente Lektion" erhalten müsse, hat Herr Sasonow Euerer Exzellenz gegenüber selbst zugegeben.

Wir erwarten daher, daß Rußland, falls unser Schritt in Wien Erfolg hat, keinen kriegerischen Konflikt mit Österreich herbeiführt. (Deutsche Dokumente Nr. 380.)

Kaiser Wilhelm machte ebenfalls am 29. Juli den Zaren durch ein persönliches Telegramm auf die verhängnisvolle Wirkung aufmerksam, welche die russische Teilmobilmachung auf die von Deutschland betriebene Vermittlung ausüben müßte (Deutsche Dokumente Nr. 359).

Die russische Regierung ließ sich aber von der planmäßigen Fortsetzung ihrer Kriegsmaßnahmen nicht abbringen. Die dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg in Aussicht gestellte „note explicative", welche die russische Teilmobilmachung rechtfertigen sollte, ist niemals ergangen (Deutsche Dokumente Nr. 378, 723, Österreichisches Rotbuch 1919, III, 19, 71). Die russischen Generäle drängten zum Kriege, der Zar und seine Minister ließen sich von ihnen auf die Bahn unwiderruflicher und verhängnisvoller Maßnahmen treiben.

Die russische Teilmobilmachung, die offensichtlich ganz unerwartet frühzeitig erfolgte, muß der Berliner Regierung den ungeheuren Ernst der Lage plötzlich vor Augen geführt haben. Es sind zwar am 29. Juli keine ernsthaften militärischen Maßnahmen getroffen worden, doch erfolgten am 29. und 30. Juli politische Schritte von Bedeutung.

Bekanntlich fand am 29. Juli abends in Potsdam eine Beratung statt. Wie die Lage beurteilt wurde, ist aus dem ersichtlich, was anschließend geschah. Bethmann Hollweg ließ den englischen Botschafter kommen und machte ihm ein Angebot für die Neutralität Englands (Deutsche Dokumente Nr. 373, Englisches Blaubuch Nr. 85). Dieser Schritt erfolgte ohne Kenntnis der Erklärung Greys an Lichnowsky, England werde im Fall eines europäischen Konfliktes nicht neutral bleiben (Deutsche Dokumente Nr. 368). Er zeugt von einer so weitgehenden Verkennung der tatsächlichen Haltung Englands, daß man selbst unter Berücksichtigung der Irreführung durch London annehmen könnte, daß die russische Teilmobilmachung an diesem Abend eine gewisse Kopflosigkeit zur Folge hatte. Um so bemerkenswerter ist es, daß keine militärischen Maßnahmen von Bedeutung angeordnet worden sind.

Ebenfalls an diesem Abend gingen eine Reihe der oben besprochenen Mahnungen zum Einlenken nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 377, 384, 385, 395, 396). Ebenso die Mitteilung nach Petersburg und London, daß deutscherseits die Vermittlung weiter betrieben werde (Deutsche Dokumente Nr. 392, 393, 397).

Ferner wurde das Ultimatum an Belgien in einem verschlossenen Umschlag nach Brüssel gesandt (Deutsche Dokumente Nr. 375, 376). Es sollte hier gewissermaßen auf Eis liegen. Die Regierung behielt es in ihrer Hand, diesen Erlaß zurückzuziehen, ohne daß sein Inhalt auch nur zur Kenntnis des Gesandten gelangte, wenn der Lauf der Ereignisse sich günstig entwickelte. Dieses Ultimatum ist bereits am 26. Juli von Moltke entworfen worden. Es gehörte offensichtlich zu den Mobilmachungsvorbereitungen des Generalstabs. Wie wenig das Auswärtige Amt auf einen Krieg gerüstet war, sieht man daran, daß es seinerseits keine Vorbereitungen für einen Durchmarsch durch Belgien getroffen hatte und auch in den folgenden Tagen bei den Verhandlungen mit London niemals auf die frühere Haltung Englands in dieser Frage hingewiesen hat. Infolgedessen konnte die englische Regierung die Verletzung der belgischen Neutralität als Hauptgrund für ihren Eintritt in den Krieg hinstellen.

Am 29. Juli wurde ferner ein Telegramm nach Kopenhagen gesandt, das die Möglichkeit eines europäischen Krieges vorsieht (Deutsche Dokumente Nr. 371), ebenso wie eine Weisung nach Stockholm vom 30. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 406). Dagegen wurde auf die Bitte des rumänischen Gesandten, rechtzeitig von dem etwaigen Eintritt des Bündnisfalles verständigt zu werden, nichts veranlaßt (Deutsche Dokumente Nr. 351). Vielmehr wurde dem König Carol nahegelegt, im Sinne des Friedens auf Petersburg einzuwirken (Deutsche Dokumente Nr. 389). Erst in einem Telegramm an den König vom 31. Juli appellierte der Kaiser an Rumäniens Vertragstreue (Deutsche Dokumente Nr. 472). Tatsächlich ist aber schon am 30. Juli nicht mehr auf Rumänien gerechnet worden (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 456).

Am 29. Juli beurteilte auch der deutsche Generalstab die Lage ungünstig. In seiner Denkschrift (Deutsche Dokumente Nr. 349), die vor der amtlichen Bestätigung der russischen Teilmobilmachung geschrieben worden ist, sah er voraus, daß das Vorgehen Rußlands notwendig die Gesamtmobilmachung in Österreich-Ungarn zur Folge haben werde. Dies bedeute den österreichisch-russischen Konflikt, der für Deutschland den Bündnisfall mit sich bringe und die Mobilmachung nach sich ziehe. Diese wiederum werde die allgemeine Mobilmachung in Rußland und, wegen der franko-russischen Allianz, auch in Frankreich zur Folge haben. Mit der Möglichkeit, daß Rußland ohne äußeren Anlaß und Notwendigkeit zur allgemeinen Mobilmachung schreiten werde, ist trotz der Maßnahmen an der deutschen Grenze offenbar in Berlin kaum gerechnet worden. Den russischen Friedensbeteuerungen wurde wohl noch immer Gewicht beigemessen.

Die deutsche Regierung hat aus ihrer Beurteilung der Lage und aus ihren Besorgnissen kein Hehl gemacht. Der französische Botschafter berichtete am 30. Juli über eine Unterredung, die der Vertreter einer „neutralen" Macht am Morgen dieses Tages mit dem Staatssekretär des Äußeren hatte:

Herr von Jagow sagte ihm, daß der Ministerrat, der gestern abend (29. Juli) in Potsdam zusammen mit den militärischen Stellen unter dem Vorsitz des Kaisers im Anschluß an die Meldung der russischen (Teil-) Mobilmachung abgehalten wurde, nichts endgültiges beschlossen habe. Der Unterstaatssekretär fügte hinzu, er fürchte, Österreich werde infolge der russischen Teilmobilmachung selbst mobilisieren, was als Rückwirkung die russische Gesamtmobilmachung und als weitere Folge die deutsche Mobilisierung nach sich ziehen könne. Diese Rückwirkung sei es, die man vermeiden müsse. Herr von Jagow habe ihm versichert, daß er keineswegs an der Erhaltung des Friedens verzweifle. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 43.)

Am 30. Juli nahm, wie die Deutschen Dokumente zeigen, in Berlin die Besorgnis zu. Bethmann Hollweg ließ Grey bitten, Frankreich zu bewegen, seine Kriegsvorbereitungen anzuhalten, und in Petersburg die Annahme seiner eigenen Vorschläge durchzusetzen. Mit einem russischen Vorgehen gegen Deutschland scheint man noch immer nicht gerechnet zu haben; denn England wird nur aufgefordert, einen russischen Aufmarsch gegen die österreichische Grenze zu verhindern. (Deutsche Dokumente Nr. 409.) Gleichzeitig richtete der eben erst aus London zurückgekehrte Prinz Heinrich, wohl im Auftrage des Kaisers, einen Appell an den König von England, der den gleichen Gedankengängen folgte: Wenn der Frieden erhalten bleiben solle, müßten die Kriegsvorbereitungen in Frankreich und Rußland angehalten werden (Deutsche Dokumente Nr. 417). Auch wandte sich der Kaiser nochmals an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 420). Ferner telegraphierte er an den Kaiser Franz Joseph und drang auf die Annahme der deutschen Vermittlungsvorschläge (Deutsche Dokumente Nr. 437).

In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 30. Juli bezeichnete Bethmann Hollweg die Lage als nicht aussichtslos. „Als Politiker gäbe er ... die Hoffnungen und Bemühungen auf Erhaltung des Friedens noch nicht auf." (Deutsche Dokumente Nr. 456.)

Im Laufe des 30. Juli sind auch Meldungen eingegangen, die die Lage wieder hoffnungsvoller erscheinen ließen. Die Wiener Regierung begann einzulenken (Deutsche Dokumente Nr. 432, 433, 448). Die englische Regierung stellte ihre Einwirkung auf Petersburg in Aussicht (Deutsche Dokumente Nr. 435). Ihr Versuch hierzu fiel allerdings äußerst unbefriedigend aus (Deutsche Dokumente Nr. 460). Die Haltung Rußlands war nach wie vor bedrohlich. Sasonow blieb unnachgiebig, versprach aber, daß Feindseligkeiten

gegen Österreich-Ungarn einstweilen unterbleiben würden (Deutsche Dokumente Nr. 449).

Das Gesamtbild der Lage stellt ein Wettrennen zwischen den russischen Rüstungen und der deutschen Vermittlungstätigkeit dar. Die Aussichten für Deutschland waren angesichts der Kriegstreibereien in Petersburg von vornherein sehr gering. Berlin hat aber Wien immer wieder angestachelt, das erforderliche Entgegenkommen zu beweisen. England dagegen trieb zwar Deutschland zu einer erhöhten Vermittlungstätigkeit an, machte aber von seinem Einfluß auf Petersburg nur den denkbar geringsten Gebrauch. Grey sah dem Rennen gespannt zu, es war ihm aber offenbar gleichgültig, wie es auslief. Frankreich verhielt sich bestenfalls passiv. Da Wien zu einem weitgehenden Entgegenkommen nicht bereit war, mußte der russische Kriegswille siegen. Es mag sein, daß das Rennen von vornherein aussichtslos gewesen ist. Die deutsche Regierung hat sich aber trotzdem bis zuletzt um die Erhaltung des Friedens bemüht. Auch waren ihre Maßnahmen im wesentlichen zweckmäßig und erfolgversprechend, was sich von den englischen Schritten in diesen letzten Tagen nicht sagen läßt (vgl. Englisches Blaubuch Nr. 111). Daß man in Berlin den Weltkrieg nicht wollte, geht aus diesem Abschnitt der Verhandlungen so deutlich hervor, daß sich jede Ausführung hierzu erübrigt. Man darf aber auch anerkennen, daß nahezu nichts unversucht gelassen wurde, was den Frieden erhalten konnte.

3. Die russische Gesamtmobilmachung

Am 29. Juli mittags teilte Sasonow dem deutschen Botschafter mit, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn beschlossen sei und in wenigen Stunden veröffentlicht werden solle. Der Botschafter bezeichnete diesen Schritt als für den Frieden äußerst gefährlich und wies, wie er dies schon wiederholt an den vorhergehenden Tagen getan hatte, darauf hin, daß die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn sich auch gegen Deutschland richte, da Deutschlands vertragsmäßige Verpflichtungen gegen diese Macht allgemein bekannt seien (Deutsche Dokumente Nr. 343).

Noch am gleichen Tage wurde jedoch die Gesamtmobilmachung beschlossen*). Mit dem Befehl des Zaren in der Tasche, versicherte der russische Generalstabschef um 3 Uhr nachmittags dem deutschen Militärattaché, in den militärischen Vorkehrungen Rußlands sei keine Änderung eingetreten. Nirgends sei bisher eine Mobilmachung erfolgt und werde auch an den deutschen Grenzen nicht beabsichtigt (Deutsche Dokumente Nr. 370).

*) René Puaux, Les Etudes de la Guerre, Heft 2, S. 131. (Amtliche russische Mitteilung vom 5. September 1917.)

Abends zwischen 6 und 7 Uhr warnte der deutsche Botschafter gemäß dem Telegramm vom selben Tage (Deutsche Dokumente Nr. 342) erneut vor den Folgen einer Mobilmachung (Deutsche Dokumente Nr. 378). Sasonow hat diese Mitteilung sehr erregt entgegengenommen und sie, obwohl ihr Inhalt genau mit den früheren Warnungen übereinstimmte, als Drohung ausgelegt, die er als Rechtfertigung der bereits beschlossenen Mobilmachung gegen Deutschland zu benutzen suchte. Er telegraphierte nach Paris und London:

Der deutsche Botschafter erklärte mir heute den Beschluß seiner Regierung, die eigene Mobilisierung durchzuführen, wenn Rußland die von ihm betriebenen militärischen Vorbereitungen nicht einstellt. Indessen sind diese von uns nur infolge der bereits stattgefundenen Mobilisation von acht Korps in Österreich und infolge der offenbaren Unlust des letzteren, auf irgendwelche Weise der friedlichen Beilegung des eigenen Streites mit Serbien zuzustimmen, vorgenommen worden.

Da wir den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen können, bleibt es uns nur übrig, unsere Bewaffnung zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. Wollen Sie die französische Regierung davon in Kenntnis setzen und ihr gleichzeitig unseren aufrichtigen Dank aussprechen für die mir gegenüber im Namen der französischen Regierung erfolgte Erklärung des französischen Botschafters, daß wir im vollen Maße auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist diese Erklärung für uns besonders wertvoll. Es wäre äußerst wünschenswert, daß auch England, ohne Zeit zu verlieren, sich Frankreich und Rußland anschließt, denn nur auf diese Weise wird es ihm gelingen, die gefährliche Störung des europäischen Gleichgewichts abzuwenden. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919, Russisches Orangebuch Nr. 58.)

Ebenso wie er dem Verbündeten gegenüber den Sachverhalt fälschte, um den Eintritt des Bündnisfalles auch formell herbeizuführen, gab Sasonow dem Zaren eine falsche Darstellung der Erklärung des deutschen Botschafters. Dies geht deutlich aus dem Telegramm des Zaren an den Kaiser vom 29. Juli abends hervor, in dem es heißt: „Danke für Dein versöhnliches und freundschaftliches Telegramm. Dagegen war die heute von Deinem Botschafter meinem Minister übergebene offizielle Mitteilung in einem ganz anderen Tone gehalten." (Deutsche Dokumente Nr. 366.) Der Unterschied bestand lediglich in der Auslegung Sasonows, nicht im Wortlaut der Telegramme. Denn abgesehen davon, daß dienstliche Telegramme naturgemäß anders stilisiert werden als persönliche Mitteilungen regierender Herrscher, besteht kein Widerspruch zwischen der Warnung, „daß weiteres Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde, und daß dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde", und den Worten Kaiser Wilhelms: „Natürlich würden militärische Maßnahmen von seiten Rußlands, die Österreich als Drohung ansehen würde, ein Unheil beschleunigen, das wir beide

zu vermeiden wünschen, und meine Stellung als Vermittler gefährden...". Das Telegramm des Kaisers enthält sogar eine weitergehende Mahnung als das des Kanzlers.

Der Zar ist anscheinend von Anfang der Krise an zum Kriege gedrängt worden. Bereits am 29. Juli telegraphierte er dem Kaiser: „Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden." (Deutsche Dokumente Nr. 332.) Noch am gleichen Tage erlag er dem Druck und genehmigte die Gesamtmobilmachung. Abends ging dann in Petersburg das Telegramm ein, in dem der Kaiser erklärte, daß er den Wunsch des Zaren nach Erhaltung des Friedens teile, und daß die deutsche Regierung ihre Bemühungen fortsetze, eine direkte Verständigung zwischen Petersburg und Wien zu fördern (Deutsche Dokumente Nr. 359). Die Wirkung dieses „versöhnlichen und freundschaftlichen Telegramms" auf den Zaren ist aus den Verhandlungen des Suchomlinowprozesses bekannt. Der Zar rief in der Nacht vom 29. zum 30. Juli sowohl den Kriegsminister wie auch den Generalstabschef telephonisch an, und befahl, die allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen und es bei der Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn bewenden zu lassen. Die beiden Generäle beschlossen, diesem Befehl nicht Folge zu leisten. Zusammen mit Sasonow stimmten sie am folgenden Tage den Zaren um, und die Gesamtmobilmachung nahm ihren Fortgang. Der russische Generaladjutant Fürst Trubetzkoi erklärte am 30. Juli dem General von Chelius, das Telegramm des Kaisers habe einen tiefen Eindruck auf den Zaren gemacht, aber dieser könne leider nichts mehr ändern, denn die Mobilisierung gegen Österreich sei bereits befohlen worden, und Sasonow habe wohl den Zaren überzeugt, daß ein Zurückweichen nicht mehr möglich sei (Deutsche Dokumente Nr. 445). Doch sagte er nichts von einer allgemeinen Mobilmachung. Pourtalès berichtete ebenfalls am 30. Juli, „daß das Telegramm des Kaisers seine Wirkung auf den Zaren nicht verfehlt habe, daß aber Sasonow eifrig bemüht sei, daran zu arbeiten, daß der Zar fest bleibe". (Deutsche Dokumente Nr. 401.) Die Gesamtmobilmachung wurde den 30. Juli über geheim gehalten. Sasonow verhandelte mit dem deutschen Botschafter über die Vermittlung in Wien und stellte die bekannte Formel auf, die in ihrer Anmaßung bereits von den Entschlüssen zeugte, die jede Vermittlungstätigkeit vereiteln sollten. Die allgemeine Mobilmachung verschwieg er.

Diese Geheimhaltung des Mobilmachungsbeschlusses ist vielleicht auf den Rat Viviani's vom 30. Juli zurückzuführen, „bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen unmittelbar keinerlei Anordnungen zu treffen, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würden".

(Französisches Gelbbuch Nr. 101.) Im gleichen Sinne berichtet Iswolski unter Nr. 210, ebenfalls am 30. Juli:

Margerie (Direktor im Ministerium des Äußern), den ich eben gesprochen habe, sagte mir, die französische Regierung, die sich keineswegs in unsere militärischen Vorbereitungen einmischen will, würde in Anbetracht der fortgesetzten Verhandlungen wegen Wahrung des Friedens es für äußerst wünschenswert halten, daß diese Vorbereitungen einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter tragen. Der Kriegsminister, der denselben Gedanken entwickelte, sagte seinerseits Graf Ignatjew (dem russischen Militärattaché), wir könnten erklären, daß wir im höchsten Interesse des Friedens bereit seien, die Mobilisationsmaßnahmen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, die militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und sie sogar zu verstärken, indem wir uns nach Möglichkeit der Massentruppentransporte enthalten. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Dieser Freundesrat blieb aber unbeachtet. Am 31. Juli früh prangten die Mobilmachungsanschläge an allen Straßenecken Petersburgs. Jeder Zweifel war nunmehr ausgeschlossen, und der deutsche Botschafter meldete die Tatsache der allgemeinen Mobilmachung nach Berlin (Deutsche Dokumente Nr. 473). Zugleich unternahm er von sich aus Schritte, um die Rückgängigmachung dieses verhängnisvollen Befehls zu erwirken (Deutsche Dokumente Nr. 535, 539). Diese Schritte hatten keinen Erfolg.

Die russische Regierung suchte auch jetzt noch die Tatsache der Gesamtmobilmachung im Ausland geheim zu halten, vermutlich, um die deutschen Gegenmaßnahmen als eine Herausforderung hinstellen zu können, wie dies in Frankreich mit Erfolg geschehen ist. Asquith erklärte am 31. Juli im Unterhaus: „Wir haben soeben, nicht aus Petersburg, sondern aus Deutschland erfahren, daß Rußland eine allgemeine Mobilmachung seines Heeres und seiner Flotte verkündet hat." (Deutsche Dokumente Nr. 576; vgl. auch Nr. 518). Sogar der russische Botschafter in Berlin war ohne Nachricht (Belgisches Graubuch, II, Nr. 20). Nur in Paris wußte man Bescheid. Abends um 7 Uhr erklärte zwar die französische Regierung, noch keine Kenntnis der Mobilmachung zu haben (Deutsche Dokumente Nr. 528, Französisches Gelbbuch Nr. 117). Aber diese Angabe war erlogen. Denn Iswolski hat am 31. Juli berichtet, am Morgen sei ein Telegramm von Paléologue eingetroffen, „das die volle Mobilisation der russischen Armee ohne jede Ausnahme bestätigt". (Prawda Nr. 7, vom 9. März 1919.)

Von den zahlreich einlaufenden Mobilmachungsmeldungen der Botschaft und der Konsulate in Rußland abgesehen, war die deutsche Regierung auf die russische Gesamtmobilmachung nicht vorbereitet. Der Kaiser äußerte am 1. August zum österreichisch-ungarischen Legationsrat Graf Larisch, „daß die Tatsache der allgemeinen Mobilmachung Rußlands ihn vollkommen überrascht hätte". (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 84.) Sasonow hat niemals

von dieser Möglichkeit gesprochen. Russischerseits war vielmehr wiederholt versichert worden, daß eine Mobilmachung gegen Deutschland nicht in Frage komme. Dieser Umstand ist wesentlich zur Beurteilung der russischen Absichten, und zweifellos wird man damals in Berlin gerade aus der Unaufrichtigkeit dieser Erklärungen den Kriegswillen Rußlands gefolgert haben. Während die Teilmobilisation russischerseits nach Berlin mitgeteilt und dort begründet bzw. entschuldigt wurde, erfolgte keinerlei Erklärung über die allgemeine Mobilmachung. Es wurde der deutschen Regierung überlassen, ihre eigenen — freilich sehr naheliegenden — Schlüsse zu ziehen. Die russische Regierung hat diesen Schritt niemals angekündigt und, selbst als er aller Welt bekannt war, mit keinem Worte Deutschland gegenüber erläutert.

Für Rußland und seine Verbündeten ist es immer eine Ursache größter Verlegenheit gewesen, daß sich die russische Gesamtmobilmachung in keiner Weise vor den Augen der Welt rechtfertigen ließ. Die österreichisch-ungarische Gesamtmobilmachung erfolgte später als die russische. Der Hinweis auf bedrohliche deutsche Maßnahmen, die vorangegangen wären (Deutsche Dokumente Nr. 459, 462, Englisches Blaubuch Nr. 113, Französisches Gelbbuch Nr. 118), war von vornherein unglaubwürdig und konnte nicht aufrecht erhalten werden. Schon während des Weltkrieges hat die Anklagepropaganda des Feindbundes immer daran gekrankt, daß die Gesamtmobilmachung Rußlands den Ausbruch des Krieges verschuldet hat, und daß diese Maßnahme lediglich vom Willen zum Kriege diktiert war. Da keinerlei Rechtfertigung gelingen wollte, hat man auf seiten des Feindbundes versucht, den Petersburger Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung auf ein Extrablatt zurückzuführen, das am 30. Juli mittags vom Berliner Lokal-Anzeiger herausgegeben wurde und die bekannte Falschmeldung von der Mobilisierung des Heeres und der Flotte Deutschlands enthielt. Viscount Grey of Fallodon (Sir E. Grey) hat am 23. Oktober 1916 in einer Ansprache an fremde Pressevertreter erklärt: „Rußland hat die Mobilmachung, über die sich Deutschland beschwerte, erst verfügt, ... als in Deutschland eine Meldung über die deutsche Mobilmachung verbreitet und nach Petersburg telegraphiert worden war". Damit hat er den Eindruck hervorrufen wollen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Falschmeldung des Lokal-Anzeigers und dem russischen Mobilmachungsbefehl bestanden hätte. Nun läßt sich aber nachweisen, daß das durch die Falschmeldung veranlaßte Telegramm des russischen Botschafters (Russisches Orangebuch Nr. 61) erst in Petersburg eingetroffen sein kann, nachdem der Zar den einmal widerrufenen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung bereits endgültig bestätigt hatte, also einen vollen Tag nach dem tatsächlichen Beginn dieser Mobilmachung.

Der vom russischen Botschafter abgesandte Widerruf seiner ersten Meldung (Russisches Orangebuch Nr. 62, ebenso wie ein noch zeitiger abgegangenes Telegramm in offener Sprache) ist zudem höchst wahrscheinlich früher in Petersburg eingetroffen, als seine Falschmeldung*). Russischerseits hat man sich auch niemals auf dieses Extrablatt berufen. Sasonow ist nicht darauf zu sprechen gekommen, obwohl er noch dreimal mit dem deutschen Botschafter zusammenkam. Der Zar hat es weder Pourtalès gegenüber noch in seinem Telegramm an den König von England vom 1. August erwähnt, obwohl auch er sicherlich gerne einen Grund angegeben hätte, der seinen verhängnisvollen Schritt rechtfertigen könnte. Überdies läßt sich der Nachweis führen, daß Grey seine Anschuldigung wider besseres Wissen erhoben hat. Es ist für diesen Staatsmann bezeichnend, daß seine Erklärung zwar dem Buchstaben nach richtig war (wenn man sie auf die endgültige Genehmigung der Mobilmachung, nicht auf ihren tatsächlichen Beginn bezieht), die von ihm erweckte Vorstellung aber bewußt falsch.

Einzelne unserer Gegner haben versucht, Deutschland eine „heimliche Mobilmachung" nach russischem Muster anzudichten. Selbst die Schuldkommission der Pariser Friedenskonferenz hat sich diese ganz unhaltbare Behauptung zu eigen gemacht. Von Verschwörungen und eigenmächtigen Handlungen militärischer Stellen ist auch in anderen Darstellungen die Rede. Sie setzen eine völlige Unkenntnis deutscher Verhältnisse und der technischen Seite der Frage voraus. Die Mobilmachung des deutschen Heeres beruhte auf den Bestimmungen des Mobilmachungsplanes und vollzog sich auf Grund der eingehenden, auf ihn gestützten Vorarbeiten aller militärischen und der in Betracht kommenden zivilen Stellen. Der Befehl zur Mobilmachung mußte durch den Kaiser selbst erfolgen. Der Kriegsminister hatte den Befehl weiterzugeben und war für seine Durchführung verantwortlich. Die Behauptung, daß in Deutschland eine „heimliche" Mobilmachung ohne Wissen des Kaisers und der verantwortlichen politischen Stellen stattgefunden habe, bedarf keiner weiteren Widerlegung. Aber auch die Vorstellung, daß die berufenen Stellen schon vor der amtlichen Bekanntgabe heimlich mit der Mobilmachung begonnen hätten, ist sinnlos und unbegründet. Bei der Stärke eines modernen Heeres, das auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut ist, muß die Mobilmachung auf breitester Grundlage erfolgen. Für Deutschland kam, infolge seiner geographischen Lage mit wenigstens zwei bedrohten Fronten, die Notwendigkeit hinzu, von vornherein die Kräfte des Landes in weitgehendem Maße in Anspruch zu nehmen. Die Wir-

*) Siehe die ausführlichen Darlegungen von Montgelas im Berliner Tageblatt vom 7. und 15. Juli 1921.

kung einer solchen Mobilmachung auf das gesamte Wirtschaftsleben des Staates ist naturgemäß so einschneidend und lähmend, daß sich ihr tatsächlicher Beginn nicht in Heimlichkeit vollziehen kann, selbst wenn die Nachrichtenübermittlung in das Ausland gleichzeitig weitgehend unterbunden würde. Denn diese letztere Maßnahme müßte Aufsehen erregen und durch sich selbst verraten, was sie verbergen wollte.

Ein glatter, schneller Verlauf der Mobilmachung gewährt einen Vorsprung über den Gegner und damit die Möglichkeit, die Feindseligkeiten früher zu eröffnen. Das kann für den ganzen späteren Verlauf des Krieges von einschneidender Bedeutung sein. Dieses glatte Abspielen der Mobilmachung muß somit durch eingehende Maßnahmen bis ins kleinste vorbereitet sein. Geordnete Verwaltungsverhältnisse und gesunder Staatsorganismus erleichtern sie. Je besser und reibungsloser der Gang der Maschine gewährleistet ist, desto länger kann der Beginn der Mobilmachung ohne Nachteil hinausgeschoben werden gegenüber Gegnern, die auf Grund innerer Verhältnisse ihre Vorbereitungen lückenhafter getroffen haben oder für die Durchführung der Mobilmachung mehr Zeit gebrauchen und mehr Reibungen zu überwinden haben.

Es gibt im Laufe des militärischen Ausbildungsjahres Zeiten, die eine Mobilmachung erschweren, z. B. die Zeit der Rekrutenausbildung, die Übungen größerer Verbände auf Truppen-Übungsplätzen, die Abwesenheit der Truppen aus ihren Standorten anläßlich der Herbstübungen. Dementsprechend gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die bezwecken, den für die Mobilmachung günstigen Normalzustand herbeizuführen: die Rückberufung der Urlauber, das Abbrechen von Übungen außerhalb der Garnisonen, die Rückkehr der Truppen in ihre Standorte. Diese Maßnahmen bedeuten aber noch keine Mobilmachung. Ferner kann der Verlauf der Mobilmachung durch feindliche Einwirkungen gestört oder verlangsamt werden, z. B. durch plötzlichen Überfall, durch Zerstörung von Eisenbahnkunstbauten u. a. m. Diesen Störungen durch Bewachung wichtiger Bahnbauten usw. und durch verstärkte Grenzüberwachung vorzubeugen, ist von Wichtigkeit. Aber auch diese Maßnahmen sind lediglich vorbeugender Art.

Selbst die Anwendung der im vorstehenden geschilderten Maßnahmen muß vorher organisiert werden. Das hat in Deutschland dazu geführt, für den Fall starker politischer Spannung den Eintritt der „Drohenden Kriegsgefahr" vorzusehen. Wenn also politische Gründe für die Möglichkeit eines baldigen Kriegsausbruches sprachen, bedurfte es nur des Befehls „Drohende Kriegsgefahr", um das Inkrafttreten der oben angedeuteten Maßnahmen zu veranlassen. Andere Länder hatten entsprechende Einrichtungen.

Bei dem hohen Stande der deutschen Mobilmachungsvorbereitungen konnte die Ausführung der geplanten Maßnahmen ohne Bedenken hinausgeschoben werden, bis die Absicht der Gegner einwandfrei festgestellt war. Dies ist 1914 geschehen. Aus der im Anhang beigefügten Mobilmachungstabelle geht hervor, daß Deutschland die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen und die Mobilmachung selbst wesentlich später als seine Nachbarn angeordnet hat.

Durch die allgemeine Mobilmachung in Rußland wurde die deutsche Regierung vor eine schwere Entscheidung gestellt. Nicht nur Rußland hatte mobilisiert, auch in Frankreich waren die Kriegsvorbereitungen weit vorgeschritten. Deutschland hatte seinerseits lediglich Maßnahmen vorbeugender Art getroffen. Es waren (am 29. Juli) die Truppen von den Übungsplätzen in ihre Garnisonen zurückbeordert und die Urlauber zurückberufen worden. Am 30. Juli wurde mit der Aufstellung des Grenzschutzes begonnen. Keinerlei Mobilmachungsbefehl war ergangen. Nunmehr wurde, am 31. Juli mittags, „Drohende Kriegsgefahr" verkündet und Rußland in einem mit zwölf Stunden befristeten Ultimatum aufgefordert, seine Kriegsmaßnahmen einzustellen (Deutsche Dokumente Nr. 490). Es erschien notwendig, von der russischen Regierung hierbei auch die Einstellung der gegen Österreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen zu verlangen, um der Antwort vorzubeugen, die Mobilmachung sei lediglich gegen Österreich gerichtet (Jagow zu Goschen, Englisches Blaubuch Nr. 121). Da aus Petersburg keinerlei Antwort einging, wurde der deutsche Botschafter am 1. August angewiesen, den Krieg zu erklären (Deutsche Dokumente Nr. 542). Diesen Auftrag führte er am 1. August, 7 Uhr abends, aus (Deutsche Dokumente Nr. 588, Russisches Orangebuch Nr. 76).

Es hat niemals irgendein Zweifel darüber bestehen können, daß die Gesamtmobilmachung der russischen Armee den Krieg mit Deutschland bedeuten würde. Auch im Lager unserer Gegner urteilte man nicht anders.

Die Schöpfer der französisch-russischen Militärkonvention waren sich von Anfang an klar darüber, daß „auf die Mobilmachung in Frankreich und in Rußland sofort entscheidende Taten, kriegerische Handlungen folgen müßten, die Mobilmachung sei mit einem Worte untrennbar von einem Angriff". (L'Alliance franco-russe Nr. 42, Anlage.) Nach dem französischen Gelbbuch über die französisch-russische Allianz (Nr. 71) erklärte der französische General Boisdeffre am 18. August 1892 bei den Verhandlungen über die Militärkonvention dem Zaren Alexander III., daß die Mobilmachung der Kriegserklärung gleichkomme. Mobilisieren heiße, seinen Gegner zwingen, das gleiche zu tun. Die Mobilmachung habe die Ausführung der strategischen Transporte und der Truppenzu-

sammenziehungen zur Folge. Eine Million Mann an seiner Grenze mobilisieren lassen, ohne gleichzeitig dasselbe zu tun, hieße sich jeder Möglichkeit der Sicherung begeben. Es hieße sich in die Lage eines Menschen zu versetzen, der mit einer Pistole in der Tasche sich die seines Nachbarn an die Stirn drücken ließe, ohne die seine hervorzuziehen. Der Zar Alexander pflichtete dieser Auffassung bei. Im Artikel 2 der französisch-russischen Militärkonvention von 1892 verpflichten sich die Verbündeten: sofort, gleichzeitig und vollständig zu mobilisieren, sobald der Dreibund oder eines seiner Mitglieder mobilmache, und alsbald an den Grenzen aufzumarschieren. Im Artikel 3 wird dann die Stärke der Truppen bestimmt, die beiderseits gegen Deutschland (sic!) aufzubieten sind. Anschließend heißt es dann: „Die Streitkräfte sind ungesäumt zu entscheidendem Kampfe einzusetzen (ces forces s'engageront à fond, en toute diligeance), so daß Deutschland (sic!) gezwungen wird, zugleich im Osten und Westen zu kämpfen". (3. Französisches Gelbbuch, L'Alliance franco-russe, Nr. 71.) Hier ist wiederum gesagt, ja sogar vertraglich festgelegt: Mobilmachung ist Krieg. Die russische oder die französische Mobilmachung hatte für Deutschland den sofortigen Krieg auf zwei Fronten gleichzeitig zur Folge.

Der Aufmarsch der zahlenmäßig weit überlegenen russischen Streitkräfte bedeutete eine Bedrohung, welche die deutsche Regierung niemals und unter keinen Umständen untätig mit ansehen konnte. Es mußten in solchem Falle unbedingt Gegenmaßregeln getroffen werden, und diese Gegenmaßregeln konnten nur in einem kriegerischen Vorgehen bestehen. Denn, wie der ganzen Welt bekannt war, lag die Überlegenheit der deutschen Armee in ihrer größeren Beweglichkeit. Die Sicherheit des Reiches beruhte auf der schnellen Mobilmachung. Die Aussicht der deutschen Truppen, den Millionenheeren des Zaren erfolgreich zu begegnen, begründete sich mit der Möglichkeit, sie nach rascher vollzogenem Aufmarsch zu schlagen, ehe sie vollständig zusammengezogen waren. Dies wußte alle Welt.

Rußland war es bekannt. Um Deutschland gegenüber einen möglichst großen Vorsprung zu gewinnen, wurde die Tatsache der Mobilmachung zunächst ängstlich geheim gehalten. Die diplomatischen Verhandlungen scheinen zum sehr großen Teil den Zweck verfolgt zu haben, die militärischen Vorbereitungen Rußlands zu verschleiern. Dementsprechend heißt es in dem „Protokoll einer besonderen Beratung über die vorbereitenden Kriegsarbeiten bezüglich Organisation des rückwärtigen Dienstes an der Südwestfront gemäß Plan A", Petersburg, den 8. November 1912:

Es ist unbedingt erforderlich, daß die Anordnung, die Verkündung der Mobilmachung sei auch die Verkündung des Krieges, geändert wird. Eine

solche Anordnung kann zu schweren Mißverständnissen in den Beziehungen zu denjenigen Mächten führen, mit denen auf Grund dieser oder jener politischen Umstände Krieg oder die Eröffnung der Feindseligkeiten wenigstens nicht gleich von Anfang an, beabsichtigt ist.

Andererseits kann es sich als vorteilhaft erweisen, den Aufmarsch zu vollziehen, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen müssen hierbei durch diplomatische Scheinverhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern.

Wenn solche Maßnahmen die Möglichkeit geben, einige Tage zu gewinnen, so müssen sie unbedingt ergriffen werden. („Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg", Anlage 5.)

In seinen Erinnerungen (S. 260) gibt Paléologue den dramatischen, aber höchstwahrscheinlich apokryphen Wortlaut des Gespräches zwischen dem Zaren und Sasonow wieder, das am Nachmittag des 30. Juli der endgültigen Genehmigung der allgemeinen Mobilmachung vorangegangen ist. Beide Teilnehmer sind sich vollkommen klar darüber, daß dieser Schritt den Krieg bedeutet.

In Frankreich haben sich Politiker und Militärschriftsteller seit Begründung des Zweibundes mit jener Frage beschäftigt, und Milliarden französischen Geldes sind allein zu dem Zwecke verausgabt worden, die russische Mobilmachung zu beschleunigen.

In England war man sich über diese Lage der Dinge nicht weniger im klaren. Der englische Botschafter hat, wie bereits erwähnt, am 25. Juli Sasonow die ernste Hoffnung ausgesprochen, Rußland werde nicht durch Mobilisierung den Krieg beschleunigen. Er warnte ihn, wie das englische Blaubuch (Nr. 17) angibt, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland nicht mit bloßer Mobilisierung zufrieden sein, noch Rußland Zeit lassen werde, die seinige auszuführen, sondern wahrscheinlich sogleich den Krieg erklären werde.

Die deutsche Regierung hat über ihre Haltung im Falle einer russischen Mobilmachung von Anfang an keinen Zweifel gelassen und frühzeitig darauf hingewiesen, daß eine derartige Bedrohung der Sicherheit des Reiches nicht nur allen Verhandlungen ein Ende bereiten, sondern auch unabwendbar zum Kriege führen müsse. Auf die ersten sicheren Nachrichten von russischen Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze hin hat der Reichskanzler den Botschaftern in Petersburg, Paris und London am 26. Juli jene inhaltlich gleichlautenden Telegramme gesandt (Deutsche Dokumente Nr. 198, 199, 200), in denen er auf die ernsten Folgen hinwies, die ein derartiges Vorgehen haben müsse. Frankreich und England wurden gebeten, einen beruhigenden Einfluß auf Rußland auszuüben. In einem weiteren Telegramm nach Petersburg vom gleichen Tage heißt es wörtlich: „Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg." (Deutsche Dokumente Nr. 219.)

Der französische Botschafter hat bereits am 29. Juli nach Paris berichtet, der russische Generalstab nehme an, daß der deutsche Mobilmachungsbefehl am 30. Juli ergehen werde. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 43, Anm.) Man erwartete ihn offenbar als sofortige Antwort auf die russische Teilmobilmachung. Er ist jedoch erst zwei Tage später erfolgt, am Tage nach dem Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilmachung. Als am 31. Juli die Meldung des deutschen Botschafters einlief, daß in Rußland die allgemeine Mobilmachung angeordnet sei, hat Deutschland weder sofort seinerseits mobilisiert, noch sogleich den Krieg erklärt. Die deutsche Regierung sah sich aber genötigt, „Drohende Kriegsgefahr" zu verkünden und in Form eines Ultimatums Einstellung der militärischen Maßnahmen zu verlangen. Die russische Regierung ließ diese Aufforderung unbeantwortet. Sasonow erklärte dem deutschen Botschafter, die Mobilmachung könne nicht mehr aufgehalten werden (Deutsche Dokumente Nr. 536). Das gleiche sagte der Zar in seinem Telegramm vom 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 487)*). Am 1. August gab er die Notwendigkeit der deutschen Mobilmachung zu. Noch ehe diese befohlen worden war, telegraphierte der Zar an Kaiser Wilhelm: „Ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen." (Deutsche Dokumente Nr. 546.) Er fand aber nicht die Kraft, sich gegen den Willen seiner Ratgeber aufzulehnen, um das Verhängnis aufzuhalten. Auch ein letzter Versuch des deutschen Botschafters, den Zaren zur Abwendung des Krieges zu bewegen, blieb vergebens (Deutsche Dokumente Nr. 535).

An Rußlands Willen, den Weltkrieg herbeizuführen, konnte mit dem Augenblick kein Zweifel mehr bestehen, wo die Petersburger Regierung sich zur allgemeinen Mobilmachung entschloß. Diese Absicht bestätigt auch das vorerwähnte Telegramm Sasonows nach London vom 2. August 1914, in dem er seinen Schritt zu rechtfertigen suchte. Er telegraphierte:

> Deutschland ist offen bemüht, die Verantwortung für den Bruch auf uns zu schieben. Unsere allgemeine Mobilmachung ist durch die riesige Verantwortung hervorgerufen, die auf uns fallen würde, wenn wir nicht alle Vorsichtsmaßregeln treffen würden, während Österreich sich auf Verhandlungen, die den Charakter des Aufschubs trugen, beschränkend, Belgrad bombardiert. Der Zar verpflichtete sich durch das Wort vor dem deutschen

*) „Die militärische Begründung, die Zurücknahme einer Mobilmachung sei technisch ‚unmöglich', ist zwar nicht wörtlich dahin zu verstehen, daß ein solcher Gegenbefehl überhaupt nicht durchführbar sei, aber die Unterbrechung oder Einstellung einer Massenmobilmachung ruft derartige Störungen in den militärischen Vorbereitungen und im Verkehrswesen hervor, daß der betreffende Staat für längere Zeit in einen Zustand operativer Unterlegenheit gerät, den während politischer Krisen kein Staatsmann wird verantworten können." Montgelas, Glossen, S. 29.

Kaiser, daß er keine herausfordernden Handlungen unternehmen werde, solange die Verhandlungen mit Österreich fortgesetzt werden. Nach einer solchen Bürgschaft und nach allen Friedensbeweisen Rußlands hatte Deutschland gar kein Recht und konnte nicht unsere Behauptung bezweifeln, daß wir mit Freude jede friedliche Lösung, die mit der Würde und der Unabhängigkeit Serbiens vereinbar ist, annehmen würden. Ein anderer Ausweg wäre mit unserer eigenen Würde gänzlich unvereinbar und würde natürlich das europäische Gleichgewicht durch Befestigung der Hegemonie Deutschlands erschüttern. Dieser europäische und Weltcharakter des Konfliktes ist unendlich wichtiger als der Anlaß, der ihn geschaffen hat. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919, Russisches Orangebuch Nr. 78).

Weil Rußland in erster Linie die Prestigefrage im Auge hatte, wollte es nicht die Tage und Stunden warten, die eine diplomatische Lösung des Konfliktes ermöglicht hätten!

Das vom Zaren in seinem Telegramm vom 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 487) gegebene Ehrenwort, die russischen Truppen würden keine herausfordernde Aktion unternehmen, solange die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn andauerten, konnte den bedrohlichen Charakter der russischen Mobilmachung in keiner Weise verringern. Denn es hätte ja ganz in Rußlands Hand gelegen, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, sobald seine gewaltigen Heere fertig aufmarschiert waren, um dann mit erdrückender Übermacht in Deutschland einzufallen. Bethmann Hollweg telegraphierte am 31. Juli nach London:

Eine russische mobilisierte Armee an unserer Grenze, ohne daß wir mobilisiert haben, ist auch ohne „provocative action" eine Lebensgefahr für uns. Die Provokation, deren sich Rußland dadurch schuldig gemacht hat, daß es in einem Augenblick gegen uns mobilisiert hat, wo wir auf seine Bitten in Wien vermittelten, ist überdies so stark, daß kein Deutscher es verstehen würde, wenn wir dagegen nicht mit scharfen Maßregeln anworteten. (Deutsche Dokumente Nr. 529.)

Am 2. August telegraphierte er:

Widerspruch zwischen den nicht anzuzweifelnden Erklärungen des Zaren und Handlungen seiner Regierung im ganzen Verlauf der Krisis so offenkundig, und Haltung der Regierung trotz entgegenstehender Versicherungen faktisch so unfreundlich, daß wir uns trotz Versicherung Zaren durch Gesamtmobilmachung schwer provoziert fühlen mußten. (Deutsche Dokumente Nr. 696.)

Die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Mobilmachung bedeutete bereits für unseren Verbündeten eine sehr ernste Gefahr. Bei einer solchen teilweisen Mobilmachung hätte Rußland aber mit dem Angriff zögern müssen, solange es nicht gegen Deutschland gerüstet war, da es wußte, daß Deutschland in diesem Falle mobilisieren und seinem Bundesgenossen zu Hilfe kommen würde. Eine derartige Rückversicherung bestand für das Reich nicht, sowie die russische Mobilmachung allgemein war. Deshalb sind auch alle Vergleiche mit der russischen und österreichisch-unga-

rischen Mobilisation im Jahre 1912 hinfällig*). Keine Großmacht stand bereit, für Deutschland ins Feld zu ziehen, wenn die russischen Heere sich in Marsch setzten, während im Gegenteil andere Mächte auf diesen Augenblick warteten, um ebenfalls über uns herzufallen. Deshalb konnte das Versprechen des Zaren Deutschland keine Sicherheit bieten. Es bedurfte auch nicht erst der Enthüllungen des Suchomlinowprozesses, um zu zeigen, wie wenig damals das Wort des Zaren in Rußland galt. Denn, obwohl Kaiser Wilhelm am 1. August in seinem letzten Telegramm an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 600) diesen dringend bat, seine Truppen anzuweisen, auf keinen Fall die deutsche Grenze zu verletzen, fielen noch am selben Tage russische Abteilungen in deutsches Gebiet ein. (Deutsche Dokumente Nr. 629, 662, 664, Untersuchungsausschuß, Heft 2, S. 16, Anm.)

Im übrigen mag das Wort regierender Herrscher in jenen Tagen in Berlin niedrig im Kurse gestanden haben, nachdem sich die Zusage des Königs von England an Prinz Heinrich, England werde sich in einem europäischen Konflikt neutral verhalten (Deutsche Dokumente Nr. 207, 374), als gänzlich wertlos erwiesen hatte. Kaiser Wilhelm zum mindesten scheint das Wort König Georgs ernst genommen zu haben (Deutsche Dokumente Nr. 474; siehe auch seine Aufzeichnung für den amerikanischen Botschafter vom 10. August 1914).

Rußlands allgemeine Mobilmachung bedeutete den Krieg, und zwar den Weltkrieg, denn an dem Eingreifen Frankreichs bestand kein Zweifel. Auch über die Haltung Englands war man sich in Berlin offenbar im klaren, trotz der zuletzt widerspruchsvollen Berichterstattung Lichnowskys. Von den Versuchen abgesehen, den Krieg auf Rußland zu beschränken, sind daher alle politischen Handlungen vom 31. Juli mittags an als Kriegsmaßnahmen anzusprechen, bzw. als Versuche, die bestmöglichen Vorbedingungen für den bevorstehenden Kampf zu schaffen. Unter der Wirkung der ungeheuren Erregung und der beginnenden Kriegspsychose

---

*) Auch Montgelas (Glossen, S. 24) erklärt jeden Vergleich zwischen den Mobilmachungen, die 1912/13 in Österreich-Ungarn und Rußland stattfanden, und denen des Jahres 1914 für unzulässig. „Im ersteren Falle handelt es sich um Maßnahmen, die auf Grund von Sonderbefehlen allmählich die Präsenzstärke bei einer Anzahl von Truppenteilen erhöhten, von einem Aufmarsch, das ist die Versammlung außerhalb der Friedensgarnisonen an den bedrohten Grenzen, jedoch absahen.... Im Jahre 1914 aber werden die für bestimmte Kriegsfälle vorgesehenen Mobilmachungsbefehle erlassen, auf Grund deren nach lange festgelegtem, sorgfältig vorbereitetem Plane nicht nur die Ergänzung der Truppen auf Kriegsstärke, sondern auch die Beschaffung des gesamten Kriegsgeräts und in unmittelbarem Anschluß daran, teilweise schon gleichzeitig damit, der Aufmarsch durchgeführt werden, die kriegerischen Operationen beginnen sollten".

ist dann manches geschehen, das befremden muß und sicherlich besser unterblieben wäre.

Die Auseinandersetzung mit Frankreich und der Versuch, England wenigstens vorläufig neutral zu erhalten, werden weiter unten zu behandeln sein. Die nächsten Aufgaben der politischen Leitung waren, sich mit den Verbündeten zu verständigen, wenn möglich, neue Bundesgenossen zu werben und neutrale Staaten zu einer wohlwollenden Haltung zu bewegen. Die weitere Aufgabe, Deutschlands Recht auf Selbstverteidigung der öffentlichen Meinung der Welt gegenüber zu vertreten und den Charakter des Krieges als Defensivkrieg vor der Geschichte zu dokumentieren, ist nicht genügend berücksichtigt und jedenfalls nicht mit Erfolg gelöst worden.

Es scheint zunächst eine gewisse Besorgnis geherrscht zu haben, ob Österreich-Ungarn auch sofort seine Hauptkräfte gegen Rußland einsetzen und den Aufmarsch gegen Serbien abbrechen werde (Deutsche Dokumente Nr. 503, 627). Bereits am 29. Juli war in Berlin eine Verbalnote übergeben worden, in der es heißt: „Der Chef des k. u. k. Generalstabs hält es nun für unbedingt geboten, ohne Verzug Klarheit darüber zu gewinnen, ob wir mit starken Kräften gegen Serbien marschieren können oder unsere Hauptmacht gegen Rußland zu verwenden haben werden." (Deutsche Dokumente Nr. 352.) In Berlin hoffte man aber bis zuletzt auf einen günstigen Ausgang der Vermittlungsaktion und ging auf die Frage des Generals von Conrad nicht ein. Hieraus entstand bei Kriegsausbruch ein gewisses Dilemma. Auch ist die späte Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland (5. August, Deutsche Dokumente Nr. 878, 879) auf den Wunsch zurückzuführen, die nunmehr recht verwickelte Mobilmachung ungestört durchführen zu können (Deutsche Dokumente Nr. 772). Russischerseits herrschte übrigens das gleiche Bestreben (Deutsche Dokumente Nr. 704).

Obwohl die Haltung Italiens nicht zweifelhaft sein konnte, wurde von Berlin aus der Appell an die Bundestreue immer wieder erneuert (Deutsche Dokumente Nr. 492, 628, 694). Auch wurde der Flügeladjutant von Kleist entsandt, um insbesondere auf den König einzuwirken (Deutsche Dokumente Nr. 745, 771, 850). Ob Italien überhaupt in der Lage gewesen wäre, seinen Vertragspflichten nachzukommen, erscheint zweifelhaft. Sicher ist, daß das hartnäckige Festhalten des Wiener Kabinetts an seiner verfehlten Auslegung des Art. VII des Dreibundvertrages jede Möglichkeit ausschloß. Die italienische Regierung hat bereits frühzeitig darauf hingewiesen, daß ihre Auffassung darüber, ob der Bündnisfall gegeben sei oder nicht, von der Frage der Kompensationen abhängig sein werde (Deutsche Dokumente Nr. 150). Österreich-

Ungarns Hartnäckigkeit und seine Abneigung gegen den erpresserischen Verbündeten ließ alle deutschen Bemühungen scheitern.

Auch darüber bestand kein Zweifel, daß Rumänien seinen Bündnisverpflichtungen nicht nachkommen werde. Trotzdem wurde alles versucht, die rumänische Regierung zum Eingreifen zu veranlassen. Um ihr dies zu ermöglichen, wurde Bulgarien zu bindenden Erklärungen über seine Haltung gedrängt (Deutsche Dokumente Nr. 544, 549, 729). Man verstieg sich auch zu einem Angebot Bessarabiens als Belohnung für erfüllte Bundespflicht (Deutsche Dokumente Nr. 506, 830). In Anbetracht der intimen Beziehungen zwischen Rom und Bukarest war aber nicht daran zu denken, daß Rumänien eine andere Haltung einnehmen werde als Italien (Deutsche Dokumente Nr. 868).

Die noch schwebenden Verhandlungen über ein Bündnis mit der Türkei wurden sofort zum Abschluß gebracht (Deutsche Dokumente Nr. 508, 547, 726). Auch der Vertragsschluß mit Bulgarien wurde beschleunigt (Deutsche Dokumente Nr. 673, 697).

Von Dänemark wurde nichts anderes als eine neutrale Haltung erwartet (Deutsche Dokumente Nr. 494), ebenso von Holland (Deutsche Dokumente Nr. 674) und der Schweiz (Deutsche Dokumente Nr. 500). Dagegen scheint man mit der Möglichkeit gerechnet zu haben, daß Schweden in den Krieg eingreifen könnte (Deutsche Dokumente Nr. 123, 319, 406, 520). In der Mitteilung nach Stockholm, daß Finnland von russischen Truppen entblößt sei (Deutsche Dokumente Nr. 552), liegt die Aufforderung versteckt, sich dieser ehemals schwedischen Provinz zu bemächtigen. Es bedarf keiner Ausführung, wie aussichtslos ein derartiges Vorgehen war. Kooperation im Kriegsfalle ist nur nach gründlichen politischen und militärischen Vorbereitungen denkbar. An solchen Vorbereitungen für den Weltkrieg hat es jedoch deutscherseits ganz gefehlt.

Die Aussichtslosigkeit allein hielt aber die Berliner Regierung nicht vom Versuch ab; hat sie doch sogar Japan aufgefordert, „in richtiger Würdigung des großen Momentes die gegebenen Konsequenzen zu ziehen“ (Deutsche Dokumente Nr. 545). In Wien wollte man bereits am 23. Juli (!) Tokio „auf die sich bietende günstige Gelegenheit“ aufmerksam machen (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 70).

Die Festsetzung des Termins für die Mobilmachung muß als rein militärische Frage angesehen werden. Ursprünglich wurde anscheinend der 2. August für den Beginn der Mobilmachung in Aussicht genommen (Deutsche Dokumente Nr. 479). Weshalb dieser Beschluß geändert worden ist, geht aus den Deutschen Dokumenten nicht hervor.

Daß nach der Kriegserklärung der Generalstab ausgiebig zu Worte kam, ist nur natürlich. Die Vorschläge, die er anbrachte, sind aber zum Teil sehr befremdlich. Der Gedanke, Indien, Ägypten, Südafrika, Polen und den Kaukasus zu revolutionieren, mutet an wie ein schlechter Roman (Deutsche Dokumente Nr. 662, 751, 876). Die Dokumente geben nur einige Beispiele des sinnlosen Vorgehens militärischer Stellen, wie die Absicht der „Verhaftung verschiedener hoher luxemburgischer Beamter" (Deutsche Dokumente Nr. 684) und des geplanten Vorgehens des Oberkommandos in den Marken gegen die französische Botschaft (Deutsche Dokumente Nr. 721). Man kann nur sagen: „Wehe, wenn sie losgelassen!" Andererseits ist diese Planlosigkeit und das Fehlen eines engen Zusammenhanges zwischen politischer und militärischer Leitung ein weiterer Beweis dafür, daß der Krieg nicht von langer Hand vorbereitet, also auch nicht gewollt war.

Daß die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität nur aus militärischen Gründen erfolgte, geht aus den Deutschen Dokumenten einwandfrei hervor. Hierüber abschließend zu urteilen, wird erst möglich sein, wenn die Geschichte des Schlieffenplanes und seiner Behandlung bekannt wird. Man möchte annehmen, daß eine genügende Verständigung zwischen der politischen Leitung und den militärischen Stellen nicht stattgefunden hat*). Denn es ist bekannt, daß 1914 ein anderer Kriegsplan, der die Schonung der belgischen Neutralität vorgesehen hätte, gar nicht vorhanden war (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 114). Der deutschen Regierung blieb also keine Wahl. Es fragt sich aber,

---

*) Der frühere Kriegsminister v. Stein schreibt allerdings in seinen „Erlebnissen und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges" (Leipzig 1919, S. 43): Ein Geschichtsforscher hat mich gefragt, ob die Aufmarschpläne im Einvernehmen mit dem Leiter der Politik aufgestellt würden. Das halte ich für selbstverständlich. Wie sich dabei der Chef des Generalstabs mit der Reichsregierung auseinandersetzt, weiß ich nicht. Es müßte aber eine merkwürdige Staatsleitung sein, die dem Generalstabschef seine eigene Politik überlassen würde.

Tirpitz berichtet dagegen (Erinnerungen, S. 228): „Dabei hatte der Kanzler in seiner Scheu vor Klarheit den Ernstfall so wenig vorbereitet, daß Gesamterwägungen zwischen den politischen und militärischen Spitzen niemals stattgefunden hatten, weder über die politisch-strategischen Probleme der Kriegsführung, noch über die Aussichten eines Weltkrieges überhaupt. Auch über den Einmarsch in Belgien, der, wenn er geschah, sofort maritime Fragen aufwarf, bin ich niemals unterrichtet worden."

Wenn andererseits Schoen (Erlebtes, S. 190) behauptet, selbst als Staatssekretär sei ihm von militärischer Seite niemals ein Wort über Pläne eines Durchmarsches durch Belgien gesagt worden, so muß eine Gedächtnisirrung oder ein Spiel mit Worten vorliegen. Denn es ist undenkbar, daß sich ein langjähriger Leiter des Auswärtigen Amts niemals mit dieser Frage befaßt habe, die in der militärpolitischen Literatur aller Länder seit Jahrzehnten eine Rolle spielte. Ein derartiges Verhalten würde einer groben Pflichtversäumnis gleichkommen.

ob sie nicht bereits in früheren Jahren, zum mindesten seit Einführung der schweren Mörser, dem vorbeugen konnte, daß sie im Kriegsfalle gezwungen würde, eine Völkerrechtsverletzung zu begehen und den Feldzug mit einem derartig unheilvollen Schritt zu beginnen.

Erfreulich ist immerhin, daß offenbar die politische Leitung und die militärischen Stellen in dem Wunsche übereinstimmten, Belgien die größtmögliche Schonung angedeihen zu lassen.

VI. Die deutsch-französische Krise

1. Frankreichs Haltung in der deutsch-russischen Krise

Die französische Regierung und ihre Auslandsvertreter zeigten sich von Anfang an bestrebt, den österreichisch-serbischen Konflikt zu einem deutsch-russischen zu machen. Die Politik der Verdächtigung der Haltung Deutschlands und der Handlungen seiner Regierung wurde während des ganzen Verlaufs der Krise konsequent fortgesetzt.

Gleichzeitig mit dem am 28. Juli nach Wien gerichteten Vorschlag, nach Besetzung eines Faustpfandes in Erörterung der serbischen Antwortnote einzutreten (Deutsche Dokumente Nr. 323), telegraphierte die deutsche Regierung ihren Botschaftern in Petersburg, Paris und London, sie bemühe sich unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Hieran ändere auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung nichts (Deutsche Dokumente Nr. 315).

Schoen gab am Morgen des 29. Juli eine entsprechende Erklärung ab (Deutsche Dokumente Nr. 345, Französisches Gelbbuch Nr. 94). Der französischen Regierung war ferner spätestens seit dem 28. Juli bekannt, daß Deutschland einer Vermittlung zu vieren grundsätzlich zugestimmt hatte (Deutsche Dokumente Nr. 310, Französisches Gelbbuch Nr. 92), und daß es die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zu fördern suchte (Französisches Gelbbuch Nr. 81, 92). Sie wußte auch, daß die deutsche Regierung die serbische Antwortnote als mögliche Grundlage zu Unterhandlungen ansah (Französisches Gelbbuch Nr. 92). Trotzdem erklärte der Ministerpräsident Viviani am 31. Juli, die Haltung Deutschlands „dränge einem die Überzeugung auf, Deutschland habe es auf die Demütigung Rußlands, die Sprengung des Dreiverbandes und, wenn diese Ziele nicht zu erreichen seien, den Krieg

abgesehen" (Französisches Gelbbuch Nr. 114). Wahrheitswidrig behauptete er, Deutschland habe alle Verständigungsversuche zum Scheitern gebracht und nicht aufgehört, Wien in seiner Unversöhnlichkeit zu bestärken.

2. Französische Kriegsvorbereitungen

Die französische Regierung hat sehr frühzeitig militärische Maßnahmen getroffen. Diese standen offensichtlich mit denen Rußlands im Zusammenhang. Am 27. Juli wurden die Manöver abgebrochen und die Truppen in ihre Standorte zurückgeführt. In Rußland war dies bereits am 25. Juli geschehen. In Deutschland wurde diese Maßnahme erst am 29. Juli verfügt. Am 28. Juli fanden offenkundige Mobilmachungsvorbereitungen statt. Als die Meldung über schnell fortschreitende militärische Maßnahmen Frankreichs sich mehrten, insbesondere auch Truppenverschiebungen an die Ostgrenze bekannt wurden, sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, am 29. Juli eine freundschaftliche Warnung nach Paris zu richten und darauf hinzuweisen, daß derartige Maßnahmen Deutschland zu Gegenmaßregeln zwingen und dadurch die Spannung erhöhen würden (Deutsche Dokumente Nr. 341). Viviani stellte die französischen Kriegsvorbereitungen noch am gleichen Tage nicht in Abrede, versicherte jedoch, daß sie keinen bedrohlichen Charakter hätten (Deutsche Dokumente Nr. 367, Französisches Gelbbuch Nr. 101).

Tatsächlich standen jedoch die französischen Kriegsvorbereitungen mit den russischen offenbar im engsten Zusammenhange. Ob diese Übereinstimmung auf den französisch-russischen Verträgen oder auf besonderen Vereinbarungen beruhte, ist noch nicht ersichtlich. Es ist keineswegs gesagt, daß anläßlich des Besuches Poincarés hierüber eine Abrede getroffen wurde. Artikel II der französisch-russischen Militärkonvention vom 17. August 1892 lautet:

> Im Falle der Mobilisation der Streitkräfte des Dreibundes oder einer der ihm angehörigen Mächte werden Frankreich und Rußland, bei der ersten Nachricht von diesem Ereignis und ohne vorhergehende Vereinbarung, unverzüglich und gleichzeitig ihre gesamten Streitkräfte mobilisieren und sie in möglichster Nähe ihrer Grenzen konzentrieren.

In Österreich-Ungarn war die Mobilisierung von 8 Korps gegen Serbien im Gange. Rußland hat mit dieser Tatsache Frankreich gegenüber seine Teilmobilmachung begründet (Französisches Gelbbuch Nr. 95, 101), während es dieselbe in Berlin lediglich mit der Kriegserklärung an Serbien motivierte (Englisches Blaubuch Nr. 70, I). Diese Tatsache oder die falschen Meldungen über eine österreichisch-ungarische Mobilisierung gegen Rußland (Französisches

Gelbbuch Nr. 77, 90, 91) mögen die französischen Kriegsmaßnahmen auf Grund des Bündnisvertrages herbeigeführt haben.

Andererseits hat aber der französische Botschafter in Petersburg bereits am 24. Juli erklärt, Frankreich werde alle Verpflichtungen erfüllen, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte (Englisches Blaubuch Nr. 6). Noch ehe die russische Gesamtmobilmachung beschlossen war, gab er im Auftrage seiner Regierung (das betreffende Telegramm fehlt im französischen Gelbbuch) die Erklärung ab, daß Rußland vollständig auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs zählen könne. Sasonow dankte für diese Zusicherung am 29. Juli (Russisches Orangebuch Nr. 58) und erklärte, daß er mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges rechne. Viviani bestätigte hierauf noch am selben Tage seine frühere Zusage, „Frankreich ist entschlossen, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen" (Französisches Gelbbuch Nr. 101). Statt Rußland vor übereilten Schritten zu warnen, ließ er am 30. Juli in Petersburg lediglich den Rat erteilen, „unmittelbar keinerlei Anordnungen zu treffen, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde" (Französisches Gelbbuch Nr. 101). Dieser Rat konnte die russische Gesamtmobilmachung nicht aufhalten sollte es auch nicht. Diese verspätete Warnung änderte ebenfalls nichts an der Tatsache, daß Frankreich augenscheinlich von vornherein bereit war, Rußland beizustehen, und es wegen der serbischen Frage zum europäischen Kriege kommen zu lassen.

Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilmachung nötigten die weit vorgeschrittenen Kriegsvorbereitungen Frankreichs ebenso wie seine bekannten Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland die deutsche Regierung, von der französischen eine Erklärung darüber zu verlangen, „ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle" (Deutsche Dokumente Nr. 491).

Über die französische Haltung konnte in Anbetracht der vorgeschrittenen militärischen Maßnahmen kein Zweifel bestehen. Viviani telegraphierte noch am 31. Juli nach Petersburg:

> Ich habe nicht die Absicht, dem deutschen Botschafter eine Erklärung über Frankreichs Haltung im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat nur ihren Verbündeten über ihre Absichten Rechenschaft. (Französisches Gelbbuch Nr. 117.)

Tatsächlich erteilte Viviani dem deutschen Botschafter am 1. August mittags diese unzweideutige Antwort (Deutsche Dokumente Nr. 571). Schon hatte deshalb keinen Anlaß, die Frage der Gewährung von Bürgschaften für Frankreichs Neutralität zu be-

rühren. Gleichzeitig mit der Anfrage nach der französischen Haltung im Kriegsfalle war ihm folgende Weisung zugegangen:

Wenn, wie nicht anzunehmen, französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Euere Exzellenz französischer Regierung erklären, daß wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden. (Deutsche Dokumente Nr. 491.)

Die zweifellos sehr weitgehende Forderung der Besetzung französischer Festungen durch deutsche Truppen war angesichts der politischen und militärischen Lage nicht ungerechtfertigt. Mit einer widerruflichen Neutralitätserklärung konnte sich Deutschland nicht begnügen. Für ihre Innehaltung hätten seitens Frankreichs greifbare Bürgschaften geboten werden müssen.

In der ersten Sitzung der Pariser Friedenskonferenz hat Poincaré am 18. Januar 1919 in seiner Eröffnungsrede, einem weltgeschichtlichen Dokument des Hasses, ausgeführt, der deutsche Botschafter sei angewiesen worden zu erklären: „Wir werden von Euch eine Neutralitätserklärung nur annehmen, wenn Ihr uns Briey, Toul und Verdun ausliefert". Die Forderung nach realen Garantien ist der französischen Regierung seinerzeit nicht bekannt gewesen, hat also auf ihre Haltung keinen Einfluß ausüben können. Im übrigen hat sich die deutsche Regierung am 1. August bereit gezeigt, für die französische Neutralität die Garantie Englands anzunehmen (Deutsche Dokumente Nr. 575, 578, 579).

Die Lage in Paris am 1. August kennzeichnet das Telegramm Iswolskis von diesem Tage, in dem es heißt:

Ungeachtet der heute mäßigeren Demarche des deutschen Botschafters ist die französische Regierung wegen der außerordentlichen militärischen Maßnahmen Deutschlands an der französischen Grenze äußerst besorgt, denn sie ist davon überzeugt, daß unter der Hülle des sogenannten „Kriegs(gefahr)-zustandes" die wirkliche Mobilmachung vor sich geht, was die französische Armee in eine ungünstige Lage bringen kann. Andererseits ist es auspolitischen Erwägungen in bezug sowohl auf Italien als auch England für Frankreich sehr wichtig, daß seine Mobilmachung derjenigen Deutschlands nicht vorausgeht, sondern als eine Antwort auf die letztere erscheint. Diese Frage wird augenblicklich im Elysée im Ministerrat erwogen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß er die allgemeine Mobilmachung beschließen wird.*) (Russisches Orangebuch Nr. 73, vervollständigter Text nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. Mai 1919.)

Derselbe französische Ministerrat, der die Antwort auf die deutsche Anfrage nach Frankreichs Haltung festsetzte, hat am 1. August um 1 Uhr mittags die Mobilmachung beschlossen. Es

*) Durch die Verhandlungen des Caillaux-Prozesses Anfang März 1920 ist bekannt geworden, daß Poincaré in diesem Ministerrate die Kriegserklärung an Deutschland gefordert hat. „Frankreich läßt sich nicht den Krieg erklären!" Mobilmachung bedeutete Krieg. Darüber bestand auch in diesem Falle kein Zweifel.

wurde aber dem Kriegsminister überlassen, den unterschriebenen Befehl noch einige Stunden zurückzuhalten (Messimy, Revue de France, Nr. 10, 1. August 1921).

Als dann um 3,40 Uhr nachmittags, Pariser Zeit (Englisches Blaubuch Nr. 136), die allgemeine Mobilmachung verfügt wurde, ist diese Maßnahme unzutreffenderweise mit der angeblich vorher erfolgten deutschen Mobilmachung begründet worden (Französisches Gelbbuch Nr. 127). Diese letztere wurde erst am 1. August, 5 Uhr nachmittags mitteleuropäischer Zeit, angeordnet, also 20 Minuten später. In Wirklichkeit wurde die französische Mobilmachung, wie aus dem russischen Orangebuch (Nr. 74) bekannt ist, auf die Nachricht hin verfügt, die deutsche Regierung habe die Einstellung der russischen Rüstungen gefordert und angekündigt, daß widrigenfalls die deutsche Mobilisierung erfolgen müsse.

3. Die Kriegserklärung an Frankreich

Die Ablehnung der deutschen Forderung durch Rußland und die Antwort auf die Frage nach Frankreichs Haltung kamen bereits dem tatsächlichen Eintritt des Kriegszustandes mit Rußland und Frankreich gleich. Daß aber die deutsche Regierung, die den Konflikt mit Rußland nicht herbeigeführt hatte, auch den Krieg mit Frankreich nicht wollte, hat sie noch am 1. August bewiesen. Auf die Meldung des deutschen Botschafters in London, daß England anscheinend die Neutralität Frankreichs zu garantieren bereit sei, wenn Deutschland letzteres nicht angriffe (Deutsche Dokumente Nr. 562, 570), telegraphierte der Kaiser an den König von England:

Ich habe von Deiner Regierung soeben die Mitteilung erhalten, worin sie die französische Neutralität unter der Garantie Groß-Britanniens anbietet. Diesem Anerbieten war die Frage angefügt, ob unter diesen Bedingungen Deutschland von einem Angriff auf Frankreich absehen würde. Aus technischen Gründen muß meine heute nachmittag schon angeordnete Mobilmachung nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, vorbereitungsgemäß vor sich gehen. Gegenbefehl kann nicht gegeben werden, weil Dein Telegramm leider so spät eintraf. Aber wenn Frankreich mir seine Neutralität anbietet, die durch die britische Flotte und Armee garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden soeben telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten. (Deutsche Dokumente Nr. 575.)

Gleichzeitig telegraphierte Bethmann Hollweg an den Botschafter in London:

Deutschland ist bereit, auf englischen Vorschlag einzugehen, falls England sich mit seiner gesamten Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt, und zwar für eine Neutralität bis

zum völligen Austrag dieses Konfliktes. Darüber, wann der Austrag erfolgt ist, hat Deutschland allein zu entscheiden.

Deutsche Mobilmachung ist auf Grund der russischen Herausforderung heute erfolgt, bevor Telegramm Nr. 205 eintraf. Infolgedessen ist unser Aufmarsch auch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber, die französische Grenze bis Montag, 3. August, abends 7 Uhr, nicht zu überschreiten, falls bis dahin Zusage Englands erfolgt ist. (Deutsche Dokumente Nr. 578.)

Der englische Vorschlag, der diesem Angebot zugrunde lag, beruhte jedoch auf einem Mißverständnis. Lichnowsky meldete am 2. August:

Anregungen Sir E. Greys, die auf Wunsch beruhten, möglichst dauernde Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis Mobilmachung erfolgt, inzwischen als aussichtslos völlig aufgegeben. (Deutsche Dokumente Nr. 631.)

Der Krieg mit Frankreich war nunmehr unvermeidlich. Daß die Franzosen die Lage ebenfalls in diesem Lichte sahen, beweist unter underem ihre planmäßige Verstümmelung der deutschen Telegramme (Deutsche Dokumente Nr. 734, 749, 776, 809). Das „Cabinet noir" ließ keine Meldungen über französische und deutsche Grenzverletzungen durch, um der Pariser Regierung die Möglichkeit zu geben, den letzten Akt des Dramas nach eigenem Belieben wirkungsvoll zu gestalten. Man legte nicht nur wegen der Stimmung im eigenen Lande, sondern auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Englands das größte Gewicht darauf, als die Angegriffenen zu erscheinen*). Die französische Regie war der deutschen weit überlegen.

In Berlin und in Paris war man gleichermaßen bemüht, das Odium der Kriegserklärung dem anderen Teile zuzuschieben, obschon dieser Akt nur noch formale Bedeutung hatte. Deutscherseits bestand kein Interesse an der sofortigen Herbeiführung des Kriegszustandes (Deutsche Dokumente Nr. 629). Frankreich zögerte aus anderen Gründen. Poincaré berichtet**), daß der russische Botschafter am 1. August, abends 11 Uhr 30, im Elysee ganz aufgeregt die deutsche Kriegserklärung an Rußland mitgeteilt und im Auftrage seiner Regierung angefragt habe, was Frankreich nun zu tun gedenke. Er, Poincaré, habe gebeten, nicht darauf zu bestehen, daß Frankreich sofort Deutschland den Krieg erkläre. Das französische Volk werde sich williger erheben, wenn dieser Schritt von Deutschland ausgehe. In diesem Sinne wurde dem russischen Botschafter denn auch gegen 4 Uhr morgens am 2. August amtlich

*) Auch Jules Cambon berichtet in seinen Erinnerungen („Revue de France", Nr. 7, 15. Juni 1921), er habe die französische Regierung mit Rücksicht auf die Wirkung in England dringend gebeten, ihn unter keinen Umständen seine Pässe fordern zu lassen. England sollte deutlich vor Augen geführt werden, daß der Krieg nicht von Frankreich begonnen worden sei.

**) a. a. O. S. 274.

geantwortet. Poincaré verschweigt allerdings, daß man in Paris beabsichtigte, am 4. August den Kriegszustand mit Deutschland zu erklären. Iswolski telegraphierte am 2. August nach Petersburg:

Die Deutschen überschreiten in einzelnen kleinen Abteilungen die französische Grenze, und auf dem französischen Territorium erfolgten bereits einige Zusammenstöße. Das wird der Regierung die Möglichkeit geben, vor den zu Dienstag einberufenen Kammern*) zu erklären, daß auf Frankreich ein Überfall verübt worden sei, und so die formale Kriegserklärung zu vermeiden. (Prawda, Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Die Statistik der Grenzzwischenfälle schneidet aber zugunsten Deutschlands ab**). Die französischen Übergriffe häuften sich schließlich derart, daß der Zustand unhaltbar wurde. Am 2. August wurden über fünfzig französische Grenzverletzungen verzeichnet. Diese nahm die deutsche Regierung zum Anlaß ihrer Kriegserklärung vom 3. August (Deutsche Dokumente Nr. 734). Wie sich nachträglich herausgestellt hat, beruhten einige der weniger wesentlichen Vorfälle, auf die sich die deutsche Kriegserklärung berief, auf Falschmeldungen. Die Nachrichten von Fliegerangriffen auf die Bahnen bei Wesel, Karlsruhe und Nürnberg haben sich nicht bestätigt. Es besteht jedoch keinerlei Zweifel darüber, daß seit dem 2. August französische Truppen auf deutschem Boden standen. Auch Frankreich hat Klagen über deutsche Grenzverletzungen geführt (Deutsche Dokumente Nr. 705, 722). Der deutsche Generalstab hat seinerzeit einen Fall als richtig zugegeben (Deutsche Dokumente Nr. 869). Im übrigen wurden unter Wirkung der Kriegspsychose beiderseits viele unwahre Behauptungen geglaubt (die Automobile an der holländischen Grenze, Deutsche Dokumente Nr. 670, 768; Brunnenvergiftungen, Nr. 690, 710; die Sprengung des Cochemer Tunnels, Nr. 693). Die Franzosen beschwerten sich in London über einen deutschen Vormarsch auf Nancy (Deutsche Dokumente Nr. 689), eine Meldung, die völlig aus der Luft gegriffen war. Sie sind auch niemals darauf zurückgekommen.

Für den Kriegszustand waren nach der russischen Mobilmachung und der Kriegserklärung an Rußland die Grenzverletzungen im Westen nur von ganz untergeordneter Bedeutung. Sie waren lediglich der Anlaß, nicht der Grund zur Kriegserklärung an Frankreich. Kriegsgrund

---

*) Nach der französischen Verfassung müssen die Kammern die Kriegserklärung beschließen.

**) „Im Westen haben sich nach den Akten des deutschen Generalstabes deutsche Truppen etwa 45 mal, französische aber trotz der Zurückziehung von der Grenze um 10 km etwa 90 mal zum Betreten fremden Gebietes verleiten lassen — 56 mal auf dem Landwege, darunter 20 mal mit stärkeren Abteilungen, auf dem Luftwege etwa 34 mal. Näheres siehe Deutsche Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 1919, Nr. 297.“ (Untersuchungsausschuß, Heft 2, S. 32.)

war die Tatsache, daß unzweifelhaft feststand, Frankreich werde an einem deutsch-russischen Kriege an Rußlands Seite teilnehmen. Wir wissen aus den russischen Urkunden, daß bereits 1912 sich die französische Regierung bereit erklärt hat, wegen einer Balkanfrage in einen europäischen Krieg einzutreten. 1914 ist es nicht anders gewesen. Der wahre Grund zur Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich war der als sicher vorauszusetzende französische Kriegswille und die Verpflichtung des französisch-russischen Bündnisses. Dem trägt der erste Entwurf einer Kriegserklärung an Frankreich (Deutsche Dokumente Nr. 608) Rechnung, und es ist sehr zu bedauern, daß deutscherseits nicht der Wahrheit die Ehre gegeben und von diesem Entwurf Gebrauch gemacht wurde. Den Umweg über die tatsächlichen und angeblichen Grenzverletzungen hat man offenbar in der Hoffnung eingeschlagen, daraus den Bündnisfall für Italien konstruieren zu können. Dafür sprechen die zahlreichen Telegramme nach Rom, die auf französische Übergriffe hinweisen (Deutsche Dokumente Nr. 664, 690, 694, 713, 725, 774). Wie sinnlos und unbegründet die Hoffnung war, mit diesen Mitteln auf Italien einzuwirken, bedarf keiner Erläuterung.

Der größte Teil des französischen Volkes glaubt noch heute, daß es von Deutschland ohne Anlaß überfallen worden sei. Diese Legende ist von der französischen Regierung verbreitet und gepflegt worden. Der „Überfall" fand um so williger Glauben, als der Krieg nicht mit dem erhofften siegreichen Vordringen an den Rhein eröffnet wurde, sondern mit einem Vorstoß der Deutschen bis dicht vor Paris. Die Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland wurden erst 1918 veröffentlicht, als die Legende vom Unrecht gegen Frankreich bereits festen Fuß gefaßt hatte. Die Rolle Rußlands in den kritischen Tagen, seine unprovozierte Mobilmachung und deren unvermeidliche Folgen sind auch heute noch den wenigsten Franzosen bekannt. Die öffentliche Meinung hält sich an die Tatsache der deutschen Kriegserklärung und des Eindringens deutscher Heere und will nicht einsehen, daß die formale Kriegserklärung lediglich den bestehenden Zustand bestätigte, daß die deutschen Siege nichts gegen die deutsche Friedensliebe bezeugen. Trotzdem wird die Geschichte feststellen müssen, daß Frankreich nicht überfallen, nicht durch den bösen Willen Deutschlands in den Krieg hineingezogen worden ist. Schuld tragen sein Kriegsbündnis mit Rußland und die Handlungen seiner Regierung, die dem Verbündeten freie Hand ließ und nichts getan hat, um den Krieg zu verhindern. Es sind während der Krise nicht ein einziges Mal Vorstellungen in Petersburg erhoben worden. Poincaré hat kein Telegramm an den Zaren gerichtet, um seine bekannte Friedensliebe anzurufen. Der einzige Rat, den Viviani nach Petersburg sandte, war die verdächtige Mahnung, Deutschland keinen „Vorwand"

zur Mobilmachung zu geben. Er wurde erst abgesandt, als die verhängnisvolle Entscheidung bereits gefallen war. Dagegen hat die französische Regierung vom ersten Tage an und immer wieder erklärt, daß sie die russische Politik, von der sie wußte, daß sie auf den Krieg abzielte, bedingungslos unterstützen werde. Frankreich hat mit Rußland ein Bündnis gegen Deutschland abgeschlossen, das bei einem geringen Anstoß den Krieg herbeiführen mußte. Es hat nichts getan, um den Eintritt des verhängnisvollen Bündnisfalles zu verhindern. Ganz im Gegenteil hat seine Regierung 1914 die kriegerische Lösung offensichtlich bevorzugt. Sie wollte die Abrechnung mit Deutschland. Der Tag der Revanche schien gekommen. Frankreich war bereit und besaß zwei mächtige Verbündete. Wenn die Rechnung nicht gestimmt hat, wenn gerade dieses Land mehr als alle anderen durch den Krieg zu leiden hatte, so erwächst daraus dem französischen Volke kein Recht, sich über einen deutschen Überfall zu beklagen. Wir haben den Streit nicht gesucht. Wir mußten uns gegen Ost und West zur Wehr setzen weil Frankreich mit Rußland gemeinsame Sache machte, eine Tatsache, die zu keiner Zeit bestritten werden konnte.

VII. Die Haltung Englands

1. Deutsch-englische Vermittlungstätigkeit

Da es in erster Linie der Zusammenarbeit Deutschlands und Englands zu danken war, daß die kritische Zeit der Balkankriege 1912/13 ohne ernsteren Konflikt der Mächte vorübergegangen war, so lag es nahe, daß diese beiden Mächte auch bei der Krise von 1914 gemeinsam der Sache des Friedens dienen würden. Als Bundesgenosse Österreich-Ungarns besaß Deutschland zwar in diesem Falle nicht dieselbe Handlungsfreiheit wie in der vorhergehenden Krise, in der es sich in erster Linie um Konflikte zwischen den Balkanstaaten handelte. Die deutsche Regierung konnte aber annehmen, daß sich jeder im Interesse des Friedens notwendige Schritt mit der Erfüllung ihrer Bündnispflichten vereinigen lassen werde. Bis zum letzten Augenblick hat sie sich bemüht, gemeinsam mit England die Gefahren eines europäischen Krieges zu beschwören. Noch in der Denkschrift vom 3. August wurde gesagt: „Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes erhoffen zu können glaubten". Damals war noch nicht

bekannt, daß die englische Regierung weder mit der gleichen Ehrlichkeit noch mit derselben Tatkraft für die Erhaltung des Weltfriedens gewirkt hatte, wie die deutsche. Durch die Widersprüche in die sich der ewig schwankende Grey verwickelte, wurde seine Politik zu einem Doppelspiel. Stärkere Charaktere, die ihn vorwärts drängten, mögen den Ausschlag gegeben haben. Sie waren alle deutschfeindlich. Grey hat sich während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen bemüht, Berlin zu einem energischen Eingreifen in Wien anzustacheln. Die deutsche Regierung wird ihre Vermittlung nicht allein um der Erhaltung oder Befestigung der guten Beziehungen zu England willen betrieben haben, sondern vor allem im Interesse des europäischen Friedens. Sie hegte hierbei jedoch offensichtlich die Erwartung, daß England ebenfalls das seine zur Erhaltung des Friedens tun, also in erster Linie Rußland und Frankreich von militärischen Maßnahmen zurückhalten werde, die nicht wieder gutzumachende Folgen haben mußten. Dieses Vertrauen in Englands Verantwortlichkeitsgefühl ist jedenfalls getäuscht worden.

Berlin hat, wie oben dargelegt wurde, alle Londoner Vorschläge angenommen und befolgt, mit Ausnahme des als unzweckmäßig erachteten Vorschlages einer Botschafterkonferenz, den Grey selbst fallen ließ. Der Vorschlag, (1) in Wien eine Verlängerung der Serbien gestellten Frist zu befürworten, wurde befolgt, (2) dem einer Vermittlung zwischen Wien und Petersburg zugestimmt Der österreichisch-ungarischen Regierung wurde (3), dem englischen Wunsche entsprechend, am 25. Juli nahegelegt, die serbische Antwortnote günstig aufzunehmen, ebenso (4) die englische Anregung vom 27. Juli, die serbische Antwortnote möge als Grundlage für Unterhandlungen angenommen werden. Der am 29. Juli erneuerte Vorschlag Greys, eine Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte eintreten zu lassen, wurde (5) auf das wärmste befürwortet. Ebenso wurde (6) die Meldung aus London, daß Grey Wien bitten lasse, die angeblich unterbrochenen direkten Besprechungen mit Petersburg wieder aufzunehmen, mit einer ernsten Warnung vor den Folgen einer unberechtigten Unnachgiebigkeit nach Wien weitergegeben. Der englische Vorschlag der Verhandlungen auf Grund der Besetzung serbischer Gebietsteile als Faustpfand wurde (7) sowohl in der Fassung der Erklärung Greys vom 29. Juli, wie in der des Telegramms des Königs von England an den Prinzen Heinrich von Preußen vom 30. Juli, in Wien warm empfohlen.

Die englische Regierung hat den deutschen Vorschlag der Lokalisierung zwar zunächst freundlich aufgenommen und einen Eingriff in den austro-serbischen Konflikt abgelehnt, ihre Auf fassung aber am 26. Juli völlig geändert, indem sie eine Botschafter konferenz zur Regelung der austro-serbischen Frage vorschlug.

Der deutschen Bitte vom 26. Juli, in Petersburg im Sinne einer besonnenen Haltung zu wirken und vor militärischen Maßnahmen zu warnen, hat sie nicht Folge geleistet. Ihren eigenen Vorschlag der Verhandlungen auf Grund der Besetzung serbischer Gebietsteile als Faustpfand hat sie erst am 30. Juli nach Petersburg mitgeteilt, als sie aus Berlin erfuhr, daß ein ähnlicher Vorschlag bereits deutscherseits nach Wien gerichtet worden sei (Englisches Blaubuch Nr. 103). Statt in Petersburg energisch auf die Annahme dieses Vorschlages und auf die Einstellung militärischer Maßnahmen zu dringen, telegraphierte Grey am 30. Juli lediglich:

Wenn Österreich nach Besetzung von Belgrad und angrenzendem serbischen Gebiet sich bereit erklärt, im Interesse des europäischen Friedens seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, daß Rußland sich auch zu einer Erörterung und zur Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen bereit erklären wird, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun. (Deutsche Dokumente Nr. 460, Englisches Blaubuch Nr. 103.)

Das Telegramm, mit dem die deutsche Regierung den gleichen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben hatte, schloß mit den Worten:

Wir müssen der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere. (Deutsche Dokumente Nr. 395.)

Der Unterschied in der Sprache kennzeichnet die Haltung beider Regierungen gegenüber der Gefahr eines europäischen Krieges.

Der deutsche Schritt hatte das Einlenken Wiens zur Folge, der englische hingegen wurde in Petersburg erst am 31. Juli unternommen, als die Gesamtmobilmachung bereits öffentlich verkündet war. Er blieb ergebnislos. Sasonow gab seine Forderung auf Einstellung der österreichisch-ungarischen Operationen nicht auf und lehnte es ab, die Besetzung eines Faustpfandes zuzulassen. Hinsichtlich der militärischen Maßnahmen gab er lediglich die Zusicherung einer abwartenden Haltung Rußlands für den Fall, daß Österreich-Ungarn die russischen Bedingungen (zweite Sasonow-Formel) annehme (Englisches Blaubuch Nr. 120).

Es trifft die englische Regierung also die schwere Schuld, nichts unternommen zu haben, um Rußland von der allgemeinen Mobilmachung abzuhalten, deren Bedeutung sie kennen mußte, und auf deren Gefahr deutscherseits wiederholt hingewiesen war. Noch am 31. Juli, nachdem er von dem Einlenken der Wiener Regierung erfahren hatte, telegraphierte Grey nach Petersburg:

Dem deutschen Botschafter teilte ich mit, daß, was militärische Vorbereitungen beträfe, ich nicht einsähe, wie Rußland bewogen werden könne,

sie einzustellen, wenn nicht Österreich dem Vormarsch seiner Truppen in Serbien gewisse Grenzen setze. (Englisches Blaubuch Nr. 110.)

Das Londoner Kabinett hat möglicherweise in diesem Augenblick die Lage nicht richtig erfaßt und die Bedeutung der russischen Kriegsmaßnahmen unterschätzt. In Petersburg konnte diese Stellungnahme der englischen Regierung nur als eine Billigung der im Gange befindlichen Mobilmachung angesehen werden. Aber selbst als Grey (aus Deutsche Dokumente Nr. 477, 488 und Englisches Blaubuch Nr. 113) Kenntnis von der russischen Gesamtmobilmachung hatte und die Zustimmung Österreich-Ungarns zu dem englischen Vorschlag einer Vermittlung der Mächte in Händen hielt (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65, 94), sah er sich nicht veranlaßt, gegen das Vorgehen Rußlands Einspruch zu erheben. Er telegraphierte am 1. August den Inhalt der Wiener Erklärung nach Petersburg und setzte lediglich hinzu:

Bitte den Minister des Äußern zu benachrichtigen und ihm zu sagen, daß, wenn in Anbetracht der Annahme der Vermittlung seitens Österreichs Rußland in die Einstellung seiner Mobilisierung einwilligen könne, es noch immer möglich schiene, den Frieden zu bewahren. Voraussichtlich würde die Angelegenheit auch von der russischen Regierung mit der deutschen Regierung zu erörtern sein. (Englisches Blaubuch Nr. 135.)

So entsprach Grey der wiederholten deutschen Bitte, auf Petersburg einzuwirken, nachdem Berlin in Wien sein möglichstes getan und viel erreicht hatte. Diese nur sehr bedingte Bekundung des englischen Friedenswillens kam überdies viel zu spät. England hatte es versäumt, rechtzeitig in Petersburg einzugreifen und die allgemeine Mobilmachung aufzuhalten. Die deutsche Regierung hat in der Nacht vom 29. zum 30. Juli nach Wien telegraphiert:

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. (Deutsche Dokumente Nr. 396.)

Eine ähnliche Erklärung der englischen Regierung in Petersburg würde den Weltfrieden erhalten haben.

Grey hat dabei die Gefahren der Lage durchaus rechtzeitig erkannt. Am 29. Juli sagte er zum österreichisch-ungarischen Botschafter, „heute spreche Petersburg noch mit Berlin, wie würde es morgen sein?“ (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 14). Überdies hat er noch am 31. Juli Lichnowsky zugesichert, er werde einen Druck auf Paris und Petersburg ausüben, wenn „Österreich ein derartiges Zugeständnis mache, daß Rußland ins Unrecht versetzt werde“. (Deutsche Dokumente Nr. 489.) Am 1. August wußte er, daß Wien die Vermittlung der Mächte annehme, und Rußland hatte sich nicht nur Österreich-Ungarn, sondern auch Deutschland gegenüber durch seine allgemeine Mobilmachung im höchsten Grade ins Unrecht gesetzt. Grey hat aber nicht seiner Zusage gemäß

gehandelt und bewies damit, daß seine Verhandlungen mit Berlin nur eine diplomatische Kriegslist darstellten.

2. England und Rußland

Die englische Regierung hat ursprünglich erklärt, daß sie wegen der serbischen Frage nicht zum Kriege schreiten würde. Sie billigte Österreich-Ungarn Genugtuung und einen gewissen diplomatischen Erfolg zu. Als sie aber erkannte, daß Rußland die Sache Serbiens ohne Einschränkung zu der seinen machte, überließ sie dem Petersburger Kabinett die Führung. Zunächst hat ihr wohl als Ziel lediglich ein großer diplomatischer Erfolg des Dreiverbandes vorgeschwebt, auch über den Zeitpunkt hinaus, an dem Rußland sich bereits für den Krieg entschieden hatte. Die englische Regierung zog es aber vor, auch diese Wendung mitzumachen, statt im entscheidenden Augenblick Halt zu blasen, da die Verweigerung ihrer Gefolgschaft den kunstvollen Bau ihrer Bündnispolitik erschüttert hätte. Wenn sie der Gefährdung des europäischen Friedens durch Rußland untätig zusah uud sich anscheinend ohne Widerstreben der sicheren Gefahr aussetzte, selbst in einen Weltbrand hineingezogen zu werden, so ist dies nur aus der Tendenz der englischen Ententepolitik der letzten Jahre zu erklären. Daß die Regierung des Zaren mit ihren übereilten Maßnahmen auf den Krieg zusteuerte, konnte weder in London noch in Paris verborgen bleiben, und man mußte hier ebenso wie in Berlin erkennen, daß das Vorgehen Rußlands jede Vermittlungsaktion zu vereiteln bestimmt war. England und Frankreich ließen dieses gefährliche Treiben gewähren, indes sich die deutsche Regierung während des ganzen Verlaufs der Krise bestrebt zeigte, in enger Fühlung mit der englischen die Gefahr eines Weltkrieges abzuwenden. Sie hat mit dem nach Wien gerichteten Vorschlag, sich mit der Besetzung eines Faustpfandes zu begnügen und auf dieser Basis eine Vermittlung anzunehmen, eine Ausgleichsmöglichkeit gefunden, die auch nach englischer Auffassung die friedliche Beilegung des Konfliktes herbeiführen mußte. Dieser Ausgleich konnte deshalb nicht verwirklicht werden, weil Rußland trotz der dringenden Warnungen der deutschen Regierung nicht das Ergebnis der Vermittlung abwarten wollte, sondern darauf bestand, den Konflikt durch Anwendung militärischer Druckmittel zu lösen, während die englische Regierung, obwohl sie von den deutschen Schritten in Wien fortlaufend unterrichtet worden war, es unterließ, Rußland auch nur für die Tage und Stunden zurückzuhalten, deren es bedurfte, um die Einigung herbeizuführen.

Sie konnte sich nicht entschließen, eine Warnung nach Petersburg zu richten, die dort unwillkommen gewesen wäre, die Bezie-

hungen zu Rußland abgekühlt und möglicherweise den Abschluß der geheimen englisch-russischen Marinekonvention beeinträchtigt hätte. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der Entente mit Rußland, des Schlußsteines in dem Bau der englischen Einkreisungspolitik, verhinderte Grey daran, in seinen Friedensbemühungen in Petersburg „bis an die äußerste Grenze dessen zu gehen, was einem verbündeten und souveränen Staat zugemutet werden konnte", wie es die deutsche Regierung getan hatte (Deutsche Dokumente Nr. 513, 553). Die Erhaltung des eisernen Ringes, den er um Deutschland gelegt hatte, stand ihm eben höher als die Erhaltung des Weltfriedens!

Es ist sehr zweifelhaft, ob die Regierung des Zaren zum Kriege bereit gewesen wäre, wenn sie nicht mit Sicherheit auf die Unterstützung Englands gerechnet hätte. Ganz gewiß wäre jedoch der Frieden erhalten worden, wenn die englische Regierung dem Kriegswillen Rußlands und Frankreichs entgegengetreten wäre.

In Petersburg waren die englisch-französischen Abmachungen bekannt, die England die moralische, wenn auch nicht vertragliche Verpflichtung auferlegten, Frankreich in jedem Kriege mit Deutschland beizustehen, der nicht offensichtlich von Frankreich provoziert war. Die russische Regierung durfte also mit Gewißheit auf die englische Unterstützung in einem Kriege gegen Deutschland rechnen, wenn England nicht ausdrücklich die Waffenhilfe ablehnte. Rußland konnte durch Mobilisierung seiner gesamten Streitkräfte Deutschland zur Mobilmachung und Kriegserklärung zwingen und hierdurch für Frankreich den Bündnisfall herbeiführen. Deutschland, zum Zweifrontenkrieg gezwungen, sah sich dann vor die Notwendigkeit gestellt, Frankreich den Krieg zu erklären, wodurch angesichts der englisch-französischen Abmachungen der deutsch-englische Krieg unvermeidlich wurde. Dieser Weg zum Weltkriege war der russischen Kriegspartei klar vorgezeichnet. Die Petersburger Regierung hat ihn beschritten.

Dies Vorgehen war so außerordentlich einfach und dabei so ungewöhnlich plump, daß man sich nur wundern kann, wie schwer die Erkenntnis der Wahrheit sich Bahn bricht. Bei Kriegsausbruch freilich hat man den Parlamenten und der öffentlichen Meinung in Paris und London geschickt verheimlicht, daß in der Reihenfolge der Mobilmachungen Deutschland an letzter Stelle marschierte. Auch suchte man damals nicht nach Beweggründen, sondern nur nach Anlässen und Vorwänden zur Entscheidung. Die Tatsache, daß Deutschland keinen eigenen Streit verfocht, sondern nur durch Österreich-Ungarn in den Krieg hineingezogen wurde, hat man geflissentlich übersehen. Dabei waren diese Möglichkeit und ihre bedenklichen Folgen schon 22 Jahre zuvor erörtert worden. Die Väter des Zweibundes, der „nur auf Deutschland abzielt, weil es

die Seele des Dreibundes ist und die einzige Macht, die imstande wäre, Frankreich und Rußland gleichzeitig anzugreifen", haben sich bereits Sorgen darüber gemacht, wie sie vor der Welt dastehen würden, wenn sie wegen eines Streites zu den Waffen griffen, der Deutschland nur mittelbar anginge. Darüber, daß die allgemeine Mobilmachung in Rußland oder in Frankreich den europäischen Krieg bedeutete, hat ja niemals ein Zweifel bestanden. Anläßlich der Verhandlungen über die russisch-französische Militärkonvention hat daher der französische Unterhändler, General Boisdeffre, geltend gemacht:

> Eine allgemeine Mobilmachung nur gegen Österreich oder Italien vornehmen, hieße vor Europa die Rolle eines Angreifers übernehmen und sich gegenüber den Neutralen in eine schwierige Lage versetzen. Wenn man dagegen, unter Wahrnehmung aller Vorsichtsmaßregeln, wartet, bis Deutschland zur Mobilmachung schreitet, dann fällt letzterem die Rolle des Angreifers mit allen ihren Unzuträglichkeiten zu, während Frankreich und Rußland bis zuletzt ihr Bestreben nach Erhaltung des Friedens bewiesen und bekräftigt haben, daß sich ihre Absichten auf die Verteidigung beschränken. (3. Französisches Gelbbuch, L'Alliance franco-russe, Nr. 53.)

Während der Krisis hat es nicht an Versuchen gefehlt, dies Programm durchzuführen. Die französische Diplomatie ganz besonders hat sich bemüht, einmal einen deutsch-russischen Konflikt an die Stelle des Streites mit Österreich-Ungarn zu setzen, dann aber auch die russische Mobilmachung als eine Folge und nicht als die Ursache der deutschen erscheinen zu lassen. Der Kriegswille russischer Generäle verdarb jedoch das schöne Konzept. Rußland mobilisierte und zwang Deutschland zur Mobilmachung, ohne daß die geringste Herausforderung von deutscher Seite vorgelegen hätte. Das Programm der russisch-französischen Militärkonvention wurde durchgeführt, die Gebrauchsanweisung in Petersburg aber nicht beachtet, so daß kein Zweifel an der Tatsache bestehen kann, daß Deutschland von Rußland und Frankreich überfallen wurde.

Für Rußland bestand zunächst nur die einzige Sorge, ob nicht die englische Regierung, für die diese Zusammenhänge nicht weniger klar erkennbar waren, erklären würde, in einen über den serbischen Streit entbrennenden Krieg nicht eingreifen zu wollen. Daher bemühte sich Sasonow, vom französischen Botschafter unterstützt, bereits am 24. Juli, von der englischen Regierung eine Erklärung ihrer Solidarität mit den Zweibundsmächten zu erwirken (Englisches Blaubuch Nr. 6). Am 25. Juli erneuerte er seine Bitte (Englisches Blaubuch Nr. 17). Keinerlei englisches Dokument aus Petersburg vom 26. Juli ist bekannt gegeben worden. Am 27. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 44, 45) und an allen späteren Tagen ist von dem Wunsche nach einer Solidaritätserklärung Englands nich mehr die Rede.

Am 25. Juli lehnte es noch Grey ab, über einen serbischen Streit zum Kriege zu schreiten (Englisches Blaubuch Nr. 24). Ein Telegramm von London nach Petersburg vom 26. Juli ist nicht bekannt, doch zeigt der englische Vorschlag einer Botschafterkonferenz in London (Deutsche Dokumente Nr. 304, Englisches Blaubuch Nr. 36) eine grundsätzliche Änderung in der Haltung der englischen Regierung an. Am 27. Juli telegraphierte (gemäß dem englischen Blaubuch Nr. 47) Grey nach Petersburg, der russische Botschafter habe sich bei ihm darüber beklagt, daß England in seiner Haltung die Zugehörigkeit zum Dreiverband nicht deutlich genug bekunde. Als Antwort habe er den Botschafter darauf hingewiesen, daß die englische Flotte nach Beendigung ihrer Manöver nicht demobilisiere und nicht auseinandergehe. Diese Tatsache konnte Petersburg vollauf befriedigen, trotz der Einschränkung des englischen Ministers, er könne Rußland nur „diplomatisches" Vorgehen versprechen. Benckendorff berichtete ebenfalls über dies Gespräch. Sein Telegramm schloß mit den Worten: „Die Zuversicht Berlins und Wiens in bezug auf die Neutralität Englands hat keinen Grund mehr".

Jeder Zweifel, ob Frankreich und damit Rußland im Kriegsfalle auf Englands Unterstützung rechnen könne, war jedenfalls am 29. Juli bereits behoben. Das englische Blaubuch (Nr. 87) gibt an, daß Grey an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärte, er beabsichtige, die deutsche Regierung zu warnen, daß England nicht beiseite stehen würde, wenn es zum Kriege kommen sollte. Frankreich gegenüber behalte er sich jedoch die Entscheidung über das Eingreifen Englands noch vor. Diese Erklärung an Deutschland konnte jedenfalls für die Zwecke des Zweibundes vollauf genügen. Der französische Botschafter antwortete daher, Grey habe „die Lage sehr deutlich auseinandergesetzt".

Der Umschwung in der ursprünglichen Haltung Englands, die Entschlüsse, die es angesichts der drohenden Kriegsgefahr gefaßt hatte, und die Rückwirkung dieser Stellungnahme in Rußland sind nicht verborgen geblieben. Der belgische Geschäftsträger in Petersburg berichtete am 30. Juli:

> England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen werde. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja, man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen. (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 12. September 1914.)

Der Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung, die nur den Zweck haben konnte, den Krieg mit Deutschland herbeizuführen, war gefaßt worden, als die Gewißheit bestand, daß England an der Seite Frankreichs und Rußlands eingreifen werde. Das hat

auch der Petersburger Reuter-Korrespondent erkannt, der am 30. Juli telegraphierte:

> Das Auslaufen der englischen Flotte aus Portland hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und hat, in Verbindung mit den friedlichen Versicherungen Japans, den festen Entschluß Rußlands, es auf eine kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen, mehr als bekräftigt.

Die Würfel waren gefallen. Die Schwankungen in der Haltung Englands während der folgenden Tage sind nur auf innerpolitische Gründe und taktische Erwägungen zurückzuführen.

Fraglich ist freilich, ob England angesichts seiner Verheißungen den russischen Kriegstreibereien gegenüber eine andere Haltung annehmen konnte. Frankreich und Rußland bemühten sich schon lange um einen engeren Anschluß Englands an den Zweibund. Bereits 1912 hat Grey in Balmoral Sasonow, nach dessen eigenem Bericht, versprochen, im Falle eines Krieges gegen Deutschland Rußland und Frankreich beizuspringen und „alles daranzusetzen, um Deutschlands Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen". Damals wurde der Weltkrieg vermieden. 1914 begannen aber die Verhandlungen von neuem. Sie sollten mit der englisch-russischen Marinekonvention einen greifbaren Abschluß finden. Darüber kam der Krieg. England war vertraglich nur Frankreich verpflichtet. Lord Loreburn, der frühere englische Lordkanzler, hat in seiner Verurteilung der auswärtigen Politik seiner Regierung geschrieben: „Sie schuf eine Lage, die uns direkt zwang, uns den Konsequenzen der russischen Balkanpolitik auszusetzen und das britische Reich aufs Spiel zu setzen zur Verteidigung Frankreichs gegen die Folgen seines russischen Bündnisses. Tatsächlich war der Friede Großbritanniens der Gnade des russischen Hofes ausgeliefert"*).

3. England und Frankreich

Als Grey am 29. Juli dem französischen Botschafter die bedeutungsvolle Mitteilung machte, er werde Deutschland warnen, daß es im Kriegsfalle nicht auf Englands Neutralität zählen dürfe, wies er ihn zugleich darauf hin, daß die öffentliche Meinung wenig geneigt sein werde, wegen der serbischen Frage in einen Krieg einzugreifen, in den Frankreich lediglich durch sein Bündnis mit Rußland hineingezogen würde. Eine Verpflichtung bestehe für England nicht, und er (Grey) müsse sich noch die Entscheidung über das, was Englands Interesse geböte, vorbehalten (Englisches Blaubuch Nr. 87).

Daß es in Englands Belieben gestanden hätte, Frankreich beizuspringen oder nicht, wäre wohl nur dem Buchstaben der

*) Lord Loreburn, How the war came (London 1919), S. 106.

Vereinbarungen nach richtig gewesen. Denn schon die Tatsache, daß Frankreich auf Grund der englisch-französischen Abmachungen seine Flotte im Mittelmeer zusammengezogen hatte, begründete für England eine Verpflichtung zum Schutze der französischen Nordküsten, der sich keine englische Regierung jemals hätte entziehen können. Asquith erklärte am 2. August dem deutschen Botschafter, durch zwei Dinge würde die „neutrale Haltung der englischen Regierung sehr erschwert", durch die Verletzung der Neutralität Belgiens und „durch einen etwaigen Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die gänzlich unbeschützte Nordküste Frankreichs, die die Franzosen in gutem Glauben auf die britische Unterstützung zugunsten ihrer Mittelmeerflotte entblößt hätten". (Deutsche Dokumente Nr. 676.) Tatsächlich hat ja England auch bereits am 2. August den Schutz der französischen Küsten und der französischen Schiffahrt gegen die deutsche Flotte förmlich übernommen (Englisches Blaubuch Nr. 148, Deutsche Dokumente Nr. 784), zu einem Zeitpunkte also, als Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich nicht bestand.

Die geheimen englisch-französischen Abmachungen, welche Armee und Marine betrafen, stammen aus der Zeit der ersten Marokkokrise. Sie wurden im Laufe der Jahre ergänzt und 1912 durch einen Notenaustausch bestätigt. Wann sich die französische Regierung zum erstenmal auf das ihr aus diesen Abmachungen zustehende Recht auf englische Waffenhilfe berufen hat, ist nicht bekannt. Man muß auch unterscheiden zwischen der Erklärung der englischen Regierung, daß sie in dieser Krisis auf seiten Frankreichs (und Rußlands) stehe, und der Anerkennung des Bündnisfalles durch das Kabinett. Bereits am 26. Juli wußte der französische Botschafter in Berlin, daß Grey an Lichnowsky erklärt habe, England werde nicht neutral bleiben, wenn es wegen Serbiens zu einem Konflikt zwischen Frankreich-Rußland und Deutschland-Österreich kommen sollte. Boghitschewitsch, der dies (S. 84) berichtet, ist der Ansicht, diese Erklärung sei noch vor Bekanntwerden der österreichisch-ungarischen Note abgegeben worden*).

*) Nach den Deutschen Dokumenten und dem englischen Blaubuch gab Grey eine solche positive Erklärung erst am 27. Juli ab (Englisches Blaubuch Nr. 48, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 72), Lichnowsky gegenüber sogar erst am 29. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 89). Am 24. und 25. Juli beschränkte er sich auf die negative Feststellung, daß der austro-serbische Streit England nicht angehe. Jules Cambon war seiner Sache aber so sicher, daß er Boghitschewitsch erklärte: „Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben: die englische Flotte wird die deutschen Häfen blockieren und in drei Wochen in den Hafen von Hamburg eindringen. Die französischen Militärs behaupten, daß sie das deutsche Heer glatt schlagen werden." (A. a. O., S. 96.)

Noch am 27. Juli erklärte aber Sir A. Nicolson, wie die französische Botschaft in London berichtete:

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sehen die Engländer nicht die europäische Seite der Angelegenheit. Sie werden sie später erkennen, zu spät vielleicht. Wir werden von der öffentlichen Meinung abhängig sein, die sich erregen würde, wenn Deutschland Frankreich angriffe. Es handelt sich aber um Serbien, an dem sie kein Interesse hat, und für das die Waffen zu ergreifen sie sich weigern würde. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 57.)

Nach Angabe des englischen Blaubuchs (Nr 105) hätte Paul Cambon am 30. Juli zum ersten Male auf Englands Verpflichtungen zur Waffenhilfe hingewiesen, also erst, nachdem (am 29. Juli) französischerseits in Petersburg die Erklärung abgegeben worden war, Rußland könne „vollständig auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen", und Sasonow mitgeteilt hatte, es „bleibe nichts anderes übrig, als die russischen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. (Russisches Orangebuch Nr. 58.) Die Anlage 3 der Nr. 105 des Blaubuches stellt aber eine notorische Fälschung dar; es erscheint deshalb fraglich, ob die übrigen Angaben dieses Dokuments zutreffen. Der russische Botschafter hat ebenfalls über diese Unterredung berichtet. Seine Darstellung gibt ihr einen wesentlich anderen Sinn, als die englische. Er telegraphierte am 30. Juli nach Petersburg:

Cambon fragte bei Grey an, ob er der Meinung sei, daß der Moment eingetreten sei? Grey antwortete ihm, daß der Moment eintreten wird, sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig klärt. Cambon bestand nicht weiter darauf, da von England ernste Maßnahmen nicht nur zur See, sondern auch auf dem Lande getroffen worden sind. Cambon sagte, daß nach seiner Meinung die Lage sich in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt hat, damit Grey, ohne zu riskieren, noch heute offen auftreten könnte (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919).

Paul Cambon selbst berichtete, er habe Grey darauf aufmerksam gemacht, „daß es sich heute nicht mehr um einen Streit um Einfluß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn handele. Es bestehe Gefahr eines Angriffs, der einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören konnte. — Sir E. Grey hat meine Empfindung völlig verstanden, und, wie ich, hält er den Augenblick für gekommen, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen und sie gemeinsam zu erörtern." (Französisches Gelbbuch Nr. 108.)

Wollte auch Grey am 29. Juli das entscheidende Wort noch nicht sprechen, so haben doch offenbar andere es für ihn getan. Vielleicht spielten im konstitutionellen England die Militärs eine ebenso große oder noch größere Rolle, als im „absolutistischen" Deutschland. Der belgische Gesandte in Paris berichtete am 31. Juli:

Der Chef des zweiten Büros des Generalstabs der Armee hat dem (belgischen Militärattaché) Major Collon bestätigt, daß England die förmliche Versicherung

gegeben hat, daß es Frankreich in dem gegenwärtigen Konflikt im vollen Maße und mit den Waffen beistehen werde, wenn Deutschland militärisch eingriffe. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919.)

Bezeichnend für die englisch-französischen Anschauungen ist die von Paul Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 105) gegebene Auslegung des Begriffs „Angriff auf Frankreich", der als Voraussetzung für die englische Waffenhilfe zu gelten habe. Ein „Angriff auf Frankreich" wurde nämlich von ihm schon in einer Forderung der Neutralität Frankreichs in einem deutsch-russischen Kriege erblickt. In London und Paris hat man den Begriff „defensiv" recht weitherzig ausgelegt!

In England gab es damals offenbar zwei Strömungen: Die eine, welche weder einen Krieg wollte, noch einsehen konnte, daß England die Politik seiner festländischen Verbündeten mitmachen müsse. Noch am 2. August sagte Asquith zu Lichnowsky, ein Krieg zwischen England und Deutschland sei ganz undenkbar (Deutsche Dokumente Nr. 676). Die andere Richtung sah den Augenblick gekommen, um die Ziele zu verwirklichen, die England im Versailler Frieden erreicht hat. Paul Cambon telegraphierte am 31. Juli nach Paris:

Sir E. Grey ist Anhänger des sofortigen Eingreifens; er hat dem Fürsten Lichnowsky damit gedroht. Der Ministerrat ist jedoch der Ansicht, daß die Regierung die Ermächtigung des Parlaments nicht erhalten könne. (Bericht an den französischen Senat — 704/1919 — S. 57.)

Benckendorff meldete am 31. Juli:

Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zu großer Vorsicht zwingt.

Noch am gleichen Tage telegraphierte er:

Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralysieren würde, dessen Einfluß in einigen Stunden wiederhergestellt sein könnte.

Welche Ereignisse in Frage standen, sagt der Schluß des erstgenannten Telegramms:

Die Krisis wird an jenem Tage eintreten, wo die europäische Seite der Frage infolge der Gefahr eines Überfalles auf Frankreich augenfällig sein wird. Dies ist wenigstens meine Meinung und die Meinung Cambons. (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919.)

Frankreich lag daher nicht weniger daran, einen deutschen Überfall nachzuweisen, wie es der englischen Regierung darauf ankam, ihr Eingreifen in den Krieg mit einem deutschen Angriff auf Frankreich zu rechtfertigen. Diesem Gesichtspunkt dienten die zahlreichen französischen Meldungen nach London über deutsche Rüstungen und Grenzverletzungen, die zum mindesten im Datum alle unrichtig waren, und ebenso die Anlage 3 der Nr. 105 des eng-

lischen Blaubuches, eine bekannte Fälschung, die der offiziöse Historiker Oman mit Stillschweigen übergeht.

4. Englands Kriegserklärung an Deutschland

Am 29. Juli erklärte Grey dem deutschen Botschafter, wenn Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, dann würde „die britische Regierung unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen". (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 89.) Der Sinn dieser Erklärung, England werde Frankreich im Kriegsfall beistehen, war nicht mißzuverstehen. Die deutschen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens sind jedoch offensichtlich nicht wegen der Gefahr einer Verwicklung mit England betrieben worden, sondern bezweckten, den Krieg überhaupt zu vermeiden. Nachdem aber alle Versuche, den Krieg mit Rußland zu verhindern, vereitelt waren, und auch die letzte Aussicht, mit der Neutralität Frankreichs rechnen zu können, zunichte geworden war, bemühte sich die deutsche Regierung, wenigstens England zu einer neutralen Haltung zu bewegen, obwohl die Aussicht auf Erfolg von vornherein äußerst gering war.

Kriegsgrund für England mußten in erster Linie die Abmachungen mit Frankreich bilden und sein politisches Interesse, das eine Vernichtung Frankreichs nicht zulassen konnte. Einen zweiten Grund bildete Englands besonderes Interesse an Belgien, dessen Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges die Kriegführenden nicht vom Durchmarsch abgehalten hätte.

Diesen Gesichtspunkten entsprechend machte Bethmann Hollweg am Abend des 29. Juli, als die russische Teilmobilmachung die Lage äußerst bedrohlich gestaltet hatte, dem englischen Botschafter ein Neutralitätsangebot. Er stellte der englischen Regierung Sicherheiten dafür in Aussicht, daß Deutschland keine Gebietserwerbungen auf Kosten Frankreichs erstrebe. Diese Garantie sollte sich allerdings auf die französischen Kolonien nicht erstrecken. Desgleichen sicherte er England die Achtung der Neutralität und die Integrität der Niederlande, sowie die Integrität Belgiens zu für den Fall, daß Deutschland zum Durchmarsch durch Belgien gezwungen würde, vorausgesetzt, daß es nicht gegen Deutschland Partei ergreife (Deutsche Dokumente Nr. 372, Englisches Blaubuch Nr. 85). Dieses Neutralitätsangebot wurde von England abgelehnt (Englisches Blaubuch Nr. 101, Deutsche Dokumente Nr. 497).

Trotzdem hat die deutsche Regierung, als der Krieg ausbrach, alle nur möglichen Schritte getan, um eine neutrale Haltung Englands herbeizuführen. Sie hat sich am 1. August, wie oben dargelegt,

bereit erklärt, jeden Angriff auf Frankreich zu unterlassen, wenn England die französische Neutralität garantieren würde. Am 3. August wies sie den Botschafter in London an, zu erklären, daß deutscherseits eine Bedrohung der französischen Nordküste nicht erfolgen werde, solange England neutral bliebe (Deutsche Dokumente Nr. 714). Der Botschafter gab Grey noch am gleichen Tage eine dementsprechende Versicherung ab (Deutsche Dokumente Nr. 764). England ließ sich hiermit jedoch nicht zufriedenstellen. Es hatte bereits am 2. August Frankreich den Schutz seiner Küsten und Handelsschiffahrt zugesichert (Englisches Blaubuch Nr. 148, Deutsche Dokumente Nr. 784) und war offensichtlich entschlossen, auch weitergehende Waffenhilfe zu gewähren*). Damit waren die Würfel gefallen, ohne daß die belgische Frage die Entscheidung beeinflußt hätte.

Je geringer die Aussicht schien, daß Deutschland durch einen Überfall auf Frankreich die Voraussetzungen für ein Eingreifen Englands schaffen würde, desto mehr betonte Grey den belgischen Kriegsgrund. Bereits in der Antwort auf das deutsche Neutralitätsangebot hatte er am 30. Juli erklärt, daß England eine Verständigung über Belgien ablehnen müsse (Deutsche Dokumente Nr. 497, Englisches Blaubuch Nr. 101). In der Folgezeit zeigte er sich unter dem Eindruck der russischen Mobilmachung und der Unvermeidlichkeit des Krieges bestrebt, die belgische Frage als Kriegsanlaß in den Vordergrund zu schieben. Nach Ansicht des deutschen Generalstabs war es nicht angängig, abzuwarten, ob und wann französische oder französisch-englische Heere durch Belgien marschieren und einen Stoß gegen die verwundbarste Stelle der deutschen Westfront führen würden. Die deutschen Heere mußten dem Gegner unbedingt zuvorkommen. Aus diesem Grunde konnte die deutsche Regierung auf die englische Anfrage vom 31. Juli (Deutsche Dokumente Nr. 522, Englisches Blaubuch Nr. 114), ob Deutschland bereit sei, sich zur Respektierung der belgischen Neutralität zu verpflichten, keine Antwort geben (Englisches Blaubuch Nr. 122). England konnte Belgien dadurch schützen, daß es die französische Neutralität gewährleistete. Es hat diesen Weg nicht beschreiten wollen. England war auch nicht bereit, die Achtung der belgischen Neutralität dadurch zu sichern, daß es sich selbst zur Neutralität verpflichtete (Deutsche Dokumente Nr. 596). Es wollte Frankreich unter allen Umständen Waffenhilfe leisten. Deshalb hat am 1. August Grey es abgelehnt, Bedingungen für die Neutralität Englands aufzustellen,

*) Paul Cambon schreibt in seinen Erinnerungen (Revue de France, 1. Juli 1921): Ich hatte die Überzeugung, daß (mit der Zusage der englischen Flottenunterstützung) das Spiel gewonnen war. Eine Großmacht führt einen Krieg nicht halb. In dem Augenblick, da sie sich entschließt, ihn zu Wasser zu führen, bleibt ihr keine andere Wahl, als sich auch zu Lande zu schlagen.

auch als ihm der deutsche Botschafter eine Garantie der Integrität Frankreichs und seiner Kolonien anbot (Englisches Blaubuch Nr.123). Ängstlich wartete man in London auf den Kriegsgrund, die Verletzung der belgischen Neutralität, die es der englischen Regierung ermöglichen sollte, die Erfüllung ihrer französischen Bündnispflichten vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Der belgische Gesandte in London telegraphierte am 3. August:

Gesandtschaft hat größtes Interesse, Nachricht betreffend Neutralitätsverletzung zu erhalten. Auswärtiges Amt hat mich heute wiederholt zur Übermittlung diesbezüglicher Nachricht aufgefordert. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919.)

Die englische Regierung hat Deutschland am 4. August auf Grund des Einmarsches in Belgien den Krieg erklärt. Tatsächlich bestand jedoch bereits Kriegszustand zwischen Deutschland und England, da England schon am 2. August den Schutz der französischen Küste und Schiffahrt übernommen hatte.

Wie schwierig es für England gewesen ist, den Krieg mit Deutschland zu rechtfertigen, sieht man u. a. auch an den ungebührlich vielen Telegrammen des englischen Blaubuches, die sich mit dem Festhalten englischer Schiffe in deutschen Häfen befassen. Nicht weniger als sechs Urkunden haben diese ganz nebensächliche Frage zum Gegenstand. Die englische Hoffnung auf eine deutsche Provokation ging aber nicht in Erfüllung. Die deutsche Marine wurde ängstlich zurückgehalten. So blieb schließlich nur Belgien als Kriegsgrund.

Das Märchen, England habe Deutschland den Krieg wegen der Verletzung der belgischen Neutralität erklärt, wurde zwar anfangs geglaubt, ist aber längst fallen gelassen worden. Viele Einzelheiten aus jenen kritischen Tagen sind in der englischen Presse bekannt gegeben worden. Immer spielt Belgien nur die Rolle eines Vorwandes. Es bedurfte aber eines starken und vor allem zugkräftigen Arguments, um die noch widerstrebenden Kabinettsmitglieder und das Parlament zur Erfüllung der englisch-französischen Abmachungen und zum sofortigen Eintritt in den Krieg zu bewegen. Recht anschaulich hat Paul Cambon die Sorgen jener Tage in einer Unterredung mit einem Engländer geschildert, die in den Times vom 22. Dezember 1920 veröffentlicht worden ist*).

Das waren die einzigen drei schweren Tage in all den Jahren, die ich in London zugebracht: der Erste, Zweite und Dritte August 1914. Denken Sie, was die bedeuteten. Ihr Kabinett hatte die europäische Krise wiederholt erörtert. Wir hatten auf die Unterstützung von drei oder vier Ministern vertraut. Einige davon, aber nicht alle, waren von gewichtigen Vorstellungen bedeutender

*) Wiedergegeben nach Peter Rassow „Lloyd George und Paul Cambon zum Kriegsausbruch". Die Deutsche Nation, III, S. 136 (Februar 1921.)

Männer in der City zugunsten der britischen Neutralität beeinflußt worden. Sonnabend morgen, am 1. August, war eine neue Kabinettssitzung gewesen. Nachher sah ich Grey, der mir erzählte, die Regierung sei nicht imstande gewesen, über Eintritt in den Krieg zu entscheiden. Er sprach sehr ernst. Ich erwiderte, daß ich dies meiner Regierung nicht melden könne und nicht melden wolle. „Nach allem, was zwischen unseren beiden Ländern vorgegangen ist," rief ich aus, „nach der Zurückziehung unserer Streitkräfte zehn Kilometer von unserer Grenze, so daß deutsche Patrouillen sich jetzt auf unserem Boden ungehindert bewegen können (so besorgt sind wir, jeden Schein einer Herausforderung zu vermeiden), nach der Verständigung zwischen Ihren Marinebehörden und unseren, durch die unsere ganze Seemacht im Mittelmeer konzentriert worden, wie Ihrer Flotte die Freiheit zur Konzentration in der Nordsee gegeben worden ist, so daß, wenn die deutsche Flotte den Kanal entlang fegt und Calais, Boulogne und Cherbourg zerstört, dort keine Gegenwehr sein kann — erzählen Sie mir, daß Ihre Regierung nicht über Einmischung entscheiden kann? Wie soll ich eine solche Botschaft senden? Sie würde Frankreich mit Wut und Empörung erfüllen. Mein Volk würde sagen, Ihr habt uns verraten! — Das ist nicht möglich. Ich kann eine solche Botschaft nicht senden. — Es ist wahr, die Abmachungen zwischen Ihren militärischen und Marinebehörden und unseren sind von Ihrer Regierung nicht bestätigt worden, aber es besteht eine moralische Verpflichtung, uns nicht ungeschützt zu lassen."

Ich sah Grey wieder diese Nacht und nochmals am nächsten Morgen nach der Kabinettssitzung; aber nicht bis zum Abend des Sonntag, des 2. August, konnte er mir die Versicherung geben, daß die britische Flotte unsere unbewachte nördliche Küste schützen werde. Ich fühlte, daß er im Herzen mit uns war. Ich wußte, daß Herr Asquith und Herr Winston Churchill auch mit uns waren. Aber konnten sie ihre Kollegen mit sich reißen, und konnten sie über die Unterstützung des Hauses der Gemeinen gebieten?

... Erst als Grey im Hause der Gemeinen sprach am Nachmittag des Montag, des 3. August, war es so weit, daß wir aufatmen konnten.

Paul Cambon war ein sehr genauer Kenner der englischen Verhältnisse, und konnte dank seiner persönlichen Beziehungen, auch zur Opposition, die Strömungen und Schwankungen aus nächster Nähe beobachten. Deshalb ist seine Meinung von besonderer Bedeutung. Er schildert anschaulich in seinen Erinnerungen (Revue de France, Nr. 8, 1. Juli 1921), wie schwer es war, England in den Krieg zu treiben. Innerhalb des Kabinetts sei zu Beginn der Krisis die Mehrheit der Mitglieder gegen eine Intervention gewesen. Asquith habe sich zwar Rechenschaft darüber gegeben, daß England nicht ein zweites Mal den Fehler von 1870 begehen und Frankreich seinem Schicksal überlassen dürfe, aber diese Einsicht sei zunächst weit entfernt gewesen, irgend einen Entschluß in ihm reifen zu lassen. Als alter Parlamentarier habe er geglaubt, erst den Parteien den Puls fühlen zu müssen, und dieser Puls habe damals noch sehr langsam geschlagen. Winston Churchill, vom ersten Augenblick an Anhänger des Eintritts Englands in den Krieg, habe Frankreich einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem er auf eigene Verantwortung (am 24. Juli) den Befehl gab, die Flotte, die ihre Manöver beendet hatte und demobilisiert werden sollte, in Kriegsbereitschaft zu halten. Sir Edward Grey, in dessen Seele „der pazifistisch ge-

sinnte Idealist und Menschenfreund mit dem seiner Verantwortung bewußten Außenminister rang", habe wahrhaft furchtbare Gewissenskonflikte durchgemacht. Bis zuletzt habe er sich weder für noch gegen den Krieg entscheiden können. Lloyd George, damals Schatzsekretär, stand anfangs auf seiten der Interventionisten, sei aber in seiner Haltung gerade in den kritischen Tagen schwankend geworden, auf Grund der sehr ernsten Vorstellungen, die eine Abordnung der ersten und angesehensten Finanzmänner Englands gegen eine Teilnahme Englands am Kriege bei ihm erhoben hatte. Er habe gezögert, laviert, und so die Unentschlossenheit des Kabinetts noch vergrößert, das, wenn er es vermocht hätte, sich zu einer unzweideutigen Stellungnahme aufzuraffen, vielleicht imstande gewesen wäre, den Eintritt der Katastrophe noch im letzten Augenblick aufzuhalten. So urteilt der damalige französische Botschafter in London.

Nachdem am 2. August der Schutz der französischen Küsten und der französischen Schiffahrt übernommen wurde, konnte freilich von einem Schwanken oder einer Neutralität Englands nicht mehr die Rede sein. Die Kämpfe, die sich in London dann noch abspielten, waren nur innerpolitischer Art. Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, hat in seinen Erinnerungen (Revue de France, 15. Juni 1921) auseinandergesetzt, es sei damals ein außerordentliches Glück für Frankreich gewesen, daß gerade die englischen Liberalen am Ruder waren. Wenn sie in der Opposition gewesen wären, so hätten sie wahrscheinlich die britische Intervention verzögert. So aber konnten sich der französische und der russische Botschafter hinter die Konservativen stecken, um die Regierung vorwärts zu treiben. Die damalige Lage wird sehr treffend durch den Brief gekennzeichnet, den Bonar Law und Lansdowne, die Führer der konservativen Opposition, am 2. August an Asquith sandten. Er lautete:

> Lord Lansdowne und ich empfinden es als unsere Pflicht, Sie zu verständigen, daß unserer Ansicht nach, ebenso wie nach der anderer Kollegen, die wir zu befragen in der Lage waren, es für die Ehre und Sicherheit des Vereinigten Königreichs verhängnisvoll wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit der Unterstützung Frankreichs und Rußlands zu zögern. Wir bieten der Regierung unsere bedingungslose Hilfe für alle Maßnahmen an, die sie für diesen Zweck als nötig erachtet.

Für England sind es, ganz wie für Rußland, machtpolitische Fragen und, wie für Frankreich, Bündnisverpflichtungen gewesen, die es zum Eintritt in den Krieg veranlaßten. Seine machtpolitischen Ziele sind aber mehr als Prestigefragen gewesen. Der Versailler Vertrag hat sie enthüllt.

VIII. Die Frage der Verantwortlichkeit

1. Der Standpunkt der deutschen Regierung von 1914

Wenn man von der lächerlichen Beschuldigung absieht, Deutschland habe die Weltherrschaft durch einen Weltkrieg erringen wollen, sind die Hauptvorwürfe, die der Feindbund gegen uns erhebt, daß Deutschland das Ultimatum an Serbien veranlaßt, bzw. zugelassen hat, daß es den Konferenzvorschlag Greys ablehnte, daß es Österreich nicht davon abhielt, gegen Serbien militärisch vorzugehen, schließlich, daß es auf die russische Mobilmachung hin Rußland den Krieg erklärte.

Diese Anklagen gehen von der falschen Voraussetzung aus, daß die österreichisch-ungarische Politik in Berlin bestimmt wurde. Die Balkankriege haben deutlich genug gezeigt, daß der deutsche Einfluß auf Wien seine Grenzen hatte. Die Note an Serbien ist ohne deutsche Mitwirkung abgefaßt worden. Deutschland billigte ein Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien, weil es in seinem eigenen Interesse lag, daß den großserbischen Treibereien ein Ende bereitet würde. Die Wahl der Mittel wurde Wien überlassen, zumal die ganze Angelegenheit als eine interne Frage der Donaumonarchie angesehen worden ist.

Der Konferenzvorschlag wurde abgelehnt, weil er eine Einmischung in den österreichisch-serbischen Streit bedeutete und nicht als ein Mittel angesehen wurde, die Krisis rasch und befriedigend zu lösen. Grey hat selbst diesen Vorschlag zugunsten der direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zurückgezogen.

Abgesehen davon, daß es ein gefährliches Beginnen gewesen wäre, einer Großmacht in den Arm zu fallen, die entschlossen war, ihr Recht durchzusetzen, hätte jeder Versuch, Österreich-Ungarn an einem militärischen Vorgehen gegen Serbien zu verhindern, ehe nicht alle friedlichen Mittel erschöpft waren, eine nicht gerechtfertigte Begünstigung Serbiens dargestellt. Sobald in Berlin bekannt wurde, daß Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt und Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwortnote abgelehnt hatte, richtete (am 28. Juli) die deutsche Regierung den Vorschlag nach Wien, die Operationen auf die Besetzung eines Faustpfandes zu beschränken. Durch ein unbedingtes Veto gegen einen Krieg mit Serbien hätte Deutschland seinen einzigen verläßlichen Bundesgenossen verloren. Nicht einmal Italien hat einen derartigen Schritt unternommen.

Die russische Gesamtmobilmachung war, wie die sie veranlassenden Generäle im Suchomlinowprozeß bestätigt haben, gegen

Deutschland gerichtet. Sie ist durch keinerlei deutsche Maßnahme provoziert worden. Die russischen Behauptungen über weitgehende Kriegsvorbereitungen Deutschlands waren unzutreffend. Die russische Regierung hat anläßlich der Gesamtmobilmachung der deutschen keinerlei Erklärungen oder Zusicherungen abgegeben, obwohl sie wußte, daß Deutschland eine derartige Bedrohung als Kriegsgrund ansehen mußte. Das Wort des Zaren, seine Truppen würden die Grenzen nicht überschreiten, solange verhandelt würde, bot keinerlei Sicherheit und Gewähr für die Zukunft.

2. Der Dreiverband

Die russische Kriegspartei wollte den Krieg und hat deshalb die Mobilmachung gegen das die Vermittlung betreibende Deutsche Reich durchgesetzt, obgleich kein Anlaß vorlag, an dem günstigen Ausgang der deutschen Vermittlung zu zweifeln, und obwohl sie sich völlig bewußt war, daß die Mobilmachung den Weltkrieg bedeutete. Sie nahm den Streit mit Österreich-Ungarn wegen Serbien zum Anlaß, um die von ihr seit langem angestrebte europäische Abrechnung herbeizuführen.

Die französische Regierung hat die russische Politik gebilligt und unterstützt, obwohl sie deren Ziele und Folgen klar erkennen mußte. Sie hielt den Augenblick für günstig, um die alte Rechnung mit Deutschland zu begleichen. Schon während der Balkankriege wäre sie bereit gewesen, loszuschlagen. Die Beweise hierfür sind zahlreich. Unter anderem berichtete Iswolski am 30. Januar 1913:

> Man ist hier entschlossen, seine Verpflichtungen als Verbündete in bezug auf uns in vollem Umfange zu erfüllen. Die französische Regierung gibt v o l l k o m m e n b e w u ß t u n d k a l t b l ü t i g zu, daß das Endresultat der gegenwärtigen Verwicklungen für sie die N o t w e n d i g k e i t bedeuten könne, am a l l g e m e i n e n K r i e g e teilzunehmen. Der Augenblick, in dem Frankreich das Schwert zu ziehen hat, ist durch die französisch-russische Konvention genau festgestellt, und in dieser Hinsicht hegen die französischen Minister keinerlei Zweifel. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28. August 1919.)

Im Jahre 1914 ist es nicht anders gewesen.

Die englische Regierung, der die Kriegstreibereien ihrer Verbandsgenossen nicht verborgen bleiben konnten, hat es unterlassen, Frankreich und Rußland von gefährlichen militärischen Maßnahmen zurückzuhalten. Die Gewißheit der Teilnahme Englands an einem Kriege gegen Deutschland hat mehr als alles andere den Kriegswillen der Zweibundmächte gefestigt.

Am 2. Dezember 1914 erklärte Bethmann Hollweg im Reichstage:

> „Die Verantwortung an diesem größten aller Kriege liegt für uns klar. Die äußere Verantwortung tragen diejenigen Männer in Rußland, die die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee betrieben und durchgesetzt

haben. Die innere Verantwortung liegt bei der großbritannischen Regierung. Das Londoner Kabinett konnte den Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikte einen kontinentalen Krieg der Großmächte herauswachsen zu lassen. Eine solche Sprache hätte auch Frankreich gezwungen, Rußland energisch von allen kriegerischen Maßnahmen abzuhalten. Dann aber gelang unsere Vermittlungsaktion zwischen Wien und Petersburg, und es gab keinen Krieg. England hat das nicht getan. England kannte die kriegslüsternen Treibereien einer zum Teil nicht verantwortlichen, aber mächtigen Gruppe um den Zaren. Es sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen."

Diese Worte werden vor der Geschichte weit eher Bestand haben, als die Denkschrift der Pariser Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

3. Schlußbetrachtung

Zu einem gerechten Urteil in der Frage der Verantwortlichkeit ist es unerläßlich, der Untersuchung nur die Gesichtspunkte von 1914, und nicht die von 1919 zugrunde zu legen. Für den rückblickenden Beschauer ist es leicht, klüger und gerechter zu sein als die Männer, die in den kriegsentscheidenden Tagen die Geschicke der Welt bestimmten. Ihrem Handeln und Unterlassen darf der Maßstab der durch den langen Krieg veränderten Auffassung nur angelegt werden, wo es gilt, aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Ausgangspunkt für die Betrachtung des Schuldproblems darf ferner nicht die Frage sein, wer recht und wer unrecht hatte. Von seinem Standpunkte aus hatte Serbien recht, wenn es seinen nationalistischen Zielen nachstrebte. Österreich-Ungarn hatte nicht minder recht, wenn es seinen Besitzstand zu wahren suchte. Rußland hatte die Pflicht, die Versprechungen einzulösen, die es Serbien gegeben hatte. Deutschland mußte die gewaltsame Auflösung seines einzigen verläßlichen Bundesgenossen zu verhindern suchen. Frankreich und England waren gezwungen, ihren Vertragspflichten nachzukommen. „Recht" hatte ein jeder. Die Frage, die gestellt werden muß, ist, ob ein jeder nur das tat, was von seinem Standpunkt aus berechtigt und nach den allgemeinen Begriffen erlaubt war. In erster Linie ist aber zu erforschen: Was haben die einzelnen Regierungen g e w o l l t und b e a b s i c h t i g t?

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist festzustellen, daß Deutschland kein Unrecht beging, wenn es Österreich-Ungarn zum Zwecke der Erhaltung seines Besitzstandes bündnisgemäße Unterstützung zusagte. Es hat den Krieg gegen Serbien gebilligt und zugelassen. Der Krieg war und ist ein erlaubtes Mittel der Politik. Sein Grund, die Selbstverteidigung, war durchaus gerechtfertigt. Andere Länder haben aus geringeren Anlässen Krieg geführt. Auch der Weltkrieg stand mehr als einmal nahe bevor. England hat

uns 1911 mit dem Kriege bedroht. Frankreich war 1912/13 bereit, wegen der russischen Balkaninteressen es zum europäischen Kriege kommen zu lassen. Im Januar 1914 dachte Rußland daran, wegen des deutschen Generals in Konstantinopel die Kriegsfackel zu entzünden. Deutschland hat im Juli 1914 mit der Möglichkeit, nicht aber mit der Wahrscheinlichkeit eines Weltbrandes gerechnet.

Deutschland hat die Vermittlung in Wien lau betrieben, solange keine Gewähr dafür bestand, daß der Zweck der österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien erreicht würde, und bis zu dem Augenblick, wo die Gefahr eines Weltkrieges offenbar wurde. In dieser Haltung kann ein Unrecht nicht erblickt werden, denn es war in Berlin nicht vorauszusehen, daß sich die Ereignisse infolge der russischen Mobilmachung überstürzen würden. Es bestand kein Grund, die Berechtigung der Bestrebungen Rußlands anzuerkennen, die letzten Endes auf die Vernichtung Österreich-Ungarns abzielten.

Deutschlands Kriegserklärung an Rußland war die naturgemäße Folge der allgemeinen Mobilmachung. Dieser Schritt der Petersburger Regierung konnte nur den Krieg mit Deutschland bezwecken. Es hat deshalb auch wenig Wert, zu streiten, ob der deutsche Mobilmachungsbefehl und die Kriegserklärung um einige Tage zu früh oder zu spät erfolgten. Andere Daten hätten an dem politischen Gesamtbilde nichts Wesentliches geändert, da der Wille zum Kriege beim Gegner vorhanden war.

Eine geschicktere Geschäftsführung hätte vielleicht das äußere Bild vorteilhafter gestalten können, wäre aber — nach der russischen Gesamtmobilmachung — nicht mehr in der Lage gewesen, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern. Viele sind der Ansicht, daß man das Odium der Kriegserklärung bzw. der Eröffnung der Feindseligkeiten den Russen hätte überlassen können, ebenso den Franzosen. Bethmann Hollweg schreibt dagegen noch 1921 im zweiten Bande seiner „Betrachtungen“ (S. 83):

> Nur wenn wir die Operationen begannen, bevor Rußland mit seiner Mobilmachung fertig war, hatten wir im Zweifrontenkrieg Aussichten. Unsere westliche Offensive war notwendiger Bestandteil des Feldzugsplanes. Mit Erfolg konnte sie nach militärischer Überzeugung nur über Belgien geführt werden. Unser Ultimatum an Belgien, lediglich und ausschließlich ein Akt der Notwehr, konnte nicht konditional erlassen werden, sondern setzte Kriegszustand voraus. Daß uns Rußland formal den Krieg erklären werde, bevor die Mobilmachung bis aufs letzte durchgeführt war, war unwahrscheinlich. Das wäre gegen russisches Interesse gegangen. Möglich waren Grenzverletzungen der russischen Truppen, in deren Anschluß sich der Krieg entwickeln konnte. Völlig ungewiß aber war, welchen Zeitverlust, der unter allen Umständen vermieden werden mußte, wir dann erlitten. ... Die bittere Notwendigkeit, einen Verteidigungskrieg offensiv zu führen, hat bei unseren Entschlüssen das entscheidende Wort gesprochen.

Die Unvermeidlichkeit des Krieges mit Frankreich konnte angesichts der Haltung der französischen Regierung sowohl 1912 wie 1914 nicht bezweifelt werden. Die Kriegserklärung selbst hatte deshalb nur formale Bedeutung.

Deutschland hat nichts getan, was andere Länder nicht ebenfalls zur Erreichung politischer Zwecke unternommen hätten. Es hat weder unzulässige Ziele verfolgt, noch unerlaubte Handlungen begangen, immer von der Verletzung der belgischen Neutralität abgesehen, die als Kriegsmaßnahme nicht in den Rahmen dieser Untersuchung der diplomatischen Vorgänge fällt. Die Ententemächte sind deshalb, von ihrer eignen Schuld ganz zu schweigen, nicht berechtigt, Deutschland anzuklagen. Sie haben es auch nicht gewagt, im Versailler Friedensvertrag den Auslieferungsparagraphen auf die für den Ausbruch des Krieges Verantwortlichen auszudehnen.

Anders liegt die Frage der Verantwortlichkeit, wenn das deutsche Volk seine frühere Regierung zur Rechenschaft zieht. Hier handelt es sich nicht um das, was in zwischenstaatlicher Beziehung erlaubt und unzulässig ist. Die Regierung war damit betraut, den Geschicken des deutschen Volkes die bestmögliche Gestaltung zu geben. Diese Aufgabe ist ihr nicht gelungen. Daß sie Fehler begangen hat, ist menschlich. Mängel der Erkenntnis können nicht als strafbare Schuld zur Verurteilung gelangen. Die zu stellende Frage ist auch nicht, ob anders gehandelt werden konnte, denn das ist selbstverständlich. Es gibt für alle Entscheidungen zahlreiche Möglichkeiten. Die Frage ist vielmehr, ob die damalige Regierung leichtfertig oder gegen besseres Wissen Handlungen und Unterlassungen beging, die Deutschland zum Schaden gereichen m u ß t e n.

Aus den veröffentlichten Akten ist nicht ersichtlich, weshalb die Berliner Regierung Österreich-Ungarn freie Hand gegenüber Serbien ließ. Es erscheint heute unbegreiflich, daß sie Deutschlands Sicherheit und Zukunft in dieser Weise aufs Spiel setzte. Aus den Wiener Akten ist jetzt bekannt, daß die österreichisch-ungarische Regierung bei ihrem Vorgehen die deutschen Interessen nahezu gänzlich außer acht ließ und das Bundesverhältnis bis zum äußersten mißbrauchte. Es ist beschämend, zu sehen, daß eine Handvoll Ungarn und Tschechen, ohne Rücksicht auf die Folgen, Deutschlands politische Größe und militärische Macht für ihre lokalen Interessen ausspielten — und verspielten. Worauf begründete sich das unangebrachte Vertrauen Berlins zu Wien? War der Gang der Ereignisse in keiner Weise vorauszusehen? Diese Frage hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß noch nicht aufgeklärt.

Nur infolge dieser ungerechtfertigten Vertrauensseligkeit konnte der Zustand eintreten, daß die Wiener Regierung trotz des starken

deutschen Druckes nicht zeitig genug einlenkte, um wenigstens das Odium der Schuld am Kriege voll und ganz unseren Gegnern aufzubürden. Daß ein loyales Eingehen der Wiener Regierung auf die deutschen Vorstellungen den Krieg hätte verhindern können, ist angesichts der Haltung Rußlands wenig wahrscheinlich.

Die versuchte Einwirkung auf Rußland blieb wegen der Doppelzüngigkeit der Zivilgewalten und des ausschlaggebenden Einflusses der militärischen Stellen ergebnislos. Auch Verhandlungen mit Paris konnten zu keinem Erfolge führen. Diesen beiden Gegnern gegenüber gab es nur die Möglichkeit frühzeitiger diplomatischer Kapitulation, zu der um so weniger Anlaß vorlag, als die deutsche Regierung offensichtlich von der Rechtmäßigkeit ihres Standpunktes und der Notwendigkeit, ihn aufrecht zu erhalten, überzeugt war. Anders lagen die Verhältnisse England gegenüber.

Für England waren die fragwürdigen Balkaninteressen seiner Verbündeten kein an sich ausreichender Kriegsgrund. Es stand daher der österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien nicht bedingungslos ablehnend gegenüber. In London lag offensichtlich mehrere Tage lang die Entscheidung über Krieg und Frieden. Denn vom 25. Juli, dem Beginn der russischen Mobilmachung, an handelte es sich nicht mehr um einen Streit wegen einzelner Punkte der österreichisch-ungarischen Forderungen, sondern um die Frage, ob „der Moment" gekommen sei. Darüber hatte England zu bestimmen. Trotz der in Berlin bekannten Unaufrichtigkeit Greys mußte hier der Hebel angesetzt werden, und zwar in dem Augenblick, wo in Berlin die große Gefahr offenbar wurde. Diese mußte man erkennen, als der ewig schwankende Grey seine Haltung zum austro-serbischen Konflikt von Grund auf änderte, also am 27. Juli, als der Vorschlag einer Botschafterkonferenz nach Berlin gelangte. Diesen Umschwung hätte die deutsche Regierung sofort mit positiven Vorschlägen beantworten müssen, die keinen Zweifel darüber ließen, daß Deutschland den Krieg nicht wollte. Dies ist geschehen, aber zu spät, nämlich zu einem Zeitpunkt, wo die englische Regierung die Zügel fast ganz verloren und sich, wie man annehmen muß, mit dem Gedanken an einen Krieg bereits abgefunden hatte. Allem Anschein nach ist man sich in Berlin erst am 29. Juli des vollen Ernstes der Lage bewußt geworden. An diesem Tage hatte Bethmann Hollweg jenes vertrauliche Gespräch mit dem englischen Botschafter, das erst bei Oman (S. 54, vgl. Englisches Blaubuch Nr. 75) in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht worden ist, in dem er darlegte, wie er die Krisis zu lösen gedenke. Diese Eröffnungen kamen zu spät.

Weshalb wurde die Lage nicht rechtzeitig erkannt? Gewiß hat man von der Berichterstattung Lichnowskys Abstriche gemacht — weil man wußte, daß er von Grey regelmäßig „eingewickelt" wurde,

und seine aus persönlichen Motiven entspringende Voreingenommenheit gegen Österreich-Ungarn kannte — Abstriche, die nicht ganz unberechtigt waren, wie ein Vergleich der Telegramme der Londoner Botschaft mit den entsprechenden englischen Urkunden ergibt. Es blieb aber immer noch genügend Grund zur Beunruhigung, und es fragt sich, ob hier nicht sehr mit dem Feuer gespielt worden ist. Was nutzten die dringlichsten Telegramme nach London (Deutsche Dokumente Nr. 279, 314), wenn dort, wie man wußte, ein Botschafter*) saß, der für die Gesichtspunkte der Berliner Regierung kein genügendes Verständnis hatte? Am 28. Juli hat Bethmann Hollweg dem englischen Botschafter lediglich seine Auffassung der Lage entwickelt (Englisches Blaubuch Nr. 71). Dies konnte einem friedfertigen England genügen, der Vormacht des zum Kriege drängenden Dreiverbandes aber nicht. Erst am 29. Juli machte der Kanzler dem durchaus loyalen Goschen konkrete Vorschläge. Er handelte richtig, aber, wie so oft — zu spät.

Auf die zahlreichen Mängel der politischen Geschäftsführung soll hier nicht weiter eingegangen werden. Sie liegen zum Teil offen zutage; in den weitaus meisten Fällen sind sie überwiegend diplomatisch-technischer Natur und können ein allgemeines Interesse nicht beanspruchen. Weitgehende Akribie wäre auch unangebracht Dokumenten gegenüber, die in wenigen Minuten (oft recht flüchtig) aufgesetzt worden sind. Urkunden, die nicht den Gegenstand einer Beratung gebildet haben, dürfen nicht als Monumente der Zeitgeschichte angesehen werden. Für die Erörterung der Schuldfrage kommen überdies nur die großen Gesichtspunkte in Frage, denn nur diese waren entscheidend.

Die Haltung der deutschen Regierung in den kritischen Julitagen zeugt von viel gutem Willen, zeugt aber auch von einer Verkennung der Absichten unserer Gegner, die als ganz außerordentlich angesehen werden muß. Die Kriegslüsternheit unserer Feinde kann in Berlin nicht ganz unbekannt geblieben sein. Es ist offenbar versäumt worden, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Dies ist die Hauptfrage hinsichtlich der Verantwortlichkeit gegenüber dem deutschen Volke. Wie war es möglich, daß in so gespannter Lage ein gefährliches Unternehmen, wie die Regelung der austro-serbischen Beziehungen, gewagt wurde? Unvollendete Rüstungen sind für Rußland bei der Entscheidung zum Kriege ebensowenig ausschlaggebend gewesen, wie für andere Staaten im Laufe der Geschichte. Die Spekulation auf den Gemeinschaftssinn der Souveräne und die persönlichen Beziehungen des Kaisers zum Zaren sind einer ernsthaften Politik unwürdig. Es war vorauszusehen, daß im Kriegs-

*) Der Botschaftsrat, Richard von Kühlmann, weilte zur Jagd in den bayerischen Bergen.

falle die monarchische Solidarität ebenso versagen würde, wie die rote und die goldene Internationale, von denen so viele geglaubt haben, sie würden einen Weltbrand verhindern können. Wenn es sich aber als notwendig herausstellte, ein so gefährliches Unternehmen zu wagen, dann mußte für alle Möglichkeiten auf das beste vorgesorgt werden. Deutschlands mangelnde Vorbereitung in diplomatischer, wirtschaftlicher und sogar militärischer Beziehung ist ein vollgültiger Beweis dafür, daß der Krieg nicht gewollt war. Sie begründet aber eine schwere Anklage gegen seine Regierung wegen ungenügender Vorsorge und leichtfertiger Geschäftsführung. Nach den Akten gewinnt es den Anschein, daß sie in den Krieg hineingeglitten ist, wie ein ahnungsloser Fußgänger durch dünnes Eis bricht*). Rings um diesen See waren aber genügend Warnungszeichen angebracht. Die Gefahr des Weltkrieges lag seit Jahren in greifbarer Nähe.

Wegen der Feindschaften, die sich Deutschland durch seinen natürlichen Ausdehnungsdrang zugezogen hatte, und angesichts der vollzogenen Einkreisung gab es für eine folgerichtige Politik nur zwei Wege:

Es galt, entweder abzuwarten, sich ganz ruhig zu verhalten, bis sich die Koalition der Gegner lockerte, und die Gesundung der Beziehungen zu England, Rußland oder Frankreich durch große Opfer zu erkaufen.

Oder aber, es mußte zu einem selbstgewählten Zeitpunkt ein Präventivkrieg geführt werden, nachdem ein Höhepunkt politischer, wirtschaftlicher und militärischer Vorbereitung erreicht war. Dies wäre eine schlechte Politik gewesen, aber immerhin Politik.

Die deutsche Regierung suchte jedoch einen Mittelweg einzuschlagen, um eine dritte Lösung zu finden, die es nicht gab. Das Ziel der Erhaltung des Weltfriedens, an dem Deutschland ja mehr als allen anderen Großmächten gelegen sein mußte, wollte sie durch eine Präventivaktion am Balkan erreichen. Hierdurch glaubte sie den Angriffsabsichten der gegnerischen Koalition vorbeugen zu können. Die deutsche Regierung war dabei vielleicht von einer unbegreiflichen Megalomanie besessen und nahm an, daß sie die Lokalisierung des austro-serbischen Konfliktes erzwingen könne, und daß es nicht zum Kriege kommen werde, wenn

*) Zu dieser Ende 1919 niedergeschriebenen Auffassung hat sich späterhin auch Lloyd George in einer wohl unzulässigen Verallgemeinerung bekannt, als er am 22. Dezember 1921 erklärte: „Je mehr man die in den verschiedenen Ländern geschriebenen Denkwürdigkeiten und Bücher über das vor dem 1. August 1914 Geschehene liest, um so mehr stellt man fest, daß nicht eines in der Leitung der Geschäfte bei dem damaligen Spiel durchaus auf Krieg gerichtet war. Das war etwas, wo sie hineinglitten oder vielmehr taumelten oder stolperten".

nur sie den Frieden wolle. Denn von „einigem Gepolter“ bis zum Weltkrieg ist ein weiter Weg. Ob hier Schuld vorhanden und Raum zur Anklage gegeben, erscheint zweifelhaft. Ob es sich hier um Leichtsinn oder Unverstand handelte, ist jedoch ganz gleich. Jede Politik, die so sehr die gegebenen Zusammenhänge, vorhandenen Bestrebungen und kriegstreiberischen Kräfte verkannte, war falsch und verkehrt. Nur ein Wunder konnte sie vor dem Schiffbruch retten.

Zweierlei muß man aber bei der Beurteilung der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch stets im Auge behalten. Einmal sind die Vorgänge des Juli aus den Geschehnissen der vorhergehenden Jahre geboren, also nur im Zusammenhang mit diesen richtig zu verstehen. Die auswärtige Politik ist in viel höherem Grade zwangsläufig, als vielfach angenommen wird.

Ferner aber ist der Krieg letzten Endes nicht aus einer Reihe von kleinen Einzelhandlungen und Zufälligkeiten entstanden, sondern aus dem Willen zum Kriege. Unsere Gegner seien deshalb daran erinnert, daß Deutschland keine Ziele kannte, die durch den Krieg zu verwirklichen waren. Es gab im Frieden bei uns keine Kriegsziele. Dies wissen auch unsere Feinde, und das ist die Lücke, an der ihre ganze Beweisführung scheitert. Deshalb erfanden sie auch das lächerliche Märchen von dem deutschen Streben, die Welt zu unterjochen. Kriegsziele, wie die Eroberung der Dardanellen, die Aufteilung Österreich-Ungarns, die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens, die Vernichtung des deutschen Wettbewerbes, bestanden bei unseren Gegnern schon seit Jahren und Jahrzehnten. Bei der Beurteilung der Schuld am Kriege spielt die Frage „cui bono“ eine ausschlaggebende Rolle. Die Antwort auf diese Frage gibt der Versailler Vertrag. Denn er verwirklicht Ziele, die unsere Feinde schon vor dem Kriege verfolgt haben, und die nur durch den Krieg verwirklicht werden konnten.

Nachwort

Im Friedensvertrag von Versailles mußte Deutschland seine Schuld am Ausbruch des Weltkrieges anerkennen. Aus dieser Schuld leitet der Feindbund das Recht ab, Deutschland zu bestrafen; diese Schuld dient ferner dazu, das Aufgeben der Grundsätze Wilsons und den Bruch der Vereinbarungen vom November 1918 zu rechtfertigen. Der ganze Friedensvertrag ist auf der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgebaut. Lloyd George, Clemenceau und Wilson haben dies vor und nach Unterzeichnung des Vertrages bestätigt. Präsident Poincaré hat bereits bei der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 angekündigt, daß die Sühne für Deutschlands Schuld, für seine „aggression", die Grundlage des Friedens bilden müsse.

Die Bedeutung der Schuldfrage, die moralischen und materiellen Folgen des von der feindlichen Propaganda verhängten Bannfluchs wurden in Deutschland erst sehr spät erkannt. Auch hier ist der Gegner wieder einmal unterschätzt worden. Während des Krieges wurde bei uns die Schuldfrage mit lauem Interesse und wenig Sachkenntnis erörtert. Das deutsche Volk wußte, daß es den Krieg nicht gewollt hatte; es schien den meisten daher auch überflüssig, sich um die Frage der Verantwortlichkeit zu streiten. Mochte das Ausland denken, wie es wollte, in ruhigeren Zeiten werde man die Wahrheit schon erkennen. Mit dem Zusammenbruch und der Revolution änderte sich das Bild. Für viele gehörte es nunmehr zum guten Ton, an Deutschlands Verantwortlichkeit zu glauben, und es gab nicht wenige, die laute Schuldbekenntnisse für eine politische Tat, für ein nützliches Beginnen hielten. Die Sachkenntnis fehlte noch immer. Am wirkungsvollsten hat die neue Richtung Eisner vertreten. Ihre verhängnisvollen Folgen für den Friedensschluß wurden vom jeweiligen Minister des Äußeren nicht verkannt. Solf richtete noch im November 1918 die Aufforderung an die Alliierten, eine unparteiische Untersuchung der Schuldfrage zuzulassen. Nur England antwortete: mit einem höhnischen Nein. Brockdorff-Rantzau fand dann eine außerordentlich schwierige Lage vor. Kautsky war in das Auswärtige Amt eingezogen und saß auf den seither veröffentlichten Akten, zusammen mit einem

Bureau von drei Hilfsarbeitern und zahlreichen Schreibdamen. Lange Zeit waren infolgedessen die fraglichen Archive den berufenen Stellen unzugänglich. Kostbare Monate gingen zu Beginn der Pariser Friedenskonferenz verloren, während denen eine sachgemäße Erörterung der Schuldfrage in der Öffentlichkeit angebracht gewesen wäre. Die Kundgebungen feindlicher Staatsmänner und die Äußerungen der Presse zeigten ja sehr deutlich an, was in Paris geplant wurde. Ein so leichtfertiges Machwerk, wie der Bericht der Schuldkommission des Feindbundes hätte durch rechtzeitige Gegenanklagen unschwer verhindert werden können. Das Bestreben Kautskys war aber, Deutschlands Schuld nachzuweisen. Mit dunklen Andeutungen über seine Funde machte er seine Parteigenossen, und vor allem die Volksbeauftragten, auf das Schlimmste gefaßt. Keiner von ihnen wagte es daher, eine Bekämpfung der feindlichen Schuldpropaganda zuzulassen. Unter diesen Umständen hatte der Reichsminister des Äußeren einen schweren Stand. Die Regierung brachte nur den innerpolitischen Fragen Verständnis oder Interesse entgegen. Die andauernden Unruhen in Berlin und im Reiche ließen sie auch nicht zur Besinnung kommen. Selbst als die Reden zur Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz auf das deutlichste offenbarten, daß die gegnerischen Forderungen mit der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege begründet werden würden, konnte der Außenminister die Ermächtigung zu Gegenmaßnahmen nicht erwirken. Er erhielt diese erst, als der psychologische Augenblick verpaßt war. Dadurch wurde er genötigt, die wesentlichsten der vorhandenen Gegenargumente für die Verhandlungen in Versailles aufzusparen. Die deutsche Schuldkommission verfaßte dort binnen weniger Tage eine Entgegnung, die die hauptsächlichen Anklagepunkte der Pariser Kommission schlagend widerlegt. Sie hat gleichtzeitig eine Sammlung von Dokumenten auf den Konferenztisch gelegt, aus denen sich die schwersten Anklagen gegen Deutschlands Gegner ableiten lassen. Da aber der Frieden von Versailles ein reiner Gewaltfrieden ist, mußte damals jeder deutsche Versuch, eine Erörterung der Schuldfrage herbeizuführen, ergebnislos bleiben. Es fanden ja überhaupt keine Verhandlungen statt, und so konnten die Alliierten den Bericht der deutschen Schuldkommission mit seinem eindrucksvollen Urkundenmaterial unter den Tisch fallen lassen.

Die alleinige Verantwortung Deutschlands blieb demnach Grundlage des Friedensvertrages, und die Anklage selbst wurde in dem Ultimatum des Feindbundes vom 16. Juni 1919 näher erläutert. Noch im selben Jahre wurden dann die deutschen Akten veröffentlicht, die die Haltlosigkeit dieser Anklagen einwandfrei beweisen. Nunmehr setzte eine sachkundige Erörterung der Schuldfrage ein. Je deutlicher ferner der Zusammenhang zwischen dem Versailler

Schuldspruch und den Forderungen und Gewaltmaßnahmen des Feindbundes erkannt wurde, desto höher stieg auch das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Frage der Verantwortlichkeit am Kriege.

Diese Erscheinung ist an sich zu begrüßen; sie ist jedoch auch mit Gefahren verknüpft. Die Grundlage für unseren Anspruch auf Revision des Versailler Schuldurteils ist in erster Linie das deutsche Aktenmaterial. Mit einigem Geschick kann man aber aus 879 Urkunden alles „beweisen". Es läßt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands begründen, oder aber behaupten, daß Wilhelm II. ein großer und genialer Friedenskaiser war und auch, unter Zuhilfenahme der Urkunden unserer Gegner, alle Schuld der Entente zuschieben. Mit derartigen Kunststücken ist Deutschland jedoch nicht gedient.

In der Erörterung der Schuldfrage gibt es ein Ziel, das unschwer zu erreichen ist, und das alle anstreben können, welcher Parteirichtung sie auch angehören mögen. Einigen wir uns über dieses Ziel, so entgehen wir der Gefahr, daß die Ausführungen des einen die des anderen widerlegen, und daß das Ausland, wie dies schon so oft geschehen ist, einen Deutschen gegen den anderen ausspielen kann. Der Weg ist so breit, daß ihn alle gehen können, und daß jedem noch ein weiter Spielraum bleibt.

Der Versailler Vertrag ist auf der Alleinschuld Deutschlands aufgebaut. Unsere Anstrengungen sollen diesen Grundpfeiler stürzen. Dies ist uns leicht gemacht worden: Wir haben nur zu beweisen, daß auf den anderen Mächten ebenfalls Verantwortung lastet, und die moralischen Grundlagen des Vertrages werden hinfällig. Die Frage, wen die größere Verantwortung trifft, und ob von einer Alleinschuld der Gegner die Rede sein kann, dürfen wir getrost der Geschichte überlassen. Ihre Erörterung kann im Augenblick nur verwirren und Schaden anrichten. Wird in Deutschland die Schuldfrage aufgerollt, so stellt dies eine große Propagandaaktion dar, die letzten Endes das Ausland beeinflussen soll. Es müssen daher die psychologischen Voraussetzungen beachtet werden. Von der Mitverantwortung der feindlichen Regierungen wird man Millionen von Menschen in anderen Ländern unschwer überzeugen können. Viele werden uns sogar willig Gehör schenken. Unsere völlige Unschuld und die Alleinschuld unserer Gegner können sie aber nicht glauben, und wenn wir mit Engelszungen redeten. Dazu wirkt die sechsjährige großzügige Kriegspropaganda zu stark nach. Selbst wenn der Verstand unseren Argumenten Recht gäbe, würde das Herz nicht folgen. Es ist, wie mit dem Beweis der Existenz Gottes: Er läßt sich nicht führen, man glaubt oder glaubt nicht. Zudem ist die Alleinschuld ein absolutes Ergebnis, das jederzeit durch neue Momente umgestoßen werden kann. Die Mitschuld

hingegen (deren Grad unbestimmt bleiben kann) steht, einmal bewiesen, für alle Zeiten fest.

Die Mitverantwortlichkeit unserer Feinde am Ausbruch des Krieges ist von vornherein so wahrscheinlich und glaubwürdig, daß die Saat unserer Argumente mehr fruchtbaren Acker als Steine und Dornen finden wird. Wäre Deutschland der allein Schuldige, dann müßte die Entente

nichts getan haben, um zu der gefährlichen Spannung beizutragen, die nach übereinstimmendem Urteil aller vor Kriegsausbruch bestand,
den Krieg nicht, und unter keinen Umständen gewollt haben, und schließlich
alles getan haben, um den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.

Gegenbeweise zu diesen Punkten zu bringen, ist nicht schwer. Es ist genügend bekannt, daß Englands Handel mit Frankreich über Marokko und Ägypten schon 1904 den Grund zu einer mehrjährigen europäischen Krise schuf. Daß in Frankreich die Revanche betrieben wurde. Daß schließlich Rußland im Verein mit der Entente den Balkankrieg anzettelte und Serbien gegen Österreich-Ungarn aufhetzte, somit die Saat ausstreute, aus der der Weltkrieg aufging.

Ohne genügenden Anlaß hat uns England 1911 mit dem Kriege gedroht. Grey erklärte 1912, daß es alles daransetzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zu versetzen. Auch Frankreich war, nach dem Zeugnis seiner Verbündeten, in der Krisenzeit 1912/13 der Krieg willkommen. War es 1914 anders? Man lese, was Paléologue über die Gespräche berichtete, die während Poincarés Besuch am Zarenhofe geführt wurden. Für Rußlands Kriegswillen gibt es Beweise in Fülle. Und sind etwa die unheimlichen Kriegsvorbereitungen des Dreiverbandes in den letzten Jahren, ja, den letzten Monaten vor der Katastrophe Zeugnisse für eine friedfertige Gesinnung?

Was hat die Pariser Regierung getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern? Sie hat jede Einwirkung auf Petersburg abgelehnt und nur den Rat gegeben, die Mobilmachung geschickt vor den Deutschen zu verbergen. Und die Regierung in London? Nicht ein einziges Mal hat sie gegen die russische Mobilmachung Einspruch erhoben, obwohl allseitig feststand, daß diese den Krieg unvermeidlich machen würde. Über diese Vorgänge in Petersburg ist hier kein Wort zu verlieren. Wer heimlich gegen einen Nachbar mobilisiert, der ihn nicht bedroht und der sich die Drohung des Aufmarsches nicht gefallen lassen kann, der will den Krieg.

Fürwahr, die Alliierten haben uns mit ihrer übermütigen Behauptung der Alleinschuld Deutschlands unsere Aufgabe leicht ge-

macht. Warum wollen wir sie uns selbst erschweren und die Erörterung über das hinausführen, was zur Entwertung des Friedens nötig ist, Beweise bringen gegen Behauptungen, die nicht aufgestellt wurden, und Behauptungen aufstellen, die das Ausland nicht glauben wird, weil es sie noch nicht glauben will! Verzichten wir auf die Rechtfertigung dieses oder jener und beschränken wir uns auf die Widerlegung der Anklage der Alleinschuld, indem wir die Mitverantwortung der Gegner nachweisen, so eint alle Deutschen ein Weg, ein Ziel und hoffentlich dann auch ein Wille.

Anhang

I. Verzeichnis der handelnden Personen

Berlin

Kaiser Wilhelm II.
v. Plessen, Generaladjutant.
Graf G. Wedel (während der Nordlandreise, 7. bis 27. Juli), Gesandter im kaiserlichen Gefolge.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler.
v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.
Zimmermann, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.
v. Stumm, Dirigent der politischen Abteilung.
v. Bergen, Vortragender Rat.
Graf Mirbach, Vortragender Rat.
v. Moltke, Chef des Generalstabes.
v. Bertrab, Oberquartiermeister und Chef der Landesaufnahme.
Graf Waldersee, Oberquartiermeister.
v. Falkenhayn, preußischer Kriegsminister.
v. Tirpitz, Staatssekretär des Reichsmarineamts.
v. Capelle, Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt.
v. Pohl, Chef des Admiralstabs.

* * *

Graf Szögyény-Marich, österreichisch-ungarischer Botschafter.
Freiherr v. Haymerle, österreichisch-ungarischer Botschaftsrat.
R. Bollati, italienischer Botschafter.
Sir E. Goschen, englischer Botschafter.
H. G. A. Rumbold, englischer Botschaftsrat.
Jules Cambon, französischer Botschafter.
de Manneville, französischer Botschaftsrat.
S. N. Swerbejew, russischer Botschafter.
A. v. Bronewski, russischer Botschaftsrat.
M. Jovanovitsch, serbischer Geschäftsträger.

Baron Beyens, belgischer Gesandter.
Graf Lerchenfeld, bayerischer Gesandter.
Freiherr v. Schoen, bayerischer Legationsrat.

Wien

Kaiser und König Franz Joseph I.
Graf Berchtold, k. u. k. Minister des k. u. k. Hauses und des Äußeren, Vorsitzender des k. u. k. Ministerrats.
Freiherr v. Macchio, 1. Sektionschef im k. u. k. Min. d. A.
Graf Forgach, Sektionschef.
v. Musulin, a. o. Gesandter und bevollm. Minister.
v. Wiesner, Sektionsrat.
Graf Hoyos, Legationsrat.
v. Bilinski, k. u. k. Finanzminister.
Graf Stürgkh, k. u. k. Ministerpräsident.
Graf Tisza, kgl. ungarischer Ministerpräsident.
Freiherr Conrad v. Hötzendorf, Generalstabschef des k. u. k. Heeres.

* * *

v. Tschirschky, deutscher Botschafter.
Prinz zu Stolberg, deutscher Botschaftsrat.
Freiherr v. Tucher, bayerischer Gesandter.
Herzog Avarna, italienischer Botschafter.
A. Chilhaud-Dumaine, französischer Botschafter.
Sir M. de Bunsen, englischer Botschafter.
v. Schebeko, russischer Botschafter.
Fürst Kudaschew, russischer Botschaftsrat.
Jov. M. Jovanovitsch, serbischer Gesandter.
Graf Errembault de Dudzeele, belgischer Gesandter.

Rom

König Viktor Emanuel III.
Salandra, Ministerpräsident.
Marquis di San Giuliano, Minister des Äußeren.
de Martino, Generalsekretär im Ministerium des Äußeren.
Pollio, Generalstabschef.

* * *

v. Flotow, deutscher Botschafter.
v. Merey, österreichisch-ungarischer Botschafter.
Graf Ambrozy von Seden, österreichisch-ungarischer Botschaftsrat.
Sir R. Rodd, englischer Botschafter.
G. Barrère, französischer Botschafter.
A. S. Krupenski, russischer Botschafter.
Ljub. Michailowitsch, serbischer Geschäftsträger.

London

König Georg V.
H. H. Asquith, Ministerpräsident.
Viscount Haldane, Lordgroßkanzler und Siegelbewahrer.
Sir E. Grey, Staatssekretär des Äußeren.
Sir E. Crowe, Gehilfe des Staatssekretärs im Foreign Office.
Sir A. Nicolson, ständiger Unterstaatssekretär.
Sir W. Tyrrell, Privatsekretär des Staatssekretärs.
Winston L. S. Churchill, erster Lord der Admiralität.
J. B. Seely, Kriegsminister.

* * *

Fürst Lichnowsky, deutscher Botschafter.
Graf Mensdorff, österreichisch-ungarischer Botschafter.
Marquis Imperiali, italienischer Botschafter.
Paul Cambon, französischer Botschafter.
A. de Fleuriau, französischer Botschaftsrat.
Graf Benckendorff, russischer Botschafter.
N. v. Etter, russischer Botschaftsrat.
M. S. Boskovitsch, serbischer Gesandter.
Graf de Lalaing, belgischer Gesandter.

Paris

Raymond Poincaré, Präsident.
René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußeren.
Ferry, Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren.
J. de Margerie, Kabinettschef des Ministers des Äußeren, Direktor der politischen Abteilung.
Berthelot, stellvertretender politischer Direktor im Ministerium des Äußeren.
Bienvenu-Martin, Justizminister und (vom 16. bis 29. Juli) stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Äußeren.
Messimy, Kriegsminister.

* * *

Freiherr v. Schoen, deutscher Botschafter.
v. Klüber, Militärattaché.
Graf Szecsen, österreichisch-ungarischer Botschafter.
T. Tittoni, italienischer Botschafter.
Sir F. Bertie, englischer Botschafter.
Iswolski, russischer Botschafter.
E. Sevastopulo, russischer Botschaftsrat.
M. R. Vestnitsch, serbischer Gesandter.
Baron Guillaume, belgischer Gesandter.
A. Collon, belgischer Militärattaché.

Petersburg

Zar Nikolaus II.
Graf Fredericksz, Generaladjutant und Hausminister.
Fürst Trubetzkoi, Generalmajor à la suite des Zaren.
I. L. Goremykin, Ministerpräsident.
S. D. Sasonow, Minister des Äußeren.
A. Neratow, Gehilfe des Ministers des Äußeren.
N. A. Basily, stellvertretender Direktor im Ministerium des Äußeren.
Januschkevitsch, Chef des Generalstabes.
W. A. Suchomlinow, Kriegsminister.

* * *

Graf F. v. Pourtalès, deutscher Botschafter.
v. Chelius, deutscher Militärbevollmächtigter am russischen Hofe und Flügeladjutant des Zaren.
v. Eggeling, Militärattaché.
Graf F. Szapary, österreichisch-ungarischer Botschafter.
Graf O. Czernin, österreichisch-ungarischer Botschaftsrat.
Prinz Hohenlohe, Militärattaché.
Marquis A. Carlotti, italienischer Botschafter.
Sir G. Buchanan, englischer Botschafter.
Maurice Paléologue, französischer Botschafter.
de Laguiche, französischer Militärattaché.
M. Spalaikowitsch, serbischer Gesandter.

Belgrad

König Peter I.
Kronprinz Alexander, Regent seit 1914.
Nik. P. Paschitsch, Ministerpräsident und Minister des Äußeren.
Gruitsch, Generalsekretär im Ministerium des Äußeren.
L. Patschu, Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident.

* * *

Freiherr v. Griesinger, deutscher Gesandter.
Freiherr v. Giesl, österreichisch-ungarischer Gesandter.
v. Storck, österreichisch-ungarischer Legationsrat.
Baron Squitti, italienischer Gesandter.
D. Crackanthorpe, englischer Geschäftsträger
Boppe, französischer Gesandter.
v. Hartwig, russischer Gesandter, † 10. Juli 1914.
v. Strandtmann, russischer Geschäftsträger.
Alexandropulos, griechischer Gesandter.

II. Zeittafel

28. Juni 1914
Sonntag

Sarajevo.
Ermordung des Erzherzogs Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin.

30. Juni
Dienstag

Berlin.
Zimmermann — Swerbejew, Zimmermann — Rumbold (Oman S. 14): Rat an Serbien.

Wien.
Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 7): Ursprung des Attentats. — — Tschirschky warnt (Deutsche Dokumente Nr. 7). — — Jovanovitsch — Macchio (Serbisches Blaubuch Nr. 5, 12): Beileidsbesuch.

Belgrad.
Gruitsch — Storck (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914 Nr. 2, Deutsche Dokumente Nr. 12): Aufforderung zu Nachforschungen.

1. Juli
Mittwoch

Wien.
Eingabe Tiszas (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 2): Rat zur Vorsicht.

Paris.
Viviani — Vestnitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 10, 13): Rat zur Ruhe.

Belgrad.
Runderlaß Paschitschs (Serbisches Blaubuch Nr. 8).

2. Juli
Donnerstag

Berlin.
Kaiser Wilhelm fährt nicht nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 6 b).

Wien.
Tschirschky bei Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 9, 11). — — Berchtold — Tschirschky (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 3): Notwendigkeit des

Einschreitens gegen Serbien. — — Tschirschky an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 8): Einschreiten je nach Ausfall der Untersuchung in Sarajevo. — — Handschreiben Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 1, Deutsche Dokumente Nr. 13). — — Überführung der Leiche des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Wien.

3. Juli
Freitag

Berlin.

Zimmermann — Manneville (Französisches Gelbbuch Nr. 9): Rat an Serbien.

4. Juli
Sonnabend

Berlin.

Zimmermann — Swerbejew (Französisches Gelbbuch Nr. 9): Rat an Serbien. — — Zimmermann — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 5): Rat zur Vorsicht.

Wien.

Handschreiben Kaiser Franz Josephs an die Ministerpräsidenten. — — Beisetzung des Erzherzogs Franz Ferdinand. — — Tschirschky an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 14 a): Einwirkung auf die Presse.

Budapest.

Ein offizielles Kommuniqué des Pester Lloyd erhebt Vorwürfe gegen Serbien.

Paris.

Poincaré — Szecsen (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914, Nr. 4): Serbien sollte Entgegenkommen zeigen.

Petersburg.

Sasonow — Spalaikowitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 14): Rat zur Ruhe.

5. Juli
Sonntag

Berlin.

Szögyény bei Kaiser Wilhelm (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 6): Überreichung des Handschreibens Kaiser Franz Josephs und einer Denkschrift (Deutsche Dokumente Nr. 13, 14). — — Bethmann Hollweg und Zimmermann bei Kaiser Wilhelm (Bethmann Hollweg, Betrachtungen, I, S. 135). — — Bethmann Hollweg —

Zimmermann — Szögyény — Hoyos (Österreichisches Rotbuch 1919 I, Nr. 7): Zusage deutscher Unterstützung.

6. Juli
Montag

Berlin.

Abreise Kaiser Wilhelms nach Kiel. — Deutschlands Stellungnahme zu den Wiener Vorschlägen (Deutsche Dokumente Nr. 15, 16, 17).

Wien.

Jovanovitsch an Paschitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 15, 16): Serbische Presse. Untersuchung von Sarajevo.

London.

Rückkehr Lichnowskys. — — Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 20): Der austro-serbische Konflikt. Die englisch-russische Marinekonvention.

Petersburg.

Sasonow — Czernin (Französisches Gelbbuch Nr. 10): Warnung an Österreich-Ungarn.

Belgrad.

Kundgebungen gegen Österreich-Ungarn.

7. Juli
Dienstag

Kaiser Wilhelm schifft sich in Kiel zur Nordlandreise ein.

Wien.

Tschirschky bei Berchtold und Tisza (Deutsche Dokumente Nr. 18): Das Vorgehen gegen Serbien. — — Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 8, 9, Deutsche Dokumente Nr. 19): Das Vorgehen gegen Serbien. — — Mitteilung der russischen Botschaft an die Neue Freie Presse (Deutsche Dokumente Nr. 27).

8. Juli
Mittwoch

Wien.

Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 19, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 10, 11): Der Ministerrat vom 7. Juli. Deutschlands Stellungnahme zum österreichisch-ungarischen Vorgehen.

Budapest.

Rede Tiszas im Abgeordnetenhaus. — — Eingabe Tiszas (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 12): Mahnung zur Vorsicht.

Belgrad.

Paschitsch — Griesinger (Deutsche Dokumente Nr. 32): Geplante Maßnahmen.

9. Juli

Donnerstag

Berlin.

Rückkehr Jagows vom Urlaub. — — Jagow — Szögyény (Deutsche Dokumente Nr. 23, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 13): Rasches Handeln erscheint geboten.

Wien.

Berchtold bei Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 29).

London.

Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 30): Die englisch-russische Marinekonvention.

10. Juli

Freitag

Wien.

Conrad v. Hötzendorff an Berchtold (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 14): Rat zu überraschendem Vorgehen. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 29): Forderungen an Serbien.

Belgrad.

Neuerliche Kundgebungen gegen Österreich-Ungarn. — — Tod des russischen Gesandten Hartwig.

11. Juli

Sonnabend

Berlin.

Generalstabschef v. Moltke reist nach Karlsbad. — — Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 31): Keine Stellungnahme zu den Wiener Forderungen an Serbien.

Wien.

Der Kriegsminister geht auf Urlaub. — — Berchtold — Tschirschky (Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 119): Das Vorgehen gegen Serbien.

12. Juli

Sonntag

Berlin.

Jagow an Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 36): Lokalisierung des austro-serbischen Konflikts.

Rom.

San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 38): Rat an Serbien.

13. Juli

Montag

Wien.

v. Wiesner berichtet über die Untersuchung in Sarajewo (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 17).

Petersburg.

Pourtalès über die Beurteilung des Attentats (Deutsche Dokumente Nr. 53).

14. Juli

Dienstag

Berlin.

Kaiser Wilhelm aus Balholm an Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 26). — — Jagow — Jovanovitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 19): Rat an Serbien. — — Jagow nach Rom und Bukarest (Deutsche Dokumente Nr. 44): Lokalisierung des austro-serbischen Konflikts. — — Deutsch-türkisches Bündnis abgelehnt (Deutsche Dokumente Nr. 45).

Wien.

Ministerbesprechung (Österreichisches Rotbuch 1919 I, Nr. 19): Die Note an Serbien. — — Tisza — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 49): Die Notwendigkeit eines Krieges gegen Serbien. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 50, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 21): Die Note an Serbien.

Rom.

San Giuliano gegen die Wiener Forderungen (Deutsche Dokumente Nr. 42, 64). — — Merey empfiehlt, Italien nicht zu unterrichten (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 20).

Belgrad.

Runderlasse Paschitschs (Serbisches Blaubuch Nr. 20, 21).

15. Juli

Mittwoch

Berlin.

Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 46): Notwendigkeit der Verständigung Österreich-Ungarns mit Italien. — — Jagow an Ballin (Deutsche Dokumente Nr. 56): Die englisch-russische Marinekonvention.

Wien.
Berchtold an Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 21): Die Aktion gegen Serbien.

Budapest.
Rede Tiszas im Abgeordnetenhaus: Warnung an Serbien.

Rom.
San Giuliano-Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 51): Italien wünscht, daß Österreich-Ungarn sich mäßige.

London.
Lichnowsky an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 52): Englands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt.

Paris.
Poincaré reist nach Petersburg ab.

16. Juli
Donnerstag

Berlin.
Bethmann Hollweg an den Statthalter in Elsaß-Lothringen (Deutsche Dokumente Nr. 58): Schonung des französischen Nationalgefühls. — — Jagow — Jovanovitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 26): Rat an Serbien. — — Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 23): Die Aktion gegen Serbien.

Rom.
Italienische Befürchtungen (Deutsche Dokumente Nr. 73).

Paris.
Poincaré schifft sich in Dünkirchen nach Petersburg ein.

17. Juli
Freitag

Berlin.
Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 61): Wohin führt der Weg? — — Waldersee an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 74): Alles bereit.

Wien.
Der Generalstabschef geht auf Urlaub. — — Berchtold — Stollberg (Deutsche Dokumente Nr. 65, 87): Die Note an Serbien.

Rom.
San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 60): Stellung Italiens und Rumäniens zur austro-serbischen Frage. — — San Giuliano — Merey (Serbisches Blaubuch Nr. 28): Italiens Haltung zur austro-serbischen Frage.

18. Juli
Sonnabend

Berlin.

Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 68): Notwendigkeit der Verständigung mit Italien. — — Jagow an Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 72): Der austro-serbische Konflikt. „Ich will keinen Präventivkrieg." — — Bericht des bayerischen Legationsrats v. Schoen (Deutsche Dokumente, Anhang IV, Nr. 2).

Petersburg.

Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 120, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 25, Oman S. 35): Beunruhigung wegen Serbien. — — Sasonow — Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 25): Belastung Serbiens. — — Buchanan an Grey (Oman, S. 18): Rußland duldet kein Ultimatum an Serbien. — — Spalaikowitsch an Paschitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 29): Sasonow über die Wiener Presse.

19. Juli
Sonntag

Berlin.

Kaiser Wilhelm befiehlt Zusammenhalten der Flotte und wünscht, daß die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd gewarnt werden (Deutsche Dokumente Nr. 80, 82). — — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung befürwortet offiziös die Lokalisierung des austro-serbischen Konflikts. — — Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 77): Bitte um Mitteilung der Note an Serbien nach Berlin.

Wien.

Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 26): Wortlaut der Note an Serbien. Kein Gebietserwerb.

Rom.

Flotow an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 78): Italien beunruhigt.

London.

Lichnowsky — Benckendorff (Deutsche Dokumente Nr. 85): Petersburg friedfertig.

Belgrad.

Runderlaß Paschitschs (Serbisches Blaubuch Nr. 30, Deutsche Dokumente Nr. 86).

20. Juli
Montag

Berlin.

Jagow an Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 83): Bitte um Mitteilung der Note an Serbien nach Berlin. — —

Jagow — Jovanovitsch (Deutsche Dokumente Nr. 86, 91, Französisches Gelbbuch Nr. 15): Warnung an Serbien. — — Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 84): Verhalten des Kronprinzen.

Wien.

Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 94, 104, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 35): Verständigung mit Italien. — — Der russische Botschafter Schebeko geht auf Urlaub. — — Absendung der Note an Serbien (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 27, 28): Nur die vollständige Annahme aller Forderungen kann genügen.

London.

Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 92, Englisches Blaubuch Nr. 1, Französisches Gelbbuch Nr. 19): Der austro-serbische Konflikt. — — Grey an Buchanan (Oman S. 18): Österreichisch-russische Verständigung über den austro-serbischen Konflikt.

Petersburg.

Paléologue beim Zaren (Paléologue S. 232): Gefahr eines Krieges mit Deutschland. — — Poincaré trifft in Kronstadt ein und wird dort vom Zaren empfangen.

21. Juli

Dienstag

Berlin.

Kaiser Wilhelm befiehlt dem Kronprinzen Zurückhaltung (Deutsche Dokumente Nr. 105). — — Bethmann Hollweg an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 101): Bedenken gegen den Befehl des Kaisers, die Flotte zusammenzuhalten. — — Jagow — Bronewsky (Französisches Gelbbuch Nr. 15): Keine Kenntnis der Note an Serbien. — — Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 41): Für eine Verständigung mit Italien. Anfrage nach den Wiener Absichten gegenüber Serbien. — — Szögyény — Berchtold (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 39, 41): Bitte, die Note an Serbien der deutschen Regierung schon vor dem 24. Juli mitteilen zu dürfen. — — Jagow — Rumbold (Englisches Blaubuch Nr. 2): Für Lokalisierung des austro-serbischen Konflikts. — — Bethmann Hollweg nach Petersburg, Paris und London (Deutsche Dokumente Nr. 100): Deutschlands Stellungnahme zur österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad. Vorschlag der Lokalisierung des Konflikts.

Wien.

Kaiser Franz Joseph genehmigt die Note an Serbien (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 46). — — Berchtold — Tschirschky (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 44): Die Haltung Italiens. — — Berchtold an Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 42): Die Kompensationsfrage soll nicht berührt werden. — — Tschirschky meldet, die Note werde am 23. Juli in Belgrad übergeben, und reicht abends den Wortlaut ein (Deutsche Dokumente Nr. 103, 106).

Rom.

San Giuliano — Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 43): Italien gegen österreichisch-ungarische Annexionen.

London.

Grey — Mensdorff (Französisches Gelbbuch Nr. 19): Rat zur Mäßigung. — — Grey — P. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 19): Der austro-serbische Konflikt.

Petersburg.

Poincaré in Petersburg. Besuch in Peterhof. Empfang des diplomatischen Korps im Winterpalast (Paléologue S. 237). — — Poincaré — Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 45, Deutsche Dokumente Nr. 134, Paléologue S. 238, Poincaré, a. a. O., S. 207): Warnung vor einem Vorgehen gegen Serbien. — — Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 120): Beschuldigungen gegen Österreich-Ungarn.

Belgrad.

Giesl an Berchtold (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 37): Das Verhältnis zu Serbien unhaltbar.

22. Juli

Mittwoch

Berlin.

Der Admiralstab bittet um Benachrichtigung bei Kriegsgefahr mit England. Jagow und Bethmann Hollweg glauben nicht an eine rasche Krise und halten eine Rückberufung der Flotte für verfehlt (Deutsche Dokumente Nr. 111, 115, 116). — — (Nachmittags.) Eintreffen der österreichisch-ungarischen Note an Serbien (Deutsche Dokumente Nr. 106). — — (Abends.) Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 6, Jagow, Ursachen, S. 109, Untersuchungsausschuß, Beilage 1, S. 30): Beurteilung der Note an Serbien.

Wien.

Dumaine — Macchio (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 53, Deutsche Dokumente Nr. 131, Französisches Gelbbuch Nr. 17, 20): Die Gefahren eines Krieges mit Serbien. — — Berch-

told an Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 49): Art der Mitteilung der österreichisch-ungarischen Note in Rom. — — Dumaine — Jovanovitsch (Französisches Gelbbuch Nr. 18): Serbien zum Nachgeben geneigt.

London.

Benckendorff an Sasonow (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Grey wieder sehr beunruhigt. — — Lichnowsky an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 118, 121): Englands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt. — — P. Cambon — Boschkowitsch (Französisches Gelbbuch Nr. 19): Serbische Besorgnisse.

Petersburg.

Frühstück zu Ehren Poincarés in Peterhof (Paléologue S. 241). — — Kriegsprophezeihungen der Großfürstin Anastasia Paléologue S. 242).

23. Juli

Donnerstag

Berlin.

Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 125): Bestreben, den austro-serbischen Konflikt zu lokalisieren. Warnung vor Rückberufen der Flotte. — — Jagow nach London und Paris (Deutsche Dokumente Nr. 126): Der austro-serbische Konflikt sei eine interne Angelegenheit der Beteiligten.

Rom.

Unzureichende Mitteilung der österreichisch-ungarischen Note (Deutsche Dokumente Nr. 136).

London.

Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 59, Englisches Blaubuch Nr. 3): Inhalt der Note an Serbien. Bedenken Greys. — — Grey — Benckendorff (Oman S. 18): Grey besorgt, empfiehlt österreichisch-russische Verständigung und Rat zum Nachgeben nach Belgrad. — — Nicolson — Boschkowitsch (Englisches Blaubuch Nr. 30): Rat zur Versöhnlichkeit. — — Ballin — Haldane — Grey (Deutsche Dokumente Nr. 254): Englisch-russische Marinekonvention. — — Parade der gesamten englischen Schlachtflotte vom 23. bis 25. Juli.

Petersburg.

Sasonow — Viviani (Französisches Gelbbuch Nr. 22): Demarche des Dreiverbandes in Wien. — — Trinksprüche des Zaren und Poincarés (Paléologue S. 243). Abreise Poincarés. — — Der Zar und Paléologue (Paléologue S. 245): Besorgnisse.

Belgrad.

(5 Uhr nachmittags.) Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 67, Deutsche Dokumente Nr. 176). — — (6 Uhr nachmittags.) Überreichung der österreichisch-ungarischen Note (Deutsche Dokumente Nr. 139, 176, Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 65, 67, Russisches Orangebuch Nr. 1). — — Rundtelegramm (Serbisches Blaubuch Nr. 33): Note unannehmbar.

24. Juli

Freitag

Berlin

Jagow — Bollati (Deutsche Dokumente Nr. 150, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 31): Haltung Italiens. — — Zimmermann nach Paris, London und Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 153): Die Verdächtigungen J. Cambons. — — (Abends.) Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 30): Die Note an Serbien.

Wien.

Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien. — — Berchtold nach Belgrad (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 1): Nur völlige Annahme aller Forderungen kann befriedigen. — — (Vormittags.) Berchtold — Kudaschew (Deutsche Dokumente Nr. 155, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 23, Englisches Blaubuch Nr. 7, Serbisches Blaubuch Nr. 52): Ziele der Aktion gegen Serbien. Kein Gebietserwerb. — — Berchtold nach London (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 13, Englisches Blaubuch Nr. 14): Feindseligkeiten gegen Serbien beginnen noch nicht mit Ablauf der Frist. — — Tisza und Conrad fordern sofortige Mobilmachung bei Ablauf der Frist (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 21, 22).

Rom.

(10½ Uhr vormittags.) Mitteilung der österreichisch-ungarischen Note (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 8). — — Salandra — San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 156, 168, 244): Mißbilligung der Note.

London.

Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 14, Englisches Blaubuch Nr. 5, Französisches Gelbbuch Nr. 34): Mitteilung der Note. Greys Bedenken. — — Grey — P. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 10, Französisches Gelbbuch Nr. 32): Grey wünscht Vermittlung zwischen Wien und Petersburg, Cambon Intervention zwischen Wien und Belgrad. — — Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 157, Englisches

Blaubuch Nr. 9, 11, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 15, Französisches Gelbbuch Nr. 37): Lokalisierung, Vermittlung, Fristverlängerung. — — Grey nach Belgrad (Englisches Blaubuch Nr. 12, Oman S. 40): Serbien möge guten Willen zeigen. — — Benckendorff — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 152): Der russische Botschafter findet die Wiener Forderungen unannehmbar. — — Die Demobilmachung der Flotte wird auf Befehl des ersten Lords der Admiralität eingestellt (Französisches Gelbbuch Nr. 66).

Paris.

(10½ Uhr vormittags.) Bienvenu-Martin — Szecsen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 8, Französisches Gelbbuch Nr. 25): Mitteilung der Note. — — Szecsen — Berthelot (Französisches Gelbbuch Nr. 25): Mißbilligung der Note. — — Vestnitsch — Berthelot (Französisches Gelbbuch Nr. 26, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 11): Rat an Serbien. — — (5 Uhr nachmittags.) Bienvenu-Martin — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 154, 292, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 11, Französisches Gelbbuch Nr. 28, Russisches Orangebuch Nr. 8): Der deutsche Lokalisierungsvorschlag. — — Viviani (aus dem Golf von Finnland) nach London und Petersburg: Der Dreiverband solle sich für eine Verlängerung der Serbien gestellten Frist und für eine internationale Prüfung der österreichisch-ungarischen Beschwerden einsetzen (Poincaré, a. a. O., S. 213).

Petersburg.

(10 Uhr vormittags.) Sasonow — Szapary (Deutsche Dokumente Nr. 148, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 16, 17, 18, Französisches Gelbbuch Nr. 31): Mitteilung der Note, die als unannehmbar bezeichnet wird. — — (12½—3 Uhr mittags.) Sasonow — Paléologue — Buchanan (Englisches Blaubuch Nr. 6, Paléologue S. 247): Mobilmachung in Aussicht genommen. Bedingungslose Unterstützung Frankreichs. Bitte um englische Solidaritätserklärung. — — (Nachmittags.) Fünfstündiger Ministerrat (Deutsche Dokumente Nr. 205): Rußlands innere Lage gestattet den Krieg. Das Heer ist bereit. — — Amtliches Kommuniqué (Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1914 Nr. 15, Russisches Orangebuch Nr. 10): Rußland kann nicht gleichgültig bleiben. — — Sasonow nach Wien (Russisches Orangebuch Nr. 4): Bitte um Verlängerung der Serbien gestellten Frist. — — Sasonow nach London, Berlin, Rom und Paris (Russisches Orangebuch Nr. 5): Bitte die Fristverlängerung zu befürworten. — — Sasonow — Spalaikowitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 36, Nowoje Wremja vom 23. Dezember 1914): Rußland werde keine aggressive Handlung

gegen Serbien zulassen. — — Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 160, 204, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 19, Französisches Gelbbuch Nr. 38, Paléologue S. 248): Deutscher Lokalisierungsvorschlag. Rußland wünscht Europäisierung des Konflikts. Serbiens Vernichtung bedeutet Krieg. — — Sasonow — Paléologue (Paléologue S. 248): Französische Verdächtigung Deutschlands. Zurückziehung der Guthaben bei deutschen Banken.

Belgrad.

(5 Uhr vormittags.) Rückkehr Paschitschs von der Wahlreise. — — Paschitsch — Strandtmann (Serbisches Blaubuch Nr. 34, Russisches Orangebuch Nr. 9): Anrufung der Mächte und nötigenfalls Krieg. — — Paschitsch — Crackanthorpe (Serbisches Blaubuch Nr. 35, Englisches Blaubuch Nr. 8, Oman S. 27): Die Forderungen unannehmbar. Bitte um englische Intervention. — — (10 Uhr vormittags.) (*1.*) Ministerrat (Deutsche Dokumente Nr. 37, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 3, 4): Keine bindenden Beschlüsse. — — Der Prinzregent an den Zaren (Serbisches Blaubuch Nr. 37, Russisches Orangebuch Nr. 6): Bitte um Rußlands Hilfe. — — Der Prinzregent an König Victor Emanuel von Italien (Deutsche Dokumente Nr. 158): Bitte um Schutz der Dynastie. — — (Abends.) (2.) Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 24). — — Beginn der Mobilmachung (Deutsche Dokumente Nr. 158, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 22).

25. Juli

Sonnabend

Berlin.

Kaiser Wilhelm bricht auf Grund der Nachricht von der serbischen Mobilmachung die Nordlandreise ab. Er befiehlt die Heimreise der Flotte (Deutsche Dokumente Nr. 174, 175, 231). — — Generalstabschef v. Moltke kehrt aus Karlsbad zurück. — — Bronewski an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 172): Bitte, die Fristverlängerung zu befürworten. — — Zimmermann — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 33): Frankreich friedfertig. — — Szögyény an Berchtold (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 32): Berlin erwarte bei ungenügender serbischer Antwort sofortigen Beginn der Operationen. — — Der englische Doppelvorschlag betreffend Fristverlängerung und Vermittlung nach Wien weitergegeben (Deutsche Dokumente Nr. 164, 171, Englisches Blaubuch Nr. 18, Französisches Gelbbuch Nr. 41). — —

(Vormittags.) Jagow — Rumbold (Englisches Blaubuch Nr. 18, Französisches Gelbbuch Nr. 41): Für Lokalisierung, zur Vermittlung zwischen Wien und Petersburg bereit. — — Jagow nach London (Deutsche Dokumente Nr. 192): Bereitschaft zur Vermittlung zwischen Wien und Petersburg. — — (Nachmittags.) Jagow — Bronewsky (Russisches Orangebuch Nr. 14, Französisches Gelbbuch Nr. 43): Bereitschaft, die Fristverlängerung zu befürworten. — — Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 182): Bedenken gegen Heimberufung der Flotte. — — (Abends.) Beim Generalstabschef angesagte militärische Besprechung der Lage fällt aus. — — (Nachts.) Weitergabe der englischen Bitte, die serbische Antwortnote anzunehmen, nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 186).

Wien.

Berchtold fährt zu Kaiser Franz Joseph nach Ischl. — — Macchio — Kudaschew (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 27—30, 39, Russisches Orangebuch Nr. 11, 12, Deutsche Dokumente Nr. 178, Französisches Gelbbuch Nr. 45): Ablehnung der russischen Bitte um Fristverlängerung. — — Erklärung der italienischen Regierung über ihre Haltung (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 46, 51, Deutsche Dokumente Nr. 212). — — Macchio — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 187): Vorstellungen wegen der Art der Mitteilung der Note in Rom. — — Berchtold nach Petersburg (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 38, 40): Erläuterungen zu Punkt 5 der Note. Das Moment des territorialen Desinteressements ist nicht zu berühren. — — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien (Österreichisches Rotbuch Nr. 1919, II, 25, 26). — — Berchtold an Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42): Die grundsätzliche Bedeutung des austro-serbischen Konflikts. — — Versendung des Dossiers (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 48). — — (9½ Uhr abends.) Teilmobilmachung gegen Serbien.

Rom.

Das Ministerium des Äußeren mißbilligt die Note an Serbien (Französisches Gelbbuch Nr. 56). — — Italien behält sich freie Hand vor und deutet Kompensationsansprüche an (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 50). — — Merey rät, alle Kompensationsforderungen abzuweisen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 50). — — Russischer Antrag, die Fristverlängerung zu befürworten (Französisches Gelbbuch Nr. 44, Englisches Blaubuch Nr. 40).

London.

Grey — Mensdorff (Englisches Blaubuch Nr. 14): Keine sofortigen Operationen gegen Serbien bei Ablauf der Frist. Grey teilt dies nach Paris und Petersburg mit. — — (*1.*) Grey — Benckendorff (Russisches Orangebuch Nr. 16, Englisches Blaubuch Nr. 13): Bitte, die Fristverlängerung zu befürworten. Grey an Bunsen (Englisches Blaubuch Nr. 26, Französisches Gelbbuch Nr. 40). — — Grey nach Petersburg (Englisches Blaubuch Nr. 24): Serbien für England kein Kriegsgrund. Vermittlung der Mächte, sobald Österreich-Ungarn und Rußland mobilisieren. — — Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 180, Englisches Blaubuch Nr. 25, Russisches Orangebuch Nr. 20, 22): Vermittlung der vier Mächte zwischen Wien und Petersburg. — — (*2.*) Grey — Benckendorff (Russisches Orangebuch Nr. 20, 22): Vermittlung der Mächte unter Voraussetzung, daß Deutschland nicht mobilisiere.

Paris.

Poincaré und Viviani aus Stockholm abberufen (Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 8). — — Schoen — Berthelot (Deutsche Dokumente Nr. 170, Französisches Gelbbuch Nr. 36, Russisches Orangebuch Nr. 19): Mißdeutungen des deutschen Lokalisierungsvorschlags. — — Bienvenu-Martin nach Wien (Französisches Gelbbuch Nr. 39, Russisches Orangebuch Nr. 15): Empfehlung der Fristverlängerung. — — Bienvenu-Martin — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 16, Französisches Gelbbuch Nr. 50): Der englische Vermittlungsvorschlag.

Petersburg.

Sasonow — Buchanan (Englisches Blaubuch Nr. 17): Keine Operationen gegen Serbien bei Ablauf der Frist. — — Truppenbesichtigungen des Zaren in Krasnoje Selo. — — (Mittags.) Ministerrat unter Vorsitz des Zaren (Französisches Gelbbuch Nr. 50, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 39, 127, Paléologue S. 250, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 37, 41): Teilmobilmachung in vier Bezirken (13 Korps) gegen Österreich-Ungarn, geheime Maßnahmen in drei Bezirken gegen Deutschland beschlossen. — — Paléologue — Suchomlinow (Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 39, 127): Mitteilung der Mobilmachungsbeschlüsse an den französischen Botschafter. — — Abbruch aller Truppenübungen. Vorzeitige Beförderung der Kriegsschüler zu Offizieren. — — (3 Uhr nachmittags.) Sasonow — Buchanan — Paléologue (Englisches Blaubuch Nr. 17, Französisches Gelbbuch Nr. 38, Paléologue S. 250): Ratschläge an Serbien als verspätet abgelehnt. Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn. Rußland zur An-

nahme einer Vermittlung bereit, wenn Serbien an die Mächte appelliert. Buchanan warnt vor militärischen Maßnahmen gegen Deutschland. Sasonow beruft sich auf Frankreichs Unterstützung. — — Sasonow an Benckendorff (Russisches Orangebuch Nr. 17): Bitte um Englands Unterstützung. — — Sasonow rät Serbien, Englands Vermittlung anzurufen (Französisches Gelbbuch Nr. 50, 53, Paléologue S. 251). — — Sasonow — Carlotti (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 41, Deutsche Dokumente Nr. 190, Französisches Gelbbuch Nr. 52): Wunsch einer friedlichen Lösung. — — Pourtalès tritt den Verdächtigungen Paléologues entgegen (Deutsche Dokumente Nr. 215, Russisches Orangebuch Nr. 18). — — (7 Uhr abends.) Abschied Iswolskis von Paléologue (Paléologue S. 351): „Diesmal ist es Krieg!" — — (8½ Uhr abends.) Berufung des französischen Militärattachés zum Kriegsrat nach Zarskoje Selo (Paléologue S. 351).

Belgrad.

Eintreffen des stellvertretenden französischen Gesandten Boppe. — — Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 24, Englisches Blaubuch Nr. 21). — — Mitteilung des Inhalts der Antwortnote an den französischen Gesandten, den russischen und englischen Geschäftsträger (Serbisches Blaubuch Nr. 38, Französisches Gelbbuch Nr. 46, Englisches Blaubuch Nr. 21). — — Der englische Geschäftsträger sieht davon ab, Greys Ratschläge zu übermitteln, da die Vertreter Frankreichs und Rußlands ohne Instruktionen sind (Englisches Blaubuch Nr. 22). — — (3 Uhr nachmittags.) Serbische Mobilmachung bekanntgegeben (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 26, Deutsche Dokumente Nr. 188, Englisches Blaubuch Nr. 32, Serbisches Blaubuch Nr. 41). — — (6 Uhr nachmittags.) Überreichung der serbischen Antwortnote (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 25, 26, 46, Serbisches Blaubuch Nr. 39, 41). — — (6½ Uhr nachmittags.) Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Abreise Giesls (Deutsche Dokumente Nr. 188, Serbisches Blaubuch Nr. 41). — — Die serbische Regierung verlegt ihren Sitz nach Nisch.

26. Juli
Sonntag

Berlin.

Eingang der Meldung des Militärbevollmächtigten in Petersburg über Mobilmachungsvorbereitungen (Deutsche Dokumente Nr. 194). — — Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 197): Lokalisierung des Kon-

flikts. — — Bethmann Hollweg nach Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 198, 219): Warnung vor Mobilmachung. — — Bethmann Hollweg nach Paris und London (Deutsche Dokumente Nr. 199, 200): Bitte, auf Petersburg einzuwirken. — — Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 202): Verständigung mit Italien. — — Zimmermann — Rumbold (Englisches Blaubuch Nr. 33): Haltung Rußlands. — — Zimmermann — Boghitschewitsch (Belgisches Graubuch, II, Nr. 10, Boghitschewitsch S. 87): Rat an Serbien. — — Rumänien bittet um rechtzeitige Verständigung (Deutsche Dokumente Nr. 208, 214) — — Zimmermann nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 220): Anfrage nach der serbischen Antwortnote. — — Jagow nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 228): Anfrage nach den Verhandlungen mit Bulgarien.

Wien.

Tschirschky empfiehlt den englischen Wunsch, die serbische Antwortnote anzunehmen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 57). — — Berchtold nach London (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 57): Begründung der Ablehnung der serbischen Antwortnote. — — Berchtold nach Berlin, Rom, London und Paris (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 62, Deutsche Dokumente Nr. 268): Ankündigung scharfer Maßnahmen gegen Serbien. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 212, 213, 326, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 63): Italien. Einmarsch nach Serbien erst am 12. August. — — Rückkehr des russischen Botschafters Schebeko vom Urlaub. — — (Abends.) Schebeko — Dumaine — Bunsen (Französisches Gelbbuch Nr. 55, Englisches Blaubuch Nr. 40): Greys Vermittlungsvorschlag. — — Anmeldung italienischer Kompensationsforderungen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 51, III, Nr. 126).

Rom.

San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 211, 225): Die Kompensationsfrage. Vermittlung. — — Salandra — Barrère (Französisches Gelbbuch Nr. 51): Italien richtet sich nach England.

London.

Lichnowsky — Nicolson — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 236): Russische Rüstungen. Konferenzvorschlag. — — Grey nach Paris, Berlin, Rom und Petersburg (Englisches Blaubuch Nr. 36, Französisches Gelbbuch Nr. 61, 68, Russisches Orangebuch Nr. 31): Vorschlag einer Botschafterkon-

ferenz. — — Grey nach Paris (Englisches Blaubuch Nr. 37): Bitte, an einer Vermittlung der Mächte teilzunehmen. — — Mensdorff — Nicolson (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 58): Vermeidung der Feindseligkeiten gegen Serbien. — — Benckendorff nach Petersburg: Grey der öffentlichen Meinung noch nicht sicher (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28. 8. 1919).

Paris.

Szecsen — Berthelot (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 54, Russisches Orangebuch Nr. 27): Mißbilligung des Wiener Vorgehens. — — (5 Uhr nachmittags.) Bienvenu-Martin — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 235, Französisches Gelbbuch Nr. 56, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 55, Russisches Orangebuch Nr. 28, 35): Einwirkung auf Petersburg. — — (7 Uhr abends.) Schoen — Berthelot (Deutsche Dokumente Nr. 240, 241, Französisches Gelbbuch Nr. 57, 62): Notiz für die Presse.

Petersburg.

Paléologue in Wetschernoje Wremja (Deutsche Dokumente Nr. 289, 290). — — (Vormittags.) (*1.*) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 217): Sasonow versöhnlicher. — — (Nachmittags.) Sasonow — Szapary (Deutsche Dokumente Nr. 238, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 73, Französisches Gelbbuch Nr. 54, Paléologue S. 251, Russisches Orangebuch Nr. 25, Englisches Blaubuch Nr. 44, 56): Erörterung der Forderungen an Serbien. — — Sasonow — Buchanan (Englisches Blaubuch Nr. 44): Bitte um englische Solidaritätserklärung. Warnung vor Mobilmachung. — — Sasonow — Paléologue (Paléologue S. 252): Der Botschafter verdächtigt Deutschland. — — (2.) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 230, 238, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 61, 64): Direkte Besprechungen mit Wien erwünscht. Warnung vor Mobilmachung. — — Sasonow nach Rom (Russisches Orangebuch Nr. 23): Bitte, gegen Wien Stellung zu nehmen. — — Sasonow nach Wien (Russisches Orangebuch Nr. 25): Vorschlag direkter Besprechungen. — — Sasonow nach Berlin (Russisches Orangebuch Nr. 26): Bitte, die direkten Besprechungen zu befürworten. — — (10 Uhr abends.) Suchomlinow — Eggeling (Deutsche Dokumente Nr. 242, 339, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 61, 64): Keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen. — — Mobilmachungsmeldungen (Deutsche Dokumente Nr. 162, 230, 264, 291).

27. Juli

Montag

Berlin.

Kaiser Wilhelm kehrt nach Potsdam zurück. — — Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 245, 283): Ruhige Beurteilung der Lage. Empfehlung der englischen Vermittlungsvorschläge. — — Jagow nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 246, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 66): Bitte um sofortige Mitteilung der serbischen Antwortnote. — —(*1.*) Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 67): Vermittlung. Gefahren einer russischen Mobilmachung. — — Bethmann Hollweg nach Paris (Deutsche Dokumente Nr. 247): Vermittlung nur zwischen Wien und Petersburg. — — Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 248): Ablehnung der Botschafterkonferenz. — — Rückkehr des englischen Botschafters Goschen nach Berlin. — — Jagow — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 43, Deutsche Dokumente Nr. 304, Französisches Gelbbuch Nr. 73): Die Botschafterkonferenz abgelehnt. Gefahren einer russischen Mobilmachung .— — Die serbische Antwortnote durch Jovanovitsch übermittelt (Deutsche Dokumente Nr. 271). — — (*2.*) Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 74, 81, Russisches Orangebuch Nr. 39): Botschafterkonferenz und direkte Besprechungen. Russische Mobilmachung. — — Jagow — Bronewsky (Russisches Orangebuch Nr. 38, Französisches Gelbbuch Nr. 81): Bereitschaft, direkte Besprechungen zu befürworten. — — Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 65, 66, 67, 68): Italien. Die Operationen gegen Serbien. Angebliche Warnung vor englischen Vorschlägen. — — (8 Uhr abends.) Zimmermann — Beyens (Belgisches Graubuch, II, Nr. 10): Lokalisierung. Serbien sollte nachgeben. — — Jagow nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 267, 269): Verständigung mit Italien über Kompensationen erforderlich. — — Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 277, 278): Befürwortung des englischen Vorschlags der Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwortnote.

Wien.

Kriegserklärung an Serbien in Aussicht genommen (Österreichisches Rotbuch, II, Nr. 69, 78, Deutsche Dokumente Nr. 257). — — Berchtold an die Botschafter (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 75): Territoriale Desinteressementserklärung. — — Kommuniqué zur Begründung des Vorgehens gegen Serbien (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 79). — — Schebeko — Macchio (Englisches Blaubuch Nr. 56, Russisches

Orangebuch Nr. 41): Vorschlag, über Milderung der Forderungen an Serbien zu verhandeln. — — (Abends.) Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 281, 328, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 87): Berlin soll Petersburg warnen. Italien.

Rom.

San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 249, 261): Serbien zum Nachgeben bereit. Italiens Interesse an der Erhaltung Serbiens. — — Merey lehnt Verhandlungen über Kompensationen ab (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 85, 86). — — San Giuliano — Barrère (Französisches Gelbbuch Nr. 72): Beurteilung des österreichisch-ungarischen Vorgehens. — — San Giuliano — Rodd (Englisches Blaubuch Nr. 57): Serbien sollte nachgeben.

London.

Nicolson — Lichnowsky (Französisches Gelbbuch Nr. 63): England bleibt im Kriegsfalle nicht neutral. — — Nicolson — Fleuriau (Französisches Gelbbuch Nr. 63, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 57): Serbien für England leider kein Kriegsgrund. — — Ministerrat (Französisches Gelbbuch Nr. 66): Genehmigung und Veröffentlichung des Befehls an die Flotte, mobilisiert zu bleiben. — — (Vormittags.) Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 258, 265, 266, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 71, 91, Englisches Blaubuch Nr. 46, Französisches Gelbbuch Nr. 66, 80, Russisches Orangebuch Nr. 42): Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwortnote vorgeschlagen. — — Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 72, 91, Englisches Blaubuch Nr. 48): Der austro-serbische Konflikt. Die Botschafterkonferenz. Die mobilisierte Flotte. — — Grey — Benckendorff (Englisches Blaubuch Nr. 47, Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Englands diplomatische Unterstützung. Die mobilisierte Flotte. England nicht länger neutral. — — Grey im Unterhaus: Der Vorschlag einer Botschafterkonferenz.

Paris.

(Vormittags.) Bienvenu-Martin — Bertie (Französisches Gelbbuch Nr. 70, Englisches Blaubuch Nr. 42, 51, 52): Konferenzvorschlag angenommen. — — Der russische Botschafter Iswolski kehrt nach Paris zurück. — — Bienvenu-Martin — Iswolski (Russisches Orangebuch Nr. 35): Verdächtigung Deutschlands. — — Ferry — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 310): Deutsche Bereitschaft zur Vermittlung zwischen Wien und Petersburg. — — Schoen an Berthelot (Französisches Gelbbuch Nr. 62): Für eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. — — Bienvenu-Martin — Szec-

sen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 70, Französisches Gelbbuch Nr. 75, Russisches Orangebuch Nr. 37): Ankündigung scharfer Maßnahmen gegen Serbien und Überreichung des Dossiers.

Petersburg.

Sasonow — Buchanan (Russisches Orangebuch Nr. 32, Englisches Blaubuch Nr. 53, 55, Französisches Gelbbuch Nr. 80): Direkte Verhandlungen mit Wien einer Botschafterkonferenz vorgezogen. — — Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 282, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 93, 94): Warnung vor Mobilmachung. — — Der Zar an den serbischen Prinzregenten (Russisches Orangebuch Nr. 40, Serbisches Blaubuch Nr. 43): Unterstützung zugesagt. — — Sasonow an die Botschafter (Russisches Orangebuch Nr. 33): Beurteilung der serbischen Antwortnote. — — Mobilmachungsmeldungen: Deutsche Dokumente Nr. 274, 275, 276, 281, 295, 296, 330, 331, 348.

28. Juli

Dienstag

Berlin.

(Nachts.) Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 279): Englands veränderte Haltung und Deutschlands Stellungnahme zum austro-serbischen Konflikt. — — Kaiser Wilhelm an Jagow (Deutsche Dokumente Nr. 293): Günstige Beurteilung der serbischen Antwortnote. Vermittlungsvorschlag der Besetzung eines Faustpfandes. — — Plessen an Moltke: Kriegsanlaß für Österreich-Ungarn fortgefallen. — — Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 299): Zu einer ernsten Warnung in Petersburg noch kein genügender Anlaß. — — Bethmann Hollweg nach Petersburg (Deutsche Dokumente Nr 300): Hoffnung auf austro-russische Verständigung. — — Verhandlungen über ein Bündnis mit der Türkei (Deutsche Dokumente Nr. 285, 320). — — J. Cambon — Goschen — Bollati (Französisches Gelbbuch Nr. 81, Englisches Blaubuch Nr. 60): Deutschlands Bereitwilligkeit zur Vermittlung. — — Meldung von der Kriegserklärung an Serbien (Deutsche Dokumente Nr. 311). — — Bethmann Hollweg nach Petersburg, Wien, London und Paris (Deutsche Dokumente Nr. 315): Deutschland vermittelt weiter. — — Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 323): Vermittlungsvorschlag der Besetzung eines Faustpfandes. — — Runderlaß an die Bundesregierungen über die Lage (Deutsche Dokumente Nr. 307). — — (Abends) Bethmann Hollweg —

Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 71): Haltung Deutschlands. — — Erstes Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 335).

Wien.

Kriegserklärung an Serbien (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 97, Serbisches Blaubuch Nr. 45, Deutsche Dokumente Nr. 311). — — Berchtold an Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 80): Berlin soll Petersburg warnen. — — Berchtold an Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 81): Botschafterkonferenz abgelehnt. — — Berchtold lehnt Verhandlungen auf Grundlage der serbischen Antwortnote ab (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 82, III, Nr. 25, Englisches Blaubuch Nr. 61). — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 313, 328, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 82, 87): Ablehnung der Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwortnote. Bereitschaft zur Verständigung mit Italien, die Kompensationsansprüche ausgenommen. — — Berchtold — Avarna (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 87): Kompensationsfrage. — — Berchtold — Bunsen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 90, Deutsche Dokumente Nr. 346, Englisches Blaubuch Nr. 61, 62, 161, Französisches Gelbbuch Nr. 83): Vermittlungsfragen. — — Berchtold — Schebeko (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 95, III, Nr. 23, Deutsche Dokumente Nr. 356, Russisches Orangebuch Nr. 45, Englisches Blaubuch Nr. 74, 93): Verhandlungen über eine Milderung der Forderungen an Serbien abgelehnt. — — Serbische Antwortnote mit einem Kommentar den Mächten zugestellt (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 96).

Rom.

San Giuliano — Michailowitsch (Englisches Blaubuch Nr. 64): Serbien zum Nachgeben bereit. — (*1.*) San Giuliano — Rodd (Englisches Blaubuch Nr. 64): Vorschlag, Serbien das Nachgeben zu erleichtern. — — Italien besteht auf Kompensationen (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 10, 11). — — (2.) San Giuliano — Rodd (Englisches Blaubuch Nr. 80, Französisches Gelbbuch Nr. 96): Deutschlands Vermittlung. England und Italien.

London.

Grey — P. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 80): Für direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg. — — Mensdorff — Tyrrell (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 92): Für direkte Besprechungen. — — Grey — Lichnowsky (Englisches Blaubuch Nr. 67): Vorschlag der Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwortnote deutscher-

seits in Wien empfohlen. — — Grey nach Berlin und Petersburg (Englisches Blaubuch Nr. 67, 69): Botschafterkonferenz und direkte Besprechungen. — — Benckendorff gibt die russische Teilmobilmachung bekannt und bittet um Vermittlung (Englisches Blaubuch Nr. 70).

Paris.

Viviani an Bienvenu-Martin (Französisches Gelbbuch Nr. 76): Vermittlung zwischen Wien und Belgrad. — — (Vormittags.) Bienvenu-Martin — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 310, 350, Französisches Gelbbuch Nr. 78): Vermittlung zwischen Wien und Belgrad unter Garantie der Mächte. — — Bienvenu-Martin — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 59): Englands veränderte Haltung. Diplomatische Unterstützung Rußlands. Die Flotte mobilisiert. — — Bertie — Szecsen (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 83, Deutsche Dokumente Nr. 329): England im Kriegsfalle zunächst neutral.

Petersburg.

Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 338, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 94, Russisches Orangebuch Nr. 43, Französisches Gelbbuch Nr. 82): Vermittlung erwünscht. Warnung vor Mobilmachung. — — Sasonow — Buchanan (Englisches Blaubuch Nr. 72, Paléologue S. 253): Sasonow beunruhigt. — — Sasonow nach London (Russisches Orangebuch Nr. 43, Englisches Blaubuch Nr. 54): Bitte, auf Berlin einzuwirken. — — Buchanan — Paléologue (Paléologue S. 254): Besorgnis wegen militärischer Maßnahmen Rußlands. — — Sasonow — Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 16, Französisches Gelbbuch Nr. 82): Keine Fortschritte. — — Sasonow — Paléologue (Französisches Gelbbuch Nr. 82, Paléologue S. 255): Warnung vor militärischen Maßnahmen gegen Deutschland. — — Bekanntwerden der Kriegserklärung an Serbien. — — Sasonow nach London (Russisches Orangebuch Nr. 48, Englisches Blaubuch Nr. 70): Ablehnung direkter Besprechungen mit Wien. Bitte um Englands Intervention. — Chelius — Trubetzkoi (Deutsche Dokumente Nr. 337): Rußland muß Serbien helfen. — — Sasonow nach Berlin (Englisches Blaubuch Nr. 70): Ankündigung der Teilmobilmachung. — — Spalaikowitsch an Sasonow (Serbisches Blaubuch Nr. 47): Bitte, Österreich-Ungarn zu bestrafen. — — Der serbische Prinzregent an den Zaren (Serbisches Blaubuch Nr. 44, Russisches Orangebuch Nr. 56): Dank für die zugesagte Unterstützung. — — Mobilmachungsmeldungen: Deutsche Dokumente Nr. 327, 333, 335 a.

29. Juli

Mittwoch

Berlin.

Der deutsche Generalstab ist beunruhigt (Deutsche Dokumente Nr. 349). — — Bethmann Hollweg — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 75, Oman S. 54): Vertrauliche Mitteilung der deutschen Vorschläge an Wien. — — Bethmann Hollweg nach Paris und Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 341, 342): Warnung vor militärischen Maßnahmen. — — Zimmermann — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 2, 3, 4): Italien. Rumänien. Die Warnungen nach Petersburg. — — Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 92, Russisches Orangebuch Nr. 51, Englisches Blaubuch Nr. 76): Serbiens Entgegenkommen. Vermittlung der Mächte. — — Jagow — Bronewski (Russisches Orangebuch Nr. 51): Rußlands militärische Maßnahmen. — — Jagow — Bollati (Französisches Gelbbuch Nr. 96): Zweifel an Rußlands Kriegswillen. — — Zimmermann — J. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 76): Besetzung eines Faustpfandes durch Österreich-Ungarn. — — Rückkehr des russischen Botschafters Swerbejew nach Berlin. — — Mitteilung der russischen Teilmobilmachung. — — Jagow — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 76): Vermittlung und Kriegsrüstungen. — — Zweites Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 359). — — Meldung aus Petersburg, daß Wien direkte Besprechungen ablehnt (Deutsche Dokumente Nr. 365). — — Zimmermann — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 8): Zweifel an der Neutralität Englands. — — (Abends.) Ministerrat in Potsdam (Französisches Gelbbuch Nr. 105, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 43): Keine Entscheidungen. — — Bethmann Hollweg — Goschen (Deutsche Dokumente Nr. 353, 373, Englisches Blaubuch Nr. 77, 85, 107): Neutralitätsangebot. — — Englischer Vorschlag der Besetzung eines Faustpfandes durch Österreich-Ungarn (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 88, 89). — — Absendung des Ultimatums an Belgien in versiegeltem Umschlag (Deutsche Dokumente Nr. 375, 376). — — Bethmann Hollweg nach Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 380, 392, 397): Deutsche Vermittlung. — — Fünf Mahnungen Bethmann Hollwegs nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 377, 384, 385, 395, 396.)

Wien.

Tschirschky — Schebeko (Deutsche Dokumente Nr. 386, Englisches Blaubuch Nr. 94): Russische Teilmobilmachung. — — Tschirschky — Dumaine (Deutsche

Dokumente Nr. 386): Lokalisierung undurchführbar. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 388, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 1, 24): Russische Teilmobilmachung. Deutscher Vorschlag der Besetzung eines Faustpfandes. — — Berchtold an Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 1): Vorschlag gemeinsamer Warnung in Petersburg und Paris. Fortsetzung der Aktion gegen Serbien.

Rom.

Italien wünscht Fortsetzung der Vermittlungsaktion (Französisches Gelbbuch Nr. 84). — — Krupenski gibt die russische Teilmobilmachung bekannt (Französisches Gelbbuch Nr. 96). — — San Giuliano — Barrère (Französisches Gelbbuch Nr. 96): London soll auf Berlin einwirken. — — San Giuliano — Rodd (Englisches Blaubuch Nr. 86): Berlin soll auf Wien einwirken.

London.

Lichnowsky an Grey (Oman S. 54, Deutsche Dokumente Nr. 418): Deutsche Vermittlung in Wien. — — (Vormittags.) (1.) Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 357, Englisches Blaubuch Nr. 84, 90, Französisches Gelbbuch Nr. 98, Russisches Orangebuch Nr. 54): Bitte um deutsche Vorschläge. Serbien zum Einlenken bereit. — — Lichnowsky — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 355): Unzuverlässigkeit Italiens. — — Grey — P. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 87, Französisches Gelbbuch Nr. 98): Absicht einer Warnung an Deutschland, jedoch keine Anerkennung einer Verpflichtung gegenüber Frankreich. — — (Nachmittags.) (2.) Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 368, Englisches Blaubuch Nr. 88, 89): Vorschlag der Besetzung eines Faustpfandes durch Österreich-Ungarn. England im Kriegsfalle nicht neutral. — — Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 14, Englisches Blaubuch Nr. 91): Überreichung des Dossiers. Greys Besorgnisse. — — „Warning Telegrams" (drohende Kriegsgefahr) für Heer und Flotte.

Paris.

Bienvenu-Martin an die Botschafter (Französisches Gelbbuch Nr. 65, Russisches Orangebuch Nr. 53): Zusammenfassung der Lage. — — (Vormittags.) Bienvenu-Martin — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 345, Französisches Gelbbuch Nr. 94): Die deutsche Vermittlung in Wien. — — Bienvenu-Martin — Iswolski (Französisches Gelbbuch Nr. 95): Russische Teilmobilmachung und Abbruch der direkten Besprechungen. — — Präsident Poincaré und Ministerpräsident Viviani wieder in Paris. — — Viviani nach London

(Französisches Gelbbuch Nr. 97, Russisches Orangebuch Nr. 55): Bitte in Berlin auf Vermittlung zu Vieren zu drängen. — — (Nachmittags.) Viviani — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 367, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 12, Französisches Gelbbuch Nr. 101, Russisches Orangebuch Nr. 55): Warnung vor militärischen Maßnahmen Frankreichs. — — Ministerrat unter Vorsitz Poincarés. — — (Nachts.) Viviani — Iswolski (Französisches Gelbbuch Nr. 101, Russisches Orangebuch Nr. 55): Erweiterung der russischen Mobilmachung und Wahrscheinlichkeit des Krieges. Frankreichs Solidarität.

Petersburg.

(Nachts). Erstes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 332). — — (Vormittags.) (*1.*) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 343, Russisches Orangebuch Nr. 49): Deutsche Vermittlung. Teilmobilmachung. Warnung vor militärischen Maßnahmen. — — Cheliusan Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 344): Umschwung zugunsten Serbiens. — — Meldung aus Wien, daß Milderung der Forderungen an Serbien abgelehnt (Russisches Orangebuch Nr. 45). — — Sasonow — Paléologue (Französisches Gelbbuch Nr. 86, Paléologue S. 256): Vermittlung der Mächte. — — Sasonow — Buchanan (Englisches Blaubuch Nr. 78, Französisches Gelbbuch Nr. 86, 91): Rußland bereit, eine Vermittlung anzunehmen und seine Offensive aufzuschieben. — — Sasonow nach London (Russisches Orangebuch Nr. 50): Die Vermittlung bleibt England überlassen. — — (3 Uhr nachmittags.) Januschkewitsch — Eggeling (Deutsche Dokumente Nr. 370, Französisches Gelbbuch Nr. 102): Mobilmachung abgeleugnet. — — (Nachmittags.) (*2.*) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 365, Russisches Orangebuch Nr. 49): Vermittlung erwünscht. — — Sasonow — Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 19, 46, Deutsche Dokumente Nr. 378): Erneute Zusicherungen wegen Serbiens. Note Explicative über die Teilmobilmachung versprochen. Nachricht von der Beschießung Belgrads. — — (6—7 Uhr nachmittags.) (*3.*) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 378, Französisches Gelbbuch Nr. 100, Paléologue S. 357): Ernste Warnung vor militärischen Maßnahmen. — — Sasonow nach Paris und London (Russisches Orangebuch Nr. 58, Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Erweiterung der Mobilmachung. Wahrscheinlichkeit des Krieges. Bitte um englische Solidarität. — — Zweites Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 366). — — (11 Uhr abends.) Basily — Paléologue (Paléologue S. 257): Allgemeine Mobilmachung heim-

lich angeordnet. — — Eingang des zweiten Telegramms Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 359). — — (11 Uhr abends.) Der Zar an Januschkewitsch und Suchomlinow: Befehl, die allgemeine Mobilmachung in Teilmobilmachung abzuändern. — — Januschkewitsch an Suchomlinow: Befehl, mit der allgemeinen Mobilmachung fortzufahren. — — (Mitternacht.) (4.) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 401, 412, Französisches Gelbbuch Nr. 103): Deutschland möge an der Vermittlung der Mächte teilnehmen.

30. Juli

Donnerstag

Berlin.

Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 409): Die Kriegsvorbereitungen Rußlands und Frankreichs. — — (Vormittags.) Jagow zu einem neutralen Diplomaten (Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 43): Lage noch nicht hoffnungslos. — — Jagow — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 98, Französisches Gelbbuch Nr. 107): Stand der Vermittlungsaktion. — — Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 31): Empfehlung des englischen Vorschlags der Besetzung eines Faustpfandes. — — Telegramm des Prinzen Heinrich von Preußen an König Georg von England (Deutsche Dokumente Nr. 417). — — (1 Uhr nachmittags.) Falsche Mobilmachungsmeldung des Lokal-Anzeigers. — — Berichtigung der Falschmeldung (Russisches Orangebuch Nr. 62, Französisches Gelbbuch Nr. 105). — — Drittes Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 420). — — Jagow — Szögyény (Deutsche Dokumente Nr. 427, 429, 442, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 51): Ablehnung einer gemeinsamen Demarche in Petersburg und Paris. — — Jagow — Swerbejew (Russisches Orangebuch Nr. 63, Französisches Gelbbuch Nr. 107): Ablehnung der „Sasonowformel". — — Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 109, Englisches Blaubuch Nr. 107): Die deutsche Vermittlung in Wien. — — Meldung aus Wien über die Bereitwilligkeit zu direkten Verhandlungen und Zusicherung einer nur vorübergehenden Besetzung serbischen Gebiets (Deutsche Dokumente Nr. 433). — — Jagow nach Petersburg und London (Deutsche Dokumente Nr. 444): Weitergabe dieser Meldung mit der Aufforderung an England, gleiches Entgegenkommen in Petersburg zu erwirken. — — Erstes Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 437, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 49). — — Bethmann Hollweg nach

Wien (Deutsche Dokumente Nr. 441): Erneute Empfehlung der englischen Vorschläge. — — Runderlaß an die auswärtigen Missionen (Deutsche Dokumente Nr. 423): Die Gefahren der Lage. — — Sitzung des preußischen Staatsministeriums (Deutsche Dokumente Nr. 456). — — Zimmermann — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 52): England im Kriegsfalle nicht neutral. — — Bethmann Hollweg nach Rom (Deutsche Dokumente Nr. 457): Rußlands gefährliche Haltung.

Wien.

Kaiser Franz Joseph kehrt aus Ischl nach Wien zurück. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 422, 433, 448, 465): Befürwortung der deutschen und englischen Vermittlungsvorschläge. — — Berchtold an Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 44): Wiederaufnahme der direkten Besprechungen. — — Berchtold — Schebeko (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45): Bereitwilligkeit zur Erörterung der Forderungen an Serbien. — — Schebeko — Bunsen — Dumaine (Englisches Blaubuch Nr. 96, Französisches Gelbbuch Nr. 104, Belgisches Graubuch, II, Nr. 16): Hoffnung auf Lösung der Krisis. — — (Nachts.) Erstes Telegramm des Kaisers Franz Joseph an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 482, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 49).

Rom.

(*1.*) San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 446): Die Gefahren der Lage. — — (Abends.) San Giuliano — Rodd (Englisches Blaubuch Nr. 106): Aussichten der Vermittlung. Italien und England. — — (*2.*) San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 458): Ableugnung italienisch-englischer Abmachungen. — — San Giuliano — Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 60): Aussichten der Vermittlung. England im Kriegsfalle nicht neutral. — — Merey rät von Kompensationen an Italien ab (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 61).

London.

Grey nach Berlin (Englisches Blaubuch Nr. 101, Deutsche Dokumente Nr. 497): Ablehnung des deutschen Neutralitätangebots. — — Lichnowsky an Grey (Englisches Blaubuch Nr. 103): Deutsche Vermittlung in Wien. — — Grey — Benckendorff (Englisches Blaubuch Nr. 103, Russisches Orangebuch Nr. 64): Abänderung der „Sasonowformel", Zulassung der Besetzung eines Faustpfandes. Rußlands veränderte Haltung. — — Grey nach Petersburg und Paris sowie an Lichnowsky (Englisches Blaubuch Nr. 103, Deutsche Dokumente

Nr. 439, 460): Vorschlag der Einstellung aller militärischen Maßnahmen, Abänderung der Sasonowformel. — — Grey nach Paris (Englisches Blaubuch Nr. 104): Bitte, in Petersburg die englischen Vorschläge zu unterstützen. — — Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 435, 439, 484, Französisches Gelbbuch Nr. 108, Russisches Orangebuch Nr. 65): Die Kriegsvorbereitungen Rußlands, Frankreichs und Englands. — — Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 42): Bitte, Rußland Entgegenkommen zu zeigen. — — Asquith und Grey im Unterhaus: Der Ernst der Lage. — — Telegramm des Königs Georg von England an den Prinzen Heinrich von Preußen (Deutsche Dokumente Nr. 454). — — Grey — P. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 105, Französisches Gelbbuch Nr. 108, Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Cambon beruft sich auf die englisch-französischen Abmachungen. Grey erklärt, der Moment sei noch nicht gekommen. — — Grey nach Paris (Englisches Blaubuch Nr. 116): England kann sich noch nicht zur Teilnahme am Kriege verpflichten.

Paris.

Viviani nach Petersburg (Französisches Gelbbuch Nr. 101): Frankreichs Solidarität im Kriegsfalle. Rat, die russische Mobilmachung geheim zu halten. — — Margerie — Iswolski (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Geheimhaltung der Mobilmachung. — — (Vormittag.) Ministerrat: Militärische Sicherungen und Zurückziehung des Grenzschutzes um 10 km beschlossen. — — Viviani nach London (Französisches Gelbbuch Nr. 106): Angebliche Kriegsvorbereitungen Deutschlands. — — Poincaré — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 99): Bitte um Englands Solidarität. — — Viviani Szecsen (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 40, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 13): Die Beschwerden gegen Serbien. Die Gefahren der russischen Mobilmachung. — — (9½ Uhr abends.) Ministerrat unter Vorsitz Poincarés.

Petersburg.

(12,45 Uhr nachts.) Sasonow an Paléologue (Paléologue S. 258): Der Zar hob den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung auf. — — Drittes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 390). — — (Vormittags.) Suchomlinow belügt den Zaren und versichert, daß nur eine Teilmobilmachung stattfinde. — — (Vormittags.) (*1.*) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 421, Russisches Orangebuch Nr. 60, Englisches Blaubuch Nr. 97, Französisches Gelbbuch Nr. 103, Paléologue S. 259): Deutsche Vermittlung in Wien. Die „Sasonowformel". — — Sasonow — Buchanan — Paléologue (Englisches Blaubuch Nr. 97,

Französisches Gelbbuch Nr. 103): Die „Sasonowformel". Rußlands Mobilmachung und angebliche deutsche Kriegsvorbereitungen. — — Sasonow an Spalaikowitsch (Serbisches Blaubuch Nr. 48): Vortragung der serbischen Bitte an den Zaren, daß Rußland Österreich-Ungarn bestrafe. — — (Nachmittag.) Sasonow, Januschkewitsch und Suchomlinow beim Zaren. (4 Uhr nachmittags) Der Zar genehmigt endgültig die allgemeine Mobilmachung (Paléologue S. 260). — — Chelius — Trubetzkoi (Deutsche Dokumente Nr. 445): Mobilmachung nicht mehr aufzuhalten. — — (2.) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 449, 459): Deutsche Vermittlung. Enthaltung der Feindseligkeiten gegen Österreich-Ungarn. Angebliche deutsche Kriegsvorbereitungen. — — (Abends.) Sasonow — Paléologue (Französisches Gelbbuch Nr. 102, Paléologue S. 260): Frankreich mit Rußland solidarisch. — — Paléologue nach Paris: Rußlands allgemeine Mobilmachung.

31. Juli
Freitag

Berlin.

(Nachts.) Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 464): Die Vorschläge des Königs von England. Bitte um baldige Entscheidung. — — (Vormittags.) Kaiser Wilhelm an König Carol von Rumänien (Deutsche Dokumente Nr. 472). — — Rußlands allgemeine Mobilmachung wird bekannt. — — Bethmann Hollweg — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 108, 109, 112, Deutsche Dokumente Nr. 497): Gegenmaßnahmen gegen die russische Gesamtmobilmachung. — Das Neutralitätsangebot abgelehnt. — — Jagow — J. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 116): Notwendigkeit der Verkündung drohender Kriegsgefahr und einer befristeten Anfrage in Petersburg und Paris. — — Bethmann Hollweg — J. Cambon (Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 125): Erläuterung des Zustands „drohender Kriegsgefahr". — — (1 Uhr nachmittags.) Zustand drohender Kriegsgefahr. — — Bethmann Hollweg nach Wien (Deutsche Dokumente Nr. 479): Aufforderung zur Teilnahme an den Operationen gegen Rußland. — — Viertes Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 480). — — Jagow — Swerbejew (Russisches Orangebuch Nr. 68): Deutschland zu Gegenmaßnahmen gezwungen. — — Swerbejew leugnet die allgemeine Mobilmachung in Rußland (Belgisches Graubuch II, Nr. 20). — — Erstes Telegramm Kaiser Wilhelms an König Georg von England (Deutsche Dokumente

Nr. 477). — — Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 488): Rußlands allgemeine Mobilmachung und Verkündung drohender Kriegsgefahr in Deutschland. — — Bethmann Hollweg nach Petersburg (Deutsche Dokumente Nr. 490): Zwölfstündiges Ultimatum an Rußland. — — Bethmann Hollweg nach Paris (Deutsche Dokumente Nr. 491): Aufforderung, sich binnen 18 Stunden über Frankreichs Haltung im Kriegsfalle zu erklären. — — Bethmann Hollweg nach Rom (Deutsche Dokumente Nr. 492): Appell an die Bundestreue Italiens. — — Zweites Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 503). — — Jagow — Szögyény (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 56): Aufforderung zu sofortigen Operationen gegen Rußland. — — (5 Uhr nachmittags.) Kaiser Wilhelm empfängt den österreichisch-ungarischen Militärattaché (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 57, 58). — — (Abends.) Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 513): Hergang und Scheitern der deutschen Vermittlung. — — Jagow — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 121, 122, Französisches Gelbbuch Nr. 121, 123): Vermittlung zwischen Wien und Petersburg überholt. Anfrage wegen Belgiens. — — Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 529): Rußlands Herausforderung. — — Telegramm Kaiser Wilhelms an König Victor Emanuel von Italien (Deutsche Dokumente Nr. 530).

Wien.

(Vormittags.) Berchtold — Avarna (Deutsche Dokumente Nr. 541, 573, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 59): Kompensationen für Italien. — — (Vormittags.) Ministerrat (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 79): Die englischen Vermittlungsvorschläge. Fortsetzung der Operationen gegen Serbien. Die italienischen Kompensationsansprüche. — — (11½ Uhr mittags). Allgemeine Mobilmachung. — — Bunsen — Forgach (Englisches Blaubuch Nr. 118, Belgisches Graubuch, II, Nr. 19): Mobilmachung ohne aggressive Absichten. — — Berchtold nach Berlin, London, Petersburg, Paris und Rom (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 62): Zusicherung der Integrität und Souveränität Serbiens. — — Berchtold nach London, Berlin und Petersburg (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 65): Bedingte Annahme einer Vermittlung der Mächte. — — Berchtold — Schebeko (Russisches Orangebuch Nr. 66): Friedliche Versicherungen. — — Berchtold an die auswärtigen Missionen (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 79): Verhandlungen mit Petersburg trotz der Mobilmachung. — — Berchtold — Tschirschky

(Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 80): Aufforderung zur Teilnahme an den Operationen gegen Rußland. — — (Abends.) Tschirschky — Avarna (Deutsche Dokumente Nr. 573): Kompensationen für Italien.

Rom.

Ministerrat (Deutsche Dokumente Nr. 534, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 88): Nichtintervention beschlossen. — — (Abends.) San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 534, Französisches Gelbbuch Nr. 124): Italien vorläufig neutral. — — San Giuliano — Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 88): Italien vorläufig neutral.

London.

Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 484, 489, Englisches Blaubuch Nr. 110, 111, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 69): Erfolge der deutschen Vermittlung. Bitte um Einwirkung auf Rußland. — — Grey nach Berlin (Englisches Blaubuch Nr. 111): Vorschlag der Vermittlung bei Einstellung aller Kriegsvorbereitungen. — — (Vormittags.) Ministerrat (Englisches Blaubuch Nr. 119, Französisches Gelbbuch Nr. 110): Noch keine Intervention zugunsten Frankreichs. — — Grey nach Paris und Berlin (Englisches Blaubuch Nr. 114): Anfrage wegen Belgiens. — — Grey nach Brüssel (Englisches Blaubuch Nr. 115): Aufforderung an Belgien, seine Neutralität zu wahren. — — Grey nach Paris (Englisches Blaubuch Nr. 116): Intervention zugunsten Frankreichs noch nicht möglich. — — Grey — P. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 119, Französisches Gelbbuch Nr. 110, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 57): Intervention gefordert und abgelehnt. — — Benckendorff nach Petersburg (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919): Grey durch Widerstand im Parlament zurückgehalten. — — Nicolson — P. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 110): Wiederberatung der Interventionsfrage am 1. August. — — (Abends.) Lichnowsky — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 518): Keine Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland. — — Asquith im Unterhaus (Deutsche Dokumente Nr. 576): Rußlands allgemeine Mobilmachung. — — (Nachts.) König Georg von England an den Zaren: Mitteilung der deutschen Anklagen. Bitte, das Mißverständnis aufzuklären und die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Paris.

(*1.*) Viviani — Bertie (Französisches Gelbbuch Nr. 112): Bitte, Greys Vorschläge in Petersburg zu befürworten. Viviani entsprechend nach Petersburg. — — Poincaré an König Georg von England: Bitte um Englands Solidarität. — —

Schoen — Iswolski (Deutsche Dokumente Nr. 485): Die Hetzereien des russischen Botschafters. — — Viviani nach London (Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 15): Deutsche Kriegsvorbereitungen, die französische 10-km-Zone. — — Viviani an die Botschafter (Französisches Gelbbuch Nr. 114): Verdächtigung Deutschlands. — — Margerie — Guilleaume (Belgisches Graubuch, II, Nr. 18): Die Mobilmachung in Rußland, Frankreich und Deutschland. — — (7 Uhr abends.) Viviani — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 528, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 63, Französisches Gelbbuch Nr. 117, 120, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 130): Anfrage nach der Haltung Frankreichs im Kriegsfalle. — — (2.) Viviani — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 117): Anfrage nach der Haltung Englands. — — Iswolski — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 117): Leugnung der russischen Mobilmachung. — — Ermordung Jaurès. — — Ministerrat unter Vorsitz Poincarés. — — (3.) Viviani — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 124, 125, Französisches Gelbbuch Nr. 122, Belgisches Graubuch, II, Nr. 20): Anfrage wegen Belgien. — — Szecsen — Berthelot (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 64, Französisches Gelbbuch Nr. 120, Russisches Orangebuch Nr. 73): Zusicherung der Integrität und Souveränität Serbiens.

Petersburg.

Pourtalès meldet die allgemeine Mobilmachung (Deutsche Dokumente Nr. 473). — — Pourtalès — Neratow (Pourtalès S. 64, Deutsche Dokumente Nr. 527): Österreich-Ungarns Einlenken. Folgen der russischen Mobilmachung. — — Sasonow — Pourtalès (Telephon): Folgen der allgemeinen Mobilmachung. — — Viertes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 487): Sasonow — Buchanan — Paléologue (Englisches Blaubuch Nr. 120, Russisches Orangebuch Nr. 67, 69, Französisches Gelbbuch Nr. 113): Zweite „Sasonowformel". — — (2 Uhr nachmittags.) Pourtalès beim Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 535): Bitte um Einstellung der Mobilmachung. — — Pourtalès — Fredericks (Deutsche Dokumente Nr. 535): Die Gründe der russischen Mobilmachung. — — (Abends.) Sasonow — Szapary (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 75, 97, Englisches Blaubuch Nr. 133, 139): Wiens Einlenken. — — Sasonow nach London (Englisches Blaubuch Nr. 133): Sasonow befriedigt, wünscht Verhandlungen in London. — — (Mitternacht.) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 536, Russisches Orangebuch Nr. 70, Paléologue S. 262): Ultimatum.

1. August

Sonnabend

Berlin.

Kaiser Wilhelm zum österreichisch-ungarischen Legationsrat Graf Larisch über Rußland und England (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 84). — — (Mittags.) Absendung der Kriegserklärung an Rußland (Deutsche Dokumente Nr. 542). — — Bethmann Hollweg im Bundesrat über die Lage (Deutsche Dokumente Nr. 553). — — (5 Uhr nachmittags.) Mobilmachung. — — Jagow — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 138, Deutsche Dokumente Nr. 595): Scheitern der Vermittlungsaktion. Notwendigkeit der Kriegserklärung an Rußland. — — Lichnowsky meldet englisches Angebot für Frankreichs Neutralität (Deutsche Dokumente Nr. 562, 570). — — Zweites Telegramm Kaiser Wilhelms an König Georg von England (Deutsche Dokumente Nr. 575). — — Bethmann Hollweg und Jagow nach London Deutsche Dokumente Nr. 578, 579): Bereitwilligkeit, englische Bürgschaft für Frankreichs Neutralität anzunehmen. — — Bethmann Hollweg nach Paris, Wien und Rom (Deutsche Dokumente Nr. 587, 607): Mitteilung des englischen Angebots. — — (Abends.) Fünftes Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Deutsche Dokumente Nr. 600). — — Meldung aus London, daß kein englisches Angebot vorliegt (Deutsche Dokumente Nr. 603). — — Russische Truppen überschreiten die deutsche Grenze.

Wien.

Berchtold an Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 86): Anerkennung der italienischen Kompensationsansprüche. — — Berchtold — Avarna (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 87, Deutsche Dokumente Nr. 594): Die Kompensationsfrage. — — Zweites Telegramm Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 601, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 81). — — Kaiser Franz Joseph an König Victor Emanuel von Italien (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 100). — — Berchtold — Schebeko (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 99, Deutsche Dokumente Nr. 704): Rußland wünscht Fortsetzung der Verhandlungen in London. — — Berchtold — Dumaine (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 99, Deutsche Dokumente Nr. 704): Französisches Bedauern über Deutschlands Vorgehen.

Rom.

(8½ Uhr vormittags.) San Giuliano — Barrère (Französisches Gelbbuch Nr. 124): Italien neutral. — — San

Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 566): Italien hält an der Nichtintervention fest. — — San Giuliano — Flotow — Merey (Deutsche Dokumente Nr. 614, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 107): Verharren bei Nichtintervention. — — Ministerrat (Deutsche Dokumente Nr. 675): Bündnisfall nicht anerkannt. — — Die mobilisierten italienischen Truppen werden von der französischen Grenze zurückgezogen.

London.

(*1.*) Lichnowsky — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 562): Vorschläge für die Neutralität Englands und Passivität Frankreichs in Aussicht gestellt. — — (Telephon.) Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 562): Deutschland wird ein neutrales Frankreich nicht angreifen. — — (*2.*) Lichnowsky — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 570): Vorschläge für Englands Neutralität im Falle eines deutsch-russischen und deutsch-französischen Krieges in Aussicht gestellt. — — (*1.*) Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 94, Englisches Blaubuch Nr. 137): Zusicherung der Integrität und Souveränität Serbiens, Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit Petersburg. — — (Vormittags.) Ministerrat: Beratung über den Brief Poincarés und die belgische Frage. — — Mobilmachungsinstruktion an die Flotte. — — Grey — P. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 126): Noch keine Intervention zugunsten Frankreichs. — — König Georg von England an Präsident Poincaré: Ausweichende Antwort auf die Bitte um Englands Solidarität. — — (Nachmittags.) Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 596, Englisches Blaubuch Nr. 123): England und Belgien. Deutsches Angebot der Integrität Frankreichs und seiner Kolonien. — — Grey nach Berlin (Englisches Blaubuch Nr. 131): Hoffnung auf Erhaltung des Friedens. — — Grey — Benckendorff (Russisches Orangebuch Nr. 71): Bitte kriegerische Handlungen zu unterlassen. — — Grey an die Botschafter (Englisches Blaubuch Nr. 132): Die zweite „Sasonowformel". — — Erstes Telegramm des König Georg von England an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 574). — — (*2.*) Grey — Mensdorff (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 94): Bedingte Annahme der Vermittlung der Mächte. — — Grey nach Petersburg (Englisches Blaubuch Nr. 135): Mitteilung der österreichisch-ungarischen Erklärung und Vorschlag, die russische Mobilmachung aufzuhalten. — — Lichnowsky meldet, daß kein Angebot für Frankreichs oder Englands Neutralität vorliegt, und unterläßt es, von den deutschen Anerbieten Gebrauch zu machen (Deutsche Dokumente Nr. 603). — — Zweites Tele-

gramm des Königs Georg von England an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 612).

Paris.

Viviani an die Botschafter (Französisches Gelbbuch Nr. 120): Der Stand der Krisis. Verdächtigung Deutschland. — — Szecsen — Iswolski (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 91): Die Wiener Zusicherungen. — — (11 Uhr vormittags.) (*1.*) Viviani — Schoen (Französisches Gelbbuch Nr. 125, Englisches Blaubuch Nr. 126, Russisches Orangebuch Nr. 73): Die Mobilmachungsfolge. — — Iswolski berichtet über die Gründe der Verzögerung der französischen Mobilmachung (Russisches Orangebuch Nr. 73). — — (Mittags.) Ministerrat: Antwort auf die deutsche Anfrage. Mobilmachung. — — (1 Uhr nachmittags.) (*2.*) Viviani — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 571): Ausweichende Antwort auf die deutsche Anfrage nach Frankreichs Haltung. — — Poincaré — Bertie (Englisches Blaubuch Nr. 134): Notwendigkeit der französischen Mobilmachung. — — Poincaré — Iswolski (Russisches Orangebuch Nr. 75): Iswolski stellt die österreichisch-ungarischen Zusicherungen in Abrede. — — Viviani nach London (Französisches Gelbbuch Nr. 127): Bitte um Englands Intervention. — — (3,40 Uhr nachmittags.) Allgemeine Mobilmachung. — — (5½ Uhr nachmittags.) (*3.*) Viviani — Schoen (Deutsche Dokumente Nr. 598, Russisches Orangebuch Nr. 74): Keine Ergänzung der französischen Erklärung. Verstümmelung der deutschen Telegramme. — — Aufruf des Präsidenten Poincaré an das französische Volk. — — (Nachts.) Iswolski gibt die deutsche Kriegserklärung an Rußland bekannt (Französisches Gelbbuch Nr. 135, Poincaré, a. a. O., S. 274).

Petersburg.

(7½ Uhr vormittags.) Pourtalès an Fredericksz (Deutsche Dokumente Nr. 539): Die Gefahren der Lage. — — Sasonow — Buchanan — Paléologue (Englisches Blaubuch Nr. 139): Rußland wird nicht angreifen. — — Fünftes Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 546). — — (7 Uhr nachmittags.) Sasonow — Pourtalès (Deutsche Dokumente Nr. 588, Russisches Orangebuch Nr. 76, Französisches Gelbbuch Nr. 134, Paléologue S. 263): Deutsche Kriegserklärung. — — Telegramm des Zaren an König Georg von England: Beteuerung des Friedenswillens, Hinweis auf die deutsche Kriegserklärung.

2. August

Sonntag

Berlin.

Eintritt des Kriegszustande mit Rußland nach Wien und Rom mitgeteilt mit der Aufforderung, die Bundespflichten zu erfüllen (Deut che Dokumente Nr. 627, 628). — — Luxemburge Beschwerden über deutschen Einmarsch (Deutsche Dokumente Nr. 619, 638, 644). — — Zusi he ungen an Luxemburg (Deutsche Dokumente Nr. 640, 649). — — Jagow — Szögyény (Österreichische Rotbuch 1919, III, Nr. 102): Russische Grenzüberschreitungen, Kriegszustand mit Rußland. — — Jagow an Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 144): Kriegszustand mit Rußland. — — (Nachmittags.) Absendung des Ultimatums an Belgien (Deutsche Dokumente Nr. 648, 695, Belgische Graubuch, I, Nr. 20). — — Jagow nach London (Deutsche Dokumente Nr. 667): Notwendigkeit des Einmarsches nach Belgien. — — (Nachts.) Bethmann Hollweg nach London Deutsche Dokumente Nr. 696): Notwendigkeit der Kriegserklärung an Rußland. — — Beschwerden über französische Grenzverletzungen (Deutsche Dokumente Nr. 663, 664, 677, 682, 693, 694).

Wien.

Berchtold — Avarna (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 106, Deutsche Dokumente Nr. 668): Die Kompensations- und Interventionsfrage. — — Berchtold — Tschirschky (Deutsche Dokumente Nr. 672): Österreich-Ungarns Teilnahme am Kriege gegen Rußland.

om.

San Giuliano an Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 108, 109): Die Wiener Erklärungen unbefriedigend. Bündnisfall nicht anerkannt. — — San Giuliano — Flotow (Deutsche Dokumente Nr. 675): Nichtanerkennung des Bündnisfalles. — — Telegramm König Victor Emanuels von Italien an Kaiser Franz Joseph (Deutsche Dokumente Nr. 700, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 100).

London.

(*1.*) Grey — P. Cambon : Keine Zusicherungen über Englands Teilnahme am Krieg. — — Asquith — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 676): England muß die belgische Neutralität und die französische Küste schützen. — — Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 676): Keine Erklärung über Englands Haltung. — — Lichnowsky schlägt vor, die französische Küste nicht anzugreifen (Deutsche Dokumente Nr. 669, 676, 736). — — (Vormittags.) (*1.*) Ministerrat. — — (Mittags.) Bonar Law an Asquith :

Die englische Opposition fordert Eintritt in den Krieg. — — (Abends.) (2.) Ministerrat. — — Gesamtmobilmachung der englischen Flotte angeordnet (Deutsche Dokumente Nr. 706, 707). — — (2.) Grey — P. Cambon (Englisches Blaubuch Nr. 148, Französisches Gelbbuch Nr. 137): England schützt Frankreich zur See.

Paris.

Einberufung der Kammern. — — Umbildung des Kabinetts. — — Schoen begründet die deutschen Maßnahmen in Luxemburg (Französisches Gelbbuch Nr. 133). — — (Nachmittags.) Viviani an die Botschafter (Französisches Gelbbuch Nr. 136, Bericht an den französischen Senat, 704/1919, S. 16): Deutsche Grenzverletzungen. — — Iswolski meldet, die deutschen Grenzverletzungen würden zur Feststellung des Kriegszustandes am 4. August Anlaß geben (Prawda Nr. 7 vom 9. März 1919). — — Viviani nach London (Französisches Gelbbuch Nr. 138): Dank für den Schutz Frankreichs zur See. — — Manifest des Kriegsministers: Der Krieg ist durch die deutschen Grenzverletzungen bereits erklärt.

Petersburg.

Abreise des deutschen Botschafters. — — Sasonow nach London (Russisches Orangebuch Nr. 78): Aufforderung zur Bekämpfung der deutschen Hegemonialbestrebungen. — — Sasonow an die Botschafter (Russisches Orangebuch Nr. 77): Rußlands Haltung während der Krisis.

3. August

Montag

Berlin.

Reichstagsdenkschrift. — — Französische Beschwerden über deutsche Grenzverletzungen (Deutsche Dokumente Nr. 722). — — Deutsche Beschwerden über französische Grenzverletzungen (Deutsche Dokumente Nr. 710, 713, 725, 744, 774). — — Jagow nach London (Deutsche Dokumente Nr. 714): Keine Bedrohung der französischen Küste. — — Belgien verweigert Deutschland den Durchmarsch (Deutsche Dokumente Nr. 735, 779, Belgisches Graubuch, I, Nr. 22). — — Bethmann Hollweg nach Paris (Deutsche Dokumente Nr. 734): Kriegserklärung. — — Neutralitätserklärung Italiens (Deutsche Dokumente Nr. 756, 757). — — Telegramm Kaiser Wilhelms an König Albert von Belgien (Deutsche Dokumente Nr. 783). — — Bethmann Hollweg nach London (Deutsche Dokumente Nr. 790): Deutsche Zwangslage. — — Der Gesandte in Brüssel wird angewiesen, am 4. August zu erklären, Deutschland müsse den Durchmarsch erzwingen (Deutsche Dokumente Nr. 791).

Wien.

Berchtold — Avarna (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 134): Italienische Neutralitätserklärung.

Rom.

(9 Uhr vormittags.) König Victor Emanuel von Italien empfängt den Flügeladjutanten v. Kleist (Deutsche Dokumente Nr. 771). — — Telegramm König Victor Emanuels an Kaiser Wilhelm (Deutsche Dokumente Nr. 755). — — San Giuliano — Merey (Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 116, 127): Ableugnung des Bündnisfalles.

London.

Grey — Lichnowsky (Deutsche Dokumente Nr. 764, Französisches Gelbbuch Nr. 144): Zusicherung der Integrität und Entschädigung Belgiens. Kein Angriff auf die französische Küste. — — (Vormittags.) Ministerrat. — — Wiederholte Anfragen bei der belgischen Gesandtschaft nach deutschen Neutralitätsverletzungen. — — (11 Uhr vormittags.) Mobilisierung des Landheeres. — — Grey — P. Cambon (Französisches Gelbbuch Nr. 143): Erklärung im Unterhaus über den Schutz Frankreichs zur See. — — König Albert von Belgien an König Georg von England (Belgisches Graubuch 1919, I, Nr. 25, Englisches Blaubuch Nr. 153). — — Grey im Unterhause (Deutsche Dokumente Nr. 784, 801, 819, 820, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 121, Französisches Gelbbuch Nr. 145): England darf nicht neutral bleiben. — — Lichnowsky — Tyrrell (Deutsche Dokumente Nr. 799): Stellungnahme Englands abhängig von der Haltung des Unterhauses.

Paris.

($6^3/_4$ Uhr nachmittags.) Viviani — Schoen (Französisches Gelbbuch Nr. 147, 148): Deutsche Kriegserklärung. — — Abreise des deutschen Botschafters.

4. August

Dienstag

Berlin.

(9 Uhr vormittags.) Jagow — Beyens (Belgisches Graubuch, II, Nr. 25): Die belgische Armee möge sich auf Antwerpen zurückziehen. — — Jagow nach London (Deutsche Dokumente Nr. 810, Englisches Blaubuch Nr. 157): Zusicherungen wegen Belgiens. — — Bethmann Hollweg im Reichstag. — — (Nachmittags.) (*1.*) Jagow — Goschen (Deutsche Dokumente Nr. 823, Englisches Blaubuch Nr. 160): Verwahrung gegen die beabsichtigte Verletzung der belgischen Neutralität. — — (7 Uhr abends.) (*2.*) Jagow — Goschen (Deutsche

Dokumente Nr. 839, Englisches Blaubuch Nr. 160): Englisches Ultimatum. — — Unterredung Bethmann Hollweg — Goschen (Englisches Blaubuch Nr. 160): Der Fetzen Papier. — — (Nachts.) Goschen fordert seine Pässe (Deutsche Dokumente Nr. 863).

III. Heeresziffern u. Mobilmachungszeiten

Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß der Stand der Rüstungen und die Stärke der Heere der beteiligten Länder keinen unmittelbaren Einfluß auf den Kriegsausbruch ausgeübt haben. Alle Staaten waren gerüstet. Nirgends war das volle Maß der geplanten Rüstungen erreicht. Ebensowenig hat ein Zustand vorübergehender militärischer Schwäche die Erwägungen dieser oder jener Regierung beeinflußt. Nach damaliger, zutreffender Auffassung hielten sich beide Mächtegruppen militärisch annähernd die Wage, wenn man die Wertunterschiede der Truppen und der Organisation in Rechnung stellt. Die Ereignisse haben die Erwartung bestätigt, daß der Deutsche mehr als seinen Mann stehen würde. Zahlenmäßig war jedoch der Dreiverband dem Dreibund erheblich überlegen. Zur See herrschte er absolut, zu Lande verfügte er über weit größere Heere. Dazu kommt, daß von 1902 ab Italien nicht mehr als Bundesgenosse für den Kriegsfall gelten und 1914 auf die Waffenhilfe Rumäniens auch nicht gerechnet werden konnte. Unter diesen politischen Voraussetzungen ergiebt sich zu Kriegsausbruch folgendes Bild der Heeresstärken:

	Friedensstärke		Planmäßige Kriegsstärke		
Deutschland . .	761 000	Mann	2 020 000	Mann	85 Inf.-Div.
Österreich-Ung.	478 000	„	1 338 000	„	50 „
Zusammen .	1 239 000	Mann	3 358 000	Mann	135 Inf.-Div.
Frankreich . .	910 000	Mann	1 650 000	Mann	79 Inf.-Div.
Rußland:					
Sommer .	1 445 000	Mann			
Winter . .	1 845 000	„	3 420 000	„	117 „
Zusammen:			5 070 000	Mann	196 Inf.-Div.
Sommer .	2 355 000	Mann			
Winter . .	2 755 000	„			

Die vorstehenden Zahlen, wie auch die meisten der anderen Angaben dieses Abschnitts, sind den Denkschriften des Untersuchungsausschusses entnommen, für Frankreich wurden hierbei die Ziffern französischen Ursprungs zugrunde gelegt.

Die militärische Überlegenheit der Mittelmächte kann diese niemals zum Kriege verleitet haben: Sie war nicht vorhanden. Die planmäßigen Kriegsstärken beider Mächtegruppen, berechnet nach Divisionen, verhielten sich wie 135 : 196. Dabei wäre noch zu berücksichtigen, daß infolge der sehr viel höheren Friedensstärken in Frankreich und Rußland in diesen Ländern für jede Kriegsdivision mehr Mannschaften vorhanden waren als bei den Mittelmächten. Es standen für jede Kriegsdivision im Frieden unter den Waffen: in Deutschland 9000 Mann, in Österreich-Ungarn 9600, in Frankreich 10 600, in Rußland 12 300 im Sommer und 15 700 Mann im Winter.

Der sattsam bekannte Vorwurf des Militarismus erscheint, soweit er sich ausschließlich gegen Deutschland richtet, durchaus unbegründet. Deutschland hielt mit 67 Millionen Einwohnern 761 000 Mann, d. h. 1,13 v. H. der Bevölkerung unter den Waffen, Frankreich dagegen mit 40 Millionen Einwohnern 910 000 Mann, d. h. 2,27 v. H. der Bevölkerung. Frankreich war von jeher in viel höherem Grade militarisiert als Deutschland. Dies veranschaulicht in besonderem Maße die Länge der militärischen Dienstzeit. Bis 1889 hatte Frankreich die fünfjährige, dann die dreijährige Dienstzeit, um erst 1905 — zwölf Jahre später als Deutschland — die zweijährige Dienstzeit einzuführen. 1913 kehrte es wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurück.

Der hohe Stand der Organisation, insbesondere des Verkehrswesens, erlaubte es Deutschland, seine Mobilmachung 1914 bis zum letzten möglichen Augenblick hinauszuschieben, obwohl der Krieg auf zwei Fronten drohte. In keiner militärischen Maßnahme ist es dem Gegner vorangeschritten. Wenn diese also zu militärischen Maßnahmen und schließlich zur Mobilmachung schritten, so wurden sie allein durch politische Erwägungen und nicht durch militärische Bedrohung hierzu veranlaßt. Am 23. Juli wurde die österreichisch-ungarische Note in Belgrad übergeben, am 25. Juli wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und am 28. Juli Serbien der Krieg erklärt. Jedes dieser Ereignisse wurde am nächstfolgenden Tage bekannt. Deutschland hat am 29. Juli die Truppen in ihre Standorte zurückbeordert, Frankreich am 27. Juli, Rußland am 25. Juli. In Deutschland wurde am 31. Juli der „Zustand drohender Kriegsgefahr" verkündet*), in England am 29. Juli. In Frankreich waren bereits am 28. Juli entsprechende Maßnahmen angeordnet worden, in Rußland am 26. Juli. Wie sich im übrigen die Mobilmachungszeiten der einzelnen Länder zu einander verhalten, geht aus der umstehenden Zeittafel hervor.

*) Es handelt sich nicht um eine Verhängung des „Kriegszustandes", wie im Ausland vielfach verbreitet worden ist — und noch verbreitet wird. Diese Verwechslung hat zu einer ganz falschen Einschätzung der deutschen Maßnahmen geführt.

Zeittafel der Mobilmachungen 1914

	Deutschland	Österreich-Ungarn	England	Frankreich	Rußland *und Serbien*
24. Juli			Befehl des ersten Seelords an die Flotte, mobilisiert zu bleiben		
25. Juli	Rückberufung d. Hochseeflotte aus Norwegen	9,30 abends: **Teilmobilmachung** gegen Serbien angeordnet	Auffüllen der Führerstellen bei der Flotte	Abänderung des marokkanischen Mobilmachungsplanes	*Mobilmachung in Serbien.* (Nachts.) Rücktransport der Truppen in ihre Standorte
26. Juli		„Alarmierung" der Korps an d. serbischen Grenze	Ende der Manöver; die **Flotte** bleibt **mobilisiert**	Allgemeines Urlaubsverbot, Rückberufung aller Urlauber	Festungen in Kriegszustand, Beginn der Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze europäische Rußland
27. Juli	Lokale Einstellung der Beurlaubungen durch Befehl des XVI. A.-K. Bayer. Ernteurlauber nach Metz zurück		Ergänzung der Kriegsvorräte der Flotte	Rückbeförderung sämtl. Truppenteile in ihre Standorte	
28. Juli	Bahnbewachung durch Eisenbahnangestellte, Rückbeorderung einzelner Truppenteile	Erster Mobilmachungstag gegen Serbien		7 Mesures du temps de tension. Militärische Besetzung der Bahnhöfe	

29. Juli	(Mittags.) Rückbeorderung aller Truppenteile — (Nachts.) Rückberufung der Urlauber, Sicherung v. Kunstbauten, Ausbau v. Armierungsstellen befohlen		Auslaufen der I. Flotte nach der Kriegsstation Scapa Flow Warning Telegrams („Drohende Kriegsgefahr") für Heer und Flotte		(Nachm.) **Teilmobilmachung.** Allgem. Mobilmachung geheim eingeleitet
30. Juli	Grenzschutz im Osten stellenweise lokal angeordnet, Armierung der östlichen Grenzfestungen, ‚Sicherung' für die Flotte befohlen			Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes (Mobilisierung von 11 l.-D. und 3 K.-D.	(6 Uhr abends.) Befehl zur **Allgemeinen Mobilmachung**
31. Juli	(1 nachm.) Zustand **drohender Kriegsgefahr**	„Alarmierung" gegen Rußland. (11,30 vorm.) **Allgem. Mobilmachung**		„Carnet B". Aufstellung der 2. Linie des Grenzschutzes	Erster Mobilmachungstag
1. August	(5 nachm.) **Mobilmachung** v. Heer und Flotte	1. Alarmierungstag gegen Rußland, Grenzschutz	(2,15 nachm.) Mobilmachungsinstruktion an die Flotte	(4,40 nachm.) **Mobilmachung** v. Heer und Flotte	
2. August	Erster Mobilmachungstag		(2,25 vorm.) Mobilmachungsbefehl für die Reserveflotte	Erster Mobilmachungstag	
3. August			(12 mittags) **Mobilmachung** des Landheeres		
4. August		Erster Mobilmachungstag gegen Rußland			

(Alle Stundenangaben nach Mitteleuropäischer Zeit.)

IV. Literaturverzeichnis

Zur Vorgeschichte

Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts. Im Auftrage des Auswärtigen Amts herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Berlin 1922.

Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Herausgegeben und eingeleitet von Prof. Dr. Walter Goetz. Berlin 1920.

Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege. I. Teil: Vor dem Kriege; II. Teil: Im Kriege. Berlin 1919, 1921.

G. v. Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin 1919.

Wilhelm Freiherr v. Schoen, Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit. Stuttgart 1921.

Karl Helfferich, Der Weltkrieg. I. Band: Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1919.

Alfred v. Tirpitz, Erinnerungen. Leipzig 1919.

Graf Ottokar Czernin, Im Weltkriege. Berlin 1919.

Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege. Charlottenburg 1919.

Enthält: Bericht der Viererkommission der deutschen Friedensdelegation, Versailles, 27. Mai 1919, mit

Anlage VI: Serbiens Stellung zur Entente, insbesondere zu Rußland.

Anlage VII: Der Balkanbund.

Anlage VIII: Die Balkankrisis 1912.

Anlage IX: Die Angelegenheit Liman-Sanders.

Anlage X: Rußland und die Türkei 1914.

Anlage XI: Zur Frage nach den Urhebern des Weltkrieges. Von M. Pokrowski, Moskau.

B. v. Siebert, ehemaliger Sekretär der Kaiserlich russischen Botschaft in London, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. Berlin 1921.

M. Pokrowski, Drei Konferenzen. Zur Vorgeschichte des Krieges. Hamburg 1920.

Diplomatische Kriegsrüstungen. Dokumente zu den englisch-russischen Verhandlungen über ein Marineabkommen aus dem Jahre 1914. Berlin 1919.

Rapport de la commission d'enquête sur les faits de la guerre. 1. Vol. No. 704. Senat. 1919, Paris. (1. Partie: Le conflit de 1914, par Emile Bourgeois. 2. Partie: L'Hégémonie allemande 1871—

1904, par Georges Pagès. 3. Partie: Triple Alliance et Triple Entente 1904—1914, par Emile Bourgeois.)

L'Alliance Franco-Russe. Troisième livre jaune français, Paris 1918.

Bernhard Schwertfeger, Zur Europäischen Politik, 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. Berlin 1919. (Sammlung **belgischer Gesandtschaftsberichte**).

Band 1: 1897—1904. Zweibund. Englisch-deutscher Gegensatz. Bearbeitet von Wilhelm Köhler.

Band 2: 1905—1907. Marokkokrisis. König Eduard VII. Bearbeitet von Bernhard Schwertfeger.

Band 3: 1908—1911. Bosnische Krise. Agadir. Albanien. Bearbeitet von Alfred Doren.

Band 4: 1912—1914. Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen. Bearbeitet von Alfred Doren.

Band 5: Revanche-Idee und Panslawismus. Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehung des Zweibundes. Bearbeitet von Wilhelm Köhler.

Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris. Berlin 1915.

Dr. M. Boghitschewitsch, ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, Kriegsursachen. Beiträge zur Erforschung der Ursachen des europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Rußlands und Serbiens. Zürich 1919.

M. Edith Durham, Twenty years of Balkan Tangle. London 1920.

Lord Fisher, Admiral of the Fleet, Memories. London 1919.

Viscount Haldane, Before the war. London 1920. (I. Diplomacy before the war. II. The German attitude before the war. III. The military preparations.)

Earl Loreburn, How the war came. London 1919.

Lujo Brentano, Der Weltkrieg und E. D. Morel. Ein Beitrag zur englischen Vorgeschichte des Krieges. München 1921.

Hermann Lutz, Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege. Berlin 1920.

Joachim Kühn, Der Nationalismus im Leben der dritten Republik. Berlin 1920.

Julikrisis 1914

Die amtlichen Farbbücher*)

Reichstagsdenkschrift vom 3. August 1914.

Aktenstücke um Kriegsausbruch. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Berlin 1915.

*) Von den verschiedenen Farbbüchern können Anspruch auf Vollständigkeit und in besonderem Maße auf Glaubwürdigkeit nur erheben die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch und das Österreichische Rotbuch 1919. Alle

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen. Herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking. 4 Bände. Charlottenburg 1919.

Untersuchungsausschuß des Reichstags.

1. **Unterausschuß, Beilage 1:** Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner. Berlin 1920. Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen.
1. **Unterausschuß, Heft 2:** Militärische Rüstungen und Mobilmachungen. Berlin 1921.

Österreichisch-ungarisches Rotbuch. I. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Berlin 1916.

Österreichisch-ungarisches Rotbuch. II. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. Mai 1915. Berlin 1916.

Österreichisches Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum Österreichisch-ungarischen Rotbuch. 3 Teile. Wien 1919.

Great Britain and the European Crisis. London 1914.

Englisches Blaubuch. Schriftwechsel zur europäischen Krisis. Berlin 1917.

Documents diplomatiques. 1914. La guerre européenne. Paris, 1914.

Französisches Gelbbuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Berlin 1916.

Russisches Orangebuch. I. Verhandlungen vom 10./23. Juli bis zum 24. Juli/6. August 1914. Berlin 1916.

Serbisches Blaubuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin 1916.

Les Pourparlers Diplomatiques 24 Juillet—29 Août 1914.

---

anderen amtlichen Veröffentlichungen sind lückenhaft, ungenau und geben ein absichtlich entstelltes Bild der diplomatischen Verhandlungen. Der Wahrheit am nächsten dürfte das Englische Blaubuch kommen, das aber viele Lücken und einige notorische Fälschungen enthält. Zahlreiche Ergänzungen finden sich bei C. Oman, dessen Buch jedoch ebenfalls als eine Tendenz- und Streitschrift anzusehen ist. Besonders stark zurechtgestutzt ist das Französische Gelbbuch, zu dem sich einige Ergänzungen im 1. Teil des „Rapport de la commission d'enquête sur les faits de la guerre" finden. Das Russische Orangebuch, das dürftigste aller Farbbücher, ist z. T. durch M. Pokrowski zur Frage nach den Urhebern des Weltkrieges u. a. ergänzt und in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. Mai 1919, Nr. 242, berichtigt worden. Das erste Belgische Graubuch ist durch das zweite wesentlich erweitert worden. Eine Reihe Ergänzungen enthält die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1919, Nr. 246.

Erstes belgisches Graubuch. Diplomatischer Schriftwechsel des Königlich belgischen Ministeriums des Äußern zu dem Kriege von 1914, 24. Juli bis 29. August. Berlin 1916.

Correspondence Diplomatique, Relative à la guerre de 1914—1916. (Zweites belgisches Graubuch.)

Le Livre Blanc Grec. Les Pourparlers Diplomatiques 1913—1917. Paris 1918.

2. Nichtamtliche Quellen

Die Werke von Bethmann Hollweg, Jagow, Schoen, Helfferich u. a. siehe oben.

Graf Pourtalès, Botschafter z. D., Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden. Meine letzten Verhandlungen in Petersburg, Ende Juli 1914. Berlin 1919.

Maurice Paléologue, vormaliger französischer Botschafter in Petersburg, La Russie des Tsars pendant la grande guerre. Paris, Revue des deux mondes, 21. Jahrgang, 15. Januar 1921 ff.

Jules Cambon, vormaliger französischer Botschafter in Berlin, Les heures tragiques d'avant-guerre. A Berlin. Paris, Revue de France, Nr. 7, 15. Juni 1921.

Paul Cambon, vormaliger französischer Botschafter in London, Les heures tragiques d'avant-guerre. A Londres. Paris, Revue de France, Nr. 8, 1. Juli 1921.

Raymond Poincaré, Les Origines de la guerre. Conférences prononcées à la Société des Conférences en 1921. Paris 1921.

Bernhard Schwertfeger, Poincaré und die Schuld am Kriege. Nach Poincarés Vorträgen in der Société des Conférences. Berlin 1921.

Dr. Ernst Sauerbeck, Der Kriegsausbruch. Eine Darstellung von neutraler Seite, an der Hand des Aktenmaterials. Stuttgart 1919.

Prof. Pharos, Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo. Nach den amtlichen Stenogrammen der Gerichtsverhandlung aktenmäßig dargestellt. Berlin 1918.

Fürst Lichnowsky, Meine Londoner Mission 1912—1914. Berlin 1919.

Kritische Untersuchungen und Kommentare

Dr. Richard Wolff, Die deutsche Regierung und der Kriegsausbruch. Eine Darstellung auf Grund der amtlichen Vorkriegsakten. Berlin 1919.

Karl Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand. Berlin 1919. Vgl. hierzu Graf Max Montgelas, Glossen zum Kautskybuch. Berlin 1920. Ferner: Hans Delbrück, Kautsky und Harden. Berlin 1920.

M. Pokrowski, Zur Frage nach den Urhebern des Weltkrieges. Deutsches Weißbuch über die Schuld am Kriege, 1919, Anlage XI.

Dr. Roderich Gooss, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919.

Wilhelm Fraknoi, Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges . Auf Grund aktenmäßiger Forschungen dargestellt. Wien 1919.

Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege. Charlottenburg 1919.

Enthält: Bericht der Kommission (des Feindbundes) für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen, Paris, 29. März 1919. Bemerkungen der Viererkommission der deutschen Friedensdelegation zu vorstehendem Bericht nebst Anlagen, Versailles, 27. Mai 1919.

Prof. Walter Schücking, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges. Leipzig 1918.

Graf Ernst Reventlow, Deutschland vor Gericht. Süddeutsche Monatshefte, XVII, 1919/20, Heft 3.

Dr. Paul Rohrbach, Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg. Stuttgart 1921.

Dr. Hermann Martin, Die Schuld am Weltkriege. Leipzig 1920.

Graf Max Montgelas, Zur Schuldfrage. Eine Untersuchung über den Ausbruch des Weltkrieges. Berlin 1921.

A. Mendelssohn Bartholdy, Das Volk und seine Diplomaten, wie sie zueinander standen und künftig zueinander stehen sollen. Würzburg 1920.

Georg Karo, Die Verantwortung der Entente am Weltkriege, nach Zeugnissen ihrer führenden Staatsmänner. Halle a. S. 1921.

Bernhard Schwertfeger, Der Fehlspruch von Versailles. Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871—1914. Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke. Berlin 1921.

J. W. Headlam Morley, The history of twelve days, Juli 24 th to August 4 th, 1914. London 1914. Deutsch von G. Imlauf. Zwölf Tage Weltgeschichte, 24. Juli bis 4. August 1914. Lausanne 1916.

Deutsch-englische Schulddiskussion zwischen Hans Delbrück, Professor der Geschichte in Berlin, und James Wycliffe Headlam Morley, Professor der Geschichte in London. Berlin 1921.

C. Oman, The outbreak of the war of 1914—18. A narrative based mainly on British official documents. London 1919.

James M. Beck, The evidence in the case. New York and London 1914. Deutsch von G. Imlauf, Der Tatbestand. Lausanne 1916.
John William Burgess, Der europäische Krieg. Leipzig 1915.
Dr. Richard Grelling, J'accuse, von einem Deutschen. Lausanne 1915. Erweiterte Ausgabe: Das Verbrechen. 3 Bände. Lausanne 1917/18.

4. Militärisches

Hat der deutsche Generalstab zum Kriege getrieben? Urkunden des deutschen Generalstabes über die militärpolitische Lage vor dem Kriege. Berlin 1919.
Wer hat Schuld am Wettrüsten? Militär-politische Zeit- und Streitfragen. 4. Heft. Berlin 1919.
Dr. phil. H. v. Kuhl, General d. Inf., Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. Berlin 1920.
Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg. Neue Urkunden zur Geschichte des Weltkrieges. Berlin 1919.
Bernhard v. Eggeling, vor dem Kriege Militärattaché bei der deutschen Botschaft in St. Petersburg, Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch. Beiträge zur Schuldfrage am Weltkriege. Oldenburg 1919.
Prof. Robert Hoeniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg. Auf Grund unveröffentlichter russischer Urkunden. Berlin 1919.
General Graf Max Montgelas, Die Mobilmachungsdaten 1914. Deutsche Politik, 26. Februar 1921. — Französische Kriegsvorbereitungen im Juli 1914. Deutsche Politik, 15. Oktober 1921. — „Merkblätter zur Schuldfrage" der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen Nr. 18, 19, 20 vom 8., 15. und 22. Februar 1922.
Prof. Robert Hoeniger, Untersuchungen zum Suchomlinowprozeß. Sonderabdruck der Deutschen Rundschau, April 1918. Berlin.
Sir Julian S. Corbett, History of the great war, based on official documents: By direction of the Historical Section of the Committee of Imperial Defence. London.
Général Buat, L'armée allemande pendant la guerre de 1914—1918. Paris 1920.

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 21335 0090